

ISS AKTUELL

2/ 2020

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESMITTE 2020

Globale Akteure und internationale
Organisationen



Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-92-8

Juli 2020

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Wie seit vielen Jahren gewohnt, präsentieren wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des „ISS-Aktuell“ einen Überblick zur aktuellen strategischen Lage. Dieser soll die Ereignisse des vergangenen Halbjahres beleuchten (die letzte Ausgabe erschien Anfang Februar 2020) und so eine Einschätzung künftiger Abläufe erleichtern. Es geht bewusst nicht um eine umfassende und detaillierte Schilderung aller Ereignisse der letzten sechs Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte, unter Einbeziehung regionaler Zusammenhänge. Die einzelnen Beiträge wurden Ende Juni 2019 fertiggestellt.

Nicht nur für den Inhalt unserer Strategischen Lage, auch in der Vorbereitung dieser Ausgabe spielte das SARS-CoV-2 Virus eine nicht unerhebliche Rolle. Wie in allen anderen Lebensbereichen unserer Gesellschaft waren auch unser Redaktionsteam und unsere Autoren gezwungen, auf sozialer Distanz und zumeist im „Heimbüro“ zu arbeiten. Zusammenarbeit und Koordinierung verliefen dabei entsprechend schwieriger als gewohnt. Umso mehr freut es mich, dass unserem Team trotz dieser Widrigkeiten inhaltlich und terminlich eine Punktlandung gelungen ist.

Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lagen wieder in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (Dr. Rastislav Bächora, Hofrat Dr. Gunther Hauser, Hofrat Dr. Felix Schneider sowie Oberst Dr. Otto Naderer – letzterer ist derzeit dem Generalstab dienstzugeteilt) möchte ich unsere bewährten Autoren Hofrat Dr. Gerald Hainzl (vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie), Oberst Mag. Walter J. Unger (den Leiter des Cyber-Verteidigungszentrums / Cyber Defence Centre) sowie Dr. Johannes Maerk und Mag. Barbara Farkas nennen. Neu im Team begrüßen darf ich Oberst Stephan Reiner, BA MA, vom IFK sowie Bernhard Dohr, BA BA. Bernhard Dohr ist Mitarbeiter am ISS, mit volkswirtschaftlichem und politikwissenschaftlichem Hintergrund. Oberst Reiner ist ein ausgewiesener Kenner des MENA-Raumes und wird zukünftig alternierend mit Dr. Walter Posch unseren diesbezüglichen Beitrag gestalten. Im Namen des Instituts danke ich allen für ihre Mitwirkung und dem neuen Leiter des IFK, Generalmajor Dr. Johann Frank, für die Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit zwischen unseren Instituten.

Wie schon in den letzten Ausgaben haben wir die einzelnen Abschnitte durch Übersichtsskizzen erläutert, für deren Anfertigung wir dem Institut für militärisches Geowesen herzlich danken.

Da sich die Landesverteidigungsakademie als wissenschaftliche Institution versteht, ergeben sich auch in dieser Zusammenstellung, wie in jedem wissenschaftlichen Medium, aus der unterschiedlichen Bewertung von verschiedenen Blickwinkeln durchaus differenzierte, manchmal sogar widersprüchliche Ableitungen und Analysen. Wie immer reflektieren weder die Texte noch die Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position; die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
 Äußere und innere Herausforderungen der westlichen Welt	 6
Paradigmenwechsel im europäischen Grenzschutz?	6
Das 2%-Ziel der NATO	6
Auswirkungen der Corona-Krise.....	7
Der chinesisch-russische Gegenpol	8
China	8
Russland.....	9
Die innere Herausforderung des Westens –Schwächung durch Schuldideologen oder Stärkung durch Auflösung innerer Spannungen?	9
Black Lives Matter	10
Die europäische Party- und Eventszene.....	12
 Die westliche Welt	 15
USA - „Crying from heaven“.....	15
#BlackLivesMatter.....	15
COVID-19	17
Open Skies	25
 Europa und die EU.....	 27
COVID-19 wurde unterschätzt	27
Kranke Gesundheitssysteme – Beispiele aus Südosteuropa.....	28
Cornakrise verursacht Wirtschaftskrise	29
Maßnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten.....	30
„Get Brexit done“ – Der Brexit gestaltet sich weiterhin kompliziert.....	31
Auswirkungen des Brexit auf die EU.....	32
 Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	 35
25 Jahre Mitgliedschaft Österreichs in der PfP	35
Frieden für Afghanistan?.....	35
Fortsetzung der „Deterrence“ gegenüber der Russischen Föderation.....	36
Nord-Mazedonien 30. NATO-Mitglied	36
Türkei und Syrien.....	37
Nukleare Teilhabe	37
„Coronakrise“	37
USA kündigen Rückzug aus „Open Skies“ an	39
Zusammenfassung	39

... und ihre Partner und Herausforderer.....	43
Russland und der postsowjetische Raum	43
Mangelhaftes Krisenmanagement des Kremls	43
Putins Machterhalt durch Verfassungsänderung?.....	44
Wirtschaftliche Lage	45
Ausmaß der Rezession	45
Der „Ölpreis-Schock“	46
Außen- und sicherheitspolitische Dynamiken.....	47
Ausstieg der USA aus dem Open-Skies-Abkommen	47
Friedensbemühungen im Normandie-Format	48
Militärische Abschreckung als Trend.....	49
Ausblick	50
Der indopazifische Raum	53
Geopolitische Dynamik	53
Irans Einflusszunahme in Süd- und Südostasien.....	53
Globale Konsequenzen der Corona-Pandemie.....	54
Corona-Krisenmanagement	55
Strategische Gemeinsamkeiten	56
Landesspezifische strategische Kernelemente.....	57
Differenzen in der Beurteilung	58
Politische und rechtliche Systeme	58
Frühwarnung und rasche Reaktion	59
Lockdown als Zeitfenster	59
Gesichtsmasken	59
Sozialverhalten	59
Virustests	60
Digitale Werkzeuge & Überwachung.....	60
Informationspolitik & Transparenz	61
Militärunterstützung gegen Corona.....	61
Die Region des Nahen und Mittleren Ostens	63
Zur strategischen Ausgangslage.....	63
Libyen; Die Fortsetzung der Berlin Konferenz mit anderen Mitteln	65
Saudi-Arabien und die Golfregion; Depression im Marmorsalon	68
Herausforderungen durch COVID-19 in Afrika	73
Datenlage.....	73
Maßnahmen der Staaten.....	73
Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen	73
Politische Auswirkungen.....	74

Auswirkungen auf die Sicherheit	74
Langfristige Auswirkungen	74
Lateinamerika	77
Brasilien – das Land mit den weltweit zweitmeisten COVID-19 Toten.....	77
Bolivien – Wahlbetrug, der vielleicht keiner war	77
Hilfe aus dem Süden für den Norden.....	77
Die Konsequenzen der Pandemie	78
IBSAMAR – gemeinsame Manöver trotz Pandemie.....	78
Aktuelle Cyberlage	80
Massive Angriffe gegen österreichische strategische Infrastrukturen.....	80
Cyberangriff auf A1 Telekom Austria	80
Cyberangriff auf das österreichische Außenministerium.....	80
Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen - international	81
Tschechische Gesundheitseinrichtungen attackiert.....	81
Israel vereitelte Cyberangriff auf Wassersysteme.....	81
Israelischer Vergeltungsschlag gegen einen iranischen Hafen	81
Informationsoperationen - Desinformation und Propaganda.....	81
Cyberspionage.....	83
Cyberkriminalität	86
Gegenmaßnahmen	87
Die Corona-Krise als wirtschaftliche Herausforderung.....	90
Die kommende Krise	90
Der negative Ölpreis.....	90
Achterbahnfahrt auf den Aktienmärkten	91
Reaktion der amerikanischen Zentralbank FED	92
Helikoptergeld in den USA	93
Ausblick	93
Bildnachweis	96
Kartenmaterial.....	98
Autoren.....	100

Äußere und innere Herausforderungen der westlichen Welt

Das erste Halbjahr 2020 war von der Corona-Krise geprägt und zumindest die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krise werden auch die nächsten Monate und Jahre beeinflussen. Aber auch abseits von Corona gab es einige sicherheitspolitisch und strategisch relevante Ereignisse.

Paradigmenwechsel im europäischen Grenzschutz?

Unmittelbar vor Ausbruch der Corona-Krise manifestierte an der türkisch-griechischen Grenze ein zumindest zeitweiliger Paradigmenwechsel in der europäischen Migrationspolitik. Auf den türkischen Versuch, vor allem Syrer aber auch Migranten anderer Nationen durch strategische Migrationssteuerung neuerlich als „Weapons of Mass Migration“ zu missbrauchen, reagierte vor allem Griechenland, aber - zumindest in dessen „Windschatten“ - auch Europa, mit Härte.

„Weapons of Mass Migration“ sind vorsätzlich durch einen internationalen Akteur erzeugte oder gesteuerte grenzübergreifende Flüchtlingsbewegungen, die als politisch-strategisches Instrument eingesetzt werden, um einen anderen internationalen Akteur zu Änderungen seiner bisherigen Politik oder Zugeständnissen gegenüber dem die Flüchtlingsbewegungen auslösenden Akteur zu zwingen.

2015 empörte die EU zahlreiche europäische Staaten und Menschenrechtsorganisationen, dass Ungarn einen Zaun an seiner Südgrenze baute und diesen gegen Migranten, welche selbigen gewalttätig überwinden wollten, verteidigte. 2020 war dies die breit anerkannte Lösung. Griechenland verhindert an seinem Grenzzaun mit massivem Polizei- und Militäreinsatz die Erstürmung seiner Grenzen durch Migrationswillige. Dabei erhielt Griechenland sowohl politische als auch reale Unterstützung von europäischen Partnerstaaten wie beispielsweise Österreich. Konkret standen neben griechischen Polizeibeamten zypriotische, polnische, tschechische und österreichische Polizisten im Grenzeinsatz. Auch Frontex stellte eigene Kräfte zur Verfügung. Dennoch ist Europa weiterhin weit davon entfernt, dauerhaft eine geordnete Migrationspolitik zu betreiben. Weiterhin kann durch Unterstützung von NGOs mittels der sogenannten Seenotrettung und Duldung selbiger durch einzelne europäische Staaten die illegale Migration nach Europa aufrechterhalten werden. Der hier schon mehrfach dargelegte ideologische Kern

dieser Auseinandersetzung hat sich nicht verändert, nur die Kräfteverhältnisse haben sich teilweise verschoben.

Das 2%-Ziel der NATO

Die weiterhin differenzierten Ansichten über die finanziellen Verpflichtungen innerhalb der NATO führten zu einigen „Unfreundlichkeiten“ der USA gegenüber Deutschland. Konkret hat Präsident Trump den Abzug von 9.500 Soldaten aus Deutschland angekündigt. Ein Teil davon soll nach Polen transferiert, ein Teil in die USA beordert werden. Die Logik hinter diesem Abzug ist der Versuch, Deutschland (sowie anderen „sparsamen“ NATO-Mitgliedern) klar zu machen, dass sie für ihre Sicherheit auch selbst etwas tun müssen. Trump nimmt bekanntlich auch gegenüber strategischen Partnern eine harte Haltung ein und artikuliert diese offen. Schon seit seiner Wahlkampagne 2016 kritisiert er die geringen Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten. Den Lippenbekenntnissen auf diversen NATO-Gipfeln, dass NATO-Mitglieder ihre Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP anheben würden, folgen Jahr für Jahr ähnlich schmale Budgets. Deutschland hat in den letzten Jahren sein Verteidigungsbudget dezent von 1,2% auf 1,3% angehoben. 2019 betrug die Steigerung nominell immerhin 12,2%, sank 2020 aber wieder auf 4,6%. Ziel deutscher Verteidigungspolitik ist das Erreichen von 1,5% des BIP bis 2024 und 2% bis 2031. Den USA und insbesondere Präsident Trump ist dies zu langsam und zu wenig. Immerhin ist zumindest die Absichtserklärung eines 2%-Ziel schon so etwas wie Folklore bei jedem NATO-Gipfeltreffen. Die juristische Spitzfindigkeit, dass eine Absichtserklärung eben nur eine solche sei, interessiert den US-Präsidenten dabei herzlich wenig. Deutschland dürfte seinen Zielen „Dank“ des der Corona-Krise folgenden Wirtschaftseinbruchs zumindest jedoch kurzfristig deutlich näherkommen. Da die geplanten Verteidigungsausgaben von über 50 Milliarden Euro aufrechterhalten werden, dürfte dieser Betrag 1,58 % des BIP bedeuten. Es ist aber zu erwarten, dass der Anteil am BIP, trotz geplanter weiterer nomineller Erhöhungen, auf Grund der zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Erholung in den Folgejahren wieder sinken wird. Die gesamte NATO betrachtend gibt es seit Jahren eine klare budgetäre Trennung zwischen europäischen Front- und Etappenstaaten. Die an Russland, Weißrussland oder die Türkei angrenzenden Staaten stellen um die 2 % des BIP für Militärausgaben bereit. Die meisten NATO-Etappenstaaten wenden hingegen weiterhin nur 1-1,5 % ihres BIP für Verteidigungsaufgaben auf. Im Gegensatz dazu gaben die USA 2019 über 3,4 % ihres BIP für militärische Aufgabenstellungen aus.

Auswirkungen der Corona-Krise

Dominiert wurde und wird 2020 aber natürlich durch das SARS-CoV-2 Virus. Auf der internationalen politisch-strategischen Ebene waren in diesem Zusammenhang verschiedene, teils auch widersprüchliche Auswirkungen erkennbar. So war vereinzelt zumindest der Versuch kooperativen Verhaltens erkennbar, als beispielsweise am Beginn der Krise China von verschiedenen Ländern medizinische Schutzausrüstungen erhielt. In weiterer Folge stellten wiederum vor allem China, Russland und Kuba befreundeten Nationen medizinische Ausrüstung und medizinisches Personal zur Verfügung. Auch wenn dies grundsätzlich und zumeist nur symbolische Hilfe war, unterstützten beispielsweise Italien zeitweilig einige Hundert Ärzte und Pflegekräfte vor allem aus China und Kuba. Die seitens Russlands eingesetzte ABC-Einheit erwies sich jedoch als nur beschränkt nutzbringend, da die bereitgestellten Ressourcen nur begrenzt den Bedarf seitens der italienischen Gesundheitsbehörden decken konnten.

Zeitgleich konnten sich Europa bzw. die europäischen Staaten kaum zu symbolischer Hilfe aufrufen. Aus europäischen Staaten unterstützte nur eine Handvoll medizinisches Personal die italienischen Kollegen. Organisiert wurde diese Mini-Hilfe teilweise auf bilateralem Wege, teilweise im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens.

Viel relevanter als dieser zumeist nur symbolisch-kooperative Ansatz auf globaler und europäischer Ebene war in der Corona-Krise jedoch die nationalstaatliche Lösungskompetenz. Auf europäisch-institutioneller Ebene war faktisch kein relevantes Krisenmanagement ersichtlich. In dieser Hinsicht enttäuschten nicht nur EU- und NATO-Institutionen, sondern auch die mangelnde Solidarität der europäischen Staaten untereinander. Kritik an der EU seitens Deutschlands und weiterer Mitgliedsstaaten bezüglich der mangelnden Pandemievorbereitung und der teils chaotischen Reaktion auf die Corona-Krise wies die EU jedoch zurück. Innerhalb der NATO wiederum wurde vor allem bemängelt, dass die langsame Reaktion der Allianz das publicityträchtige Wirksamwerden Chinas und Russlands ermöglicht hatte. Überdies versuchte sie einen PR-Spin zu erzeugen, welcher der in Italien eingesetzten russischen ABC-Einheit Spionageversuche unterstellte.

Eine mancherorts herbeigeredete Verschärfung der sicherheitspolitischen Lage war jedoch im Zuge der Corona-Krise weder innerhalb von Allianzen und Bündnissen noch zwischen strategischen Gegnern zu erkennen. An der grundsätzlich latent konfrontativen globalen Situation und der fragilen asymmetrischen

Bipolarität zwischen den USA und seinen Verbündeten versus China und Russland hat sich nichts verändert. Am Beginn der Krise gab es zwar noch versöhnliche Gesten, als beispielsweise Mitte Februar 2020 US-Präsident Trump die Ausfuhr von 18 Tonnen Schutzmasken und Schutzkleidung nach China genehmigte. Als ihm jedoch wenig später vorgeworfen wurde, dass diese Ausrüstung den USA nunmehr fehlen würde, kehrte Trump wieder zum „bewährten“ konfrontativen Ansatz zurück. Er machte China zum Verantwortlichen für die Krise, um so einerseits eigene Fehler im Krisenmanagement zu kaschieren und andererseits der beginnenden heißen Phase des US-Wahlkampfes Rechnung zu tragen. Dies stellt aber mitnichten eine Verschärfung seiner Position dar, sondern ist als Kontinuum der seit Beginn seiner Präsidentschaft verfolgten anti-chinesischen Politik zu bewerten. Das „chinesische Virus“ gab der US-Administration bzw. Präsident Trump die Gelegenheit für weitere rhetorische Angriffe. Es ist daher wahlkampfbedingt in den nächsten Monaten von einer Zunahme der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Großmächten auszugehen. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass die USA bereit sind, tiefgreifende Veränderungen der globalisierten Wirtschaft vorzunehmen bzw. die dadurch bedingten engen Handelsverflechtungen zwischen den beiden Staaten aufzugeben. Der auf niedrigen realen, aber hohem rhetorisch-symbolischen Niveau geführte Handelskrieg wird nur geringe reale Auswirkungen haben. Eine tiefgreifende Konfrontation und strukturelle Veränderungen der (Handels)Beziehungen sind potentiell in einer zweiten Amtszeit von US-Präsident Trump möglich, jedoch auch dann nicht sehr wahrscheinlich.

Auch wenn sich Trumps demokratischer Herausforderer, Joe Biden, zu Fragen internationaler Politik bisher eher zurückgehalten hat, ist bei einer Machtübernahme durch ihn zwar eine leichte Entspannung, nicht jedoch ein Ende des Antagonismus der US-chinesischen Beziehungen zu erwarten. Bidens Politik gegenüber Russland, das er als aggressiv einschätzt, dürfte hingegen noch konfrontativer als die der aktuellen Regierung sein. Grundsätzlich ist es Bidens Ziel, dass die USA auf internationaler Ebene wieder eine Führungsposition einnehmen und die Position als moralische und wirtschaftliche Führungsmacht der Welt zurückgewinnen. Seine (vorsichtige) Kampfansage gegenüber autoritären Regimen und Schurkenstaaten lässt bei einer Präsidentschaft Bidens wieder eine verstärkte Interventionsfreudigkeit der USA und seiner Verbündeten erwarten.

Der chinesisch-russische Gegenpol**China**

Währenddessen haben die Führer Chinas und Russlands ihre innere Macht stabilisiert und die eigene Machtposition weiter gefestigt. China hat Hongkong nach der Rückgabe durch Großbritannien an sich bis 2047 eine Sonderrolle zugebilligt. Nunmehr wurde die Stadt jedoch entgegen dieser Vereinbarung Anfang Juli 2020 mit Inkrafttreten eines umstrittenen Sicherheitsgesetzes enger an China angeschlossen. Die Proteste der letzten Monate waren für die chinesische Führung zu einer nicht mehr akzeptablen Herausforderung geworden. Das Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong erlaubt den chinesischen Behörden nunmehr gegen Regimegegner in Hongkong vorzugehen, denen sie Subversion, Abspaltung, Terrorismus oder eine zu enge Kooperation mit dem Ausland vorwirft. Dieses Sicherheitsgesetz muss dabei in einem weiteren Rahmen verstanden werden. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping versucht Chinas internationale Position sowie seine wirtschaftlichen und strategischen Interessen weiter auszubauen. Dazu benötigt er innere Ruhe und Harmonie. Aus selbigem Grund unterhält China auch Konzentrationslager zur Inhaftierung und Umerziehung verschiedener muslimischer Ethnien, wie den Uiguren, Kirgisen, Kasachen, Hui-Chinesen etc. Zielsetzung der chinesischen Führung ist es, islamistischem Extremismus und Separatismus innerhalb seiner muslimischen Minderheiten entgegenzuwirken. Kritiker gehen jedoch davon aus, dass es sich bei den chinesischen Maßnahmen zumindest bei den Uiguren um einen kulturellen Genozid handelt. Zuletzt wurden auch Informationen bekannt, die überdies einen demographischen Genozid vermuten lassen. Offensichtlich werden vor allem an uigurischen Frauen massenhaft Zwangsabtreibungen und -sterilisationen durchgeführt. Auch wenn China die Vorwürfe dementiert, ist sogar amtlichen Statistiken zu entnehmen, dass die Geburtenrate in den betroffenen Regionen in den letzten Jahren unerklärlicherweise um über 50% zurückgegangen ist. Insgesamt sind die Vorwürfe als sehr glaubwürdig einzustufen. Der Zielsetzung der inneren Ruhe und Harmonie dient auch das umfassende digitale und soziale Überwachungssystem aller chinesischer Staatsbürger sowie der in China tätigen Unternehmen. Mittels Big Data und KI-Technologie wird das im Sinne der chinesischen Führung definierte Wohlverhalten sichergestellt. Die solcherart erzeugte innere Ruhe und Harmonie ist jedoch nur eine Säule, auf welcher die chinesische Macht ruht.

Eine weitere solche Säule stellt die prosperierende Wirtschaft dar. China hat seine Position als globale Werkbank in den letzten Jahren strategisch reduziert. Um die eigene wirtschaftliche Entwicklung auf eine

nachhaltige Grundlage zu stellen, versucht China seinen Binnenkonsum zu stärken und den Umstieg von einer export- und investitionsgetriebenen zu einer mehr auf dem inländischen Konsum basierenden Wirtschaft zu vollziehen. Schon die 2015 gestartete Initiative „Made in China 2025“ verfolgte das Ziel, die chinesische Wertschöpfung innerhalb der Produktionskette zu steigern. Dazu wird die gesamte Industrielandschaft restrukturiert, um international wettbewerbsfähiger zu werden. Insbesondere in High-Tech-Bereichen will sich China massiv steigern. Ziel ist es, dass China bis 2025 in den Bereichen Telekommunikation, Bahnbau und Stromerzeugung Weltmarktführer wird. In der chemischen, der Halbleiter- und Automobilindustrie und dem Maschinenbau will es zumindest Global Player sein. China nutzte dabei bekanntlich westliches Kapital, Technologie und andere Ressourcen, um seine Modernisierung voranzutreiben und nunmehr eine existenzielle Bedrohung für die Technologieführerschaft des Westens zu werden.

Innerstaatliche Stabilität und wirtschaftliche Stärke ermöglichen auch auf geostrategischer Ebene weitreichende Pläne. Chinas starker Mann, Staatspräsident Xi Jinping, hat vorgegeben, dass 2050 China eine regional dominante und global führende Macht sein soll. Vor diesem Hintergrund sind Chinas internationale und militärische Aktivitäten zu verstehen. China versucht durch den Ausbau seiner (militärischen) Präsenz im (Süd-)Chinesischen Meer und an strategischen Punkten entlang der neuen Seidenstraße vor allem seine maritimen Transportwege abzusichern. Langfristig wird China dazu auch Taiwan in Besitz nehmen. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche schließt China den Einsatz militärischer Mittel dezidiert nicht aus. Überdies versucht China vor allem in seinem strategischen Umfeld kleinere Staaten durch großzügige Investitionen und Kredite von China abhängig zu machen.

Auf der politischen Ebene macht sich im demokratischen Westen langsam Ernüchterung breit. Die Beziehungen des demokratischen Westens mit China waren über Jahrzehnte von Kooperation im Sinne des liberal-institutionalistischen Weltbildes geprägt. Nach Ansicht dieser Theorieschule können staatliche Interessen und Handlungsorientierungen von außen verändert werden. Nationales Handeln werde immer mehr durch unwillkürliche Orientierung an den Normen, Werten und Verhaltensweisen internationaler Institutionen bestimmt. Der Liberalismus-Institutionalismus geht dabei davon aus, dass internationale Institutionen unabhängigen Einfluss auf das Verhalten der Staaten ausüben können. Generell wird daher von einer zunehmenden Bedeutung der Demokratie als bestimmendem Ordnungsmodell ausgegangen. Friede, Demokratie, Menschenrechte, Umweltschutz, Wohlstand aller Nationen und andere

idealistische Ziele seien daher prinzipiell durch Kooperation erreichbar. China hat sich in diesen Jahren zwar wirtschaftlich extrem weiterentwickelt, hat gleichzeitig aber sein totalitäres Regime optimiert. Der Ansatz des Liberalismus-Institutionalismus und seine Hoffnung, dass China durch enge Kooperationen ein demokratischer Partner wird, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr ist China ein moderner repressiv-totalitärer Staat geworden, der auf der internationalen Ebene der wichtigste Herausforderer des demokratischen Westens geworden ist. Dass der Westen bereit ist, auf Kosten eigener wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten diese Entwicklung Chinas aufzuhalten, ist als eher unwahrscheinlich zu beurteilen. So tendieren auch aktuell die internationalen Reaktionen auf das Sicherheitsgesetz und über Berichte genozidalen Verhaltens gegenüber den Uiguren realpolitisch gegen Null. Seitens der USA wurde beispielsweise der Export von Rüstungsgütern nach Hongkong gestoppt. Selbst Insidern war bisher kaum bekannt, dass solche Exporte nach Hongkong überhaupt stattgefunden haben. Ein solcher pseudosymbolischer Schritt ist auf der realpolitischen Bühne die Zustimmung zu der zugrundeliegenden Maßnahme unter Aufrechterhaltung des formellen Protestes zumeist für das heimische Publikum. Europa wiederum hat – wie faktisch immer – auch auf die letzten repressiv-totalitären Maßnahmen Chinas nicht reagiert. Es sind zwar einige symbolische Unfreundlichkeiten zu erwarten, jedoch keine substantiellen Schritte, welche die (Wirtschafts)Beziehungen mit China in Frage stellen würden.



Chinesische Ehrenformation bei der russischen Militärparade zum 75. Jubiläum des Sieges über Nazi-Deutschland am Roten Platz in Moskau

Russland

Wie zuletzt in ISS 1/2020 detaillierter dargelegt, stärkt der Westen überdies durch seine anti-russische Politik die chinesische Machtposition. Da Russlands strategische Interessen vom Westen ignoriert und es gleichzeitig an den Rand gedrängt wurde, hat sich seine

Perspektive zwangsweise Richtung China geöffnet. Das Potential einer alternativen strategischen Kooperation zwischen Europa bzw. dem Westen und Russland ist und bleibt auf absehbare Zeit nicht nutzbar. Die nicht-westlichen Staaten suchen daher den Schulterchluss. Je stärker der Druck durch den Westen, umso enger wird die russisch-chinesische Bindung. In Russland hat Präsident Putin seinen langfristigen Machterhalt abgesichert. Durch eine neue Verfassung kann Putin bei Wiederwahl bis 2036 im Amt bleiben. Gemäß der alten Verfassung hätte er 2024 nicht wieder für das Präsidentenamt kandidieren dürfen. Knapp 78 Prozent der Wähler haben für die Verfassungsänderung gestimmt. Kritiker sehen dadurch eine weitere Stärkung autoritärer und die Schwächung demokratischer Elemente Russlands. Demokratische Einrichtungen wie Wahlen und Parlament bestehen zwar weiter, diese werden jedoch faktisch von Präsident Putin und seinem Machtapparat beherrscht. Nominelle demokratische Verfassungsprinzipien werden wie schon bisher wohl auch weiter gebeugt und demokratischen Institutionen und Prozesse manipuliert werden. Auf Grund der Dominanz staatlicher Medien bzw. Einschränkungen alternativer Medien kann sich überdies keine starke Opposition entwickeln. Insgesamt kann Russlands Herrschaftsform daher weiterhin je nach Betrachtungsweise als autoritäres Regime oder gelenkte Demokratie definiert werden.

Die innere Herausforderung des Westens – Schwächung durch Schuldideologen oder Stärkung durch Auflösung innerer Spannungen?

Die westliche Welt scheint derzeit von einem Schuldgefühl ins nächste zu taumeln. Nach Klimawandel ist es nun der Rassismus, der den demokratischsten und höchst entwickelten Teil der Welt durch eine Art Schuldideologie zu destabilisieren scheint. Der Politologe Bruce Gilley hat schon vor Jahren kritisch angemerkt, dass, wenn der Westen übermäßige oder unangebrachte Schuldgefühle gegenüber seinem einstigen Kolonialismus habe, er das Vertrauen in sich selbst verliere und sich dem Isolationismus zuwenden werde. Länder, die bereit wären, in diese Lücke zu treten wären autoritär-undemokratische Staaten wie China, Russland, der Iran oder die Türkei. Dem kann wiederum entgegengehalten werden, dass innere Zerwürfnisse und Spannungen einer Gesellschaft, egal ob in Vergangenheit oder Gegenwart, eine kraftvolle Weiterentwicklung verhindern. In diesem Sinne sind diese Spannungen aufzulösen, um die innere Geschlossenheit und damit auch die volle äußere Handlungsfähigkeit (wieder) zu erreichen. Der Prozess zu dieser Auflösung kann dabei durchaus schmerzhaft sein.

Black Lives Matter

Am 25. Mai 2020 wurde der Afroamerikaner George Floyd in Minneapolis (Minnesota/USA) im Zuge einer gewaltsamen Festnahme getötet. Der auf Video festgehaltene, unprofessionell brutale Polizeieinsatz sorgte in den USA und in weiterer Folge weltweit für Aufsehen. Die am tödlichen Einsatz beteiligten Polizisten, ein Afroamerikaner, ein Asiate und zwei Weiße, wurden in weiterer Folge entlassen, angeklagt und inhaftiert.

Ende Mai / Anfang Juni führten Demonstrationen und Unruhen nach einem tödlichen Polizeieinsatz gegenüber dem Afroamerikaner George Floyd zu einer inneren Destabilisierung der USA. Die Proteste der „Black Lives Matter“-Bewegung existieren zwar schon seit 2013, erleben aber aktuell und wohl auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden US-Wahlen eine bisher nicht bekannte Bedeutung. Dass die Hautfarbe von Floyd bei der brutalen Festhaltung eventuell gar keine Rolle gespielt hatte und an der Festnahme Polizisten afroamerikanischer und asiatischer Abstammung beteiligt waren, wurde zur Aufrechterhaltung des rassistischen Narrativs aus der Diskussion ausgeblendet. Dank des US-Wahlkampfes konnte sich die „Black Lives Matter“-Bewegung massiver Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten erfreuen, denn die Anti-Rassismus-Demonstrationen waren zumeist auch Kundgebungen gegen Präsident Trump. Da die Proteste gegen (angeblich systemische) rassistische Polizeigewalt jedoch vielerorts in gewalttätige Unruhen, Plünderungen und Morde ausarteten, verstärkten diese den inneramerikanischen Antagonismus.



Ausschreitungen am 29.05.2020 in Minneapolis

Das linksgerichtete politische Spektrum geht inhaltlich von strukturellem Rassismus weiter Teile des US-Polizeiapparates aus, während rechtskonservative Kräfte es als Fehlverhalten Einzelner einschätzen. Bewusst

wird dabei seitens radikal-liberaler Kräfte ein entsprechendes Narrativ aufgebaut, dem zu widersprechen als Rassismus gewertet wird. Eine entsprechende (Selbst)Zensur hat in den Mainstream-Medien bereits stattgefunden, wie zuletzt am erzwungenen Rücktritt von James Bennet, einem leitenden Mitarbeiter der New York Times, deutlich wurde. Bennet musste „gehen“, weil er einen Gastkommentar eines konservativen Senators zugelassen hatte, in welchem der Einsatz von Bundestruppen gegen Plünderer gefordert wurde. Bennet wurde damit zum symbolischen Opfer interner, aber systemischer Auseinandersetzungen in den sogenannten liberalen US-Medien. Dabei geraten Vertreter der Meinungs- und Redefreiheit zunehmend ins Hintertreffen gegenüber den Vertretern der sogenannten „sozialen Gerechtigkeit“ bzw. radikal-liberalen „Political Correctness“. Generell ist diesbezüglich eine Entdemokratisierung des öffentlichen Diskurses und Einschränkung der Meinungsfreiheit zu beobachten. Die sicherheitspolitische Gefahr einer solchen Entwicklung ist die Verdrängung ungewünschter politischer Positionen aus dem öffentlichen demokratischen Dialog und Abdrängung in die Radikalität und den Extremismus. Auf rechtskonservativer Seite ist hingegen eine Ignoranz gegenüber der Lebensrealität der Afroamerikaner zu erkennen. Die Aggressivität in der öffentlichen Debatte verstärkt jedenfalls die ohnehin massive Polarisierung innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft.

Für den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf bedeutet sowohl die „Black Lives Matter“- als auch die Corona-Krise eine massive Stärkung des demokratischen Herausforderers Joe Biden. Die Corona-Krise schadet Präsident Trump doppelt. Einerseits konnte er in der Krise nicht als starke und stabile Führungskraft punkten – wie dies zahlreiche andere westliche Regierungen bzw. Regierungschefs getan haben – sondern verspielte durch seine sprunghafte und chaotische Vorgangsweise massiv Vertrauen seiner Wählerschaft. Andererseits zerstören die Auswirkungen der Krise sein bis dahin wichtigstes Wahlkampfthema – die prosperierende Wirtschaft. Und auch wenn die „Black Lives Matter“-Bewegung Trump derzeit weiter schwächt, ist diese potentiell auch seine größte Wahlkampfhoffnung. Sollten die Proteste wieder in gewaltsame Unruhen und Plünderungen umschlagen, könnten diese für Trump sogar von Vorteil sein. Soviel strategische Kurzsichtigkeit ist von der „Führung“ der Bewegung jedoch nicht zu erwarten. Daher scheinen die Chancen für eine Wiederwahl von Donald Trump (derzeit) eher gering zu sein.

Auch in Europa gab die „Black Lives Matter“-Bewegung vor allem in Form von Großdemonstrationen deutliche Lebenszeichen von

sich. Die Bewegung wird dabei auch für spezifische europäische Themen „genutzt“. Beispielsweise versuchen Seenotrettungs-Aktivisten in ihrem Windschatten ihre eigene Agenda voranzutreiben. Sie werfen europäischen Behörden generell und im Speziellen der EU-Grenzschutzagentur Frontex strukturellen Rassismus vor, da das Frontex-Konzept darin bestehe, „die rassistische Grenzpolitik der europäischen Staaten durchzusetzen“.



Fridays For Future Weimar
@F4F_weimar



**Feuerwehr und Rettungsdienst
retten Menschen. Die Polizei
diskriminiert, mordet, prügelt,
hehlt. Lasst uns aufhören die
beiden in einem Atemzug als
"Helfer" zu titulieren.**

**Stattdessen sollten wir Antifa
und Migrantifa wertschätzen!
Deutschland hat ein
#Polizeiproblem**

12:03 nachm. · 30. Juni 2020 · [Twitter Web App](#)

Fridays for Future-Klimaschützer mit neuer Zielsetzung

Die offizielle politische Bühne erreichten die „Black Lives Matter“-Proteste unter anderem im EU-Parlament. Dessen Abgeordnete riefen die EU-Kommission auf, strukturellen Rassismus auch im Polizeidienst und in der Terrorismusbekämpfung stärker zu bekämpfen. Solcherart wurde durch die politische Ebene auch europäischen Sicherheitsbehörden strukturell-systemischer Rassismus unterstellt. Ähnliche Annahmen gab es auch in verschiedenen anderen europäischen Ländern und Städten. So erklärte die Vorsitzende der deutschen SPD, Saskia Esken, dass es „auch in Deutschland [...] latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte“ gebe, der „erkannt und bekämpft“ werden müsse. Die Stadt Berlin beschloss beispielsweise ein sogenanntes „Antidiskriminierungsgesetz“, welches zur Folge hat, dass Behörden im Zuge der Beweislastumkehr nachweisen müssen, dass ihr dienstliches Tun nicht diskriminierend war.

Die Bekämpfung von Diskriminierung oder Rassismus ist für das friedliche und damit stabile und sichere Zusammenleben jeder Gesellschaft notwendig und sinnvoll. Die Problematik des vom EU-Parlament und

anderen Institutionen gewählten sicherheitspolitischen Ansatzes kann jedoch beispielhaft am sogenannten Missbrauchsskandal von Rotherham (GB) dargestellt werden. Missbrauch und Vergewaltigung hunderter (vor allem weißer) Mädchen durch britisch-pakistanische Täter wurden von den lokalen Polizeibehörden über Jahre deshalb inadäquat bis gar nicht verfolgt, da die Beamten Angst hatten, als Rassisten angesehen zu werden. Um der geforderten politischen Korrektheit und dem in Großbritannien geltendem Verbot des racial profiling zu entsprechen, gab es klare Anweisungen, ethnisch bezogene Angaben in der Polizeiarbeit nicht vorzunehmen.

Auch aktuell kann eben diese Angst, als Rassist gebrandmarkt und sozial oder beruflich vernichtet zu werden, bei deutschen Polizeibehörden erkannt werden. Politisch korrekt werden daher beispielsweise die Täter von Stuttgart als "Party- und Eventszene" benannt, um keine reale Einordnung der Tätergruppe vornehmen zu müssen.

Generell drohen Europa jedenfalls mittel- und langfristig ähnliche „Diskussionen“ aber auch Auseinandersetzungen wie in den USA, jedoch weniger auf der klassisch rassistischen, sondern auf der kulturell-religiösen Ebene. Aus radikal-liberaler Sicht wird diesbezüglich von einem kulturellen Rassismus gesprochen. Nach diesem Denkansatz entspricht ein falsch verstandener Kulturbegriff funktional dem Rassenbegriff und führt zu einer Wiederbelebung des Rassismus unter dem Begriff der Kultur. Wird die eigene Kultur in einer (neuerdings multikulturellen Gesellschaft) nicht als veränderbar und gleichzeitig bedeutungsvoll angesehen, ist dies nach diesem Denkansatz als kultureller Rassismus zu bezeichnen. Dem wäre entgegenzuhalten, dass Kulturkreis und Rasse nicht identisch sind. Menschen unterschiedlichster physischer Merkmale können Angehörige des gleichen Kulturkreises sein. Eine Unterscheidung von Menschengruppen betreffend ihre Überzeugungen, Werte, Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen als kulturellen Rassismus zu bezeichnen, ist daher hochproblematisch. Dieser Ansatz entspricht jedoch radikal-liberaler „Political Correctness“. Wie bereits im Zusammenhang mit den aktuellen Auseinandersetzungen in den USA angemerkt, findet solcherart jedoch eine Entdemokratisierung des öffentlichen Diskurses und Einschränkung der Meinungsfreiheit statt. Die sicherheitspolitische Gefahr einer solchen Entwicklung ist die potentielle Abdrängung unerwünschter politischer Positionen in die Radikalität und den Extremismus sowie eine verstärkte Polarisierung innerhalb der Gesellschaft.

Die europäische Party- und Eventszene

„Das ist eine Gruppe von Menschen, die hat sich seit vier Wochen wieder getroffen in der Öffentlichkeit. Sie betrinkt sich in der Öffentlichkeit, und was dann auch noch wichtig ist, was ganz neu dazukommt: Sie inszeniert sich dann in den sozialen Medien mit ihrem Handeln. Da gehört seit Neuestem auch ein aggressives und beleidigendes Tun gegen Polizeibeamte. [...] Das gehört mittlerweile bei dieser **Party- und Eventszene** offenkundig dazu.“ (Stuttgarts Polizeipräsident Franz Lutz)

Einen Eindruck über das Gewaltpotential zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen oder aber zwischen solchen Gruppen und der Staatsgewalt wurde aktuell und beispielhaft durch die Ereignisse der letzten Wochen in Stuttgart, Dijon und Wien geliefert. In Stuttgart verwüstete die „Party- und Eventszene“, welche sich zufälligerweise hauptsächlich aus Mitgliedern diverser Zuwanderergruppen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit rekrutierte, die Innenstadt und griff Dienst tuende Polizisten mit teils massiver Gewalt an.

In Dijon wiederum stellte eine ethnische Gruppe (Tschetschenen) gegenüber einer anderen ethnischen Gruppe (Nordafrikaner) Mitte Juni dieses Jahres selbstjustizial Recht und Ordnung wieder her. Die französische Polizei hatte es dabei nicht nur grundsätzlich verabsäumt, den (nordafrikanischen) Drogenbanden im Vorort Les Grésilles Herr zu werden, sondern hatte den tagelangen - auch unter Einsatz militärischer Waffen geführten - Auseinandersetzungen tatenlos zugehört. Auswirkungen und Opfer der zwischenethnischen Kämpfe blieben nur deshalb überschaubar, da die Gewalt zwischen den beiden Gruppen primär symbolischer Natur war. Dennoch zeigten sie Risiken im gesellschaftlichen Gefüge Europas auf. Bezeichnend für die Hilflosigkeit der politischen Eliten gegenüber diesen bürgerkriegsähnlichen Zuständen mitten in Europa ist, dass zeitgleich den inneren Problemstellungen in den USA wesentlich größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

In Wien wiederum eskalierte der türkisch-kurdische Konflikt in Straßenschlachten zwischen den beiden ethnischen Gruppen. Dabei spielte auch die - positiv formuliert - „Blauäugigkeit“ heimischer Politik eine nicht unwesentliche Rolle. Ausgelöst wurden die Straßenkämpfe durch eine kurdische Demonstration in einem der „türkischen Viertel“ Wiens. Es handelte sich dabei aber nicht um irgendeine kurdische Demonstration, sondern um eine solche von PKK-Anhängern. Die PKK wird nicht nur von der Türkei, sondern auch von der EU als Terrororganisation eingestuft. Das Zeigen ihrer Symbole und Flaggen ist auch in Österreich seit März 2019 durch das Symbole-

Gesetz verboten. PKK-Anhänger präsentieren daher traditionell auf ihren Demonstrationen Fahnen von kurdischen Milizen oder einer PKK-Schwesternpartei sowie zumeist überlebensgroße Portraits des PKK-Führers Abdullah Öcalan. Legislative, Exekutive und Justiz ignorieren bisher grundsätzlich diese offensichtliche Umgehung des gesetzlichen Zieles. Vor allem aber werden durch regionale österreichische Gebietskörperschaften die organisatorischen Strukturen der PKK-Anhänger zumindest indirekt auch finanziell, organisatorisch und moralisch unterstützt. Daher wurden die Straßenkämpfe zuletzt rund um das Ernst-Kirchweiger-Haus (EKH) geführt. In diesem hat die österreichische PKK dank ihrer linksextremistischen Ideologie und damit ihrer Nähe zur, das EKH dominierenden, Antifa, „Unterschlupf“ gefunden. An zumindest einzelnen Demonstrationen der Antifa und Anhänger einer Terrororganisation nahmen in diesen Tagen übrigens auch Mitglieder der Wiener Stadtregierung sowie österreichische Nationalratsabgeordnete teil.



Das im öffentlichen Eigentum stehende Ernst-Kirchweiger-Haus

Auf türkischer Seite waren bei den Auseinandersetzungen vor allem die „Wächter Favoritens“ aktiv. Diese vorwiegend jungen Männer türkischer Herkunft sind teils österreichische und teils türkische Staatsbürger. Von öffentlichem Interesse ist, dass sie „ihren“ Wiener Bezirk „verwalten“. Auf kulturell-religiöser Ebene wachen sie dabei darüber, dass zumindest von Muslimen während des Fastenmonats Ramadan kein Alkohol getrunken wird bzw. dass generell (muslimisches) Verhalten „Halal“ ist. Auf ethnischer Ebene versuchen sie den Gebrauch kurdischer Musik und Sprache zu verhindern. Auf politischer Ebene sind sie zumeist Anhänger von Recep Tayyip Erdoğan bzw. seiner Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP), in geringerem Umfang auch der rechtsextremistischen Milliyetçi Hareket Partisi (MHP), dem politischen Arm der sogenannten „Grauen Wölfe“. Diese „Wächter Favoritens“ agieren grundsätzlich unauffällig und unterhalb der Schwelle physischer Gewalt, griffen jedoch Ende Juni an mehreren Tagen gemeinsam mit weiteren Türken Demonstrationen von

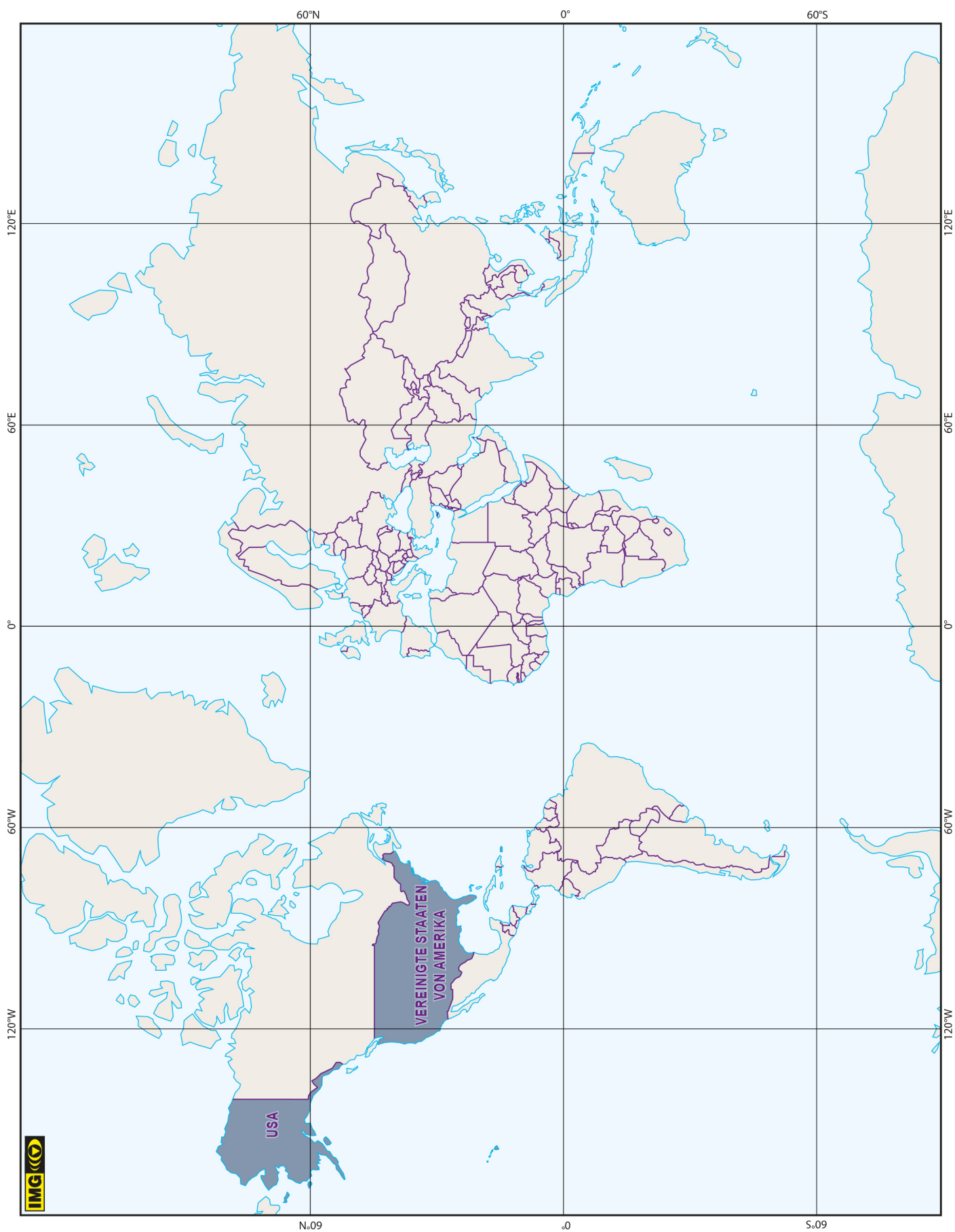
PKK-Anhängern bzw. in weiterer Folge das Ernst-Kirchwegger Haus an. Die Wiener Polizei konnte nur mit einem Großaufgebot Gesetz und Ordnung wiederherstellen.

Identitätspolitik stellt Bedürfnisse spezifischer Gruppen in den Mittelpunkt politischen Handelns. Diese Gruppen werden an Hand ethnischer, kultureller, sozialer, sexueller und sogar rassischer Besonderheiten identifiziert. Ziel von Identitätspolitik ist es, die Position und die Möglichkeiten dieser Gruppen zu verbessern. Kritiker merken jedoch an, dass Identitätspolitik die Gesellschaft fragmentiert und (große) Teile der Gesellschaft ausgrenzt.

Der europäischen und österreichischen Politik obliegt es nun, die Konsequenzen aus den dargestellten Gewaltausbrüchen zu ziehen. Dabei wird es auch notwendig sein, eine Diskussion darüber zu führen, welche Bedeutung Identitätspolitik und Multikulturalismus für Sicherheit und Stabilität in modernen Gesellschaften hat.

Auch wenn Integration oder gar Assimilation als (neues?) politisches Ziel definiert wird, ist es als eher unwahrscheinlich zu beurteilen, dass eine solche gelingen wird. Grundlage dieser eher pessimistischen Einschätzung ist die quantitative Relation zwischen zugewanderter und autochthoner Bevölkerung. Mittel- und langfristig ist zwar eine Auflösung ethnischer Zugehörigkeiten denkbar, eine Auflösung der religiösen Zugehörigkeit jedoch realistischerweise nicht. Eine Säkularisierung der Zuwanderer – wie von manchen politischen Verantwortungsträgern erhofft – ist als sehr unwahrscheinlich zu bewerten. Daher sind weitere ethnische, aber auch religiöse Konflikte innerhalb der europäischen und österreichischen Gesellschaft zu erwarten.

Herwig Jedlaucnik



Vereinigte Staaten von Amerika

Die westliche Welt ...

USA - „Crying from heaven“

#BlackLivesMatter

Archive sind etwas Wunderbares. Dies gilt freilich nicht nur für Historikerinnen und Historiker. Nein, jedermann kann heute mit digitaler Leichtigkeit Parallelen zur Vergangenheit ziehen. Dazu benötigt man nicht einmal eine besondere Ausbildung oder Gabe, dazu genügt ein einfacher funktionierender Internetzugang. Das Stöbern in der Vergangenheit fördert dabei manchmal Erstaunliches, ja Bemerkenswertes zutage. Bemerkenswert vor allem deshalb, weil es hin und wieder vorkommt, dass uns furchtbare Geschehnisse aus unserer jüngsten Vergangenheit manchmal in geradezu fataler Weise an unsere unmittelbare Gegenwart erinnern und man sich unwillkürlich die Frage stellt: Wieso fällt es unserer Spezies eigentlich so schwer, aus (der) Geschichte zu lernen?

Beim jüngsten Stöbern in den Tiefen des Zeitungsarchives der „Washington Post“ fiel mir ein Artikel auf, der vor gut einem Jahr, genauer gesagt im Juni 2019, veröffentlicht worden war. Dieser Beitrag wiederum bezog sich auf einen Vorfall aus dem Jahre 2014, der damals – fünf Jahre später – noch immer keinen juristischen Abschluss gefunden hatte. Wir schreiben den 17. Juli 2014. Ort: Staten Island, New York. Eine Polizeistreife nimmt den 44-jährigen Afroamerikaner Eric Garner unter dem Verdacht, un versteuerte Zigaretten (einzeln!) verkauft zu haben, fest. Der unbewaffnete Garner, der eigentlich nur zufällig vor Ort ist, leistet Widerstand gegen seine Festnahme und wird von einem Police-Officer in den (in New York seit 1993 verbotenen) Würgegriff (*Chokehold*) genommen. Auch nachdem weitere Polizisten zur Unterstützung am Ort des Geschehens eingetroffen sind, wird der fast 200 kg schwere asthmakranke Garner noch immer am Boden fixiert. Gezählte elf Mal sind dabei Garners Worte „I can't breathe!“ zu hören. Trotz des durch eine Beamtin nicht mehr feststellbaren Pulses des Verhafteten wird von keinem der Beamten Erste Hilfe geleistet. Im Krankenhaus kann nur noch der Tod Eric Garners festgestellt werden.

Bereits kurze Zeit später überschwemmten zahlreiche Amateurvideos des Vorfalls die sozialen Netzwerke und führen in der Folge zu landesweiten Unruhen mit Toten und Verletzten. Ein halbes Jahr später, im Dezember 2014, entschied eine Grand Jury, den für Garners Tod primär verantwortlichen Officer Daniel Pantaleo nicht anzuklagen. Doch Garners Familie gab nicht auf, Gerechtigkeit für ihren Sohn einzufordern und wollte

zumindest erreichen, dass Pantaleo aus dem Polizeidienst entlassen werden würde. Am Tag der ersten offiziellen disziplinarrechtlichen Anhörung – man schrieb mittlerweile den Mai 2019 – regnete es in New York in Strömen. Unzählige Unterstützer und auch die Familie Garners warteten vor dem Gebäude, in dem die Verhandlung stattfand. Garners Mutter verglich die Regentropfen damals mit den Tränen ihres Sohnes: „Eric is crying from heaven,” sagte sie, „because he sees his mother and his family out here still trying to fight for justice for him.”

Vier Jahre nach dem Tod Garners, im Juli 2019, sollte Pantaleo von den New Yorker Behörden schließlich doch noch aus dem Polizeidienst entlassen werden. Seine Berufung gegen das Urteil läuft.

Garners Fall zusammen mit dem noch bekannteren Fall des kurze Zeit danach ebenfalls durch Polizeigewalt getöteten Michael Brown in Ferguson, Missouri, bringen dann wieder tausende Aktivisten und Bürgerrechtler auf die Barrikaden, denn: Auch im Falle Browns wurden die für seinem Tod verantwortlichen Polizisten nie angeklagt.

2020. Man kann es *Deja Vu* nennen. Für viele US-Bürger wird es das wohl auch gewesen sein. Der Tod von George Floyd in Minneapolis könnte durchaus zynisch unter der Rubrik „parallel black lives“ verbucht werden. „Black lives matter“ ist dann auch auf den unzähligen Spruchbändern der Demonstranten zu lesen, die in den USA und schon längst auch in vielen anderen Staaten für Gleichbehandlung und gegen Rassismus und Diskriminierung fast schon täglich auf die Straßen gehen.

Die gleichnamige Bürgerrechtsbewegung hatte sich erstmals nach dem Tod des Teenagers Trayvon Martin unter „#BlackLivesMatter“ etabliert. Der unbewaffnete 17-jährige afroamerikanische Schüler Martin war am 26. Februar 2012 von George Zimmermann, einem Mitglied einer selbsternannten Bürgerwehr aus Sanford, Florida, auf offener Straße erst verfolgt und dann im Zuge eines Handgemenges erschossen worden. Zimmermann gab später an, Martin sei ihm „verdächtig“ vorgekommen („*looks like he is up to no goods*“). Am 13. Juli 2013 entschied das Gericht auf Freispruch für Zimmermanns wegen Notwehr. Grundlage der Entscheidung war das umstrittene „*Stand-your-ground-law*“, das Waffengebrauch in Florida zur Notwehr auch bei Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit gestattete. Michael Bloomberg, damals Bürgermeister von New York, umriss die besondere Problematik so: „Man kann einfach keine zivilisierte Gesellschaft haben, wenn jeder eine Waffe besitzt und selbst darüber entscheiden darf, ob ihn jemand bedroht oder nicht!“ Der die damaligen Bürger-Proteste in New York anführende schwarze Prediger Al Sharpton brachte die alltägliche Rassendiskriminierung in den

USA dann auf den Punkt, als er meinte: „Wir können einen schwarzen Mann ins Weiße Haus setzen, aber wir können ein schwarzes Kind nicht durch eine geschützte Wohnsiedlung laufen lassen!“

Im Jahre 2016 bot der freigesprochene Zimmermann die Waffe, mit der er vier Jahre zuvor Treyvon Martin erschossen hatte, als „Ein Stück amerikanische Geschichte“ bei einer Auktion an. Er erzielte einen Preis von 250.000 US\$.

Nach dem Tod von Martin, Garner und Brown und den damit verbundenen nationalen wie internationalen Protesten etablierte sich die Black Lives Matter-Bewegung, die gegen willkürliche Polizeigewalt und für die Rechte von Schwarzen und Coloured People eintritt, in immer mehr Staaten der USA als auch international.



Minneapolis im Mai 2020: Friedliche Demonstrationen...



...und Ausschreitungen

Auch der jüngste tragische Vorfall gilt als ein weiteres Beispiel von unverhältnismäßiger Polizeigewalt in den USA: Am 25. Mai 2020 wurde der Afroamerikaner George Floyd bei seiner Festnahme in Minneapolis erstickt. Mehr als 8 Minuten kniete im Zuge seiner Verhaftung ein ihn arretierender Police-Officer auf seinem Hals. Obwohl auch Floyd die mittlerweile symbolträchtigen Worte „I can't breathe“ bekundete – es sollten dies seine letzten sein – ließ man nicht von ihm ab. Auch dieser Vorfall wurde von Beobachtern aufgezeichnet und fand schnell seinen Weg auf die verschiedensten Social-Media-Plattformen.

Große landesweite friedliche Proteste gegen Polizeigewalt und -willkür wurden in der Folge auch

immer wieder von Plünderungen begleitet, die die Situation in vielen US-Metropolen zusätzlich verschärfte. Dies gab dem US-Präsidenten den Vorwand, friedliche Bürgerrechtsdemonstrationen und gewalttätige Ausschreitungen argumentativ zu verknüpfen und zu fordern, die Polizei müsse „die Straßen dominieren“. Gleichzeitig warf er der Demokratischen Partei vor, die „Polizei abschaffen“ zu wollen.

Nach fast dreiwöchigem Stillhalten bezeichnete Trump das Vorgehen der Polizei gegen George Floyd zwar mittlerweile als „Schande“ und Floyds Erstickungstod vor laufenden Kameras als „mehr als 8 Minuten des Horrors“, auf eine klare Positionierung gegen Rassismus oder gar eine Rede an die Nation, um zur Versöhnung und Deeskalation aufzurufen, warten die US-Bürger aber immer noch vergebens. Genau dazu war er schon kurz nach den tragischen Ereignissen von Minneapolis von den vier noch lebenden US-Präsidenten Barack Obama, Bill Clinton, George W. Bush sowie Jimmy Carter indirekt aufgefordert worden – bislang ohne Erfolg (Stand 14. Juni 2020).



1.500 Demonstranten waren erwartet worden, über 50.000 kamen: Black Lives Matter-Kundgebung am 4. Juni 2020 in Wien

Ex-Präsident Bill Clinton etwa meinte, der Tod George Floyds sei lediglich der „jüngste Fall in einer langen Reihe von Tragödien und Ungerechtigkeiten sowie eine schmerzhaft Erinnerung daran, dass die Hautfarbe einer Person immer noch festlegt, wie diese in fast jeder Lebenslage in Amerika behandelt wird“. Friedensnobelpreisträger Jimmy Carter forderte Trump indirekt zum Handeln auf: "Wir brauchen eine Regierung, die so gut ist wie ihre Bevölkerung, und wir sind besser als das". George W. Bush wiederum sprach von einem „schockierendem Versagen“ des eigenen Systems und stellte gleichzeitig die zentrale Frage: „Wie beenden wir systematischen Rassismus in unserer Gesellschaft?“

Die zahlreichsten Wortmeldungen seit dem Tod George Floyds aber kamen von dem Mann, nach dessen

zweimaliger Wahl zum Präsidenten viele Menschen jahrelang geglaubt hatten, der Rassen- und Chancengleichheit im US-amerikanischen System ein gutes Stück näher gerückt zu sein - dem ersten US-Präsidenten mit afroamerikanischen Wurzeln, Barack Obama. Obama sieht in den Ereignissen die Chance für nachhaltigen Wandel des Gesellschaftssystems in den Vereinigten Staaten und dankte der Black Lives Matter-Bewegung für ihr Engagement. Der Ex-Präsident meinte, eine Mehrheit der US-Amerikaner halte die landesweiten Proteste „wegen der Ungerechtigkeiten, die sie gesehen haben“ weiterhin für gerechtfertigt. Der Unterschied der Proteste aus dem Jahr 2020 zu früheren sei aber, dass diesmal nicht nur Schwarze oder Angehörige von Minderheiten auf die Straßen gingen, sondern dass sich diesmal Aktivisten aller Hautfarben und politischer Überzeugungen in großer Zahl an den Protesten beteiligen würden. „Man sieht sich diese Proteste an und es gibt einen viel repräsentativeren Querschnitt Amerikas, der friedlich demonstriert. (...) Das gab es in den 1960er Jahren nicht (...) es gibt einen Mentalitätswechsel, eine stärkere Erkenntnis, dass wir Besseres schaffen können“, so Obama.



Barack Hussein Obama II, 44. Präsident der USA (2009-2017)

COVID-19

Unsere Affinität zu den modernen Wissenschaften und die Vorstellung, alle wissenschaftlichen Probleme seien mittlerweile letztlich (kurzfristig) lösbar und lediglich vom Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen abhängig, hat sich vor allem ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Köpfen vieler Menschen festgesetzt. Umso dramatischer war die jüngste bittere Erkenntnis, dass die Menschheit der momentan global grassierenden sog. „Corona-Pandemie“ (COVID-19) auch mit einer weltweiten forschungstechnischen Anstrengung nicht kurzfristig Herr zu werden vermochte. Wir planen eine Kolonie auf dem Mars und sind nicht einmal in der Lage, uns auf der Erde gegen einen Virus zu schützen. Unsicherheit und Angst sind die Folge.

Hatte Donald Trump den US-Bürgern nicht noch vor Beginn der Krise versichert, die USA seien „No.1 in the world for preparedness“? Ist er wegen seines Nicht-Handelns für das Ausmaß der Krise in den USA nicht zumindest mitverantwortlich (O-Ton Trump: „I don't take responsibility at all“)? Betrachten wir die Ereignisse in den USA doch einmal chronologisch:

Es ist eigentlich fatal für die bestehende Argumentationslinie des amtierenden US-Präsidenten, dass es gerade die US-Nachrichtendienste waren, die von der gesundheitlichen Krise in China als Erste Wind bekamen. So geschehen bereits im November 2019, als US-Aufklärungssatelliten eine stark erhöhte Kommunikationstätigkeit in den Krankenhäusern der chinesischen Metropole Wuhan registrierten. Das National Center für Medical Intelligence, der medizinische Nachrichtendienst der USA, gab kurze Zeit später eine erste interne Warnung heraus, dass es sich hierbei um den Beginn einer Pandemie handeln könnte. Von diesem Zeitpunkt an erhielt der US-Präsident nachweislich zwei Monate lang mehr als ein Dutzend schriftliche und mündliche Warnungen und Briefings seiner verschiedenen Dienste und Nationalen Sicherheits- und Gesundheitsberater bezüglich der neuen Gefahr. Doch Trumps Reaktion war fast null.

Der Chef der nationalen Seuchenbehörde CDC in Atlanta, Robert Redfield, wurde erstmals im Januar nun auch von seinem chinesischen Gegenpart über die Gefährlichkeit des neuen Virenstammes unterrichtet. Der wendete sich umgehend an das US-Gesundheitsministerium und begann mit der Entwicklung erster Diagnosetests. In der Zwischenzeit wurde Trump auch von der von ihm später so viel geschmähten Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die neue Lage informiert. Doch Trump tat weiterhin nichts.

Tatsache ist, dass die chinesischen Machthaber zuerst einige Wochen lang versuchten, das Corona-Virus zu vertuschen. Doch die USA waren durch ihre Aufklärung informiert. Daher ging der kurzzeitige Versuch Donald Trumps, den Chinesen den alleinigen schwarzen Peter zuzuschieben, nur solange gut, als die US-Medien nichts davon erfuhren, dass der Präsident in Wirklichkeit schon wochenlang von der Gefahr informiert war und dennoch nichts unternommen hatte. Während hinter den Kulissen US-amerikanische Diplomaten auf eine Initiative des State Department bereits aus Wuhan ausgeflogen wurden, verstrich zuhause in den USA weiter wertvolle Zeit. Zeit, die Trump hätte nutzen können (und sollen), Beatmungsgeräte und Schutzkleidung in den USA produzieren zu lassen.

US-Gesundheitsminister Alex Azar, der in diesen Tagen dringend um einen Termin ersuchte, ließ Donald Trump jedenfalls erst einmal warten. Er flog lieber am Wochenende (18./19.Jan.) zum Golfspielen mit seiner Familie nach Florida... Azar erreichte den Präsidenten

schließlich telefonisch im Wochenende, doch Trump ging gar nicht auf Azars Warnungen ein und wechselte das Thema: Er rügte den Gesundheitsminister bezüglich dessen Umgangs mit dem Thema E-Zigaretten.... Kathleen Sebelius, US-Gesundheitsministerin unter Barack Obama (2009-2014), dazu: „Bei allem sieht es so aus, als wurden die Alarmglocken und die Vorsorgemaßnahmen ignoriert und gestrichen. So hat Amerika zwei Monate verschwendet.“

Auf die Frage einer Journalistin in einer Pressekonferenz am 22. Januar am Weltwirtschaftsgipfel in Davos, ob die USA denn einen Plan bezüglich der Bekämpfung des Corona-Virus verfolgten, antwortete der Präsident: „Wir haben einen Plan und haben es schon gut gemacht!“

Kurze Zeit später, am 23. Januar, lässt die chinesische Regierung ganz Wuhan abriegeln und stellt ihre 11 Millionen Einwohner unter strenge Quarantäne. Doch dabei bleibt es nicht. Es folgen die umfangreichsten, weltweit jemals verhängten Quarantänemaßnahmen: Innerhalb kürzester Zeit stehen in China 56 Millionen Menschen unter Quarantäne. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte klar sein müssen, dass man es hier mit einer gesundheitlichen Bedrohung von höchster Priorität zu tun hatte.

Der Pandemie-Plan der vorangegangenen Obama-(bzw. George W. Bush-) Regierungen, der bezüglich der stetig lauernden Gefahr einer weltweiten Pandemie erstellt worden war, hatte das Anlegen von großen Lagerhäusern und entsprechende Bevorratungsmaßnahmen für den Fall einer Pandemie inkludiert. Hier lagerten einst Bestände im Wert von 7 Milliarden US\$: Nahrungsmittel, Medikamente, Schutzausrüstungen, medizinische Apparaturen etc..

Im Zuge der Schweinegrippe (Pandemie H1N1 aus 2009/10 - damals starben 12.000 US-Amerikaner an der Seuche) waren bedeutende Anteile dieser Reserven dann unter den Bürgern in den USA verteilt worden. Das Geld, das man benötigte, die dadurch entstandenen Fehlbestände für das „nächste Mal“ zu ersetzen, fiel jedoch später Sparmaßnahmen zum Opfer – zumindest für jene Artikel, von denen man glaubte, sie selbst schnell herstellen zu können: Schutzmasken, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung für medizinisches Personal...

Nach der Ebola-Krise von 2014 schuf Barack Obama dann eine eigene Abteilung für Welt-, Gesundheit- und Pandemieplanung im Nationalen Sicherheitsrat.

Im Zuge der Amtsübergabe Obama-Trump (2017) war die Gefahr einer weltweiten Pandemie dann nachweislich Thema der Unterredungen gewesen. Doch die neue Administration nahm die Gefahr nicht nur nicht ernst, sondern kürzte zusätzlich die Mittel der US-Vorsorge. Dem Rotstift zum Opfer fielen pikanterweise letztlich auch jene CDC-Fachleute, die in China stationiert waren. Nun war die US-Administration

wieder allein vom chinesischen Kommunikationswillen abhängig, wenn es darum ging, für die USA relevante gesundheitliche Gefahren frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Ins Gesamtbild passt hier, dass der republikanisch-dominierte Kongress im ersten Amtsjahr Donald Trumps (2017) nur die Hälfte der notwendigen Gelder zur Auffüllung der strategischen Reserve genehmigte... Noch Mitte Februar 2020 sollte der US-Präsident die Ausfuhr von 18 Tonnen Schutzmasken und Schutzkleidung nach China genehmigen – ein Bestand, der den USA nur wenige Tage später dringend fehlen würde...



Geht es nach Donald Trump, so muss die US-Seuchenbehörde CDC (Centers for Disease Control and Prevention) im Fiskaljahr 2021 mit einem Rückgang ihrer Budgetmittel von 700 Millionen US\$ rechnen...

Im gleichen Monat - im Februar 2020 – zu einem Zeitpunkt, an dem die Pandemie die USA längst erreicht hatte, reichte die Trump-Administration für das Fiskaljahr 2021 dann Budgetkürzungen von nicht weniger als 700 Mio. US\$ allein für die CDC ein.

So kam es, wie es kommen musste: Noch am 24. Januar schmeichelte Donald Trump den Chinesen im Schatten der gerade erst mühsam beigelegten Wirtschaftsquerelen: „China hat sehr hart gearbeitet, um das Coronavirus einzudämmen. Die Vereinigten Staaten schätzen seine Bemühungen und seine Transparenz. Es wird alles gut ausgehen. Ganz besonders will ich mich im Namen des amerikanischen Volkes bei Präsident Xi bedanken.“ Bei den bilateralen Wirtschaftsgesprächen jedoch war die Corona-Krise von Trump tunlichst ausgespart worden, statt von den Chinesen hier

dringend Aufklärung zu verlangen. Weitere wertvolle Zeit verstrich...

Tatsächlich hatte die chinesische Regierung dem US-Präsidenten jedoch mehr Information zu Corona übermittelt, als dieser später zuzugeben bereit war. Trumps Wirtschaftsberater im Weißen Haus, Peter Navarro, schrieb damals nachweislich aufgrund dieser Informationen in einem Memo an den Präsidenten von einem „möglichen Verlust von einer halben Million amerikanischer Leben“ und von der Notwendigkeit der „aggressiven Eindämmung“. Dieses Memo ließ Navarro im gesamten Weißen Haus verteilen. Trump gab später an, das Memo nicht gelesen zu haben...

Erst am 29. Januar 2020 wird eine Corona Task Force ins Leben gerufen. Mittlerweile kam aus Chicago die Nachricht, dass erstmals auf US-Boden eine Ansteckung nachgewiesen werden konnte. Dazu Donald Trump am 30. Januar im Rahmen einer Besichtigung einer Fabrik in Michigan: „Wir haben in diesem Land ein sehr kleines Problem. 5 Leute - alle erholen sich schon wieder!“

Trotz dieses verbalen Kleinredens wird dann kurze Zeit später von Trump doch der Notstand ausgerufen und Einreisestopps verhängt. Jedoch: In den ungenutzten Wochen zuvor waren nicht weniger als 400.000 US-Bürger aus China wieder in die USA eingereist. Die Möglichkeit, das Virus quasi „auszusperren“, wie er es seinen Anhängern nicht müde wurde, zu erklären, war zu diesem Zeitpunkt längst vorbei.

Donald Trump kämpft zu diesem Zeitpunkt aber auch noch an anderen Fronten: Es ist Wahljahr und Anfang Februar bekommt er die endgültige formelle Bestätigung des Kongresses, dass das von den Demokraten angestrebte Amtsenthebungsverfahren abgeschmettert wurde. Genau diese Stimmung möchte er für sich nutzen, da kann er keine Krise des Staates und schon gar keine Wirtschaftskrise gebrauchen.

Doch wie es scheint, ist sich Trump dem Ernst der Lage noch immer nicht wirklich bewusst. Anfang Februar verlautbart er bei einem Treffen der Gouverneure der einzelnen Bundesstaaten im Weißen Haus, das Virus werde im April, wenn es wärmer werde, von selbst verschwinden.

Nicht der Präsident, sondern das CDC kommuniziert letztlich der US-amerikanischen Öffentlichkeit die Nachricht von der reell existierenden Lage im Land. Im Rahmen eines „White House Press Briefing“ am 25. Februar spricht die bei CDC zuständige Leiterin für Impfstoffe, Nancy Messonnier, erstmals ungeschminkt über die Situation im Land und die lauernden Gefahren. Messonnier spricht von einem Virus, das sich rasend schnell ausbreitet und von der Notwendigkeit, die amerikanische Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, inklusive der Notwendigkeit von Schulschließungen und

Ausgangssperren, denn: „Disruption to everyday life might be severe“, so Messonnier wörtlich.

Trump, der sich gerade auf der Rückreise von einem Staatsbesuch in Indien befindet und dort zur Kenntnis nehmen musste, dass trotz seines auch in Indien praktizierten Schönredens der Krise („Das Corona-Virus ist in unserem Land sehr unter Kontrolle!“, 25. Februar) der US-Aktienmarkt in der Zwischenzeit bereits um 1.000 Punkte (Dow-Jones) abgestürzt war, schickt nun seinen Wirtschaftsberater Larry Kudlow vor, um weiter zu dementieren: „Wir haben es eingedämmt. Fast luftdicht!“

Wieder zuhause in Washington, ernannt Trump US-Vizepräsident Mark Pence zum Chef der Corona-Taskforce. Noch immer will er die reale Gefahr nicht sehen, vergleicht das neue Virus mit einem gewöhnlichen Grippevirus, und rechnet vor laufenden Kameras vor, dass die Grippe pro Jahr in den USA zwischen 25.000 und 69.000 Opfern fordere, man es hier aber schließlich nur mit 15 Opfern zu tun habe...

Nachdem sich eine erste CDC-Versuchsreihe zur Entwicklung eines geeigneten Corona-Test als kontaminiert und damit unbrauchbar erwiesen und wertvolle Wochen Verzögerung verursacht hatte, können am 2. März von verschiedenen US-Universitäten entwickelte Diagnosetests endlich freigegeben werden.



Vom Saulus zum Paulus – und wieder zurück? Donald Trump und wie er das Corona-Virus sah – eine Genese der ersten Monate der Pandemie.

Am 6. März besucht der US-Präsident das Hauptquartier des CDC in Atlanta. Dort verspricht er nicht nur *allen* US-Amerikanern einen *perfekten* Corona-Test, zwei Versprechungen, die - was die damalige Verfügbarkeit wie auch Qualität der Diagnosen betraf - völlig aus der Luft gegriffen waren, sondern weist sich den anwesenden Wissenschaftlern gegenüber überdies als medizinischen Experten aus: „Ich mag dieses Zeug (damit war die *Wissenschaft* gemeint, Anm.d.Verf.). Wissen Sie, mein Onkel war ein großartiger Professor am MIT (Massachusetts Institute for Technology, Anm.d.Verf.), er hat da über eine Rekordzeit von Jahren unterrichtet. Er war ein Supergenie! Dr. John Trump! Ich mag diese Dinge, ich verstehe sie! Jeder von diesen

Doktoren fragt, woher ich so viel darüber weiß? Vielleicht bin ich ein Naturtalent? Vielleicht hätte ich lieber das machen sollen, statt mich als Präsident zu bewerben?“

Am 11. März wird die USA für alle Reisenden aus Europa, das zu dem damaligen Zeitpunkt der globale Hotspot des Virus ist, gesperrt. Doch das Virus ist längst im Land und verbreitet sich schnell. Trump gibt am 16. März auf dringende Empfehlung seiner Gesundheitsberater Richtlinien heraus, wie man sich vor dem Virus schützen sollte: 6 Fuß Sicherheitsabstand. Nun spricht er von einer Dauer der Pandemie „bis Juli oder August“, obwohl namhafte Gesundheitsexperten der USA schon längst in viel größeren Zeitspannen denken. Trumps Problem mit der Krise ist, dass diese ansetzt, ihn in seinen Argumentationen und Wunschvorstellungen fast täglich aufs Neue bloßzustellen. Seine Zustimmungsraten beginnen landesweit zu sinken. In den kommenden drei Wochen verlieren mehr als 35 Millionen US-Amerikaner ihre Jobs. Und Trump tritt plötzlich die Flucht nach vorne an: Nun ist er auf einmal der Pandemie-Präsident - bald gar der „Kriegs-Präsident“. Und er fordert plötzlich offen von den bei vielen Entscheidungen autonom agierenden Gouverneuren „Dankbarkeit“ ein. „Ich will, dass sie dankbar sind! Keine Lügen erzählen! Dankbar sind für unsere großartige Arbeit! Wir haben hier Großes geleistet!“ Tatsache ist jedoch, dass sich die Gouverneure von Trump in der Krise alleine gelassen fühlten und mangels Führung aus dem Weißen Haus über einen entscheidenden Zeitraum selbstständig agieren mussten, ohne auf zeitgerechte bundesstaatliche Mittel zurückgreifen zu können. Am 31. März 2020 bezeichnet Trump COVID-19 als erstmals „Frage von Leben und Tod“. Seit den ersten Intelligence-Berichten aus China, die ihm bezüglich COVID-19 zur Verfügung standen, sind mittlerweile mehr als 4 Monate vergangen. Auf die Flut der Patienten sind die meisten Bundesstaaten nicht vorbereitet. Es fehlt vor allem an der notwendigen Schutzausrüstung. Erst im Februar hatte Trump großspurig eben diese nach China geschickt – nun hat man selbst keine mehr. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen sich US-Krankenpersonal in Ermangelung entsprechender Ausrüstung in der Not ihre Schutzkleidung selbst „basteln“: nämlich aus Müllsäcken...Aber Trump will auch hier keinerlei Verantwortung übernehmen: Am 6. April – mittlerweile sind mehr als 360.000 Menschen in den USA erkrankt und die Zahl der Toten hat die magische Grenze von 10.000 längst überschritten – schiebt er die Verantwortung auf die Obama-Regierung: Letztere hätte bei der Vorsorge „leere Schränke hinterlassen“ – obwohl es keine zwei Jahre zuvor die Republikaner gewesen waren, die die entsprechenden Gelder weiter gekürzt hatten.



Anthony Fauci (24.Dezember 1940, New York), M.D. 1966 in New York, seit 1984 Director des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID)

Anthony Fauci gilt heute als einer der bedeutendsten Pioniere der US-amerikanischen Aids-Forschung und ist führender Immunologe in den Vereinigten Staaten. Der heute fast 80-jährige beriet mittlerweile nicht weniger als 6 US-Präsidenten und ist Spezialist für Biogefährdung. Fauci war einer der ersten, die im Jahre 1981 erkannten, dass es sich bei einer ungewöhnlichen Häufung einer seltenen Form von Lungenentzündung um eine neue Art von Bedrohung handelte - HIV.

Im Zuge der Corona-Krise avancierte der weltbekannte Wissenschaftler dann schnell zum Star der regelmäßigen Pressekonferenzen des US-Präsidenten – nicht ohne dadurch regelmäßig dessen Eifersucht herauszufordern. Sehr schnell wurde es der Presse und der Mehrheit der US-Öffentlichkeit jedoch klar, dass die Sprüche und Behauptungen, mit denen Präsident Donald Trump die immer dramatischere Ausmaße annehmende gesundheitliche Lage der Nation im Wahljahr 2020 zumindest propagandistisch in den Griff zu bekommen versuchte, von der wissenschaftlichen (traurigen) Wahrheit und Realität weit entfernt waren. Der besonnene Immunologe aus Brooklyn fungierte vor der Presse dagegen immer wieder als realitätsnaher und mahnender Rufer in der Twitter-Wüste – und findet bei den US-Amerikanern weiterhin Gehör – auch wenn (oder gerade, weil) er dem Präsidenten vor laufenden Kameras ununterbrochen widerspricht...

Von einem Auffüllen der Fehlbestände war noch 2017 keine Rede. Trump schlägt weiter wie wild um sich, um Verantwortliche für das sich anbahnende Desaster der westlichen Führungsmacht zu finden: Auch die Weltgesundheitsorganisation WHO sei verantwortlich, so Trump, und droht - noch während die weltweite Pandemie anhält - mit der Einfrierung der US-Mittel. Die WHO, so Trump hätte „Monate früher warnen können.“ Sein nächster „logischer“ Sündenbock: China, dessen gute Zusammenarbeit mit den USA er noch wenige Wochen zuvor betont hatte. Doch seine ewigen Ausreden und Lügen finden in der Bevölkerung mittlerweile immer weniger Gläubige.

Angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage und der Millionen neuer Arbeitsloser verbündet sich der Präsident im April dann plötzlich immer öfter mit jenen Randgruppen, die schnell auf eine Lockerung des Lockdowns dringen, statt in der Bevölkerung um Verständnis für die nationalen Notmaßnahmen zu bitten. Damit unterläuft er aber die Maßnahmen vieler Gouverneure, die von ihm schon in Zeiten der sich entwickelnden Krise nicht oder nur sehr schwach unterstützt worden waren. Selbst im Weißen Haus zeigt er demonstrativ seinen Widerwillen gegen die letztlich von ihm selbst initiierten Sicherheitsmaßnahmen. So ist Donald Trump der Einzige, der im Weißen Haus auf eine Maske verzichtet...

Immer neue „Wundermittel“ zur Bekämpfung des Virus werden von ihm diskutiert. So spricht er vor laufender Kamera allen Ernstes von der Möglichkeit, Desinfektionsmittel zur „Reinigung“ der infizierten Körper zu spritzen: Trump im Originalton: „Und da gibt es ja diese Desinfektionsmittel, die das Virus in einer Minute ausschalten! Gibt es eine Möglichkeit, etwas zu machen, durch eine Injektion, beinahe wie ein Durchreinigen?“ Nach einem Aufruhr in den Medien, rudert Trump bald wieder zurück und spricht nun von einer „sarkastischen Bemerkung“. In der Zwischenzeit erließ beispielsweise die Katastrophenschutzbehörde des Staates Washington den dringlichen Appell „Essen Sie keine Waschmittelkapseln oder injizieren Sie keine Desinfektionsmittel. Machen Sie eine schlimme Situation nicht schlimmer.“

Die Ereignisse rund um den gewaltsamen Tod von George Floyd im Mai und die damit verbundenen landesweiten Ausschreitungen und Demonstrationen hatten dann bewirkt, dass das Thema Nummer Eins der letzten Wochen und Monaten in den US-Medien etwas in den Hintergrund gerückt wurde. Die verschiedensten Lockerungen, die in fast allen Bundesstaaten stattfanden, taten ihr übriges, die weiterhin große Gefahr eines neuen Aufflammens der Pandemie zu nivellieren. Doch diese Entspannung erwies sich schon bald als temporär und trügerisch.

Die US-Gesundheitsbehörde CDC (Centers for Disease Control and Prevention) appellierte daher mittlerweile an alle US-Bürger, nicht vorschnell die Pandemie für beendet zu erklären, sondern weiter an den Sicherheitsstandards festzuhalten. CDC-Direktor Robert Redfield betonte, dass die Pandemie „noch nicht vorbei“ und die „USA noch nicht über den Berg“ seien, nur weil sich momentan die Lage zum Besseren entwickle. Redfield: „Wir machen echte Fortschritte, aber es bleibt noch viel Arbeit.“

Die Angst vor einer „zweiten Welle“ ist bei den Gesundheitsbehörden real – und das aus gutem Grund: Seit den Lockerungen in fast allen US-Bundesstaaten verzeichneten mehr als ein Dutzend Staaten die höchsten Neuinfektionszahlen seit Beginn der Pandemie. So meldete zum Beispiel allein das Gesundheitsministerium von North Carolina am 12. Juni 1.768 Neuinfektionen.

Jay Butler, der für Infektionskrankheiten zuständige Vertreter bei CDC, meinte zum Problem der Lockerungen: „Wir verstehen, dass wir alle keine Lust mehr darauf haben, zu Hause zu bleiben, und das Leben zurückhaben wollen, das wir im Dezember hatten.“ Dies müsse aber „so sicher wie möglich“ geschehen. Glücklicherweise ist nach wie vor die überwiegende Mehrheit (> 80%) aller US-Amerikaner von der Richtigkeit und Notwendigkeit der getroffenen Beschränkungen überzeugt.



Briefing des US-Präsidenten zur COVID-19-Lage im Weißen Haus

Nach Daten der Johns-Hopkins-University of Baltimore haben sich bei einer Gesamtbevölkerungszahl von ca. 330 Millionen Bürgern seit Beginn der Pandemie in den USA mehr als 2 Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Bis 13. Juni 2020 verstarben knapp 113.000 Personen. Damit ist die USA bis zum genannten Stichtag das Land mit den meisten Opfern der Lungenkrankheit COVID-19.

Ausblick – Abschied einer Führungsnation?

Man könnte behaupten, die Führungskrise der USA lasse sich leicht an einem Mann, dem US-Präsidenten selbst, festmachen. Aber – ist es wirklich so einfach?

Seit Donald Trump im November 2016 ins Amt des 45. Präsidenten der USA gewählt und im Januar 2017 vereidigt worden ist, scheinen in Europa und überall sonst auf der Welt zumindest die diplomatischen Uhren anders zu gehen. Es herrscht Stillstand. Von der einstigen Führungsrolle der USA, eine klassische und gewachsene seit 1945, ist momentan nicht mehr viel übrig. Trump interessierte sich von Beginn seiner Amtszeit nicht für bestehende Verträge, nicht für Verbündete und deren Probleme, nicht für das Klima und schon gar nicht für diejenigen, die ihm widersprachen. Trump brachte und bringt das demokratische US-System fast täglich an seine Grenzen und überschreitet diese auch zuweilen. Bislang hat sich die US-amerikanische Demokratie jedoch zum Glück als widerstandsfähiger erwiesen, als es dem selbsternannten Self-Made-Milliardär aus reichem Hause lieb ist.

Tatsache ist, dass Donald Trump während der über drei Jahre seiner Amtszeit mehr politisches Porzellan zerschlagen hat als sämtliche US-Präsidenten vor ihm in gefühlten hundert Jahren. Wie immer sein Nachfolger oder Nachfolgerin 2020 oder 2024 heißen mag, der- oder diejenige wird Jahre brauchen, um das Vertrauen (nicht nur der Verbündeten) in die US-Politik wiederherzustellen. Ob und wieviel dann von der ehemaligen Führungsmacht USA noch übrig sein wird, bleibt ungewiss.

Und trotzdem – die Frage, die in Zusammenhang mit der westlichen Führungskrise gestellt werden muss, ist doch wohl auch, wie es möglich war, dass es so weit kommen konnte?

Es geht um nichts weniger als den historischen Führungsanspruch westlicher politischer Werte. Haben westliche Regulative versagt? Hat man geschlafen, solange man noch gestalten konnte, die Post-Kalte-Kriegs-Welt noch „formbar“ gewesen war? Oder haben wir uns gar vielleicht nur vorschnell in unserem blinden Vertrauen auf eine globalisierte Demokratie, die sich seit der Implosion des Kommunismus angeblich unaufhaltsam auf dem Vormarsch befindet, getäuscht? Keine Rede mehr vom „Ende der Geschichte“ eines Francis Fukuyama. Ist der momentane Trend des Vormarsches autoritärer Regime nicht auf globaler Ebene beobachtbar? Von einer Pax-Americana, wie sie noch in den 1990er-jahren diskutiert und prognostiziert wurde, ist weit und breit nichts zu sehen – und eine zweite Chance ist mittlerweile sicherheitspolitisch illusorisch. Fast zwei Jahrzehnte nach dem psychologischen Schock von „9/11“ scheinen die USA nur sehr langsam in der Lage, sich aus ihren militärischen Einsatzgebieten im Mittleren Osten wieder herauslösen zu können. Trotz immenser Kosten und

tausenden Opfern auch in den eigenen Reihen konnten die über die Jahre immer wieder mutierten, meist politisch und militärisch nur schwach skizzierten Ziele der Kriege im Irak und Afghanistan nicht erreicht werden. Im Gegenteil. Vielerorts hat der Einsatz von US-Truppen die Regionen in einem – bestenfalls – instabilen (sicherheits)politischen Dämmerzustand hinterlassen.

Aber auch die EU als zweitwichtigster westlicher Akteur hat aufgrund ihrer mangelnden politischen Einheit kein sicherheitspolitisches Konzept. Gerade die COVID-19-Pandemie hat bewiesen, dass selbst bei einer vergleichsweise sicherheitspolitisch-„überschaubaren“ Krisensituation keine einheitliche Regelung innerhalb der EU schnell möglich ist, noch für eine solche ein Masterplan existiert. Trotz jahrelanger Warnung namhafter Experten wurde man von einer (im historischen Vergleich) zum Glück (bisher) „schwachen“ Pandemie kalt erwischt und überrascht – und das trotz national durchaus existierender, oft weitreichender Pandemieplanungen.

Trotz ungebrochener militärischer und ökonomischer Stärke der USA scheint ihr politischer Einfluss und ihre traditionelle Beispielwirkung, die sie noch bis in die 80er-Jahre des vorigen Jahrhunderts durchaus besessen hatte, stetig zu erodieren. Der politische Trend, sich in Zukunft lieber wieder auf sich selbst zu konzentrieren, fand (und findet) in den USA ja traditionell Gehör. Trumps „Make America Great Again“ ist jedoch ein Wahlspruch, der sich nur in zweiter Linie auf die globale Ebene bezieht: An erster Stelle ist hier die Nation und das Territorium der USA selbst gemeint. So gesehen kann man der rüpelhaften Politik des Donald Trump eine gewisse Kontinuität und Logik innerhalb ihrer selbst gesteckten engen Grenzen gar nicht absprechen.

Für ein geeintes „Great America“ ist jedoch gerade der amtierende US-Präsident der falsche Promoter. Denn kein anderer US-Präsident hat je mehr polarisiert und die Nation geteilt als Donald Trump himself. Die Stärke der USA war von jeher ihre fast bedingungslose Geschlossenheit in Krisenzeiten. Dies ist jetzt nicht mehr der Fall. Trump nimmt „seine“ republikanische Partei gerade in Zeiten des laufenden Wahlkampfes praktisch täglich in Geiselhaft und nötigt sie nolens volens, seinen politisch äußerst riskanten Weg des „never look back“ zu gehen. Dan P. McAdams, seines Zeichens Harvard-Schüler und heute Professor für Psychologie an der Northwestern University (NU) in Illinois, hat es in seinem jüngsten Buch „The Strange Case of Donald J. Trump. A Psychological Reckoning“ (Oxford Univ. Press: 2020) wohl auf den Punkt gebracht, wenn er folgende Charakterisierung vornimmt: „Rather than see his life as an ongoing story, Donald Trump lives in the emotional moment, from one moment to the next. He refuses to be retrospective, prospective, or introspective. He never looks back. He

never looks very far forward and he never looks inside. One after another, each life episode involves a battle of some kind, a struggle to triumph over an adversary because, as he sees it, the world is a dangerous place, filled with vicious people.“



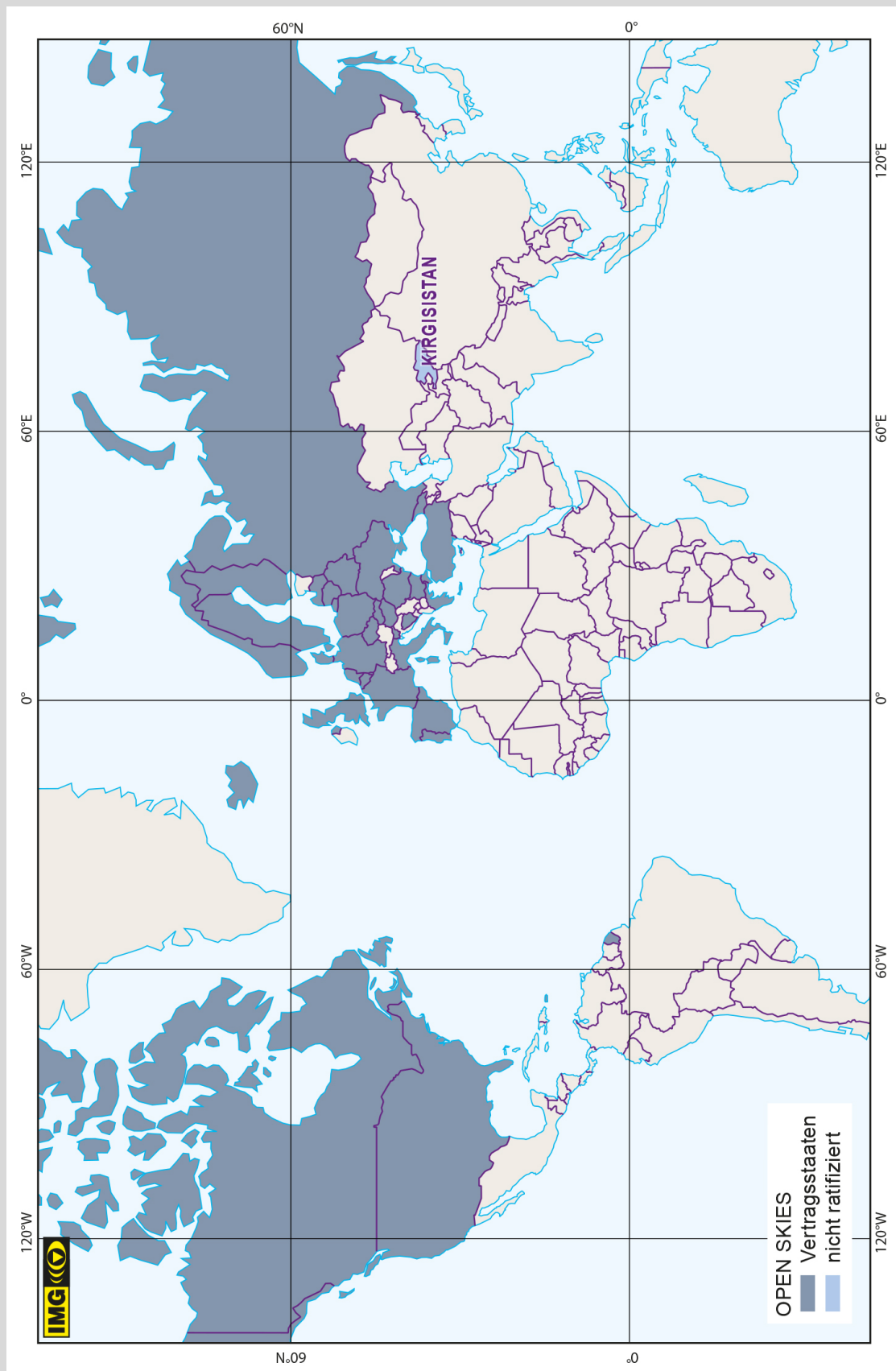
„He never looks back. He never looks very far forward and he never looks inside.“ (Psychologe Dan P. McAdams in seiner neuesten Analyse über Donald Trump)

Ein weiteres Problem, das Donald Trump hat, ist eines, das er selbst wohl kaum als solches erkennt. Die geographische Lage der USA suggerierte seit jeher militärische Unantastbarkeit und ökonomische Unverwundbarkeit. Egal, mit welchem Gegner man es in der Vergangenheit zu tun hatte, ob mit Kaisern, Führern oder dem Tenno – eigentlich stand für die USA bereits vor jedem (konventionellen) Waffengang fest, dass man diesen letztlich im Sinne Washingtons entscheiden werde. Die Frage war nur, wie lange man dafür benötigte. Allein die ökonomische Unantastbarkeit bei gleichzeitig fantastischen Produktionsbedingungen ist seit über 100 Jahren Garant für den materiellen Sieg. Das war – über Umwege – selbst (oder gerade) im Kalten Krieg der Grund für den letztlichen Triumph über die Sowjetunion, zu einem Zeitpunkt, als der Parameter der militärischen Unantastbarkeit durch die Entwicklung von Interkontinentalwaffen bereits weggefallen war.

Viele US-Amerikaner scheinen noch heute in einem derartigen Denken verhaftet zu sein. Doch die Zeiten haben sich geändert. Aus der kurzzeitigen alleinigen Führungsrolle der USA (so es eine solche tatsächlich gab) ist eine multipolare Welt mit neuen (alten) Akteuren geworden. Zu nennen wären in erster Linie das langsam zusammenwachsende Europa mit seiner EU genauso wie natürlich der neue asiatische Shootingstar China, der sich heute bereits anschickt, sich von seiner jahrzehntelangen Rolle als billiger Werkbank des Westens zu lösen und selbst auf dem Bereich der Technologie die USA herauszufordern. Dazu gesellt sich nach wie vor das technisch nachhinkende, jedoch rohstoffreiche Russland, das einstige Größe und ebensolchen Respekt durch militärische Drohgebärden regelmäßig einfordert. Die USA befinden sich also nun in einer Situation, in der die politischen Karten – anders als im Kalten Krieg – zumindest zum Teil immer wieder neu gemischt werden. Dies ergibt sich allein aus den nun entstandenen Möglichkeiten von (temporären) Allianzen und bilateralen wirtschaftlichen Abkommen. In diesem Spiel sind die USA nach wie vor der mächtigste Player, zweifellos. Aber eben nur ein Player von mehreren.

Ein einstiges liebgewonnenes Geschichtsbild neuen Realitäten anzupassen ist keine Live-Show. Es ist ein schmerzlicher Prozess und geschieht in Gesellschaften nicht in Echtzeit. Das Bewusstsein, nun nicht mehr die angestammte Rolle spielen zu können, ist ein Umdenkprozess, der oft Generationen benötigt, um in den Köpfen der Gesellschaft wirklich anzukommen. Manchmal geschieht es auch zu spät: Großbritannien mit seiner Brexit-Diplomatie sei hier als warnendes Beispiel genannt.

Felix Schneider



Open Skies-Teilnahmestaaten

Open Skies

Am 24. März 1992 unterzeichneten Vertreter der NATO- wie auch der ehemaligen Warschauer-Vertrags-Staaten den sog. Open-Skies-Vertrag (Vertrag über den offenen Himmel). Dieser gestattet allen Unterzeichnerstaaten, gegenseitig die Territorien der übrigen Vertragsstaaten auf festgelegten Routen zu überfliegen. Dabei dürfen auch Aufnahmen zu Aufklärungszwecken gemacht werden. Obwohl bereits Mitte der 50er-Jahre vom damaligen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower angedacht, konnte ein solches Abkommen während des Kalten Krieges aus naheliegenden Gründen nicht verwirklicht werden.

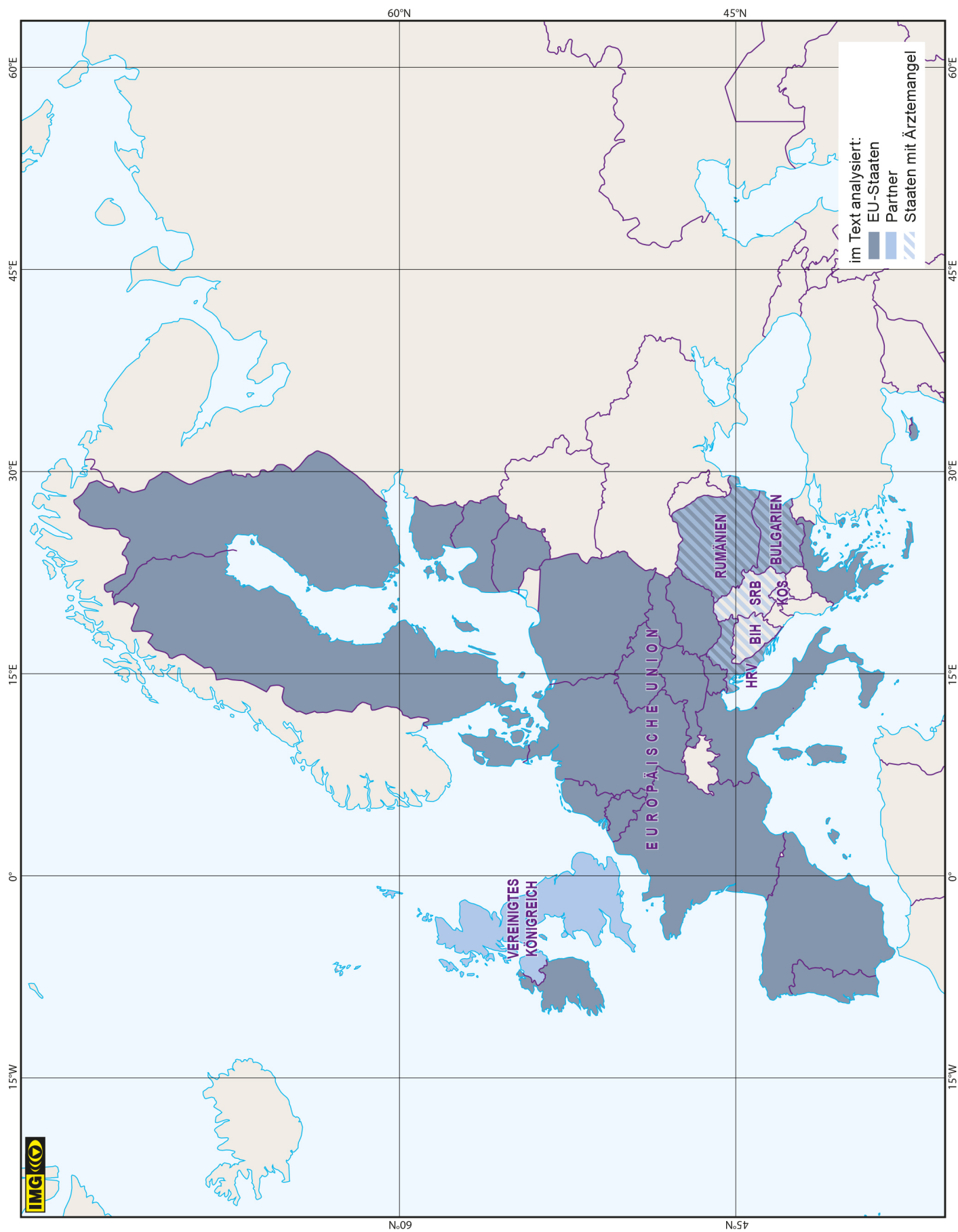
Mit dem Ende des Kalten Krieges waren die Karten dann neu gemischt worden. Im Zuge der Verhandlungen über den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) in Wien kam die Idee eines Vertrages über den offenen Himmel wieder aufs Tapet. Am 24. März 1992 war es dann soweit: Der Luftraum zwischen Vancouver bis Wladiwostok war Gegenstand einer vertrauensbildenden Maßnahme geworden, der im Laufe der Jahre von 35 Staaten der Nordhalbkugel ratifiziert wurde. Zehn Jahre später, im Januar 2002, trat der Vertrag schließlich in Kraft. Teilnahmestaaten sind neben den USA und Russland, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Spanien, Portugal, USA Kanada, Bulgarien, Georgien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Weißrussland, Türkei, Schweden, Finnland, Lettland, Litauen, Georgien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Kirgisistan (noch nicht ratifiziert). Auch Österreich hat sein Interesse bekundet, dem Vertrag beizutreten.



US-amerikanisches Überwachungsflugzeug auf dem russischen Flugplatz Kubinka (2012)

Am 21. Mai 2020 verlautbarte der amtierende US-Präsident Donald Trump, die USA würden sich aufgrund wiederholter russischer Verletzungen vom Vertrag zurückziehen. Robert O'Brian, Nationaler Sicherheitsberater von Donald Trump, dazu wörtlich: „Die Russen verletzen den Vertrag systematisch, indem sie amerikanischen und verbündeten Flugzeugen Überflüge verweigerten.“ O'Brian warf der russischen Regierung weiters vor, sie hätten Überflüge genutzt, um zivile Einrichtungen zu überfliegen, das Weiße Haus, Camp David und einen Golfplatz, auf dem sich auch der Präsident aufhält. Die Vorwürfe wurden von Moskau dementiert.

Der Rückzug der USA trifft indes die Russische Föderation wohl härter als ihren (ehemaligen) bipolaren Gegenpol USA. Während sich die Russen schon seit Jahren auf technische Verbesserung ihrer Beobachtungsflugzeuge konzentrieren, setzen die Vereinigten Staaten schon seit längerer Zeit auf ihre überlegene Satellitentechnik, die zudem keinen Beschränkungen unterliegt und nicht an bestimmte Routen gebunden ist.



Europa

Europa und die EU

COVID-19 wurde unterschätzt

Die Wirkung des Sars-CoV-2 wurde auf globaler Ebene von den meisten Regierungen und von Gesundheitsinstitutionen unterschätzt – so auch innerhalb der Europäischen Union (EU), hier insbesondere seitens des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control – ECDC) und den Gesundheitsministern der EU-Mitgliedstaaten. Das ECDC in Solna/Schweden dient seit 2005 als Warnmechanismus bei Epidemien. Den Verbreitungsgrad von Sars-CoV-2 stufte das ECDC unmittelbar nach dem Virusausbruch in Italien für den Rest der EU jedoch als „gering bis moderat“ ein. Am 23. Februar – nach dem Ausbruch von Sars-CoV-2 in Italien – schätzte die ECDC die Infektionsrate für Menschen in der EU und im Vereinigten Königreich als „gering bis moderat“ ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten die italienischen Behörden drei Dutzend Infizierte in der Lombardei, ein Dutzend Infizierte in Venetien und auch die ersten beiden Todesfälle gemeldet. Sie riegelten den Virusherd Codogno sowie neun umliegende Gemeinden ab. Die „*rigorosen Maßnahmen*“ in Italien würden die Verbreitung des Virus reduzieren, beruhigte die ECDC. Bereits im März begann das italienische Gesundheitssystem zusammenzubrechen. Mehr als 120.000 Menschen hatten sich damals mit Sars-CoV-2 angesteckt, mehr als 800 hatten in Italien durch COVID-19 bereits ihr Leben verloren. Die Lombardei fuhr am 10. März das öffentliche Leben komplett herunter. Österreich schränkte daraufhin den Reiseverkehr ein und kündigte tags darauf die Schließung von Schulen und Universitäten an.

Aus den Protokollen der Europäischen Kommission ging auch im Jänner hervor, dass die Europäische Kommission einen Monat, bevor COVID-19 in der EU ausgebrochen war, Hilfe bei der gemeinsamen Beschaffung von Nasen-Mund-Schutzmasken, Testkits und Beatmungsgeräten angeboten hatte. Die Regierungsvertreter aus den Gesundheitsministerien der EU-Mitgliedstaaten hatten dieses Angebot bei einer Sitzung am 31. Jänner offenbar dankend abgelehnt – unter dem Verweis, ausreichend für eine mögliche Krisensituation gerüstet zu sein: „*Bisher hat noch kein Land um zusätzliche Unterstützung gebeten*“, so das Protokoll, das der Nachrichtenagentur Reuters vorlag. Das sollte sich kurz danach als ein großer Fehler herausstellen. In fast allen EU-Mitgliedstaaten mangelte es an medizinischer Ausrüstung.

Am 10. Februar fand ein Krisentreffen der EU-Gesundheitsminister statt, damals wurden in der gesamten EU 44 nachweislich mit Sars-CoV-2 Infizierte in sieben Ländern registriert, weltweit stiegen die Fälle

inzwischen auf 60.000 Corona-Infizierte an. Die Volksrepublik China hatte inzwischen ihre Zählmethode an die WHO angepasst, so wurden offiziell von Peking aus damals 15.000 an Sars-CoV-2 Infizierte an die WHO gemeldet. Das Zentrum des Sars-CoV-2-Ausbruchs in China – Wuhan – war demnach „*gut eingrenzbar, die EU gut abgeschirmt*“. Zu diesem Zeitpunkt war kaum bekannt, dass auch Infizierte ohne Symptome dieses Virus übertragen können. Ein tückischer Faktor der Epidemie wurde somit von Beginn an übersehen. Im Februar breitete sich das Virus bereits in Italien aus, 322 Infektionen und elf Tote waren offiziell am 25. Februar bekannt. Gesundheitsminister aus Italien, Österreich, Deutschland, Kroatien und der Schweiz trafen während dieser Zeit in Rom zusammen und kamen überein: „*Wir stimmen darin überein, die Grenzen offen zu lassen*“, eine Schließung der Grenzen wäre „*unverhältnismäßig*“ und „*wirkungslos*“.

Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten begannen erst Anfang März, den Ernst der Lage zu erkennen. Viele Staaten schlossen zunächst ihre Grenzen, was den Export von dringend benötigter medizinischer Ausrüstung in die Nachbarländer sogar behinderte, anstatt dass sie sich – wie von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen kritisiert –, auf das Gemeinsame zu konzentrierten. Anfang April befand sich die Hälfte der neuen Corona-Infektionsfälle in Europa, nämlich mehr als 510.000. In Europa entwickelten sich beim Versuch, COVID-19 einzudämmen, zwei Ansätze heraus:

- „*Stay at home*“: Den anfänglichen Appellen zum freiwilligen Abstandhalten, zum regelmäßigen Händewaschen, zum Verzicht auf Familienfeiern und anderen sozialen Treffen folgten rasch behördliche Verordnungen. In Österreich kam es zu Ausgangsbeschränkungen und mancherorts zu Quarantänemaßnahmen. Derartige Maßnahmen wurden schon ziemlich früh verordnet, das Ziel lag in der Minimierung des Infektionsrisikos. In Belgien und Frankreich war man mit derartigen Maßnahmen noch zögerlich, doch nach einem sonnigen Frühlingswochenende, an dem sich die Menschenmassen in den belgischen Strandbädern oder in den Pariser Parks getroffen hatten, wurde zu strengen Kontrollen und der Verhängung von teilweise empfindlich hohen Geldstrafen gegriffen. In den meisten europäischen Ländern wurden Spielplätze und Parks geschlossen, auch Universitäten, Schulen, Kindergärten. Das frühe Erkennen und Isolieren von Infizierten sind nach wie vor Themen, die alle Staaten beschäftigen. Vor allem: Welche Tests sind aussagekräftig, rasch durchführbar – und auch verfügbar? Ebenso haben viele afrikanische Länder früh angefangen, an den Flughäfen Temperaturkontrollen durchzuführen. Angesichts der damals gestiegenen

Infektionszahlen setzten die meisten Staaten auf den üblichen Mix: Grenzschießungen, Aufbau von Testkapazitäten, Aufrufe nach dem Händewaschen und Zuhause bleiben.

- Appelle (Schweden): In Schweden setzte man auf Appelle an die „*Vernunft*“ der Bevölkerung. An Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen oder Versammlungsverbote, wie sie in den meisten Staaten Europas erlassen wurden, glaubte die Regierung nicht. Anordnungen blieben moderat. Zunächst waren Veranstaltungen mit bis zu 500 Personen erlaubt, daher tummelten sich bei den Après-Ski-Partys in den schwedischen Wintersportorten bis zu 499 Partygäste. Premierminister Stefan Löfven hatte in einer Fernsehansprache seine Landsleute dazu aufgerufen, für sich selbst und für ältere Menschen Verantwortung zu übernehmen. Schulen, Kindergärten, Geschäfte, Restaurants, Bars blieben geöffnet. Die Mitarbeiter großer Firmen waren angewiesen, von zu Hause aus zu arbeiten. In Schweden ist das Home-Office-Konzept nichts Außergewöhnliches. Tests wurden kaum durchgeführt, nicht einmal beim medizinischen Personal – in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt. Nur wer schwere Symptome aufwies, wurde getestet. So waren die Behörden bestrebt, eine gewisse Immunisierung eines Teils der Bevölkerung gegen Sars-CoV-2 zu erreichen. Dieses Ziel bleibt jedoch bis heute unerreicht. Appelle hatten ursprünglich auch die Niederlande und das Vereinigte Königreich an die Bevölkerungen gerichtet, London hatte jedoch noch im März eine Kehrtwende vollzogen. Britische Forscher hatten Premierminister Boris Johnson davor gewarnt, dass es auf dem Weg zum Erreichen der angestrebten Herdenimmunität 250.000 Tote geben könnte. Herdenimmunität besteht darin, wenn so viele Menschen immun sind, dass sich das Virus nicht weiter ausbreiten kann. So wären auch nicht angesteckte Personen geschützt. 60 Prozent der Bevölkerung müssten demnach infiziert sein, um diesen Zustand zu erreichen. Die vor allem in Schweden und in Großbritannien angestrebte Herdenimmunität wurde nicht erreicht. Diese ursprünglichen Konzepte beider Länder scheiterten.

Die Coronakrise hat innerhalb der EU – hier vor allem bei den Mitgliedstaaten – aufgezeigt, in welchen Bereichen die EU als Union widerstandsfähiger werden müsste, um Fehleinschätzungen bei Ausbrüchen von Pandemien und mangelnde Koordination in Zukunft zu vermeiden. Die Überforderung vieler Gesundheitssysteme in westlichen und südlichen EU-Mitgliedstaaten stellten Regierungen vor enorme

Herausforderungen, viele nationale Gesundheitssektoren erwiesen sich als äußerst mangelhaft. In Krankenhäusern herrschte akuter Personalmangel, selbst die für die Bekämpfung der Pandemie erforderliche Schutzausrüstung fehlte vielerorts. Vor der Coronakrise waren über Jahre nationale Gesundheitssysteme in der EU mit drastischen Einsparungsmaßnahmen konfrontiert. Die dringend benötigte (und anfangs teils mangelhafte) Schutzausrüstung wie Mund-Nasenschutzmasken oder Test-Kits musste Großteils aus der Volksrepublik China, aus Malaysia oder aus Südkorea importiert werden, die Koordination in den Mitgliedstaaten in Hinblick auf Früherkennung und Frühwarnung scheiterte in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres. Bei Ausbruch der Krise herrschte zu Beginn der Coronakrise dann „Raubritterstimmung“ – gemäß der Devise „Rette sich, wer kann“ – so wurde auch bereits von Mitgliedstaaten zuvor bezahlte Schutzausrüstung von anderen Mitgliedstaaten zurückgehalten – so in Frankreich gegenüber Italien oder auch in Deutschland gegenüber Österreich, Hilfslieferungen wurden anfangs auch von Polen und der Tschechischen Republik konfisziert.

Kranke Gesundheitssysteme – Beispiele aus Südosteuropa

In manchen europäischen Ländern erwies sich die Situation für die Mediziner als besonders prekär: Wegen schlechter Bezahlung und Vetternwirtschaft verlassen Mediziner seit Jahren die südosteuropäischen Staaten. Sie fehlten in der Coronakrise. Serbien versuchte, sie zurückzuholen. Wegen des wachsenden Drucks auf das Gesundheitssystem waren alle Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern im Ausland aufgerufen, mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung im Kampf gegen Sars-CoV-2 in Serbien zu helfen. Mit diesem Appell forderte die Regierung in Belgrad das medizinische Personal in der Diaspora zur befristeten Heimkehr auf. Von den 10.000 Ärzten in der Diaspora meldeten sich jedoch wenige. Diejenigen, die sich meldeten, waren oft Mediziner und Pfleger auf Heimaturlaub, die wegen geschlossener Grenzen nicht in ihr Gastland zurückkehren konnten. Andere ausgewanderte Ärzte reagierten auf den als „*scheinheilig*“ kritisierten Aufruf eher verbittert. Der Gesinnungswandel komme „*spät*“, so der in Oldenburg praktizierende Traumatologe Nikola Vukelić. 30 Jahre lang habe der serbische Staat alles getan, „*um die Leute zu vertreiben*“. Gründe für die Abwanderung waren höhere Löhne im Westen, die Vernachlässigung des Gesundheitssektors durch die Führung in Belgrad und fehlende Perspektiven in Serbien. In Deutschland hatte sich die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitssektor aus Südosteuropa 2019 um 12 Prozent auf mehr als 50.000 erhöht. Die meisten Mediziner und Beschäftigten

aus diesem Sektor stammen aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und dem Kosovo. Bei Kroaten, Bulgaren und Rumänen ist der Mediziner-Aderlass ähnlich hoch. Schon bis 2015 hatten seit dem EU-Beitritt 2007 mehr als 14.000 Ärzte Rumänien verlassen. Die Zahl der abgewanderten Krankenschwestern wurde von den Gewerkschaften auf das Zwei- bis Dreifache geschätzt. Die absurd niedrigen Gehälter von Jungärzten hatte Rumänien 2018 zumindest in Spitälern von 344 Euro auf 902 Euro netto aufgestockt. Doch in Rumänien – dem Land mit den geringsten Gesundheitsausgaben der EU – sind es in der Provinz nur noch pensionierte Ärzte, die das löchrige System aufrechterhalten. Zudem existiert eine extrem hohe Ärztearbeitslosigkeit in Südosteuropa. In der Region Niš/Serbien waren Anfang April 434 Mediziner arbeitslos gemeldet. Denn in Serbien und in Bosnien-Herzegowina wird Studienabgängern die Möglichkeit der Spezialisierung und damit zum Berufszugang oft verwehrt: *„Entweder mußt Du in der Partei sein und Verbindungen haben oder irgendeinen korrupten Oberarzt Tausende von Euros in den Hintern schieben“*, so der serbische Dialysearzt Andreja Matic, der in Ljubljana arbeitet.

Cornakrise verursacht Wirtschaftskrise

Die Coronakrise verursachte auf globaler Ebene die größte Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Viele Unternehmen mussten Kurzarbeit anmelden oder gingen in Konkurs. Die Krise trifft alle Produktions- und Industriesparten – von der Automobil- bis zur Luftfahrtindustrie und der Modeindustrie – sowohl die Automobil- wie auch die Luftfahrtindustrie kämpften jedoch schon vor dem „Corona-Ausbruch“ in einem gnadenlosen Wettbewerb um Kunden und Absätze – bis zur teils tourismusorientierten Gastronomie und Reisebranche. Die Nachfrage der Konsumenten änderte sich schlagartig: allein im Vereinigten Königreich wurden in nur einer Woche Lebensmittel im Wert von zusätzlich einer Milliarde Pfund gekauft, die Lebensmittelproduktion wurde um 50 Prozent gesteigert. Panikkäufe bestimmten in den ersten Wochen nach dem Ausbruch der Coronakrise das Wirtschaftsgeschehen.

Die Corona-Pandemie beschert der globalen Wirtschaft den stärksten Einbruch seit den 1930er-Jahren. Weltweit schnellten die Arbeitslosenzahlen in die Höhe und Tausende Unternehmen sind von der Insolvenz bedroht. Das Sars-CoV-2 ließ Aktienkurse und den Ölpreis abstürzen. An den Finanzmärkten war gleich zu Beginn der Krise von einem *„Schwarzen Montag“* die Rede. Der deutsche Aktienindex *Dax* fiel zum Handelsstart um mehr als sieben Prozent. Der US-Leitindex *Dow Jones* fiel zur Eröffnung in einer ähnlichen Größenordnung, der Handel wurde kurz ausgesetzt.

Der *Dax* steuerte auf den größten Tagesverlust seit dem 11. September 2001 („9/11“) zu. Der Goldpreis stieg zeitweise auf mehr als 1700 US-Dollar je Feinunze an. Am Ölmarkt gab der Preis für die Nordseesorte Brent zweitweise um mehr als 31 Prozent auf 31 US-Dollar je Barrel (Fass zu 159 Litern) nach. Dies bedeutete den stärksten Rückgang seit 1991 (Golfkrieg, Operation *„Desert Storm“* zur Vertreibung irakischer Truppen aus Kuwait). Die Ausgangslage für einen derartigen Einbruch war damals, dass die Nachfrage nach Öl sinken dürfte, wenn die Weltwirtschaft wegen Sars-CoV-2 in eine Rezession geraten könnte. Zudem waren Anfang März die Verhandlungen zwischen der OPEC und Russland über eine Kürzung der Ölförderung gescheitert. Als Reaktion darauf hatte Saudi-Arabien am Wochenende des 7. und 8. März eine Ausweitung der Produktion angekündigt und die Preise gesenkt.

Im Vereinigten Königreich hatte zunächst im *„Kampf gegen den unsichtbaren Killer“* die *Bank of England* den Leitzins auf 0,1 Prozent gesenkt und ihre Anleihekaufprogramme auf 645 Milliarden Pfund (das entspricht einem Drittel der Wirtschaftsleistung) ausgeweitet. Der Finanzminister schnürte drei Hilfspakete: Erst zwölf Milliarden Pfund mit Steuererleichterungen, Krankengeld und Extramilliarden für den Gesundheitsdienst NHS, dann 330 Milliarden Pfund Kreditgarantien für strauchelnde Unternehmen sowie 20 Milliarden Pfund Steuernachlässe für kleine Unternehmen und Direktzahlungen bis 25.000 Pfund für Einzelhändler und Gastronomen sowie Milliarden für Arbeitnehmer, die Lohneinbußen erlitten hatten. Mit Ende März übernahm der Staat die Zahlung von 80 Prozent der Monatsgehälter von Arbeitnehmern bis zu einer Höhe des Durchschnittseinkommens von 2500 Pfund netto im Monat. Die Intervention zur Lohnfortzahlung galt rückwirkend ab März und auf unbestimmte Zeit: *„Das sind beispiellose Maßnahmen für beispiellose Zeiten“*, begründete Schatzmeister Rishi Sunak die Maßnahmen der Regierung. Noch am 23. März stand die britische Arbeitslosenquote auf einem historischen Tiefststand von vier Prozent. Im ganzen Vereinigten Königreich zählte die Zahl der registrierten unselbständig Beschäftigten 33 Millionen. Irland beschloss ein ähnliches Paket mit einer Übernahme von 75 Prozent der Kosten durch die Regierung.

Folgende erste Finanzmaßnahmen wurden zunächst von EU-Staaten beschlossen:

- Österreich: 38 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 9 Prozent des BIP): 4 Milliarden Euro für die Kurzarbeit, 10 Milliarden Euro für Steuerstundungen, 15 Milliarden Euro für Notfallhilfen für Branchen, die es besonders hart trifft; 9 Milliarden Euro Garantien und Haftungen für Kredite. In Österreich betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz: Es gelte, Arbeitsplätze zu retten: *„Koste es, was es wolle“*.

- Deutschland: 123 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 3,6 Prozent des BIP): 10 Milliarden Euro für Kurzarbeit; 50 Milliarden Euro für KMU; 600 Milliarden Euro für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF); bis 822 Milliarden Euro Garantien der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW); 200 Milliarden Euro für Unternehmen mit bis zu 2 Millionen Euro Umsatz.
- Frankreich: 45 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 1,9 Prozent des BIP): 32 Milliarden Euro Stundung von Körperschaftssteuer und Sozialversicherungsgebühren; 8,5 Milliarden Euro Zahlungen (Teilarbeitslosigkeit); 2 Milliarden Euro Solidaritätsfonds für KMUs; Kreditgarantien für Unternehmen bis zu 5 Millionen Euro Umsatz.
- Italien: 25 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 1,4 Prozent des BIP): 3,5 Milliarden Gesundheitssystem; 10 Milliarden Euro Familien und Ein-Personen-Unternehmen (EPU); Hilfe für Fracht- und Logistikunternehmen und Unternehmen bis 2 Millionen Euro Umsatz; staatliche Kreditgarantien.
- Spanien: 17 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 1,4 Prozent des BIP): Stützungen bei temporären Freistellungen von Arbeitnehmern. Sozialversicherungserleichterungen für „Systemerhalter“; Kreditaufschub für betroffene Arbeiter und Selbstständige; Garantien für Privatkredite.
- Niederlande: 20 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 2,5 Prozent des BIP): Notfallsüberbrückung für Fixangestellte; Überziehungskredite für Unternehmen; Kreditgarantien für mittlere und große Unternehmen.

Maßnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten

Im EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon zeigt sich, dass die Mitgliedstaaten weiterhin ihre Gesundheitspolitiken selbst bestimmen und sowohl dem EU-Parlament als auch der EU-Kommission keine Rolle in der Gesundheitspolitik zuteilwird. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hält zwar in Artikel 4 [Geteilte Zuständigkeiten] im Punkt k fest, dass „gemeinsame Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit“ zu jenen Politiken gehören, in denen sich Union und Mitgliedstaaten die Zuständigkeiten teilen. Jedoch gemäß Artikel 168 (1) AEUV ergänzt die Union nur die Arbeit der Mitgliedstaaten bei „Beobachtung, frühzeitiger Meldung und Bekämpfung schwermiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren“. Die Kompetenz, gesundheitspolitische Maßnahmen zu verfügen, besitzt dieses Zentrum jedoch nicht. Die EU-Mitgliedstaaten

stimmten sich zunächst bei der Rückholung ihrer Staatsbürger gemeinsam ab. Insgesamt waren rund 250.000 Menschen bis Anfang April von den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam koordiniert in Linienflügen, eigens gecharterten Flugzeugen oder mit Militärflugzeugen (z.B. aus Frankreich) in die jeweiligen Heimatländer gebracht worden. In absoluten Notfällen, wo es keine sonstigen Flugmöglichkeiten gab, war der Zivilschutzmechanismus der EU direkt in Brüssel aktiviert worden.

Die EZB beschloss das 750 Milliarden Euro umfassende PEPP (*Pandemic Emergency Purchase Programme*). Mit diesem Geld sollten als Stützungsmaßnahme in der Coronakrise Anleihen der öffentlichen Hand und des privaten Sektors gekauft werden. Bereits Mitte März hatte die EZB Langfristkredite für Banken zu extrem günstigen Bedingungen bereitgestellt, die diese an ihre Kunden weiterreichen sollen. Die Zinsen lagen zum Teil bei minus 0,75 Prozent, die Banken bekommen also Geld geschenkt, wenn sie die Kredite nehmen. Die monatlichen Anleihekäufe der EZB von 20 Milliarden Euro wurden zweimal aufgestockt. Jetzt können nach Berechnungen der Allianz-Ökonomen für mehr als 110 Milliarden Euro im Monat Staats- und Unternehmensanleihen aufgekauft werden, mehr als in der Eurokrise. Das soll verhindern, dass aus der Coronakrise eine Finanzkrise wird. Mit ihrer Maßnahme lehnt sich die EZB auch an das Vorgehen der US-Notenbank Fed an. Letztere hatte angekündigt, Anleihen von Unternehmen zu kaufen, die ihr gutes Rating seit einem bestimmten Stichtag verloren hatten. Am 23. April beauftragten sie die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, einen Plan für das Unionsbudget 2021-2027 sowie einen Wiederaufbaufonds zu erarbeiten.

Die EU stellte auf Vorschlag der Europäischen Kommission den Mitgliedstaaten – unter Voraussetzung auf deren diesbezügliche Einigung – ein umfassendes *Coronavirus*-Hilfspaket von mehr als 500 Milliarden Euro in Aussicht, jedoch gab es unter den Mitgliedstaaten bei dessen Gestaltung enorme Auffassungsunterschiede. Der niederländische Finanzminister Wopke Hoekstra hatte eine Einigung der Mitgliedstaaten auf das erste große *Coronavirus*-Hilfspaket der EU während einer Marathonsitzung in der Nacht auf 8. April zunächst verhindert. Am 9. April starteten die Finanzminister einen zweiten Versuch. Dieses Mal gelang eine Einigung. Denn hinter den Kulissen hatten sich Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron eingeschaltet. Nach Stunden ließ sich erst der niederländische Regierungschef Mark Rutte auf einen Abschluss des Hilfspakets überzeugen. Und die Niederlande verzichteten darauf, von potenziellen Schuldnern Strukturreformen in ihren Haushalten zu verlangen.

Das Hilfspaket der EU soll notleidenden Staaten und ihren Unternehmen günstige Kredite aus drei Quellen ermöglichen:

- dem geplanten Kurzarbeitsprogramm der EU-Kommission (100 Milliarden Euro);
- aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) (200 Milliarden Euro);
- aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM (bis zu 240 Milliarden Euro).

So sollen Staaten wie Italien oder Spanien, die am schwersten unter der Pandemie gelitten hatten, günstige Kredite gewährt werden. Umstritten war bis zuletzt die Rolle des ESM. Die EU-19 (Euro-19) hatten den ESM während der Eurokrise 2012 gegründet, um hochverschuldete Mitgliedstaaten liquid zu halten. Spanien, Zypern und Griechenland hatten damals profitiert, im Gegenzug mussten sie jedoch Reformen in Sozial- und Pensionssystemen durchführen. Damals ging es vor allem darum, den Euro stabil zu halten.

Von Deutschland kam nun der Kompromissvorschlag, dass Schuldner keine Bedingungen erfüllen müssen, die nichts mit der Coronakrise zu tun haben. Darauf einigten sich schließlich alle 27 EU-Mitgliedstaaten. Vereinbart wurde: es werde einen Fonds zur Wiederaufbauhilfe geben (Vereinbarung vom 9. April). Die Entscheidung über *Coronabonds* wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt: Italien, Spanien und Frankreich forderten die gemeinsame Auflage derartiger Anleihen durch die EU. Es sei demnach ein Zeichen von Solidarität, gemeinsam zu handeln. Deutschland, Österreich und die Niederlande lehnen weiterhin eine Vergemeinschaftung von Schulden ab. Österreichs Finanzminister Gernot Blümel erklärte, es werde keine *Eurobonds* geben, bei denen die EU-Staaten solidarisch und ungeteilt für die Schulden der anderen haften. Die ESM-Kredite seien „*absolut unzureichend*“, so Italiens Präsident Giuseppe Conte. Zudem sind ESM-Kredite an sehr strenge Auflagen und Kontrollen geknüpft.

Die Europäische Kommission schlug am 27. Mai für den Wiederaufbau nach der Coronakrise einen Fonds von 750 Milliarden Euro vor. Davon sollen 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse für die nächsten drei Jahre (das entspricht rund 1,2 Prozent der jährlichen gesamten Wirtschaftsleistung der EU) und 250 Milliarden Euro als Kredite fließen. Zur Finanzierung sollen im Namen der EU Kredite aufgenommen und gemeinsam getilgt werden, die über die Europäische Investitionsbank (EIB) verwaltet und als Garantien an Unternehmen weitergegeben werden. Die Europäische Kommission würde somit Anleihen an den Finanzmärkten auflegen, um diesen Fonds zu füllen: „*Eine dringende und außergewöhnliche Notwendigkeit für eine dringende und außergewöhnliche Situation*“ nannte dies die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am 27. Mai bei ihrer Ansprache im

Europäischen Parlament. Die Europäische Kommission schlägt nach ihrem Plan mit dem Namen „*Nächste Generation EU*“ dreißigjährige Anleihen vor, die aus dem Unionshaushalt zurückgezahlt werden: „*nicht vor 2028, und nicht nach 2058*“. Als Rechtsgrundlage für ihren Vorschlag zieht die Europäische Kommission nach Angaben von Haushaltskommissar Johannes Hahn den Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) heran. Dieser besagt, dass „*die Union sich mit den erforderlichen Mitteln ausstattet, um ihre Ziele erreichen und ihre Politik durchführen zu können*“. Ob das geht, um das Verschuldungsverbot der Europäischen Kommission zu umgehen, müssten nun Gerichte entscheiden.

„Get Brexit done“ – Der Brexit gestaltet sich weiterhin kompliziert

Gemäß seinem Versprechen „Get Brexit done“ verkündete der britische Premierminister Boris Johnson am 31. Jänner den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU. Dieser Termin war nun der vierte und endgültige Termin für dieses Vorhaben, ursprünglich sollte der Brexit am 29. März 2019 vollzogen werden. Der Brexit wurde zunächst auf den 12. April 2019 und dann auf den 31. Oktober 2019 verschoben. Ende Oktober 2019 gaben die Staats- und Regierungschefs der EU-27 noch einen weiteren Aufschub für diesen einschneidenden Schritt für das Vereinigte Königreich. Ein Aufschub, zu dem Johnson zuvor seitens des britischen Parlaments gezwungen worden war. Am 12. Dezember 2019 wurde erneut das britische Unterhaus gewählt. Mit einem klaren Sieg der Tories und einer vernichtenden Niederlage der Labour Party brachte acht Tage später das Unterhaus den Austritt aus der EU auf dem Weg – mit einer Mehrheit von 124 Stimmen. Mit 31. Dezember 2020 wird, so Boris Johnson damals, „*der Brexit erledigt sein. Aus und vorbei*.“ Die Tories unter Boris Johnson besitzen im Unterhaus nun eine Mehrheit von 80 Sitzen: „*Das neue Jahr wird großartig für uns werden – das Jahr, in dem wir den Brexit erledigen*“, so Johnson nach der erfolgten Wahl. Bis zum Ablauf einer Übergangsfrist Ende 2020 war Johnson zunächst bestrebt, einen Handelsvertrag mit der EU abzuschließen. Die Alternative wäre sonst ein Hard Brexit. Definitiv läuft die Übergangsfrist mit der EU nun fix Ende Dezember aus, eine Übergangsphase gibt es keine, so der für den Brexit verantwortliche Minister, Michael Gove, am 12. Juni. Bis Ende 2020 bleibt das Vereinigte Königreich noch Mitglied des Binnenmarktes und der Zollunion.

Premier Johnson möchte, dass die tiefen Risse, die in der britischen Gesellschaft durch den Brexit entstanden sind, nun überwunden werden. Das Vereinigte Königreich ist nach drei Jahren immer noch in zwei Hälften gespalten: „*Der Brexit war nie eine ökonomische*

Entscheidung. Es geht um ein Identitätsgefühl. Viele haben das Gefühl, dass Großbritannien die Kontrolle über das eigene Land verloren hat“, erklärte der ehemalige britische Handelsminister, Lord Stephen Green. Die Schweiz schloss über 50 Einzelabkommen mit der EU ab. Das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU „dürfte am Ende des Tages ähnlich werden“, erläuterte Green. Insgesamt leben 4 Millionen EU-Bürger (darunter 250.000 Österreicher) im Vereinigten Königreich, umgekehrt leben an die 1,2 Millionen Briten rechtmäßig in der EU (darunter 11.000 Briten in Österreich). Es gilt hier künftig, weiterhin Rechtssicherheit auf beiden Seiten zu gewährleisten. Jedoch bedroht nun der Brexit die Einheit des Vereinigten Königreiches. In Schottland wurde der Ruf nach Abspaltung von der britischen Union lauter. In der Republik Irland forderten Nationalisten wie die Sinn Féin in den nächsten fünf Jahren ein Referendum über die Vereinigung mit Nordirland. Schottlands First Minister Nicola Sturgeon twitterte zum Abschied: „*Schottland wird als unabhängige Nation in das Herz Europas zurückkehren.*“ Bei den Wahlen im Dezember 2019 gewann die Scottish National Party (SNP) mehr als 45 Prozent der Stimmen sowie über 80 Prozent der Sitze. Sie SNP will noch 2020 ein neues Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands durchführen. Eine Volksabstimmung muss jedoch von London aus genehmigt werden, die britische Regierung unter Premierminister Johnson lehnt einen derartigen Schritt jedoch kategorisch ab. Johnson erinnerte Schottland daran, dass es bereits 2014 abstimmen durfte, damals hatten sich die Schotten mehrheitlich (55,3 Prozent) für den Verbleib bei Großbritannien ausgesprochen. Zudem hatte Schottland damals akzeptiert, dass die Frage mit diesem Referendum „für eine Generation“ entschieden sei. Die SNP verwies jedoch darauf, dass ihnen 2014 der Verbleib in der EU versprochen worden sei und man daher seit Ende Jänner 2020 „vor einer grundsätzlich neuen Situation“ (Sturgeon) stehe. Zudem stehen einem derartigen Vorhaben wirtschaftliche Tatsachen im Weg: 60 Prozent aller schottischen Exporte verbleiben derzeit innerhalb des Vereinigten Königreiches. Das Hauptexportgut Schottlands ist Whisky (Wert der Whisky-Exporte 2017 insgesamt: 6,3 Milliarden US-Dollar). Bei einem „*Scexit*“ müsste ein neues Handelsabkommen sowohl mit London als auch mit Brüssel ausverhandelt werden. Schottland müsste sich auch in einem derartigen Fall für eine EU-Mitgliedschaft neu bewerben. Ein Preis für den Brexit könnte für das Vereinigte Königreich der Zerfall der britischen Union aus England, Wales, Schottland und Nordirland werden. Der britische Historiker David Edgerton meinte dazu: „*Jahrzehntelang war die EU-Mitgliedschaft der Klebstoff, der ein zerfallendes Vereinigtes Königreich zusammenzuhalten half; jetzt zerreißt es der Brexit.*“ Zudem müsste seitens der britischen Regierung bis

Ende 2020 mit der EU ein neues Handelsabkommen ausverhandelt werden, um einen Hard Brexit zu vermeiden. Im Vergleich dazu: die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag zwischen der EU einerseits und jeweils Kanada und Japan andererseits benötigten jeweils sieben Jahre. Was den Automobilsektor betrifft, werden 80 Prozent der im Vereinigten Königreich hergestellten Fahrzeuge exportiert, davon über 50 Prozent in die EU. Zudem werden 60 Prozent der chemischen Erzeugnisse in Großbritannien in die EU exportiert. In diesem Zusammenhang steht auch der Abschluss eines neuen Zollabkommens, das den Frieden zwischen der Republik Irland und Nordirland nicht gefährden soll. Das Karfreitagsabkommen aus 1998 war vor allem davon ausgegangen, dass das Vereinigte Königreich weiterhin Teil der EU bleibt. Viele Unternehmer aus Großbritannien sind schon nach Deutschland und Frankreich abgewandert. Weitere Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich müssten unter anderem zu den Themen Finanzdienstleistungen, Datensicherheit, nationale und regionale Förderungspolitiken, Umwelt, Fischfangrechte, Sicherheit und Migration ausverhandelt werden. Nicht nur aus britischer Sicht, sondern auch aus Sicht der EU bleibt bisher über den Brexit zu sagen: „*That milestone does not end the story*“.

Auswirkungen des Brexit auf die EU

Aus britischer Sicht war die Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften bzw. in der Europäischen Union stets wirtschaftlich motiviert, auf globalpolitischer Ebene blieben die USA unverändert „*partner of choice*“. So sah das Vereinigte Königreich die EU primär als Freihandelszone für ihre eigenen Produkte. Mit dem Brexit wurde die EU um 66 Millionen Einwohner kleiner und zählt nun 446 Millionen Menschen. Flächenmäßig verlor die EU durch den Brexit 5,5 Prozent ihres Gebietes, mit dem Vereinigten Königreich noch dazu nach Deutschland die zweitgrößte Volkswirtschaft. Das Vereinigte Königreich war EU-Nettozahler: Es überwies zuletzt um knapp 7 Milliarden Euro mehr in die EU, als es zurückerhielt. Mit dem Auszug der britischen Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament Ende Jänner 2020 hatte sich die Zusammensetzung des Parlaments leicht zugunsten der Europäischen Volkspartei (EVP) bzw. der rechten Parteifamilien verschoben. Die EVP sowie die ID (Identity and Democracy – weit rechts) gewannen jeweils Sitze dazu, während die Sozialdemokraten (S&D), die liberale Fraktion Renew Europe und die Grünen zusammen 24 Mandatare verloren. Die Fraktionslosen sind fast auf die Hälfte ihrer bisherigen Mandatare geschrumpft. In einer Reform des Europäischen Parlaments aus dem Jahr

2018 war beschlossen worden, nach dem Brexit das Parlament von 751 auf 705 Sitze zu verkleinern. 27 Politiker aus 14 EU-Mitgliedstaaten traten mit Februar 2020 neu ihr Amt im Europäischen Parlament an. 5 Sitze mehr erhielten Frankreich und Spanien, 3 mehr Sitze bekamen Italien und die Niederlande sowie 2 Sitze mehr erhielt Irland. Österreich sowie einige weitere EU-Mitgliedstaaten entsenden seither einen zusätzlichen Mandatar nach Straßburg. Im Fall Österreichs übernahm der Biobauer und Forstwirt Thomas Waitz (Die Grünen) dieses zusätzliche Mandat. Im Herbst 2017 war Waitz für die zwischenzeitliche Staatssekretärin Ulrike Lunacek nachgerückt. Das Europäische Parlament zählt nun 704 EU-Parlamentarier, die Sitzverteilung setzt sich seit dem Brexit Ende Jänner wie folgt zusammen:

EVP: 187 Sitze (+ 5 Sitze)

S&D: 148 Sitze (- 6 Sitze)

Renew: 97 Sitze (- 11 Sitze)

ID: 76 Sitze (+ 3 Sitze)

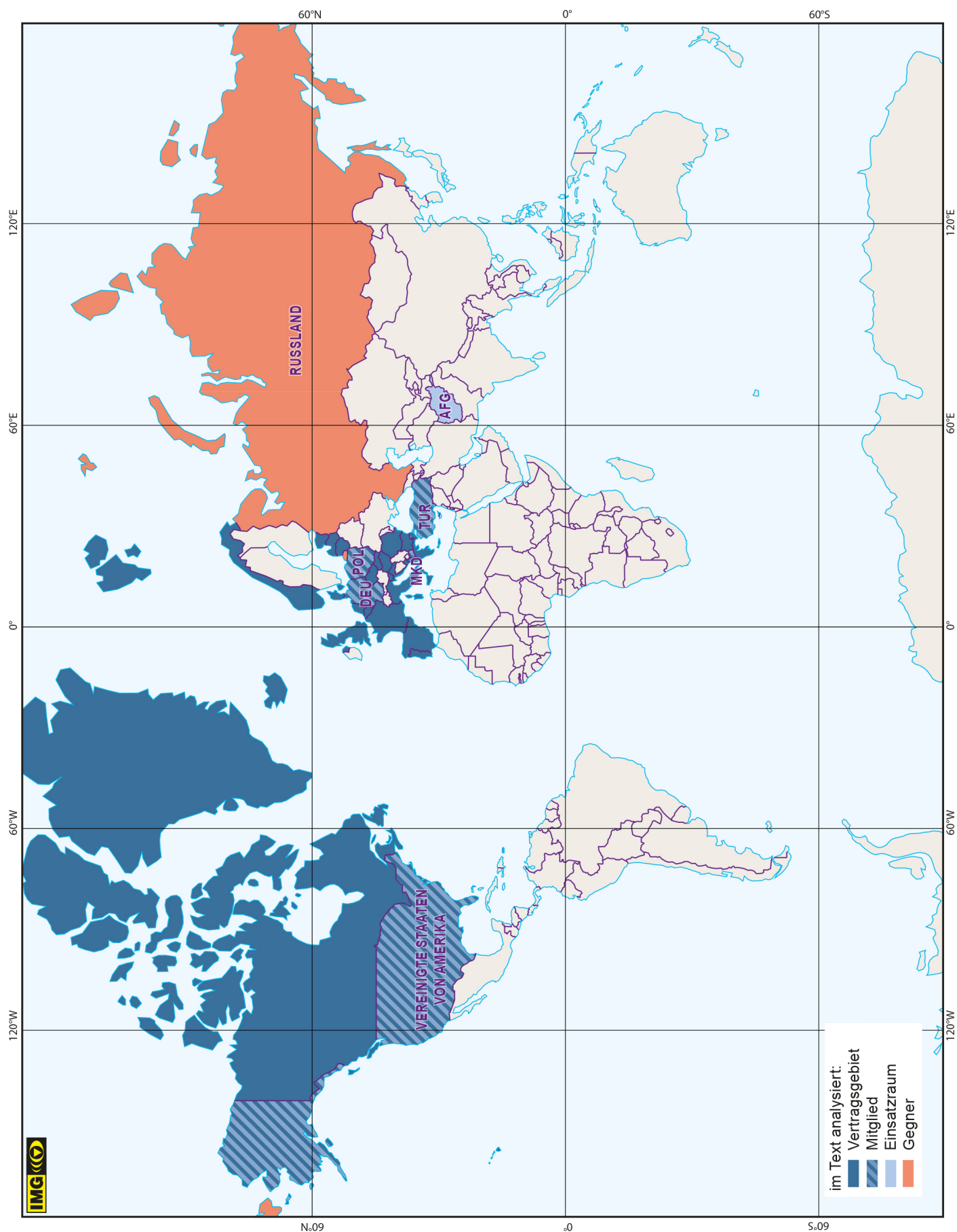
Grüne (EFA): 67 Sitze (- 7 Sitze)

EKR (Konservative): 62 Sitze (- 3 Sitze)

GUE/NGL (Linke): 40 Sitze (- 1 Sitz)

Ohne Fraktion: 27 Sitze (-26 Sitze)

Gunther Hauser



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Die Übung „Defender Europe 20“ war für die erste Jahreshälfte 2020 geplant und hatte zum Ziel, erstmals seit den „Reforger“-Übungen aus dem Kalten Krieg die strategische Verlegung von US-Kräften über den Atlantik und deren weiteren Transport nach Osteuropa zu überprüfen. 20.000 US-Soldaten wären dafür aufgeboden worden, die auch das seit einigen Jahren weiter entwickelte Konzept der militärischen Mobilität genutzt hätten. Damit sollte die friktionsfreie und rasche Verlegung über mehrere europäische Staaten erprobt werden, dem neuen NATO-Kommando in Ulm wäre dabei eine bedeutende Rolle zugefallen.

Verlegbarkeit, Interoperabilität unter mehreren NATO-Alliierten, Verteidigungsübungen in größerem Rahmen, aus dem wurde – fast – nichts. Grund war nicht fehlendes Geld oder politischer Wille, der Grund war ein Virus. Wie in vielen Feldern führte Corona, oder COVID-19, auch hier zu einem zumindest vorläufigen Ende aller Bemühungen. Und das, obwohl das Jahr mit einer kleinen Feier vielversprechend begann, die Österreich direkt betraf.

25 Jahre Mitgliedschaft Österreichs in der PfP

Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten trat Österreich am 10. Februar 1995 etwas spät der NATO Partnership for Peace (PfP) bei, es gab auch keinen innerösterreichischen Streit, wer das Dokument unterzeichnen durfte (oder musste). So überrascht es auch nicht, dass 2020 – von der heimischen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt – das 25-jährige Jubiläum der Mitgliedschaft Österreichs in der PfP im Hauptquartier der Allianz begangen wurde. Der stellvertretende NATO-Generalsekretär Geana dankte dem Partner vor allem für seine Beiträge zu KFOR, aber auch für seine Bemühungen beim Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten und bei der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zur besonderen Berücksichtigung der Rolle von Frauen in Konflikten. Auch der identitätsstiftende Charakter der österreichischen Neutralität wurde in der Ansprache berücksichtigt. Die österreichische Botschafterin zur NATO sowie der österreichische Militärrepräsentant zur NATO und zur EU waren die hochrangigen Vertreter des Partnerlandes. In Wien würdigte Verteidigungsministerin Tanner die NATO/PfP als integralen Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur und als Forum für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung auf europäischer Ebene. Das verwundert etwas, kommt doch die NATO/PfP im aktuellen Regierungsprogramm überhaupt nicht vor.

Ein wesentliches Ziel des Bundesheers in diesem Vierteljahrhundert war die Integration von NATO-Standards zur Verbesserung der Interoperabilität, also der Zusammenarbeitsfähigkeit mit anderen Streitkräften in gemeinsamen Operationen. Hier kann KFOR als bestes Beispiel genannt werden, an der sich Österreich seit 1999 beteiligt und in dessen Rahmen es noch immer einige hundert Soldaten in der Krisenregion stationiert hat. Wie für alle Beteiligungen an NATO-Einsätzen ist ein UN-Mandat die Grundlage, hier die UN-Resolution 1244. Die Teilnahme an NATO-Übungen, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau, und am Evaluierungsprogramm „Operational Capabilities Concept“ bereiten Einsätze dieser Art vor. Politisch stand für die Republik Österreich die Berücksichtigung nationaler Interessen in den Kooperationsprogrammen, die die Allianz mit Partnern durchführte, im Vordergrund. Leider konnte die österreichische Politik die seit einigen Jahren wirkenden türkischen Vetos nicht verhindern, die den Zugang zur PfP einschränken. Doch diese können wiederum auf die Haltung Österreichs zu einem EU-Beitritt Ankaras zurückgeführt werden. Unabhängig von diesem gordischen Knoten haben jahrelange Sparzwänge die frühere Ebenbürtigkeit mit anderen Partnern wie Finnland und Schweden beendet und zwischenzeitlich doch eine erhebliche Kluft in den militärischen Möglichkeiten entstehen lassen.

Möglicher Frieden für Afghanistan, die Bewältigung der „Coronakrise“ und fortgesetzte Irritationen prägten das Bild der nordatlantischen Allianz in den letzten 6 Monaten. Während die Umsetzung des Abkommens von Doha noch nicht klar ist, bestand die Aufgabe der NATO bei „Corona“ in der koordinierten medizinischen Unterstützung einzelner Mitgliedsstaaten und Partner. Das gelang auch im Wesentlichen. Leider fielen dem Virus auch lang geplante Übungen zum Opfer, die erst nach und nach wieder aufgenommen werden konnten. Als „Konstante“ begleiteten das Bündnis die mitunter sehr einsamen Entscheidungen des US-Präsidenten.

Frieden für Afghanistan?

Nach längeren Verhandlungen, die immer wieder von Anschlägen der Taliban überschattet und damit von den USA ausgesetzt wurden, gelang beiden Seiten Ende Februar in Doha die Unterzeichnung eines Abkommens zur Beendigung des jahrelangen Kriegs in Afghanistan. Die Übereinkunft sieht eine rasche erste Reduktion der US-Präsenz vor, die auch Anfang März bereits begann. 14 Monate danach (April 2021) sollten alle ausländischen Truppen abgezogen sein. Ein erster

Schritt eines langen Weges, so sieht es auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg bei seinem Besuch in Kabul. Er unterstrich die Bedeutung des historischen Moments, der in Afghanistan nach Jahrzehnten des Konflikts nun zu einem Frieden führen könnte, der auf innerafghanischen Verhandlungslösungen basieren wird. Wichtig sei dabei der Erhalt des bisher Erreichten, wie beispielsweise die Beachtung der Menschenrechte. Unabhängig davon würde die Allianz dem Lande weiterhin zur Seite stehen, wie sie es seit 2001 getan habe. In dieser Zeit waren hunderttausende Soldaten und Zivilisten eingesetzt, etwas mehr als 3000 von ihnen kamen dabei ums Leben. Den USA kosteten die Operationen am Hindukusch bisher etwas mehr als \$750 Milliarden. Somit dürfte es nicht zu weit hergeholt sein, wenn man vermutet, dass der beginnende US-Präsidentschaftswahlkampf seinen Einfluss auf das Abkommen als solches, wie auch auf die Zeitleisten des Abzugs gehabt haben dürfte.

Davon unberührt unterstützten die Verteidigungsminister der Allianz bei ihrem Treffen im Februar den Waffenstillstand und eventuellen Frieden in Afghanistan. Gleichzeitig wurde die Fortsetzung der eigenen „Resolute Support“ Mission bekräftigt. Im Irak wird die Allianz Ausbildungsaufgaben für die irakische Armee von der „Globalen Koalition gegen den IS“ übernehmen und damit Forderungen des US-Präsidenten erfüllen. Dies steht zwar im Widerspruch zur Anfang Jänner getroffenen Entscheidung des irakischen Parlaments, dass alle ausländischen Truppen abziehen müssten, entspricht aber dem Wunsch der Regierung in Bagdad. NATO-Generalsekretär Stoltenberg betonte, dass die NATO die irakische Souveränität unmissverständlich respektiere.

Fortsetzung der „Deterrence“ gegenüber der Russischen Föderation

2021 wird das Pentagon etwa \$4,5 Milliarden für die „European Defence Initiative“ ausgeben. Damit sollen die Aktivitäten der US-Streitkräfte in Ost- und Südosteuropa zur Unterstützung der NATO in der Abhaltung Russlands finanziert werden, genauso wie die Kosten mehrerer bilateraler politischer Vereinbarungen. Inkludiert sind auch \$250 Millionen für das Unterstützungspaket der Ukraine. Gegenüber 2020 ist das ein Rückgang von etwa \$1,5 Milliarden, der sich vor allem durch die zwischenzeitlich erfolgte Fertigstellung von Infrastrukturvorhaben erklären lässt. Dazu kann aber die Raketenabwehrstellung in Polen noch nicht gezählt werden. Nachdem in Rumänien 2016 eine erste Stellung des NATO-Raketenabwehrschirms einsatzbereit wurde, begannen die Arbeiten an einer zweiten Position in Polen. Eigentlich sollten diese bis Sommer 2018 abgeschlossen sein, doch ernste Probleme mit dem polnischen Vertragspartner verzögerten das

Projekt bis 2020. Nun zeigt sich, dass auch dieses Datum nicht halten wird, im schlimmsten Fall könnte die Indienststellung bis 2022 verzögert werden. US-polnische Verhandlungen sollen dieses Szenario verhindern, der Ausgang ist aber noch offen. Einfacher war hingegen die Übergabe von 128 Stück der infrarotgelenkten Panzerabwehrwaffe „Javelin“ an Estland durch die USA, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erhöhen, wie die US-Botschaft in Tallinn mitteilte. Darüber hinaus wurde der kleine NATO-Partner in den letzten Jahren mit \$100 Millionen unterstützt.

Nord-Mazedonien 30. NATO-Mitglied

Beim NATO-Außenministertreffen am 2. April wurde Nord-Mazedonien als 30. NATO-Mitglied offiziell begrüßt. Das Land trat der Allianz schon am 27. März 2020 bei, nachdem die Beitrittsurkunde (Instrument of Accession) im US-Außenministerium hinterlegt worden war. Dem gingen die Ratifizierungsprozesse der 29 NATO-Mitgliedstaaten voraus.



Nordmazedoniens Flagge nach dem Beitritt zur NATO vor dem NATO-Hauptquartier gehisst

Bereits 1995 entschied sich Skopje unter dem Namen FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia), in die NATO-Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace – PfP) einzutreten, vier Jahre später beteiligte sich das Land am Planungs- und Überprüfungsprozess der PfP und wurde Teil des Membership Action Plan (MAP). Der MAP gilt als Vorbereitungsprozess für die Aufnahme eines Landes in die NATO. Dem Operational Capabilities Concept (OCC) der PfP schloss sich das Land 2005 an, es ermöglichte seither den nord-mazedonischen Streitkräften, ihre Interoperabilität mit der NATO zu erhöhen. Nur der jahrzehntelang andauernde Namensstreit mit dem NATO-Mitglied Griechenland stand einer Aufnahme in das Bündnis im Wege. Dieser konnte erst 2018 mit der Umbenennung des Landes auf „Nord-Mazedonien“ geregelt werden. Beim NATO-Gipfel in Brüssel begrüßten die Mitgliedstaaten die historische Einigung zwischen Athen und Skopje und sprachen offiziell die Einladung zu Beitrittsgesprächen aus. Das Land selbst

trug bereits militärisch umfassend für NATO-Operationen und Missionen in Afghanistan (ISAF – International Security Assistance Force und RSM – Resolute Support Mission) und im Kosovo bei. Zudem war das Land 1999 „Schlüsselpartner“ bei der Unterstützung der von der NATO geführten Stabilisierungsoperationen im Kosovo. Für KFOR (Kosovo Force) beherbergte Skopje lange Zeit eine große logistische Basis und KFOR-Truppen konnten das Land für diesen Kriseneinsatz im Rahmen des Host Nation Support nutzen.

Türkei und Syrien

Neben diesem für die Allianz erfreulichen Ereignis sah sich das Bündnis aber auch internen Problemen ausgesetzt. Dazu zählte die türkische Intervention in Syrien, die bei ihrem Beginn im vergangenen Herbst schon auf vielfachen Widerstand traf. Nun beantragte Ankara als Folge des Luftangriffs auf türkische Kräfte im Raum Idlib mit mehr als 30 gefallen Soldaten eine Sitzung des Nordatlantikrates gemäß Artikel 4 NATO-Vertrag. Dieser kann angerufen werden, wenn ein Alliiertes der Meinung ist, dass seine politische Unabhängigkeit, seine territoriale Souveränität oder ganz einfach seine Sicherheit bedroht ist. Dies geschah bisher sechs Mal in der Geschichte der Allianz, bemerkenswerterweise fünfmal auf Antrag der Türkei. Ankara forderte dabei die volle Umsetzung von Maßnahmen, die bereits 2015 beschlossen worden waren, dazu zählt auch die Hilfe bei der Kontrolle des türkischen Luftraums. Dazu war aber weder damals noch im Frühjahr 2020 ein Alliiertes bereit. Keiner wollte offenbar eine Konfrontation mit Russland riskieren und viele waren über die türkische Politik der letzten Zeit verärgert, die im Erwerb der russischen S-400 Luftabwehrraketen und eben im Einmarsch in Nordsyrien gipfelte. Die Solidarität der Allianz zeigte sich nur in der Abhaltung des Treffens, in der Verurteilung der Luftangriffe auf die türkischen Einheiten und im Aufruf, zum Waffenstillstand von 2018 zurückzukehren.

Nukleare Teilhabe

Etwa zeitgleich brach in der Bundesrepublik Deutschland ein politischer Streit über die fortgesetzte nukleare Teilhabe in der Allianz aus. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sprach sich für den Verbleib Berlins in diesem Abkommen aus, da es erstens notwendig sei zur glaubwürdigen, auch nuklearen Abschreckung gegenüber der Russischen Föderation, die nicht zuletzt in Kaliningrad nukleare Trägersysteme stationiert hat. Und zweitens erhält damit das nuklearwaffenfreie Deutschland eine gewisse

Mitsprache in den Gremien des Bündnisses, die Fragen der Atomwaffen behandeln.

Die nukleare Teilhabe ist ein Konzept aus dem Kalten Krieg und bedeutet für Deutschland, dass es US-Atomwaffen auf seinem Gebiet lagern und mit eigenen Mitteln im Verteidigungsfall einsetzen können muss. Konkret dürften 20 US-Atomwaffen vom Typ B61 auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert sein und als Trägermittel ist das Mehrzweckkampfflugzeug „Tornado“ bestimmt. Da dessen Lebensdauer mit 2030 endet, hat Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer erst kürzlich vorgeschlagen, in den nächsten Jahren 30 Flugzeuge vom Typ F-18 als Ersatz zu beschaffen. Dies führte beim Koalitionspartner zu Überlegungen, vom Konzept der nuklearen Teilhabe abzurücken.

„Coronakrise“

Während des NATO-Außenministertreffens am 2. April hob das Bündnis die Bereitschaft aller ihrer Mitgliedstaaten hervor, sich gegenseitig bei der Eindämmung der Sars-CoV-2-Pandemie zu helfen. Es geht hier vor allem um die gegenseitige Unterstützung bei medizinischem Personal, Spitalsbetten und überlebenswichtiger medizinischer Ausrüstung, die zur Bewältigung dieser „Coronakrise“ eingesetzt werden. Dazu stehen dem nordatlantischen Bündnis zwei Instrumente zur Verfügung: das „Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre“ (EADRCC) und SALIS.



Coronavirus-Reaktion: medizinische Hilfe der Niederlande für Montenegro

Während das EADRCC die Anfragen der Alliierten und Partner koordiniert, ist SALIS (Strategic Air Lift International Solution) eine multinationale Initiative aus 9 NATO-Alliierten, die Antonov-Maschinen einer in Deutschland agierenden Firma nutzt. Bereits am 1. April landete eine A-400M Transportmaschine der türkischen Luftwaffe in Torrejón/Spain und in Pratica di Mare/Italien mit entsprechender medizinischer Ausrüstung. Drei Wochen später traf erneut ein Transport in Madrid ein, der von der NATO Support and Procurement Agency (NAMSAP) im Auftrag Spaniens beschafft und geliefert wurde. Ebenso arbeiten

die NATO-Staaten bei der gemeinsamen Entgegnung von Falschinformationen über „Corona“ eng zusammen – in Koordination mit anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, hier im Besonderen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Europäischen Union. Gesamt gesehen ist aber der Beitrag des Bündnisses zur Bewältigung der Coronakrise überschaubar, das ergibt sich schon aus den ihm übertragenen Kernaufgaben.

Alle diese Aufgaben benötigen aber moderne Streitkräfte. Wegen der negativen Erfahrungen nach der Finanzkrise rief NATO-Generalsekretär Stoltenberg in einer Videokonferenz die Alliierten auf, trotz erheblicher Kosten zur Bewältigung der Corona-Krise die Höhe der Verteidigungsausgaben beizubehalten. Die Beschlüsse zur Steigerung derselben wurden getroffen, weil die sicherheitspolitische Lage unsicherer geworden sei. Das habe sich nicht geändert. Außerdem würde man jetzt sehen, dass Streitkräfte auch zur Unterstützung der Gesundheitskrise viele Aufgaben wahrnehmen müssen. Derzeit würden nur neun von 29 Alliierten die Selbstverpflichtung, mindestens 2% des BIP für Verteidigungszwecke aufzuwenden, erfüllen, und trotz des Anstiegs seit 2014/15 ist das Niveau von 2005 noch immer nicht erreicht.

Diese Entwicklung war auch Thema der Verteidigungsminister der Allianz bei ihrer Videokonferenz Mitte April, bei der sie über die ersten Folgen der Pandemie berieten. Wenn schon die Verteidigungsausgaben gesenkt werden (müssen), dann sollte dies wenigstens koordiniert erfolgen, um noch gravierenden Folgen zu vermeiden. Außerdem zeigte sich bei COVID-19, dass die Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) der Staaten gestärkt und auf Desinformation („Fake News“) geschlossen reagiert werden müsste.

Übungsserie „Defender-Europe 20“ vorerst eingeschränkt, dann vorläufig eingestellt

Wegen der Verbreitung des Coronavirus wurde die Übungsserie „Defender-Europe 20“, die von Februar bis Mitte Mai geplant war, stark eingeschränkt. Ursprünglich war vorgesehen, ab Anfang Jänner 20.000 US-Soldaten über den Atlantik zu verschiffen und anschließend über Deutschland an die Ostflanke der NATO zu größeren Übungen zu verlegen. Damit sollten erstmals nach vielen Jahren die Fähigkeit der US-Streitkräfte für eine derartig umfassende Verstärkung Europas und die Leistungsfähigkeit europäischer Staaten bei Truppentransporten („Military Mobility“) überprüft werden, letztendlich natürlich auch die Interoperabilität der NATO-Staaten. Mitte März musste General Wolters (SACEUR) aber bekannt geben, dass die Übungen mit den 5.000 – 6.000 mittlerweile eingetroffenen Soldaten eines Armored Brigade Combat

Teams nur eingeschränkt fortgesetzt werden können. So werden statt in 10 Ländern nur in Deutschland und in Polen Vorhaben umgesetzt, und hier zumeist auch nur einfache Ausbildungsgänge wie die Basisschießausbildung an bestimmten Systemen. Schon am 11. März annullierte Norwegen die Übung „Cold Response“, an der über 15.000 Soldaten aus mehreren Nationen teilgenommen hätten. „Cold Response“ wäre auch Teil von „Defender-Europe 20“ gewesen. In Fortsetzung dieser Entwicklung erließ das Pentagon Ende März eine „Stop Movement Order“, die in Entsprechung schon geltender ziviler Vorgaben mehr oder weniger alle militärischen Verlegungen für die nächsten 60 Tage aussetzte. Etwa 90.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte sind davon betroffen, Ausnahmen gelten im Wesentlichen nur für verlegte Marineeinheiten und für den Truppenabbau in Afghanistan. Diese Order beendete auch alle in diesem Zeitraum geplanten Übungen.

Erst der Rückgang des Coronavirus erlaubte wieder den Beginn größerer Übungen ab Juni. Ein erstes Beispiel ist die Übung „Allied Spirit“ vom 5. bis 19. Juni in Nordwestpolen, an der mehrere Tausend US-amerikanische und polnische Soldaten teilnahmen. Inhalt war eine Luftlandeoperation und die anschließende Forcierung eines Flusshindernisses im Divisionsrahmen. Die eingesetzten US-Kräfte sind entweder schon länger in Europa stationiert oder wurden mit der ersten Welle von „Defender-Europe 20“ angelandet. Gemäß US-Army Europe sind später Übungen im Baltikum und im Schwarzmeerraum vorgesehen.

Operationen im Irak

Das Coronavirus beeinträchtigt auch die internationalen Operationen im Irak. Betroffen sind die NATO-Ausbildungsmission für die irakischen Kräfte wie auch der Kampf gegen ISIS. Genaue Zahlen über eventuelle Abzüge von Truppenstellernationen sind nicht bekannt, doch beteuert das britische Verteidigungsministerium, dass gewisse Kräfte für den Kampf gegen ISIS im Lande bleiben.

„From Russia with Love“: Unterstützung oder Spionage?

Die propagandistisch stark aufgemachte russische Unterstützung für das von COVID-19 schwer getroffene Italien könnte durchaus Elemente eines Spionagefalls gehabt haben. So erwies sich das mitgelieferte Material als nur wenig brauchbar oder gar ungeeignet, da keine Testung auf Corona durchgeführt werden konnte. Die Dekontamination von Böden war unnötig, fand aber dennoch und oft in der Nähe von militärischen Einrichtungen wie dem Luftwaffenstützpunkt Ghedi, auf dem US-Atomwaffen vermutet werden, statt. Da Rom nur eingeschränkt auf

den Einsatz der russischen Spezialisten Einfluss nehmen konnte, wurde der Einsatz Anfang Mai vorzeitig abgebrochen.

USA kündigen Rückzug aus „Open Skies“ an

Basierend auf der allgemeinen Ablehnung der aktuellen US-Regierung von Rüstungskontrollvereinbarungen und in Umsetzung länger angekündigter Schritte bekräftigte Washington am 21. Mai den Rückzug aus dem „Open Skies“-Vertrag. Wie beim INF-Vertrag wird auch hier eine sechsmonatige Frist in Gang gesetzt, bis der Rückzug offiziell in Kraft tritt. Als Begründung wird das nicht vertragskonforme Verhalten Russlands angeführt, da es Überflüge über Kaliningrad und im Grenzraum zu Georgien einschränkt. Diese Position wurde auch vom NATO-Rat bestätigt und die Allianz verwies darauf, dass sie schon seit mehreren Jahren Moskau zu vertragskonformen Verhalten drängte. Einige namhafte europäische Alliierte sprachen sich danach in einer gemeinsamen Demarche dennoch gegen den Schritt aus, da damit ein weiteres Instrument zur gegenseitigen Vertrauensbildung geschwächt wird. Sie wollen im Abkommen bleiben und wurden dabei von den US-Demokraten unterstützt. „Open Skies“ datiert aus dem Jahr 2002 und erlaubt den Vertragspartnern nach genau festgelegten Kriterien wechselseitige Aufklärungsflüge.

Zusammenfassung

Wie überall auf der Welt war auch die NATO in den letzten 6 Monaten hauptsächlich damit beschäftigt, die Auswirkungen von COVID-19 abzufedern. Dazu zählten zuerst die Reduktion und spätere Absage der lang vorbereiteten Übung „Defender Europe 20“, die die strategische Fähigkeit des Bündnisses zur Truppenverstärkung über den Atlantik demonstrieren sollte. Ein weiteres Element bildete die Nutzung des „Euroatlantic Disaster Relief Coordination Centre“ zur koordinierten Unterstützung bei der medizinischen Bedarfsdeckung in den Mitgliedsstaaten, aber auch der Partner, sofern sie diese Dienste wie Bosnien-Herzegowina in Anspruch nahmen. Und obwohl Pandemien schon länger in allianzinternen Diskussionen als mögliche Bedrohungen firmierten, dürften doch erst jetzt Überlegungen zu einer besseren Vorbereitung darauf angestellt werden. Dazu zählen die Anlage von Stützpunkten für entsprechendes medizinisches Gerät, das im Bedarfsfall, ob „zivil“ oder „militärisch“, durch die Allianz für ihre Mitglieder zur Verfügung gestellt werden kann. Auch die Unterstützung für zivile Kräfte in einem anderen NATO-Staat, eine Art allianzinterner Assistenzeneinsatz, ist Teil von Planspielen für zukünftige Einsatzmöglichkeiten von alliierten Kräften im Sinne einer „erweiterten kollektiven Verteidigung“. Ob die Mitgliedsstaaten aber im Anlassfall bereit sind

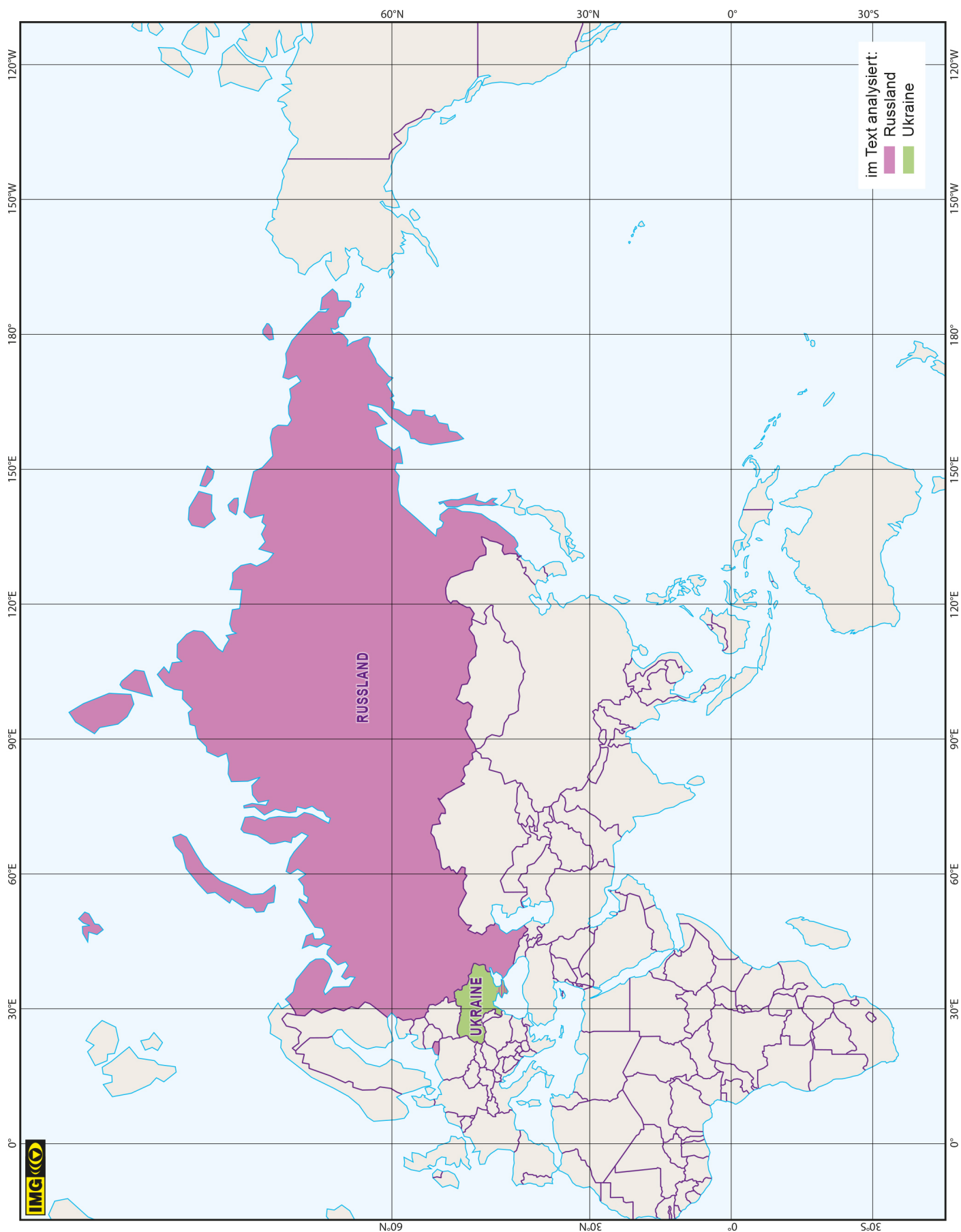
solidarisch zu agieren, darf beim vordringlich national geführten Abwehrkampf gegen „Corona“ bezweifelt werden. Es bleibt daher abzuwarten ob dies wirklich geschieht, genauso wie die in der EU wieder angestrebte Selbständigkeit in der medizinischen Grundversorgung. Das von den USA mit den Taliban ausgehandelte Abkommen zur Beendigung des jahrelangen Konflikts in Afghanistan bedeutet zuerst einmal eine gewisse Erleichterung für die Allianz, die hier seit 2003 aktiv ist. Die ungebrochene Stärke der der Regierung in Kabul gegenüber stehenden Kräfte und die Hast, mit der die Vereinbarung abgeschlossen wurde lassen aber befürchten, dass das Ziel des UN-mandatierten Einsatzes, die Zentralgewalt zu stärken und aus Afghanistan mehr oder weniger ein stabiles zentralasiatisches Land zu machen, nicht gehalten bzw. erreicht werden kann. Auch das Ziel der NATO-Mission ISAF, sichere Zufluchtsstätten für Terroristen in Afghanistan dauerhaft zu verhindern, ist unsicher geworden, und dies trotz überlangen Engagements der einzelnen Alliierten und des Bündnisses als Ganzes. Es ist außerdem zu befürchten, dass innenpolitische Erwägungen und Fristen des anlaufenden US-Präsidentschaftswahlkampfes eine zu große Rolle bei den Verhandlungen in Doha gespielt haben.

Ganz allgemein setzt die aktuelle US-Regierung ihre Politik einseitiger Schritte fort, die das transatlantische Verhältnis belasten. Nach der Aufkündigung des „Iran Deal“ (JCPOA) und des INF-Vertrags steht nunmehr „Open Skies“ zur Disposition, ein Abkommen, das seit 2002 unbewaffnete Aufklärungsflüge ermöglicht. Zumindest der „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) und Open Skies waren und sind Vereinbarungen, an denen die Europäer unbedingt festhalten wollen, der Austritt der USA daher nicht in ihrem Interesse liegt. Diese einseitigen Schritte, zu denen sich noch der unkoordinierte US-Truppenabzug aus Deutschland gesellt, sowie das fallweise beleidigende Verhalten des US-Präsidenten gegenüber Europa führen da und dort zu Forderungen nach mehr europäischer Eigenständigkeit, wenn nicht sogar Kappen des transatlantischen Links.

Politisch gesehen würde das zu einer globalen Schwächung der westlich orientierten Demokratie führen und das in einer Zeit, in der diese ohnehin unter Druck steht, auch in Europa. Und „das Schicksal in eigene Hände nehmen“ würde eine europäische Einigkeit in der Sicherheitspolitik voraussetzen, verbunden mit einer Bereitschaft zu einem wesentlich erhöhten verteidigungspolitischen und finanziellen Engagement, um den Abzug der US-Amerikaner zu kompensieren. Nach Berechnungen des International Institute for Strategic Studies in London würde das die europäischen Alliierten umgerechnet \$350 Milliarden

kosten. Es stellt sich die Frage, ob das überhaupt, und vor allem jetzt „nach Corona“, geleistet werden könnte? Einer derartigen Änderung der sicherheitspolitischen Lage in Europa könnte sich schließlich auch das neutrale Österreich nicht entziehen. Als Konsequenz obiger Ausführungen würde der neutrale Weg vermutlich gehörig unter Druck geraten, genau wie das traditionell äußerst niedrige Verteidigungsbudget. Schon um den aktuellen europäischen Durchschnitt zu erreichen, müsste es in etwa verdoppelt werden, eine Kompensation der US-Beiträge wahrscheinlich eine Verdreifachung bedeuten.

Otto Naderer



Postsowjetischer Raum

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und der postsowjetische Raum

Im Berichtszeitraum standen sowohl in der gesamten Region des postsowjetischen Raumes als auch auf der Ebene der jeweiligen Nationalstaaten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie im Vordergrund des politischen Geschehens. Unabhängig der nationalstaatlichen Maßnahmensetzungen gegen das Corona-Virus und der Skalierung dieser - gemessen an der Notwendigkeit, strenge Schutzvorkehrungen mit Verordnungen und Erlässen durchzusetzen und auch die Befindlichkeiten der eigenen Bevölkerung dabei stets zu reflektieren - blieben inner- und zwischenstaatliche Konflikte im Raum, aber auch auf der Ebene der internationalen Beziehungen weiterhin bestehen. Nennenswerte innenpolitische Entwicklungen, die auf aufgrund neuer Dynamiken im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eine strategische Bedeutung im internationalen Kontext aufweisen und daher im Mittelpunkt der vorliegenden analytischen Darstellung stehen, ereigneten sich insbesondere in Russland.

Mangelhaftes Krisenmanagement des Kremls

Mit Stand 1. Juli weist Russland weltweit eine der höchsten Infektionsraten bei gleichzeitig einer relativ geringen Anzahl an durch Corona verstorbenen Patienten auf. Gemäß offizieller Zahlen russischer Behörden gab es bis zum besagten Stichtag 654.405 am Lungenvirus erkrankte Personen. Insgesamt sind 9.536 Menschen an der Krankheit verstorben. Die geringe Todesrate in Relation zur Zahl der Erkrankungen gemessen an der Gesamtbevölkerung von 144,5 Mio. Einwohnern erscheint nicht stimmig zu sein und daher werden die offiziellen Zahlen auch von russischen Fachleuten angezweifelt. Deutlich wird der Unterschied z.B. im Vergleich mit den USA und Schweden, insbesondere was die Relationen der erwähnten Kennziffern anbelangt:

<i>Land</i>	<i>Einwohner</i>	<i>Infizierte</i>	<i>Tote</i>
USA	328,2 Mio.	2.779.716	130.761
Russland	144,5 Mio	654.405	9.536
Schweden	10,3 Mio	70.503	5.408

Ausmaß der Covid-19-Pandemie gemäß offizieller Zahlen mit Stichtag 1. Juli 2020

Die ersten Corona-Infektionen wurden bereits Anfang Februar vermeldet, jedoch wurden rigorose Maßnahmen

gegen die Ausbreitung der Lungenkrankheit erst im April ergriffen, wodurch in Teilen der Bevölkerung Unmut über das staatliche Krisenmanagement geäußert wurde. Positiv hingegen wurde die rasche Schließung der Grenzen gegenüber China bewertet. Man warf der Regierung generell vor, lange Zeit die Gefahren nicht ernstgenommen zu haben und später nicht einheitlich und koordiniert im gesamten Land gegen das Virus vorgegangen zu sein. Dies führte unter anderem dazu, dass auch die Behörden einen Vertrauensverlust erlitten haben. Beflügelt wurden Zweifel am tatsächlichen Ausmaß der Krise bereits Anfang April, nachdem Denis Prozenko, der Leiter eines städtischen Moskauer Klinikums, in dem die ersten Corona-Patienten behandelt wurden, vor einem „italienischen Szenario“ im ganzen Land warnte und selbst an Covid-19 erkrankte. Nur eine Woche vor Bekanntgabe seiner Erkrankung dankte Präsident Putin noch persönlich Prozenko für seine Dienste.

Um die Ausbreitung des Virus in der Hauptstadt mit ca. 12,5 Millionen Menschen zu unterbinden, wurden vom Bürgermeister Sergej Sobjanin harte Maßnahmen eingeleitet. Allerdings erfolgte dieses rigorose Vorgehen viel zu spät, so die Meinung der Kritiker. Somit wurden die Bewohner Moskaus erst am 30. März angehalten, ihre Häuser und Wohnungen unter Androhung von hohen Geld- und Freiheitsstrafen nicht zu verlassen. Nur wenige Tage vor der Verhängung dieser Schutzvorkehrungen in Moskau appellierte Putin an die Bevölkerung, zu Hause zu bleiben und erklärte die kommende Woche als arbeitsfrei, ohne jedoch weitere hygienische Notwendigkeiten oder Abstandsregeln vorzustellen oder gar eine landesweite Epidemie mit Konsequenzen bei Verstößen auszurufen. In der offiziellen Spracheregelung wurde dieser Zustand „Regime der arbeitsfreien Tage“ genannt und galt landesweit zunächst bis zum 28. April und wurde dann bis zum 11. Mai ausgeweitet.

Erlassen wurden die ersten strengeren Maßnahmen vom Moskauer Bürgermeister und nicht von der föderalen Regierung oder gar dem Präsidenten selbst, was als „hybrider Ausnahmezustand“ bezeichnet wurde und auch rechtlich eine Grauzone darstellte. Anfang April wurden ähnlich strenge Schutzvorkehrungen wie in Moskau zunächst nur in 27 der insgesamt 97 russischen Regionen ergriffen. Die Bewohnerinnen und Bewohner Moskaus waren am längsten von der „häuslichen Isolation“ betroffen, die bis zum 14. Juni andauerte. Der Moskauer Bürgermeister Sobjanin wurde von Präsident Putin zum Vorsitzenden des Staatsrates und in dieser Funktion auch zum obersten Koordinator für die Bekämpfung des Corona-Virus nominiert. Obwohl zwischen dem Kreml und dem Moskauer Bürgermeister Sobjanin Diskrepanzen aufkamen – dieser hatte selbst die offiziell veröffentlichten Zahlen zu Covid-19-

Infektionen in Frage gestellt – wurde ihm das Vertrauen für die Handhabung der Corona-Krise von der Führungselite ausgesprochen.

Ausländische Medien, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung, vermuteten hinter der Zurückhaltung des Kremls im Vorgehen gegen die Ausbreitung des Virus taktische Manöver aus innenpolitischen Gründen. Demnach wollte der Kreml zunächst keine negativen Reaktionen der Bevölkerung durch allzu strenge Maßnahmen hervorrufen und stattdessen wurde in der ersten Phase die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger angesprochen und später die Maßnahmenregelung zur Bekämpfung des Corona-Virus den Regionen überlassen. Dies führte eben dazu, dass rigoroses Vorgehen von den politischen Verantwortlichen und der Verwaltung auf der Ebene der Regionen umgesetzt wurde. Laut Präsident Putin wurde dadurch der Föderalismus des russischen Staatswesens entsprechend zur Geltung gebracht. Der für Beobachter unerwartet zurückhaltende bzw. „lockere“ Umgang der obersten politischen Führung mit dem Virus wurde durch die Erkrankung von Regierungsmitgliedern bestätigt. So wurde unter anderem Premierminister Michail Mischustin, der Bauminister Wladimir Jakuschew sowie die Kulturministerin Olga Ljubimowa mit Covid-19 infiziert.

Auch von Kreml-nahen Politikern und Analysten wurde kritisiert, dass in Russland nicht wie in anderen Staaten ein landesweiter Ausnahmezustand ausgerufen wurde, wodurch ein einheitliches Vorgehen im Sinne eines gesamtstaatlichen Managements hätte erfolgen können. Wesentliches Manko der russischen Führung und der Behörden waren daher das Nichtvorhandensein von klaren politischen Zuständigkeiten auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen, was schließlich in ein unkoordiniertes Vorgehen der administrativen Apparate mündete. Erst als die Stimmung im Land aufgrund der steigenden Infektionszahlen gegen die föderale Regierung und somit auch gegen den Kreml zu kippen drohte, wurde konsequentes Handeln von der Moskauer Zentrale unterstützt.

Zu den umstrittenen Maßnahmen im Zuge der Bekämpfung des Virus gehörte unter anderem das Unter-Strafe-Stellen der Verbreitung von „Fake-News“. Dies wurde von Teilen der Zivilgesellschaft als nicht zulässiger Angriff auf die Meinungsfreiheit im Zuge der wichtigsten innenpolitischen Initiative Putins, der anstehenden Verfassungsänderung, interpretiert. Das offene Aussprechen von Kritik am Kreml war allerdings eher die Seltenheit, somit wurde Vieles in den virtuellen Kommunikationsbereich verlagert. So wurden z.B. in den sozialen Medien kontroverse Diskussionen über mysteriöse Stürze von zwei Ärztinnen und eines Arztes aus den Fenstern ihrer Krankenhäuser, die sich an

unterschiedlichen Orten binnen zwei Wochen Anfang Mai ereigneten, geführt. Während der Arzt den Sturz zunächst schwerverletzt überleben konnte, kamen die beiden Frauen dabei ums Leben. Laut CNN sollen sich die Betroffenen nachweislich sehr kritisch gegen das Krisenmanagement der Regierung zur Bekämpfung der Corona-Krise geäußert haben. In den sozialen Medien wurde gemutmaßt, dass die Vorfälle im Zusammenhang mit der geäußerten Kritik stehen könnten. Ärzte und medizinisches Personal wiesen generell auf den schlechten Zustand des Gesundheitswesens hin und forderten die Regierung auf, entsprechende Schritte zur Verbesserung der Situation einzuleiten.

Allgemein wurde seitens der Bevölkerung der politischen Führung wegen der Covid-19-Bewältigungsstrategie nur wenig Zuspruch entgegengebracht, was sich in den Meinungsumfragen widerspiegelte. Anfang Mai haben weniger als 50% der Russinnen und Russen das staatliche Krisenmanagement positiv bewertet. Im Zuge der Bewältigung der Krise verringerten sich auch die nach wie vor sehr hohen Popularitätswerte von Präsident Putin. Im April sank die allgemeine Zustimmung für den russischen Präsidenten von 63% im März auf 59%. Eine am 25. Mai veröffentlichte Meinungsumfrage des renommierten Levada-Zentrums verzeichnete zudem auch einen deutlichen Vertrauensverlust für das russische Staatsoberhaupt. Laut dieser Erhebung nannten nur 25% der Befragten Präsident Putin einen vertrauenswürdigen Politiker. Somit weisen die Meinungsumfragen auf eine gewisse Widersprüchlichkeit hin. Einerseits wird die Politik des Präsidenten trotz gesunkener Beliebtheitswerte nach wie vor von einer klaren Mehrheit im Land unterstützt und andererseits wird ihm aber persönlich wenig Vertrauen entgegengebracht. Insgesamt waren die sinkenden Popularitätswerte aufgrund der Abstimmung über die Verfassungsreform von zusätzlicher Bedeutung.

Putins Machterhalt durch Verfassungsänderung?

Parallel zur Bewältigung der Corona-Krise wurde die Umsetzung eines von Putin initiierten gesellschaftspolitischen Kernanliegens vorangetrieben, das die künftige machtpolitische Konstellation im Land fundamental beeinflussen wird. Es handelt sich um eine im In- und Ausland umstrittene Verfassungsänderung, welche es Putin ermöglicht, für weitere zwei Legislaturperioden das Amt des Präsidenten auszuüben. Somit könnte Putin theoretisch bis zum Jahr 2036 das Land als Staatsoberhaupt regieren. Die Verfassungsänderung wurde in der Staatsduma bereits am 11. März mit einer Mehrheit von 383 Stimmen von insgesamt 450 Abgeordneten angenommen. Eine verpflichtende Volksabstimmung hätte ursprünglich am 22. April

stattfinden sollen, diese wurde dann schließlich aufgrund der Einschränkungen in der Zweit vom 25. Juni bis zum 1. Juli durchgeführt.

Die neue Verfassung sieht unter anderem eine Änderung der Machtbefugnisse des Präsidenten vor, wodurch die vorhergehenden Amtsperioden von Putin nicht angerechnet werden würden und er sich somit 2024 und auch 2030 wieder zum Präsidenten wählen lassen könnte. Unter anderem kann das Staatsoberhaupt künftig die Richter der oberen Gerichte des Landes entlassen und somit direkten Einfluss auf die Rechtsprechung ausüben. Die formallegislative Lesart, wonach gerade die Ausstattung des Präsidentenamtes mit neuen Machtbefugnissen es Putin erlauben würde, sich erneut für das Amt des Präsidenten bewerben zu können, akzeptiert die Opposition nicht und rief im März zu landesweiten Protesten auf. Allerdings waren aufgrund der bereits eingeführten Covid-19-Bestimmungen Großveranstaltungen von über 5.000 Personen verboten, wodurch die Proteste eher verhalten ausgefallen sind. Neben der Erweiterung der präsidentialen Vollmachten sieht die Änderung der Verfassung auch eine Stärkung des Parlaments, Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Einführung von Mindestlöhnen und Anpassung der Pensionszahlungen an die Inflationsrate vor. In der neuen Verfassung wird zudem der „Glaube an Gott“ in einem historischen Kontext der russischen Staatlichkeit hervorgehoben. Wörtlich heißt es: *„Die von einer tausendjährigen Geschichte vereinte Russische Föderation erkennt unter Wahrung des Andenkens der Vorfahren, die uns Ideale, den Glauben an Gott und Kontinuität in der Entwicklung des Russischen Staates vermittelten, die historisch entstandene staatliche Einheit an.“* Diesen Passus des „Glaubens an Gott“ entstammte der Initiative des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. und wurde unter anderem auch von Vertreterinnen und Vertretern der katholischen, muslimischen und jüdischen Religionsgemeinschaft Russlands unterstützt. Putin selbst äußerte sich zur geplanten Verfassungsänderung dahingehend, dass es sich um einen langfristig angelegten gesellschaftspolitischen Gestaltungsrahmen handeln und es somit nicht um ihn als Person oder gar um seinen Machterhalt gehen würde. Er selbst ließ offen, ob er 2024 wieder für das Amt des Präsidenten kandidieren wird. Laut Putin besteht die Absicht der neuen Verfassung darin, das Land auf die Herausforderungen in der Zukunft vorzubereiten. Somit würde die Reform auf einen Zeithorizont von 30 bis 50 Jahren abzielen. Trotz massiver Unterstützung der staatlichen und Kreml-nahen privaten Medien entsprach der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für die neue Verfassung im Vorfeld des Referendums bei weitem nicht jenem Ausmaß, wie es die politischen Kräfte in der Duma bei der Annahme des Gesetzes im März zum Ausdruck gebracht haben. So sprachen sich im April lediglich 47%

der Bevölkerung für die Verfassungsänderung aus. In diesem Zusammenhang wäre wohl auch die Unsicherheit des Kremls im Umgang mit der Covid-19-Krise zu interpretieren. Letztendlich wurde wie erwartet die Verfassung durch die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Referendums angenommen, allerdings blieben einige Unstimmigkeiten offen.

Die offiziellen Ergebnisse des am 1. Juli beendeten Votums legen eine Annahme der Verfassung durch 78% der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 60% nahe. Allerdings wurden Vorwürfe der Manipulation des Referendums aufgeworfen, da viele Wahlkreise nahezu idente Zahlen präsentierten, welche rein aus statistischen Erwägungen heraus sehr unwahrscheinlich erscheinen. Laut Kritikern sollen sich an der Abstimmung lediglich 45% der Wahlberechtigten beteiligt haben, aber, so wird konstatiert, dürfte die Verfassungsänderung dabei zu 65% befürwortet worden sein. Sollten sich die Vorwürfe der Manipulation erhärten, würde dies einen schweren Imageschaden für Putin bedeuten.

Wirtschaftliche Lage

Die Volkswirtschaft Russlands geriet nicht nur aufgrund der im Land eingeleiteten allgemeinen Vorkehrungen gegen das Corona-Virus in eine schwierige Situation, sondern auch aufgrund eines historischen Absturzes des Rohölpreises auf den internationalen Märkten. Um die aus den ökonomischen Herausforderungen resultierenden Konsequenzen und Risiken für die russischen Staatsfinanzen und somit für das gesamte politische System bewerten zu können, müssen neben den allgemeinen Covid-19-Bedingungen gleich mehrere Aspekte in einem stark konkurrierenden globalen und geoökonomisch angespannten Umfeld berücksichtigt werden. Grundsätzlich bleiben die wirtschaftliche Lage in Russland und somit die allgemeinen Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Gradmesser für die Akzeptanz des Führungsanspruchs von Präsident Putin. Daher sind wirtschaftliche Entwicklungen auch aus der Perspektive der Stabilität des gesamten politischen Systems von großer Bedeutung. Dies erscheint im Lichte der seit 2015 zwar „durchlässigen“, aber noch immer intakten EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim sowie der militärischen Unterstützung für die pro-russischen Rebellen in der Ostukraine verhängt wurden, besonders schwerwiegend.

Ausmaß der Rezession

Vom wirtschaftlichen Abschwung im Zusammenhang der Covid-19-Krise ist Russland grundsätzlich stark betroffen, deshalb war es von Anbeginn an ein

Bestreben der politischen Führung, den Schaden für die Wirtschaft bestmöglich zu minimieren. Die höchsten politischen Entscheidungsträger richteten somit das Hauptaugenmerk auf die möglichen wirtschaftlichen Folgen, wodurch strikte Restriktionen zur Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens erst relativ spät von den Verwaltungen der Regionen eingeleitet wurden. Dennoch hatten die im Land eingeführten Maßnahmen gegen das Virus sowohl einen signifikanten Rückgang der Industrieproduktion als auch einen massiven Umsatzeinbruch im Dienstleistungssektor zur Folge. Die Nervosität der politischen und wirtschaftlichen Eliten wurde deutlich, nachdem im April Ökonomen mit einer Rezession von -8% des BIP rechneten. Negativszenarien schlossen eine Rezession über -10% oder gar bis zu -20% des BIP für das Jahr 2020 nicht kategorisch aus.

Ausgerechnet zu jener Zeit, als landesweit die Infektionszahlen einen neuen Höhepunkt erreicht hatten, wurden am 11. Mai in einer Rede an die Nation von Präsident Putin wirtschaftspolitische Lockerungen der Covid-19-Maßnahmen angekündigt. Grundsätzlich wurde das „Regime der arbeitsfreien Tage“ aufrechterhalten, aber die Betriebe in den Bereichen Schwerindustrie, dem Bau, der Landwirtschaft, dem Transport- und dem Energiesektor wurden aufgerufen, ihre Tätigkeit unter der Einhaltung von Schutzmaßnahmen wieder aufzunehmen. Der Dienstleistungssektor und Handel wurden zunächst nicht bedacht.

Als Vorteil für die russische Wirtschaft hat sich die im internationalen Vergleich äußerst niedrige staatliche Verschuldung von 12,5% gemessen am BIP (Dezember 2019) und auch eine niedrige Arbeitslosenquote von 4,6% (Jänner 2020) erwiesen. Die Arbeitslosigkeit könnte sich jedenfalls dramatisch erhöhen. Im günstigen Fall wird es gemäß mikro- und makroökonomischer Berechnungen 2 Mio. Arbeitslose mehr als vor der Krise geben. In einem Negativszenario könnten aber aufgrund eines im Anklang an die Krisenbewältigung erfolgten Einbruchs von Lieferketten und massenweisen Insolvenzen kleiner und mitteständischer Betriebe bis zu 10 Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren. Dies wiederum könnte zu unabsehbaren sozialen Spannungen mit ernststen gesellschaftspolitischen Folgen führen.

Der „Ölpreis-Schock“

Sorgen, wonach die russische Wirtschaft in eine tiefe Rezession rutschen könnte, wurden bereits im März geäußert, also noch bevor die strengen Maßnahmen gegen das Corona-Virus eingeleitet wurden. Schwerwiegender als die Folgen der Covid-19-Einschränkungen im Inland wirkte sich der niedrige Ölpreis auf den internationalen Märkten auf den

russischen Haushalt aus. Im Berichtszeitraum erlebte der Ölpreis einen historischen Verfall, der durch einen Interessenskonflikt zwischen Saudi-Arabien und Russland hervorgerufen und durch die gesunkene Nachfrage infolge der Pandemie verstärkt wurde. Die stark importabhängige russische Wirtschaft befand sich aber bereits vor Covid-19 in keinem nachhaltig stabilen Zustand, jedoch konnten ökonomische Einbußen vor der Krise durch einen relativ hohen Erdölpreis und eine zunehmende Ausrichtung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die asiatischen Märkte kompensiert werden. Die größten Hemmnisse für eine wirtschaftliche Prosperität sind grundsätzlich strukturelle Schwächen mit Fokussierung auf den Export von fossilen Brennstoffen und landwirtschaftlicher Produkte sowie die von der EU eingeführten Wirtschaftssanktionen. Im Zuge der Covid-19-Krise wurde die Ausfuhr von Getreide von der Regierung verboten, um im Falle einer länger-anhaltenden Krisensituation die Lebensmittelversorgung der eigenen Bevölkerung sicherstellen zu können. Da Russland einer der weltgrößten Getreideproduzenten ist, verursachte das Exportverbot einen zusätzlichen Schaden.

Damit Russland einen halbwegs ausbalancierten Staatshaushalt sicherstellen kann, muss es auf den internationalen Märkten einen Rohölpreis von mindestens 40 US-Dollar pro Barrel Öl geben. Im Zuge der Covid-19-Krise aber fiel der Rohölpreis von ca. 70 US-Dollar im Januar 2020 auf das Niveau des Jahres 2002 zurück. So kostete ein Barrel der europäischen Sorte Brent weniger als 22 US-Dollar, und die russische Sorte Ural lag zwischenzeitlich sogar unter 17 US-Dollar je Barrel, was zu einem enormen Druck auf die russische Regierung führte. Für russische Ökonomen stellte dieser Preisabsturz ein regelrechtes Worst-Case-Szenario dar. Diesem historischen Verfall des Ölpreises war ein Konflikt zwischen der OPEC und Russland wegen den Öl-Fördermengen vorausgegangen. Als wichtigster geoökonomischer Konkurrent Russlands hat sich dabei das Königreich Saudi-Arabien erwiesen, das die eigenen Interessen sehr erfolgreich behaupten konnte.

Der Auslöser für den enormen Preisverfall waren Interessenskonflikte nach dem Auslaufen eines Vertrages aus dem Jahr 2017, der im „OPEC+“-Rahmen – also auch mit Russland und Kasachstan – geschlossen und immer wieder verlängert wurde. Aufgrund der bereits im Februar nachgelassenen globalen Öl-Nachfrage bestand Saudi-Arabien auf eine Verringerung der Ölfördermengen, um somit das Angebot auf den internationalen Märkten zu drosseln. Diesem Vorhaben hat aber Russland nicht zugestimmt. Die Situation eskalierte, nachdem am 6. März die OPEC-Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen wurden und dies führte dazu, dass ab dem 1. April jeder der beteiligten Staaten beliebige Mengen Öl fördern und

den Märkten zugänglich machen konnte. Saudi-Arabien eröffnete daraufhin einen bis dato nie dagewesenen „Preiskrieg“ gegen Russland. Dabei fokussierten sich die Machthaber in Riad zielgerichtet auf die europäischen Abnehmer, die für Russland essenziell sind. Um die europäischen Absatzmärkte für Russland zu schädigen, bot Saudi-Arabien europäischen Raffinerien ihr eigenes Öl mit 10 Dollar Abschlag pro Notierung an. Saudi-Arabien wollte den niedrigen Preis mit der Erschließung neuer Märkte und so mit der Ausweitung ihrer eigenen Exporte zum großen volkswirtschaftlichen Schaden Russlands kompensieren.

Da Saudi-Arabien aus der Position der Stärke heraus agierte, war es klar, dass Russland seinen Widerstand aufgeben und sich somit den Forderungen Riads beugen mußte. Der Kreml lenkte schließlich bereits im April ein und verständigte sich mit der OPEC auf eine Drosselung der Ölproduktion um 10%. Alle OPEC-Staaten sowie involvierte Partner (bis auf Mexiko) haben diesem Vorhaben zugestimmt. Zudem einigte man sich, die tägliche Ölfördermenge schrittweise an die Entwicklungen bis 2022 anzupassen und sich gemeinsam zu koordinieren. Mitte Juni lag der Preis für ein Barell Öl der Sorte Brent bereits bei 41 US-Dollar. Die russische Regierung bekräftigte ebenfalls im Juni nachdrücklich die Kooperation mit der OPEC, wodurch Alleingänge trotz des wieder steigenden Ölpreises ausgeschlossen wurden. Auf die russische Volkswirtschaft wirkte sich die Erholung des Rohölpreises ab Ende Mai günstig aus, sodass wirtschaftliche Schätzungen für das zweite Quartal positiver bewertet wurden. Im Juni deuteten neue Prognosen bereits auf eine gewisse Erholung des BIP-Abschwunges hin. So gingen offizielle Berechnungen nunmehr von einer Rezession zwischen -5% und -7% im Jahr 2020 aus.

Für Russland führt ein niedriger Ölpreis automatisch zur Abwertung der eigenen Währung wodurch sich einerseits die Deviseneinnahmen minimieren, andererseits aber auch die Importe teurer werden, was der importabhängigen Wirtschaft einen zusätzlichen Schaden zufügt. Im Zuge der Annexion der Halbinsel Krim 2014 und des Konfliktes in der Ukraine schlitterte Russland in eine zweijährige Rezession und bewirkte für sechs Jahre rückläufige Realeinkünfte. Generell gehen Experten davon aus, dass der niedrige Ölpreis sowie die wirtschaftlichen Einbußen wegen der Covid-19-Maßnahmen die russische Volkswirtschaft härter treffen werden, als die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 oder die Rezession der Jahre 2014-2016. Vor diesem Hintergrund war es aus der Sicht der verantwortlichen Entscheidungsträger in Moskau essenziell, eine Einigung mit Riad zu erzielen. Während sich die wirtschaftliche Lage zumindest hinsichtlich der Ölmärkte wieder zu stabilisieren schien, nahmen die außen- und sicherheitspolitischen Spannungen auf der

Ebene der internationalen Beziehungen wieder deutlich zu.

Außen- und sicherheitspolitische Dynamiken

Die bereits vor der Covid-19-Pandemie vorherrschenden internationalen Konflikte globaler und regionaler Akteure sind trotz der kontinentübergreifenden Gesundheitskrise weiter fortgeführt worden. Für die Gestaltung der russischen Sicherheit stellen die Dynamiken in Europa die höchste Priorität dar und diesbezüglich gab es in der ersten Jahreshälfte 2020 eine neue Entwicklung. Im Berichtszeitraum hat die Ankündigung der USA, ein weiteres für die europäischen Sicherheitsbelange essenzielles Abkommen zu kündigen, Gegenreaktionen sowohl von EU-Staaten als auch Moskaus hervorgerufen.

Ausstieg der USA aus dem Open-Skies-Abkommen

Am 22. Mai verlautbarte der US-Präsident Donald Trump eine für die europäische Sicherheit weitreichende Nachricht, die innerhalb der NATO aber bereits seit längerem erwartet worden war. Trump kündigte den Ausstieg der USA aus dem 1992 geschlossenen und 2002 in Kraft getretenen Open-Skies-Vertrag an, der im Sinne der Vertrauensbildung gegenseitige militärische Aufklärungsflüge der NATO und Russlands erlaubt. Ziel des Abkommens ist es, Überflüge zwecks Kontrolle von Truppenkonzentrationen und Waffenstützpunkten durchzuführen. Nach sechs Monaten Übergangszeit werden nun die USA aber kein Vertragspartner dieses für die europäische Sicherheit bedeutenden Regelwerkes mehr sein.

Seit Amtsantritt von Präsident Trump wurde nach dem Ausstieg aus dem Iran-Abkommen (beschlossen 2015) sowie dem INF-Vertrag zur zahlenmäßigen Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa (beschlossen 1987) nun auch der Open-Skies-Vertrag von Washington aufgekündigt. Begründet wurde dieser Schritt mit der Nichteinhaltung des Abkommens durch Russland. Trump selbst sagte, dass Russland "schamlos und fortgesetzt über Jahre den Vertrag in verschiedener Art und Weise verletzt hat". Konkret wird Moskau vorgeworfen, Überflüge über die Enklave Kaliningrad nicht erlauben zu haben, wo Russland atomwaffenfähige Kurzstrecken haben soll. Vergeblich haben einige NATO-Partner versucht, Präsident Trump zu überzeugen, den Rücktritt vom Abkommen zu überdenken. Deutlich äußerte sich dazu der deutsche Außenminister Heiko Maas, in dem er meinte, dass es "auf der Seite Russlands in der Tat Schwierigkeiten bei der Umsetzung" gäbe, aber es "rechtfertigt dies aus unserer Sicht aber keine Kündigung". Nach Auffassung des deutschen Außenministers würde der Vertrag zur

"Sicherheit und Frieden auf praktisch der gesamten Nordhalbkugel" beitragen.

Am selben Tag der Kundmachung des Ausstieges der USA aus dem Vertrag verlautbarten die Außenminister von Belgien, Tschechien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien, Schweden und Deutschland, am Abkommen weiterhin festhalten zu wollen, riefen aber Russland gleichzeitig zur Kooperation auf. Kritik am Ausstieg aus dem Abkommen wurde auch in den USA seitens der Demokraten im US-Kongress geäußert. Laut der Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, der Demokratin Nancy Pelosi, „untergräbt“ die Kündigung des Open-Skies-Abkommens die „Glaubwürdigkeit Amerikas in der Weltgemeinschaft weiter und macht Amerikaner weniger sicher“. Die Bemühungen einiger europäischer Staaten, das Abkommen doch noch im kleineren Rahmen aufrechterhalten zu können, stießen in Moskau auf Ablehnung. Dazu meinte der russische Vizeaußenminister, Sergej Rjabkow, dass es keine „Perspektiven für ein neues Abkommen, um den Vertrag zu ersetzen“ gäbe. Demonstrativ fügte er hinzu: "Wir brauchen solche Perspektiven auch nicht." Aus russischer Sicht wurde das Vertrauen untergraben, was sich negativ auf die Sicherheit in Europa auswirken wird. Moskau behält sich weitere Gegenmaßnahmen vor und wird wohl verstärkt militärisches Drohpotential zur eigenen Verteidigung aufbauen.

Friedensbemühungen im Normandie-Format

Nach dem im Jahr 2019 in Kiew ein Machtwechsel erfolgte, wurden die bis dahin extrem angespannten Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland etwas entkrampft. Der seit 2019 amtierende ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich aktiv um eine Lösung des Konfliktes in der Ostukraine bemüht, ohne jedoch die Forderung nach Rückgabe der von Russland annektierten Halbinsel Krim an die Ukraine zu ignorieren, was jedoch von nationalistischen Oppositionspolitikern im eigenen Land anders interpretiert wird. Beim ersten persönlichen Treffen zwischen Selenskyj und Putin am 9. Dezember 2019 in Paris wurden eine Annäherung der beiden Länder sowie eine mögliche Regelung des Konfliktes in der Ostukraine erörtert und dies gab zumindest Hoffnung für eine nachhaltige Lösung der Situation. Gerade diese positive Erwartungshaltung hinsichtlich einer Entspannung der Situation im Osten der Ukraine wurde im Berichtszeitraum trotz diplomatischer Bemühungen Frankreichs und Deutschlands revidiert.

Frankreich scheint im Allgemeinen besondere Anstrengungen an Tag zu legen, das Verhältnis zwischen Kiew und Moskau zu verbessern und somit auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland schrittweise zu normalisieren. Denn ohne eine

Entspannung des ukrainisch-russischen Verhältnisses wird es auch keine fundamentale Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland geben, obwohl einige EU-Mitgliedsländer genau dies verlangen. Dazu zählt unter anderem auch Italien, das bei der Bewältigung der Corona-Krise auch die Hilfe von Angehörigen der russischen Streitkräfte in Anspruch nahm. Am 23. März hat der italienische Außenminister Luigi di Maio persönlich 100 russische Militärangehörige zusammen mit Schutzausrüstung nach ihrer Landung in Italien empfangen. Dies erfolgte nach einem direkten Telefonat zwischen dem italienischen Premierminister Giuseppe Conte und dem russischen Präsidenten Putin.

Da sich Frankreich für eine Annäherung zwischen EU und Russland einsetzt, werden diplomatische Bemühungen im Normandie-Format genutzt, um mögliche weiterführende Impulse für eine Lösung des Ukraine Konfliktes zu setzen. Nach Vorstellungen des französischen Präsidenten hätte es in der ersten Jahreshälfte 2020 zu einer signifikanten Wiederbelebung des sogenannten Normandie-Formates – dem Frankreich, Deutschland, die Ukraine und Russland angehören – zwecks Lösung des Ukraine-Konfliktes kommen sollen. Deshalb fand am 30. April ein – aufgrund der Corona-Beschränkung allerdings nur virtuelles – Meeting auf der Ebene der Fachminister der Normandie-Staaten unter Leitung des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian statt.

Trotz zahlreicher Bemühungen der französischen und deutschen Diplomatie wurden keine nennenswerten Ergebnisse bei der Zusammenkunft via Zuschaltung erzielt, da die ukrainisch-russischen Beziehungen weiterhin sehr angespannt sind. Wesentliche Meinungsverschiedenheit herrscht unter anderem bezüglich der Konstellation von Verhandlungsformaten für Friedensgespräche vor. Während Moskau darauf besteht, dass die ukrainische Regierung direkt mit pro-russischen Vertretern der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk verhandelt, lehnt Kiew einen solchen „Konsultativrat“ ab. Gespräche zwischen ukrainischen Regierungsvertretern und pro-russischen Rebellen finden im Rahmen der Kontaktgruppe auf Fachebene unter Einbindung der OSZE, nicht jedoch auf politischer Ebene statt. In einem gemeinsamen Abschluss-Kommuniqué konnte man sich schließlich beim virtuellen Außenministertreffen im April auf folgende Minimalpunkte einigen:

- Weitere Maßnahmen müssten ergriffen werden, um die Ausbreitung des Covid-19-Virus in der Ostukraine zu unterbinden.
- Es wurde zu einem umfassenden Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien in der Donbass-Region aufgerufen. In diesem Zusammenhang

wurde an die trilaterale Kontaktgruppe appelliert, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Wesentliche Anliegen Frankreichs und Deutschlands waren die Sicherstellung des Zugangs von OSZE-Beobachtern zwecks Auftragserfüllung zu allen Gebieten des ukrainischen Hoheitsgebietes. Die Bedürfnisse der von der Schließung der Kontaktlinie stark beeinträchtigten Zivilbevölkerung sollen künftig mehr in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit rücken. Insbesondere sollte die Tätigkeit von humanitären Organisationen erleichtert werden. Auch die Minenräumung in von Zivilisten stark frequentierten Gebieten wäre zu forcieren. Gemeinsam einigten sich alle Beteiligten darauf, den Dialog im Normandie-Format fortführen zu wollen. Mit diesem minimalen Konsens sind die Hoffnungen nach einer raschen Annäherung zwischen der Ukraine und Russland Ende 2019 von einer eher nüchternen Betrachtung abgelöst worden. Die Zeichen deuten eher auf eine weitere Verfestigung der Interessenskonflikte beider Staaten hin, was, wie oben bereits skizziert wurde, in einem weiter gefassten sicherheitspolitischen Zusammenhang betrachtet werden muss.

Militärische Abschreckung als Trend

Während im Berichtszeitraum ein gewisser Stillstand in den Friedensbemühungen betreffend die Lage in der Ostukraine zu verzeichnen war, wurde die Ukraine am 12. Juni als Mitglied im "Enhanced Opportunities Program" (EOP) der NATO aufgenommen. Damit wird die Ukraine stärker in die NATO integriert. Strategisches Ziel der Ukraine ist die Aufnahme in das westliche Militärbündnis, was jedoch Russland aus eigenen geostrategischen und sicherheitspolitischen Interessen vehement ablehnt. Da der eingefrorene Konflikt in der Ostukraine de jure eine Mitgliedschaft in der NATO nicht zulässt, wäre somit auch das tatsächliche Interesse Russlands an einer nachhaltigen Befriedung des Konfliktes zumindest aus taktischen Gründen zu hinterfragen. Erwartungsgemäß wurde die Aufnahme der Ukraine in das EOP seitens Moskaus verurteilt. Ebenfalls mit großem Missfallen Moskaus wurde ein erstmals Ende Mai durchgeführtes Flugmanöver von zwei strategischen US-Bombern des Typ B-1 „Lancer“ zusammen mit den ukrainischen Luftstreitkräften über den Schwarzen Meer registriert.

Der verstärkten Kooperation der Ukraine mit der NATO versucht Russland wiederum mit der Demonstration der eigenen militärischen Stärke entgegenzutreten. So wurde bereits zu Jahresbeginn 2020 ein Militärmanöver der russischen Streitkräfte im Schwarzen Meer durchgeführt, das auch Präsident Putin von der Halbinsel Krim aus beobachtete. Bei dieser gemeinsamen Übung der russischen Nord- und Schwarzmeerflotte wurde unter anderem die neue

Hyperschallrakete vom Typ Kinschal (Dolch) eingesetzt, die sich laut russischen Angaben mit bis zu zehnfacher Schallgeschwindigkeit bewegt und deshalb kaum bekämpft werden kann. Es bleibt zu erwarten, dass durch die Aufnahme der Ukraine in das EOP militärische Manöver im Schwarzen Meer zunehmen werden. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Kündigung des Open-Skies-Vertrages durch die USA massive Nachteile für die Sicherheit Europas zu bringen.

Dass die USA mit ihren engsten Partnern in Europa auch auf Signale der militärischen Abschreckung gegenüber Russland setzten, machten ebenfalls Ende Mai Manöver unter der Führung der US-Luftstreitkräfte mit insgesamt 35 Kampfflugzeugen, Lufttankern und Frühwarnflugzeugen deutlich. Geübt wurde ein Angriff aus dem Osten auf das Vereinigte Königreich. Die USA werfen Russland vor, in der jüngeren Vergangenheit provokative Übungseinsätze in der Ostsee, im Mittelmeer und sogar Nordpazifik geflogen zu haben. Dadurch wäre die Sicherheit von NATO-Partnern und jene der USA selbst betroffen gewesen. Parallel zu den Manövern der US-Luftstreitkräfte in Europa fanden auch Übungen im Pazifik statt, die als Signal an den globalen Herausforderer der USA – China – zu verstehen waren.

Dass von Washington die beiden Länder Russland und China als mögliche militärische Gegner deklariert werden, wird in unterschiedlichen offiziellen Sicherheitsdokumenten der USA hervorgehoben, doch aufgrund der globalen Machtverschiebung gerät Russland hinsichtlich der Herausforderung für den US-amerikanischen globalen Führungsanspruch immer mehr ins Hintertreffen. Dies wurde auch bei den Abrüstungsgesprächen betreffend den New-Start-Vertrag zwischen Vertretern aus den USA und Russland in Wien am 22. Juni deutlich. Der New-Start-Vertrag wurde 2011 in Prag beschlossen und sieht die Reduktion der US-amerikanischen und russischen Atomwaffen sowie entsprechender Trägersysteme vor. Der Vertrag läuft grundsätzlich im Februar 2021 aus, könnte aber entweder bis 2026 verlängert oder neu verhandelt werden. Auch aus diesem Abkommen drohen die USA auszusteigen, sollte es Moskau nicht gelingen, China dazu zu verpflichten, sich ebenfalls vertraglich an eine Einschränkung des nuklearen Waffenarsenals zu binden. China lehnt jedoch kategorisch jegliche Teilnahme am New-Start-Vertrag ab. Sollte von den USA wie angedroht auch dieser Vertrag gekündigt werden, könnte dies zu einer deutlichen Verschlechterung der europäischen Sicherheit führen, so die russische Position. Eine Verschärfung von vorhandenen Interessenskonflikten hinsichtlich geopolitischer Einflusszonen, wie jene um die Ukraine, könnten somit wieder vermehrt militärische Spannungen aufkommen lassen.

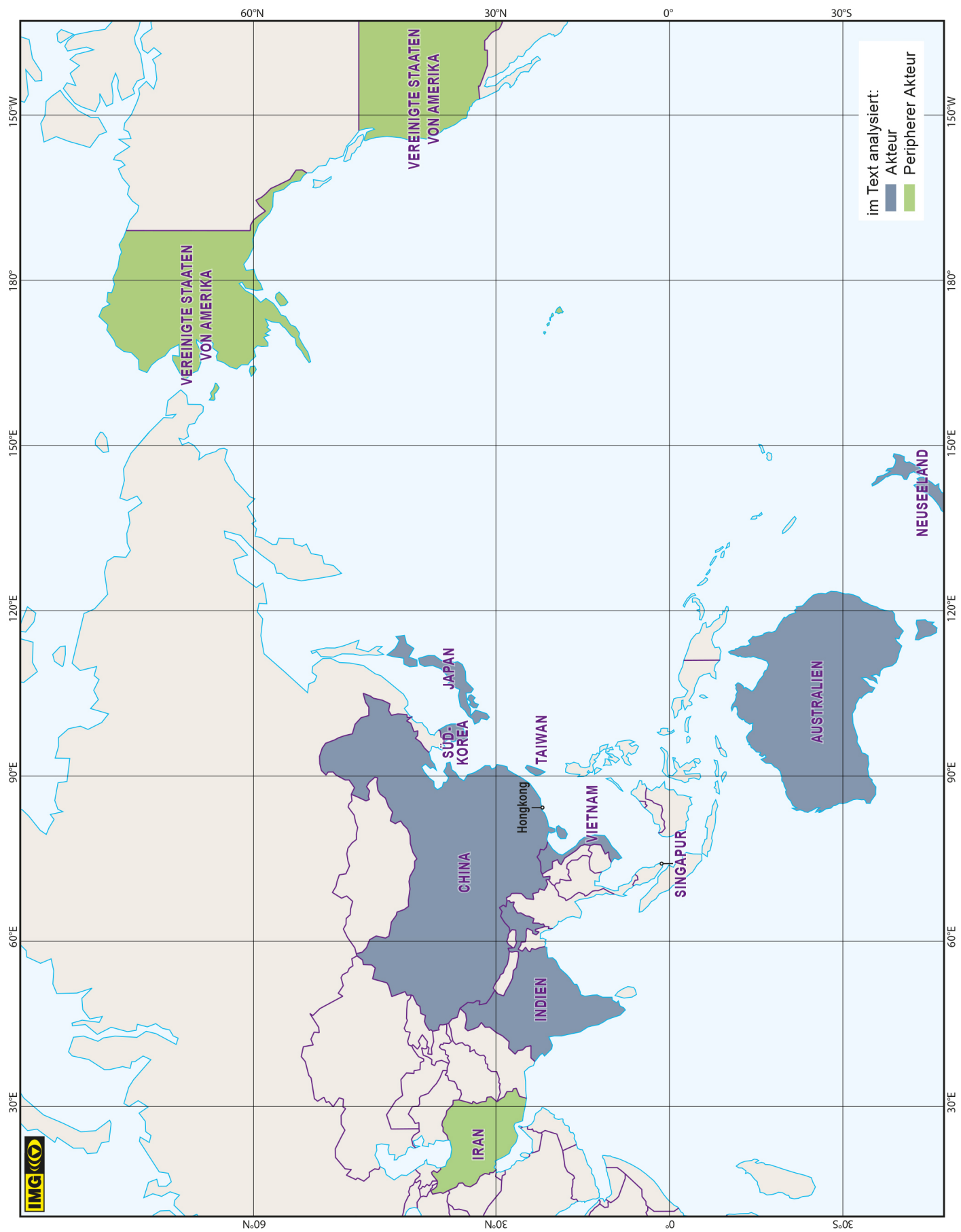
Ausblick

Zweifelsohne sind die weiterführenden Folgen der Covid-19-Pandemie für gesellschaftspolitische und sozioökonomische Entwicklungen Russlands im Detail nicht absehbar. Deutlich wurde jedenfalls, dass die Corona-Krise strukturelle Spannungen im Inneren sowie auch Schwächen des Kremls im Bereich des Krisenmanagements offenlegte.

Wesentlich für die weiteren innenpolitischen Prozesse wird die nachhaltige Akzeptanz der Annahme der neuen russischen Verfassung und somit auch die politische Zukunft von Putin über das Jahr 2024 hinaus sein. Grundsätzlich wird die Stimmung im Land stark von der wirtschaftlichen Situation anhängen. Sollte eine zweite Welle der Covid-19-Infektion Russland heimsuchen, müsste die russische Führung ihr bisheriges Krisenmanagement überdenken. Wesentliche Rolle spielen geoökonomische Faktoren, jedoch dürfte der im Berichtszeitraum vorherrschende hohe Grad an Volatilität beim Erdölpreis nicht mehr in der Form auftreten, wodurch keine neuen Negativszenarien zu erwarten wären. Unbekanntes politisches Risiko stellt eine mögliche hohe Arbeitslosigkeit infolge der Pandemie in Russland dar. Ein diesbezüglicher Höhepunkt dürfte zumindest vorläufig bis Ende 2020 erreicht werden.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wird sich Russland den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nach der Kündigung des Open-Skyies-Vertrages durch die USA anpassen. Trotz bisheriger Ablehnung seitens Moskaus ist eine „europäische Variante“ des Abkommens nicht gänzlich ausgeschlossen. Sollten die USA auch aus dem New-Start-Abkommen aussteigen, das in der zweiten Jahreshälfte 2020 verhandelt wird, wären deutliche Gegenmaßnahmen seitens Russlands zu erwarten. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Sicherheit Europas im Allgemeinen und auf die Konfliktbeilegung in der Ostukraine im Besonderen haben. Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen aus der Kündigung der Verträge für Europa mittel- und langfristig resultieren werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls werden neue sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen für die Sicherheit Europas konzipiert werden müssen, um militärischen Spannungen entgegenwirken zu können.

Rastislav Bachora



Indo-pazifischer Raum

Der indopazifische Raum

Geopolitische Dynamik

Die strategische Umgebung des indopazifischen Raumes ist Teil eines komplexen und dynamischen Systems, wobei die Interaktionen, die Wechselwirkungen und die Unverhältnismäßigkeit zwischen Ursache und Wirkung zunehmen. Ein Wirkfaktor für die Machtverschiebung ist die Globalisierung. Auf der Systemebene zeigt sich eine Neuorientierung des Welthandels und eine Abhängigkeitsreduktion von westlichen bzw. entwickelten Märkten, u.a. durch die Seidenstraße. Zum steigenden Inlandsverbrauch in Asien kommt die staatliche Industrie- und Entwicklungspolitik hinzu, z.B. in China oder Indien. Bis 2025 wird sich der globale wirtschaftliche Schwerpunkt gemäß dem Strategieberatungsunternehmen McKinsey nach Asien verlagern.

Auf der strukturellen Ebene wird die bisher auf die USA konzentrierte Sicherheitsordnung multilateral. Die Übereinstimmung mit den strategischen Zielen der USA sinkt. Dies führt zu mehr Selbsthilfe und zur Bedeutungszunahme der regionalen Dynamik. Diese Entwicklung untergräbt jedoch die Grundlage der bisherigen internationalen Ordnung, der Verflechtung von Wirtschaft und Sicherheit. Die USA bieten bisher ihren Verbündeten Marktzugang sowie Sicherheitsgarantien und erhalten im Gegenzug (sicherheits-) politische und wirtschaftliche Kooperation. Dazu zählt auch der Kauf von US-Schulden, der wiederum die militärische US-Machtprojektion in Asien unterstützt. Künftig werden die asiatischen Länder kaum weiterhin gleichzeitig von den USA als Sicherheitsgarant und von China als Wirtschaftschance profitieren können. Speziell US-Präsident Trump fordert eine stärkere Gegenseitigkeit. Die Wirtschaftsprofiteure wie China oder Japan sorgen sich zunehmend um ihre Währungsstabilität und andere potentielle Gefahren. Der Handelsstreit zwischen den USA und China ist ein Symbol dieser Systemkrise, die Seidenstraße ein weiteres. Die bedeutendste politische Auswirkung der Seidenstraße ist die Inkludierung zahlreicher regionaler Peripherien und die Schaffung alternativer Beziehungsgeflechte. Physische und immaterielle Netzwerke erleichtern die Machtprojektion durch die Einflussnahme und gegenseitige Abhängigkeit. Dies betrifft neben den Waren- und Kapitalflüssen etwa auch Arbeit, Energie oder Technologie. Als globale Drehscheibe für Produktion, Investitionen und Konsum sowie als Anbieter von öffentlichen Gütern gestaltet vermehrt China die regionalen und globalen Standards.

Irans Einflusszunahme in Süd- und Südostasien

Sowohl Süd- als auch Südostasien verfügen über Beziehungen zu den USA, zu den arabischen Staaten des Nahen Ostens und zum Iran. Zur Reduktion der Spannungen tritt China für die Ausweitung der regionalen Sicherheitsmechanismen mit den USA als Hauptakteur ein. Dies kommt dem strategischen Muster Chinas zur stufenweisen Ausdehnung seiner Machtprojektion entgegen.

Die geopolitischen Auswirkungen der zielgerichteten Tötung des iranischen Generals Soleimani am 3.1.2020 in Bagdad durch einen US-Drohnenangriff zeigen sich in Südasien noch tiefgreifender als in Südostasien.

In **Südostasien** erfordert die Zunahme des iranischen Einflusses eine Gratwanderung, speziell von Malaysia und Indonesien. Deren mehrheitlich sunnitische Bevölkerung hegt grundsätzliche religiöse Vorbehalte gegen den schiitischen Iran. Sowohl der Iran als auch Saudi-Arabien beeinflussen die Bevölkerungsgruppen auf religiöser Ebene. Zu beiden Ländern hielten Malaysia und Indonesien ein ausgewogenes Verhältnis. Dennoch führt der innenpolitische Druck nach der Ermordung Soleimani nun zu einer politischen Annäherung an den Iran. Das bisher relativ gute Image der USA leidet unter seiner riskanten Außenpolitik. Jenes von Saudi-Arabien verschlechterte sich seit längerem wegen der Finanzierung von immer radikaleren religiösen Bildungsstätten in Südostasien und wegen seiner Vorgangsweise im Jemen. Der Iran wird als moslemischer Staat wahrgenommen, der zum Widerstand gegen die US-Bevormundung bereit ist. Daher gilt die Ermordung Soleimani als kurzfristiger taktischer Sieg der USA, jedoch mit langfristigen negativen strategischen Konsequenzen. Prinzipiell will Südostasien nicht in die wachsenden geopolitischen Spannungen hineingezogen werden.

In **Südasien** sind die Entwicklungen differenzierter. In Pakistan und Afghanistan verfügt der Iran über einen Zugang zur schiitischen Bevölkerungsminderheit, in Afghanistan über die Möglichkeit, die US-Interessen zu untergraben. Indien und den Iran verbinden wirtschaftliche und strategische Interessen. Indien unterstützte den Ausbau des iranischen Hafens Tschabahar am Golf von Oman mit 500 Mio. US-\$, neun Millionen indische Arbeitnehmer leben im Iran. Tschabahar dient als Drehscheibe des internationalen Nord-Süd-Transportkorridors, einem Joint Venture von Indien, Russland und dem Iran. Der Hafen ermöglicht Indien unter Umgehung von Pakistan den Zugang zu Afghanistan und Zentralasien. Er gilt als Gegengewicht

zu Chinas Präsenz im 70 km entfernten pakistanischen Hafen Gwadar, einem Knotenpunkt der neuen Seidenstraße. Über den Hafen Bandar Abbas, einem Hauptquartier der iranischen Marine, plant Indien einen weiteren Transportkorridor via Mundra Port in Gujarat nach Westbengalen bzw. über Turkmenistan und Kasachstan nach Ostrussland. Die neuen Handelswege beschleunigen den Zugang zu den Energieressourcen in Zentralasien und die Verbindung nach Europa.

Globale Konsequenzen der Corona-Pandemie

Der langfristige Corona-Effekt auf das globale Machtgefüge zeigt sich bereits in der Zuspitzung des langjährigen Konflikts zwischen China und den USA. Das Vertrauen in China, aber auch in die USA ist teilweise gesunken. Corona verstärkt bestehende Tendenzen, doch eine grundsätzliche Änderung der globalen Ordnung wird es nicht geben. Die USA konzentrieren sich zunehmend auf einen Großmachtkonflikt mit China, das seinerseits die Anerkennung als Weltmacht sucht. Indirekt profitiert China von der (Nicht-) Reaktion anderer, z.B. von mangelndem Leadership, ineffektivem Corona-Krisenmanagement oder die Einstellung der WHO-Finanzierung durch die USA. Gleichzeitig ist der Zusammenhalt der chinesischen Elite in einer Krise stets instabil, denn auch als autoritärer Staat ist Chinas Struktur keineswegs monolithisch.

Eine mögliche Kapitalflucht ruft ebenso Bedenken hervor wie Bioterrorismus, etwa bei Indien im Kaschmir, oder Cyberangriffe auf das Gesundheitssystem, zum Beispiel in Singapur. Offensichtlich wurde der Bedeutungszuwachs der Telekomunternehmen durch die vermehrte Nutzung von sozialen Medien und dem Internet. Ebenso evident wurde die Abhängigkeit von den chinesischen Produktions- und Lieferketten. Singapur und Australien beispielsweise diversifizieren nun stärker. Die Komplexität verdeutlicht beispielhaft Indien. Weltweit ist Indien am stärksten auf chinesische Pharmarohstoffe und -produkte angewiesen. 40% seines Jahresbedarfs von insgesamt 10 Mrd. US-\$ deckt Indien in China, bei lebensrettenden Medikamenten bis zu 90%. Allerdings betragen die medizinischen Importe nur ein Zehntel der indischen Gesundheitsausgaben. Bedeutender sind Indiens medizinische Exporte mit einem Überschuss von 12 Mrd. US-\$ pro Jahr. Die kostengünstigen indischen Medikamente erreichen in Niedriglohnländern, hauptsächlich in Afrika, einen Marktanteil von 27%, in Ländern mit mittlerem Einkommen von 10% und z.B. in Nepal von 60%. China produziert 70% der von Indien benötigten Pharmarohstoffe, alleine die Provinz Hubei beherbergt 42 Hersteller. Nach dem Lockdown in Hubei verhängte Indien kurzfristig ein Medikamenten-Exportverbot,

unter anderem für Paracetamol, das einen Monat später auf Druck der USA und der indischen Pharmaindustrie teilweise wieder aufgehoben wurde.

Eine teilweise Verlagerung der internationalen Produktion von China nach Südostasien, speziell nach Vietnam, Malaysia und Thailand, erfolgt seit längerem, nicht zuletzt wegen des Handelskonflikts zwischen den USA und China. Dabei müssen die Unternehmen den Verlust ihrer Investitionskosten, der aufgebauten Kapazitäten und regionalen Lieferantenbeziehungen berücksichtigen. Die neuen Standorte profitieren von der Wertschöpfung, der industriellen Entwicklung, Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Dafür beseitigen sie Handels- und Investitionshemmnisse und optimieren Effizienz und Kosten im Bereich der Logistik, der Transportinfrastruktur oder des Informationsflusses. Speziell an Indien werden die vielschichtigen Auswirkungen der Corona-Krise evident, das sind die Beschleunigung der Digitalisierung und des Strukturwandels, die Neugewichtung der Globalisierung, die Veränderung der Unternehmensdynamiken sowie die Stärkung des staatlichen Einflusses durch die Industriepolitik, besonders im Transport- und Energiesektor. Die Neugewichtung der Globalisierung umfasst z.B. die Verkürzung von Lieferketten sowie die Stärkung der lokalen Herstellung und der Lagerhaltung zu Ungunsten der just-in-time Produktion. Resilienz und Verlässlichkeit sind wichtiger als Profitabilität. Die Corona-Hilfs- und Konjunkturprogramme nutzt Indien, ebenso wie Thailand, für Strukturreformen.

Sorgen bereitet auch die mögliche Übernahme einheimischer Unternehmen durch China. Die ersten gesetzlichen Gegenmaßnahmen ergriffen Australien und Indien. Die Länder im indopazifischen Raum, dem Fokus geopolitischer Interessen, suchen eine tragfähige Beziehung zu China und stärken andererseits ihren eigenen Einfluss. China gilt weiterhin als wirtschaftlich und politisch-strategisch dominante Macht sowie gleichzeitig als ökonomische Chance, mit teils unterschiedlichen Werten. Als Singapur am 1.2.2020 als erstes Land in Südostasien seine Grenzen für Einreisende aus China schloss, unterstrich es die gesundheitspolitische Notwendigkeit zur Eindämmung der Virusverbreitung, um nicht die Gunst Chinas zu verlieren. Die Abschottung wegen Corona hatte enorme wirtschaftliche Auswirkungen durch die Einschränkungen für den Arbeitsmigrations- und Warenfluss, den Tourismus oder den privaten Bildungssektor, vor allem in Australien und Neuseeland. Die (ost-) asiatische Wirtschaftsentwicklung war mit Ausnahme von China bereits zuvor schwach, zurückzuführen auf den Handelsstreit zwischen China und den USA, die langjährige Steuerpolitik in Japan, einen Rückgang der Produktion in Singapur bzw. der

Exporte und des Konsums in Südkorea oder die Unruhen in Hongkong.

Im Südchinesischen Meer nutzt China die Corona-Situation für die Ausweitung seiner Machtprojektion. Das regionale Machtgleichgewicht bestimmt die künftigen Beziehungen im indopazifischen Raum. Ebenso entscheidend sind das Ordnungssystem, die regionalen Beziehungen und die jeweiligen Narrative. Hinzu kommen Konflikte um die nationale Legitimität, z.B. in Malaysia, Kambodscha und Sri Lanka, sowie um die regionale und globale Relevanz Südostasiens. Seine Bedeutung unterstrich Südostasien mit der Etablierung eines Corona-Hilfsfonds. Die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der Corona-Krise erfolgt in Südostasien allerdings schwerpunktmäßig bilateral.

Australien, Indien, Indonesien, Japan und Südkorea hatten bereits vor Corona angespannte Beziehungen zu China. Indonesien sieht die Corona-Krise trotz des historisch bedingten Misstrauens gegenüber China pragmatisch als Gesundheitsnotstand und weniger dem chinesischen Autoritarismus geschuldet. Pakistan, Nepal und Kambodscha hingegen loben Chinas Solidarität und Hilfe. Speziell wirkungsvoll waren die Entsendung von medizinischem Fachpersonal, nicht nur von Hilfsgütern, sowie die Organisation von Corona-spezifischen Webinars in den Landessprachen.

Indien hegt verstärkt strategische und wirtschaftliche Bedenken gegenüber China, sucht jedoch mit gemäßigter Rhetorik eine stabile Beziehung, nicht zuletzt wegen der medizinischen Lieferungen aus China. Indien ist generell von den industriellen Inputs aus China abhängig. Als Gegenmaßnahme will Indien nicht nur die einheimische Produktion und die Diversifizierung stärken, sondern verhindern, dass China die Corona-Krise für die Übernahme indischer Unternehmen oder die Stärkung seines wirtschaftlichen und politischen Einflusses in der indischen Umgebung ausnutzt. Indien erließ, wie Australien zuvor, Beschränkungen für ausländische Investitionen und unterstützt seine Nachbarländer medizinisch, technisch, diplomatisch und wirtschaftlich. Die indischen Streitkräfte müssen sich aufgrund der angespannten Budgetsituation, besonders durch den Entfall von Steuereinnahmen durch die Corona-Krise, auf die vorhandenen Kapazitäten konzentrieren. Bestehende Beschaffungsverträge werden realisiert, Neuaufträge aufgeschoben.

Im Kaschmir erfolgen vermehrt Terroranschläge, Indiens Sorge vor Bioterrorismus wächst. Zur Verhinderung der Unterwanderung durch pakistanische Terroristen verstärkt Indien die Mobilitätseinschränkungen, die Versorgungslogistik und die technische Überwachung, unter anderem mit

Smartphone Mapping. Bezüglich der Radikalisierung, dem Training und dem Waffenumgang sind die in Pakistan ausgebildeten Terroristen gefährlicher als die einheimischen.

Die Seidenstraße wird die Hauptsäule der chinesischen Investitionspolitik im Ausland bleiben. Mittelfristige Projektverzögerungen beruhen auf der Priorität für das Corona-Krisenmanagement sowie auf Einschränkungen der Arbeitsmigration, der Materialproduktion und Logistik. China konzentriert sich auf die immateriellen und weniger kostspieligen Komponenten, das sind die digitale und die Gesundheits-Seidenstraße. Letztere stützt sich auf ein 2017 mit der WHO unterzeichnetes Memorandum. In der „Gesichtsmaskendiplomatie“ engagieren sich praktisch alle Regionalmächte des indopazifischen Raumes wechselseitig, neben China vor allem Indien, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand und Vietnam.

Corona-Krisenmanagement

In der weltweiten Diskussion um das optimale Corona-Krisenmanagement stehen oftmals die Erfolge (ost-)asiatischer Länder im Vordergrund. Die Strategien lassen trotz der länderspezifischen Vorgangsweise ähnliche Charakteristiken erkennen, auch wenn die konkreten Entscheidungen auf unterschiedlichen individuellen Bedingungen basieren. Dazu zählen etwa die Pandemieprävention, die Kapazitäten und Standards des Gesundheitswesens sowie die kulturellen, politischen und sozialen Besonderheiten. Hinsichtlich der Effektivität entsprechen die angewendeten Strategien nicht immer den idealen Strategien. Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Vietnam, Australien und Neuseeland reagierten mit großem Gefahrenbewusstsein, Kapazitäten und jahrzehntelanger Seuchenerfahrung sehr rasch, umfassend, strikt und vergleichsweise erfolgreich. Relativ gelassen blieben Japan und Australien.

Ähnliche strategische Ansätze begründen den Erfolg des Corona-Krisenmanagements im indopazifischen Raum. Dazu zählt die rasche Reaktion, im Voraus konzipierte Standardprozesse, digitale Werkzeuge und die industrielle Mobilisierung. Hinzu kommen länderspezifische Maßnahmen sowie die Wahrnehmung der institutionellen Verantwortung.

Eine effektive Pandemievorbereitung verkürzt die Wahrnehmungszeit und durch gezieltere Eindämmungsmaßnahmen die sozio-ökonomischen Unterbrechungen. Generell stellt sich jedoch nicht nur

die Frage der Vorhersehbarkeit bzw. Unkalkulierbarkeit einer Katastrophe. Sie ist kontextspezifisch und wird je nach eigener Perspektive und Erfahrung wahrgenommen. Singapur beispielsweise gilt als Vorbild für strategische Weitsicht und Früherkennung. Seit den 1980er Jahren spielt der Stadtstaat in einem whole-of-government Zugang langfristige Bedrohungsszenarien für seine nationale Sicherheit durch, z.B. hinsichtlich Seuchen, Lebensmittelsicherheit oder Landesverteidigung.

Strategische Gemeinsamkeiten

Die Bereitschaft, institutionelle Verantwortung zu übernehmen, ist im Indopazifik vorhanden. Als besonders wichtig stellten sich im Voraus konzipierte Standardprozesse heraus, digitale Werkzeuge und Pläne für die Zeit nach der Pandemie.

Die **strategischen Ziele** sind generell der Schutz der Bevölkerung, konkret durch die Vermeidung der Virusverbreitung und der Überlastung der Gesundheitssysteme, sowie durch die Minimierung der sozio-ökonomischen Unterbrechungen und durch die Aufrechterhaltung der essenziellen Versorgung. Dies erfolgte konsequent, entschlossen und auch mit restriktiven Maßnahmen, speziell in China, Taiwan, Vietnam, Singapur und Neuseeland. China will national und international Leadership zeigen und sich als glaubwürdige Großmacht darstellen. Taiwan möchte seinen internationalen Status festigen und präsentiert sich als effektive Demokratie und verantwortungsvoller Partner. Hintergrund dafür ist, dass Taiwan insbesondere durch seine diplomatische Isolierung in den vergangenen Jahren zunehmend unter den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Druck Chinas geriet. In Indien hingegen gerieten die überlasteten Spitäler unter Druck, besonders in Mumbai fehlen Intensivbetten und Beatmungsgeräte. Indien gewichtete seine strategische Zielsetzung offiziell neu. Der rigorose und mehrmals verlängerte landesweite Lockdown und die Mobilitätsunterbrechungen führten zu katastrophalen Bedingungen für die Ärmsten. Daraufhin entbrannte eine Diskussion über die Prioritätensetzung, die den Schutz des Lebens über die Sicherung der Lebensgrundlage stellt. Am 12.4. verlautbarte die Regierung ihre veränderte Zielsetzung und betonte die Gleichwertigkeit von Gesundheit und Wirtschaft als Existenzsicherung. Mitte Mai begann gegen die Bedenken zahlreicher Ministerpräsidenten die teilweise Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Die politische und kulturelle Bereitschaft für eine vorausschauende **Pandemieprävention**, das Gefahrenbewusstsein und die Disziplin sind vorhanden. Bedarf besteht an operativen Kapazitäten (finanziell,

personell und technisch), an sozialem Vertrauen und an Normen. Ärmere Regionen sind von Pandemien wegen der Schwächen in den Gesundheitssystemen und bei der Lebensmittelsicherheit besonders stark betroffen. Vietnam erließ ein temporäres Exportverbot für Reis, um Unruhen oder Plünderungen zu vermeiden, in Indonesien unterstützten die Streitkräfte die Lebensmittellogistik. Dennoch zeigen die armen Regionen wegen der aktiven Frühwarnsysteme und raschen Maßnahmenenergreifung zum Teil eine größere Resilienz als der Westen. Speziell Singapur legt einen strategischen Schwerpunkt auf die multidimensionale soziale Resilienz, das ist die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft bei der Reaktion auf eine Krise. Sie umfasst mehr als die individuellen Resilienzen (z.B. Hamsterkäufe), mit denen sie in Einklang stehen muss. Wichtig sind Flexibilität und Offenheit für bedarfsorientierte innovative Anpassungen sowie die Berücksichtigung, dass die soziale Resilienz mit der Dauer der Krise abnimmt (lockdown fatigue).

Die umfassende **Seuchenerfahrung** entstammt Sars 2002, Mers 2012 und den diversen Schweine- und Vogelgrippen H5N1 1996, H1N1 2009 und H7N9 2012. In Folge erstellten praktisch alle Länder zahlreiche spezifische, multisektorale, branchenübergreifende, nationale und grenzüberschreitende Konzepte. 2005 wurde der Pandemieplan für Asia-Pacific festgelegt. Weitreichende institutionelle Reformen initiierten z.B. China, Taiwan, Südkorea und Singapur.

Gemeinsam sind den erfolgreichen Ländern **frühzeitige Grenzkontrollen**, in erster Linie mit Körpertemperaturmessungen, gefolgt von Grenzsicherungen für Einreisende aus China. Dies war etwa für Vietnam, Singapur, Hongkong und Taiwan entscheidend für die rasche Viruseindämmung sowie für die lückenlose Rückverfolgung der Kontakte und Infektionswege. Der **individuellen Quarantäne** wird gegenüber Massenquartieren der Vorrang gegeben. Ausschließlich Japan setzte auf eine verpflichtende Hospitalisierung im Infektionsfall. Die Quarantäne inkludiert teilweise rigorose technische Überwachungsmethoden und dient der Verhaltensänderung der Bevölkerung. In Südasien ist die soziale Distanz aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte, beengten Verhältnisse, niedrigen Lebensstandards und geringen Bildung praktisch undurchführbar.

Die hohe **industrielle Mobilisierungskapazität**, besonders zur Herstellung von Medizinprodukten wie etwa Virustests, stützte sich in China und Südkorea auf beschleunigte Zulassungsprozesse, in Singapur und Taiwan auf öffentlich-private Partnerschaften, in Hongkong auf internationale Kooperationen und in

Australien auf staatliche Investitionen. China, Singapur, Südkorea und Taiwan profitieren von ihren etablierten Forschungssektoren und der präzisen Koordination.

Kontakt-Tracking, die **digitale Überwachung** und strenge Strafen sind weit verbreitet, besonders strikt in China, Hongkong, Indien, Singapur, Südkorea und Taiwan. Auch Australien und Neuseeland setzen auf eine Tracking-App, deren freiwillige Aktivierung die Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Geschäftstätigkeiten darstellt. Zur digitalen kommt die personelle Kontrolle, zum Beispiel durch Nachbarschaftskomitees, etwa in China und Taiwan, oder durch das Militär wie in Vietnam.

Die **Minimierung der sozio-ökonomischen Unterbrechungen** stützt sich auf maßgeschneiderte Lösungen, die je nach Lageentwicklung flexibel adaptiert werden. Japan, Südkorea und Taiwan verzichteten auf vollständige Lockdowns und kontrollierten dafür umso rigoröser die Einhaltung der Quarantäne. China hingegen setzte z.B. speziell im Pandemiezentrum Wuhan auf strikte Mobilitätseinschränkungen.

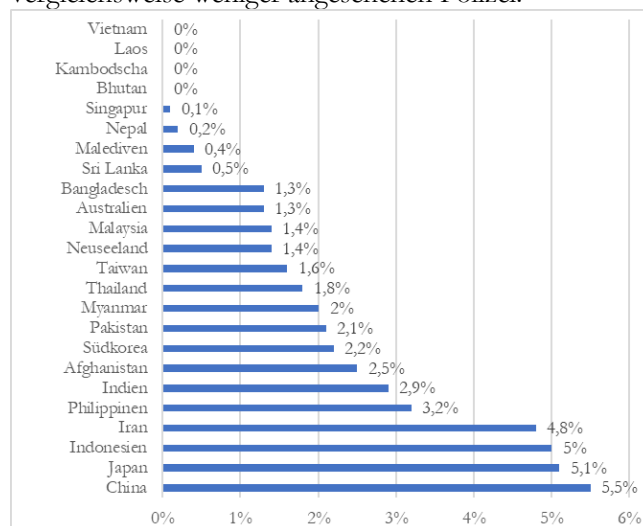
Landesspezifische strategische Kernelemente

Die Unterschiede zeigen sich in der Effektivität der Virusbekämpfung sowie in der Beurteilung der Angemessenheit, Machbarkeit und Akzeptanz der Maßnahmen. Als individuelles strategisches Kernelement setzten Vietnam und Neuseeland die Grenzschießung und den landesweiten strengen Lockdown präventiv ein. Vietnam ist sich der Nichtbelastbarkeit seines Gesundheitssystems bewusst. Dies trifft auch auf Nepal zu und ebenso auf Nordkorea, das einerseits über Seuchenerfahrung und generell über Einschränkungen der öffentlichen Mobilität verfügt. Die im Frühjahr 2020 abgehaltenen Tests mit ballistischen Raketen und strategischen Lenkwaffen, darunter eine Version ähnlich der US-amerikanischen ballistischen Kurzstreckenrakete ATACMS, werden unter anderem auch als Mittel gesehen, um während der Corona-Krise das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken.

Südkorea, zu Beginn mit der zweitstärksten Ausbreitung nach China, implementierte ebenso wie Australien und Neuseeland flächendeckende Tests mit rascher Auswertung. Singapur nutzte sein hocheffektives System zur Seuchenkontrolle und proaktiven Kontaktnachverfolgung. Taiwan, Südkorea, Australien und Neuseeland bieten die größte Transparenz und die geringsten Mobilitätseinschränkungen. Die strengsten Maßnahmen ergriff China mit digitaler Kontrolle, Lockdowns und industrieller Mobilisierung. Von ihrer isolierten Lage profitieren etwa Neuseeland, Australien, Taiwan und die Malediven. Besonders herausfordernd

sind die Landgrenzen zu China für Hongkong, Myanmar und Vietnam. Die Arbeitsmigration beschleunigte die überregionale Corona-Verbreitung, evident in den Massenunterkünften für ausländische Arbeiter in Singapur. Auf den Malediven waren 40% der an Corona Erkrankten Staatsangehörige von Bangladesch.

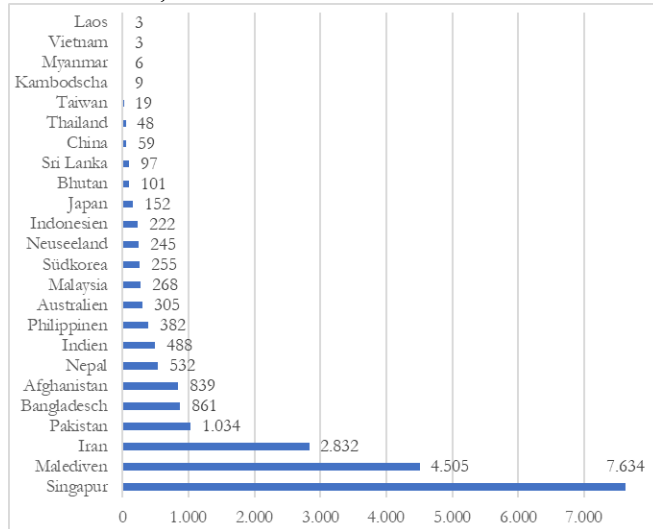
Vietnam trägt vermutlich die geringsten wirtschaftlichen Folgen. Singapur sicherte sich Lieferketten, z.B. mit Neuseeland. Bei der Lockerung der Corona-Einschränkungen stehen beispielsweise in Australien und Neuseeland die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die soziale Distanz im Vordergrund, z.B. durch die Verkleinerung der Arbeitsteams. Beide Länder profitieren zusätzlich von der geringen Bevölkerungsdichte, großem Wohlstand und sozialem Vertrauen in die Politik, Neuseeland außerdem von der stärkeren Zentralisierung. Dies bildete Australien mit der Etablierung eines nationalen Kabinetts zur Erleichterung der politischen Konsensbildung im März 2020 ab. Die Prognosen für Indonesien und die Philippinen sind wegen der mangelnden Vorbereitung, schlechten Gesundheitssysteme und dem Vorrang für politische Überlegungen schlecht. Indonesien verhängte Ende März den nationalen Notstand. Die nationale Katastrophenhilfe unter der Führung eines aktiven Generals erhielt umfassende Befugnisse zur Corona-Bekämpfung. Sie steht in enger Koordination mit der vergleichsweise weniger angesehenen Polizei.



Mortalität (Stand 5.7.2020)

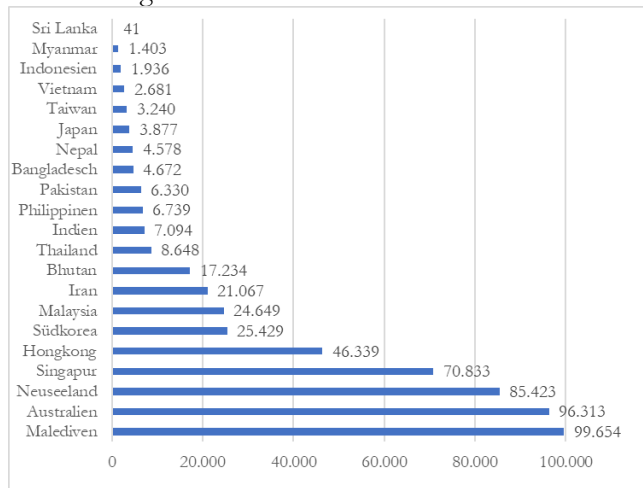
Das individuelle Corona-Krisenmanagement führte zu unterschiedlichen Resultaten, beispielsweise zur höchsten Mortalität in China mit 5,5%, gefolgt von Japan, Indonesien, dem Iran und den Philippinen. In Singapur liegt die Sterblichkeitsrate hingegen bei nur 0,10%.

In Relation zur Bevölkerung gibt es die meisten Infektionsfälle in Singapur und in Südasien, die wenigsten hingegen in Vietnam, Laos, Myanmar, Kambodscha, Taiwan und Thailand.



Infektionsfälle pro 1 Mio. Einwohner (Stand 5.7.2020)

Die Malediven, Australien, Neuseeland, Singapur, Hongkong, Südkorea und Malaysia führen gemäß ihrer Bevölkerungsanzahl die meisten Tests durch.



Kumulierte Tests pro 1 Mio. Einwohner (Stand 5.7.2020)

Differenzen in der Beurteilung

Die drei Phasen des chinesischen Corona-Krisenmanagements unterteilen sich in den anfänglichen Zeitverlust, in rigorose Maßnahmen ab 20.1. und in die Bewertung ab 19.3.2020. China fürchtet langfristige wirtschaftliche und geopolitische Auswirkungen und stellt sich als erfolgreicher, solidarischer Krisenmanager dar. Speziell aus den USA überwiegen hingegen Schuldzuweisungen und Misstrauen. Die schwerwiegendsten Vorwürfe gelten den Laborsicherheitsstandards sowie der Geheimhaltung über die Virusentstehung, das Pandemieausmaß, die Infektionsrate und die Virusart. Australien forderte als erstes eine Untersuchung des Pandemieausbruchs,

gefolgt unter anderem von den USA und der EU. Chinas verspätete Reaktion und die Nichtbeachtung von ärztlichen Warnungen stoßen international auf heftige Kritik. Es bestehen Vermutungen, dass der Ursprung des Coronavirus in einem Forschungsunfall zu finden ist, in riskanten Experimenten oder in einer künstlichen Erschaffung, möglicherweise sogar im Hinblick auf eine Nutzung als Biowaffe. Namhafte internationale Wissenschaftler widerlegten diese Vorwürfe.

In den Mittelpunkt der geopolitischen Macht- und Wirtschaftsinteressen rückte das Institut für Virologie in Wuhan. Seine wissenschaftliche Kooperation mit den USA begann 2001 und konzentrierte sich zunehmend auf die Erforschung von Sars-, Mers- und Coronaviren. Mit mehr als 1.500 Erregerstämmen verfügt das Wuhan Institut über die größte Virusbank Asiens. Die Forschung im eigenen Land an (auch künstlichen) Coronaviren setzten die USA nach Laborunfällen im Juli 2014 aus. Frankreich lieferte 2017 für ein neues, 40 Mio. US-\$ teures Labor die weltweit kaum verfügbare Technologie der höchsten Sicherheitsstufe P4 als Teil seiner kommerziellen Clusterstrategie in Wuhan. Doch die erhoffte wissenschaftliche Kooperation blieb für Frankreich unzufriedenstellend. Seit der Laborbetriebsaufnahme kritisierten die USA angebliche Sicherheitsmängel. Die einzige eingebettete US-amerikanische Expertin für Seuchenkontrolle, Dr. Linda Quick, wurde im Juli 2019 ohne Nachbesetzung in die USA zurückbeordert. Als Grund gilt die unerfüllte Forderung der USA nach einer Kostenübernahme durch China.

Politische und rechtliche Systeme

Das politische System mit seinen strukturellen Charakteristiken sowie die politische Kultur nehmen wesentlich auf das Zusammenspiel der Hauptakteure Einfluss. Häufig stehen die gegensätzlichen Vorzüge der Demokratie bzw. von autoritären Systemen im Fokus der Debatten. So profitiert Chinas Einparteiensystem von der effektiven Ressourcenmobilisierung, das demokratische Taiwan vom freien Informationsfluss. Der whole-of-society Zugang Taiwans bindet die gesamte Gesellschaft aktiv mit ein. Vietnam hingegen kann als Beispiel für ein alternatives Politikmodell bei der Corona-Bekämpfung dienen. Es vereint demokratische Prinzipien mit autoritärer Praxis. Zwar weist Vietnam ähnliche politische Institutionen wie China auf, lässt jedoch einen offeneren Informationsaustausch inklusive Kritik an der Politik zu. Dies mit dem positiven Effekt, trotz der über 1.300 km langen Landgrenze zu China keinen einzigen Corona-Todesfall zu beklagen.

Die doppelte Herausforderung für den chinesischen Präsidenten Xi Jinping ist die Infragestellung seiner

Autorität sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung. Daher verfolgte er eine Abschottungsstrategie und platzierte ab 11.2.2020 Vertraute in politischen Schlüsselpositionen. Für die Zentralregierung können zwei widersprüchliche Lehren aus der Pandemiebekämpfung gezogen werden. Für die Führungsmängel und Fehler liegt die Ursache entweder im autoritären System selbst oder aber paradoxerweise in der Schwäche des autoritären Systems. China wählt von diesen zwei gegensätzlichen Schlussfolgerungen offensichtlich die zweite. Diese befürwortet die weitere Machtzentralisierung und die Vertiefung der politischen Kontrolle über den Staatsapparat und die Zivilgesellschaft zur Effizienzsteigerung.

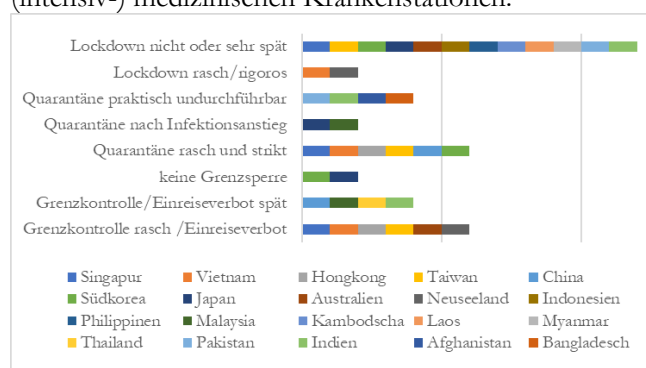
Singapur, Südkorea und Taiwan agieren auf einer klaren Rechtsgrundlage. Japan, Indonesien, Kambodscha, die Philippinen und Thailand, stützten sich auf den Ausnahmezustand. In Neuseeland bestehen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Restriktionen. Gleichzeitig profitiert Neuseeland im Vergleich zu Australien bei der Implementierung von Maßnahmen von seiner stärkeren Zentralisierung. Mit der Etablierung eines nationalen Kabinetts stärkte Australien im März die landesweite Konsensbildung. Japan verfügt über kein zentralisiertes Einsatzsystem. Gesetzesanpassungen erfolgten in China, z.B. bezüglich der medizinischen Genehmigungsverfahren, und in Hongkong hinsichtlich der Zwangsquarantäne. Eine Fatwa bestätigte in Singapur die Scharia-Konformität der Moscheen-Schließungen.

Frühwarnung und rasche Reaktion

Die rasche Aktivierung der Seucheneinsatzzentralen und die Handlungsanleitung für die Regierung auf der Basis bestehender Konzepte war essenziell. Taiwan beispielsweise implementierte 124 spezifische Aktionspunkte, Vietnam einen Fünf-Stufen-Plan, Singapur und Indien einen Farbcode für das Risikomanagement. Taiwan begann bereits Mitte Dezember mit Flughafenkontrollen mit Körpertemperaturmessungen. Dies galt zuerst für Einreisende aus Wuhan, dann aus China und schließlich für alle Herkunftsländer. Hongkong, Singapur und Vietnam folgten. Die ersten Einreiseverbote erließen ab 3.1. Hongkong, Vietnam, Taiwan und Singapur. Nach einer sukzessiven Ausweitung inkludierten die Einreiseverbote bis Mitte März alle Herkunftsländer. Südkorea schloss trotz öffentlichen Drucks seine Grenzen gar nicht. Es setzte nach China, Hongkong, Singapur und Taiwan ab 1.4. schließlich auf die verpflichtende Quarantäne für alle Einreisenden. Die ersten Corona-Infektionen wurden in Thailand am 13.1., in Japan am 16.1., in Taiwan am 21.1. und in Australien am 25.1.2020 entdeckt.

Lockdown als Zeitfenster

Die meisten Länder beschränkten sich auf regionale Mobilitätseinschränkungen nach dem Ausbruch der Pandemie. Vietnam hingegen implementierte aus Vorsicht nach einem begrenzten Lockdown im Großraum Hanoi ab 13.2. einen landesweiten Lockdown ab 1.4.2020. Besonders spät kamen moderate Mobilitätseinschränkungen beispielsweise in Taiwan, Japan, Südkorea und Indonesien. Der Lockdown dient als Zeitfenster für gezielte Maßnahmen. Dazu zählt die landesweite Koordinierung aller Akteure sowie die Etablierung eines standardisierten Systems zur Ausforschung von Verdachtsfällen für die Quarantäne und die Kontaktverfolgung. Hinzu kommt die Erhöhung der Testkapazität, die Schulung des Gesundheitspersonals sowie die Einrichtung von (intensiv-) medizinischen Krankenstationen.



Länderspezifische Schwerpunkte der Corona-Strategien

Gesichtsmasken

Die lokale Herstellung von Gesichtsmasken ist in Ostasien eine Schlüsselkomponente. Chinas tägliche Produktion verzehnfachte sich bis April auf 200 Mio. Stück. Zur Produktionsförderung von Masken, Schutanzügen, Thermometern u. Ä. restrukturierte China Produktionsketten um und sicherte Steuererleichterungen oder staatliche Garantien zu. Taiwan unterstützte die lokalen Maskenhersteller finanziell, personell mit Soldaten, logistisch durch die staatliche Post und materiell durch die Zurverfügungstellung der Rohstoffe. Die Verteilung erfolgte im Rahmen eines namensbasierten und preisgeschützten Rationierungssystems über in Echtzeit zugängliche Online-Plattformen. Die Produktion vervierfachte sich auf 10 Mio. Masken täglich, dennoch war, wie auch in Südkorea, ein temporäres Exportverbot nötig. Singapur verfügt seit Sars über ein Maskenlager.

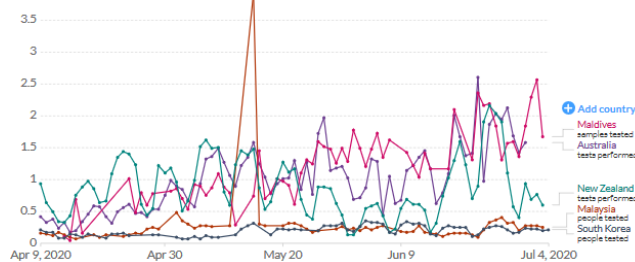
Sozialverhalten

Die soziale Nähe resultiert vor allem aus der gesellschaftlichen Norm mit der Familie als gesellschaftlichem Kernelement und dem Mangel an Wohnraum. Die Einhaltung der gewünschten Verhaltensweisen unterstützt der hohe Gruppendruck, auch mittels öffentlicher Kritik. Dazu kommen überall

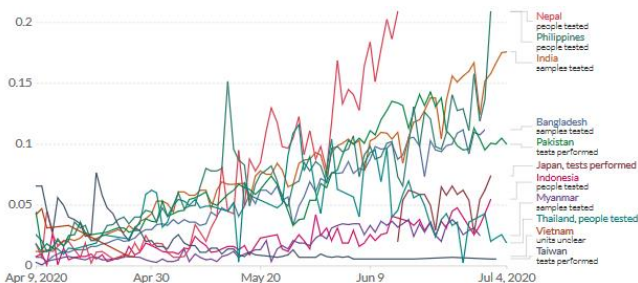
strenge Strafen oder Kampagnen wie etwa in Südkorea. Das Sozialverhalten betrifft unter anderem die soziale Distanz, Gesichtsmasken, Sicherheitsprozeduren in öffentlichen Gebäuden oder die Quarantäne. Besonders gefragt - und häufig ignoriert - war die soziale Eigenverantwortung in Japan, Hongkong, Südkorea und Australien.

Virustests

Die Produktion und Anwendung von Tests ist ein Kernelement der Corona-Bekämpfung. Die meisten Tests in Bezug zur Bevölkerungszahl führten zu Beginn Südkorea, Malaysia ab Ende März, Taiwan und Vietnam durch, die wenigsten Sri Lanka. Die Malediven, Australien und Neuseeland intensivierten ihre Testintensität rasch ab April 2020.



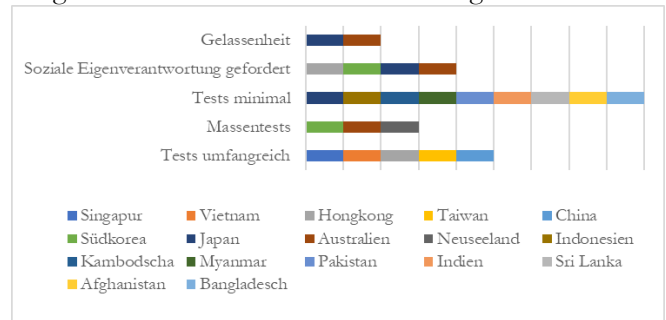
Tägliche Corona-Tests pro 1.000 Einwohner, Länder mit größerer Testanzahl



Tägliche Corona-Tests pro 1.000 Einwohner, Länder mit geringerer Testanzahl

Die Tests erfolgten abhängig von der Verfügbarkeit, den rechtlichen Rahmenbedingungen und in Kombination mit strikten Quarantänerichtlinien. China verfügte anfangs über zu wenige Geräte für die zentrale Testauswertung. Südkorea und Taiwan konzentrierten sich auf die Entwicklung und Herstellung von zuverlässigen Tests mit rascher Auswertung. Manche Länder testeten nur bei Krankheitssymptomen, z.B. Taiwan und Indien, oder extrem wenig, wie Japan. Südkorea hingegen priorisierte freiwillige, niederschwellige Massentests außerhalb der Krankenhäuser. Gering sind die Testkapazitäten z.B. in Indonesien, Myanmar, Thailand und den Philippinen.

China hält Lungenscans für eine zuverlässigere Diagnosemethode als Virus- oder serologische Tests.

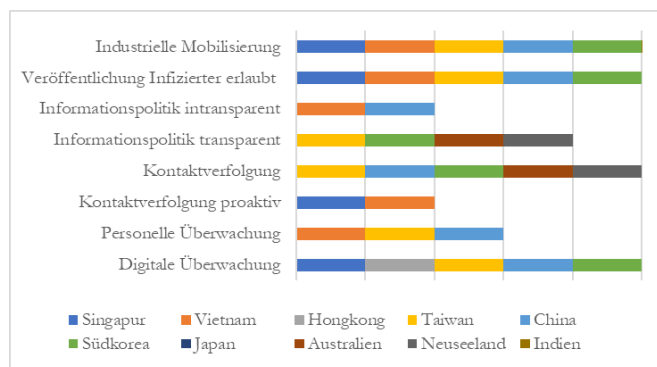


Länderspezifische Schwerpunkte der Corona-Strategien

Die unterschiedlichen Testmodalitäten zeigen sich im Vergleich. Pro 1 Mio. Einwohner weist beispielsweise Vietnam 3,7 bestätigte Infektionsfälle auf, Taiwan 19 und Südkorea 255. Für jeden bestätigten Infektionsfall führte Vietnam 725 Tests durch, Taiwan 171 und Südkorea 100. Die Testanzahl pro 1 Mio. Einwohner liegt in Vietnam bei 2.681 Tests, in Taiwan bei 3.240 Tests, in Südkorea hingegen bei 25.429 Tests.

Digitale Werkzeuge & Überwachung

Die digitalen Werkzeuge haben unterschiedliche Ziele, Funktionen und Endnutzer. Besonders intrusiv sind sie in China und Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. Sie dienen der Informationsvermittlung, Big Data-Analysen wie in Taiwan oder der Richtliniendurchsetzung, z.B. zur Quarantäneüberwachung oder Lokalisierung. Die Endnutzer sind Einzelpersonen, Behörden, Spitäler, Plattformen oder Telekomunternehmen. Die drei Hauptzwecke sind das digital tracing zur Identifizierung der Viruskette, das digital tracking zur Echtzeit-Überwachung der Quarantäne und das Mapping zur Darstellung der Infektionsherde als Karte. Während der Quarantäne müssen zum Beispiel in Taiwan und Singapur drei Mal täglich Körpertemperatur und Krankheitssymptome gemeldet werden, die Aufenthaltskontrolle erfolgt über die Handy-Standortdaten. Big Data-Analysen ermöglichen anhand eines präzisen Lagebildes die Erhöhung der Effektivität und der Zielgenauigkeit der politischen Maßnahmen sowie die Vorhersage von Trends. In Taiwan werden die Handydaten mit Namen, Telefonnummer und Standort mit den Krankenversicherungs- und Reisedaten verknüpft, in China mit der Gesichtserkennung. Die Triangulierung der räumlichen Nähe zu potentiell infizierten Personen wird z.B. in Singapur (durch die App TraceTogether), Indien (durch die App Aarogya Setu), Südkorea und Taiwan genutzt. Zu den digitalen kommen die personellen Überwachungsmethoden, etwa durch Behörden, Militär und die Nachbarschaftswachen in China und Taiwan bzw. die Nachbarschaftswachen in Vietnam.



Länderspezifische Schwerpunkte der Corona-Strategien

Informationspolitik & Transparenz

Die Seuchenkontrollzentren aller Länder unterhalten Webseiten mit Informationen zum Virus, zum optimalen Verhalten oder zur Pandemieentwicklung. In Taiwan umfasst die effektive und proaktive Informationspolitik die digitalen und die Massenmedien. Falschmeldungen werden vor allem in Ostasien, Vietnam und Singapur rasch widerlegt und streng bestraft. Das Ausmaß und die Absurdität der Fake News sind in Indien am größten. Die völlige Transparenz soll in Südkorea Sicherheit geben. Doch obwohl die online mit Alter, Adresse und Gesundheitszustand bekannten Corona-Fälle anonymisiert sind, können die Personen leicht identifiziert werden. Vietnam veröffentlicht die Identität der Infizierten, darunter hochrangige Politiker. In Japan ist der Datenschutz am höchsten. In China legte die verzögerte Reaktion auf den Pandemieausbruch die strukturellen Mängel der Administration offen, speziell den ineffektiven Informationsfluss zwischen den Lokalverwaltungen und der Zentralregierung. Die Intransparenz in China betrifft z.B. die politischen Entscheidungen und die Unzuverlässigkeit der Statistiken, speziell die Untererfassung der Corona-Fälle oder die spätere Änderung der Berechnungsgrundlage. Werden Fehlentwicklungen öffentlich, erfolgen konkrete Schuldzuweisungen an nachgeordnete Parteimitglieder.

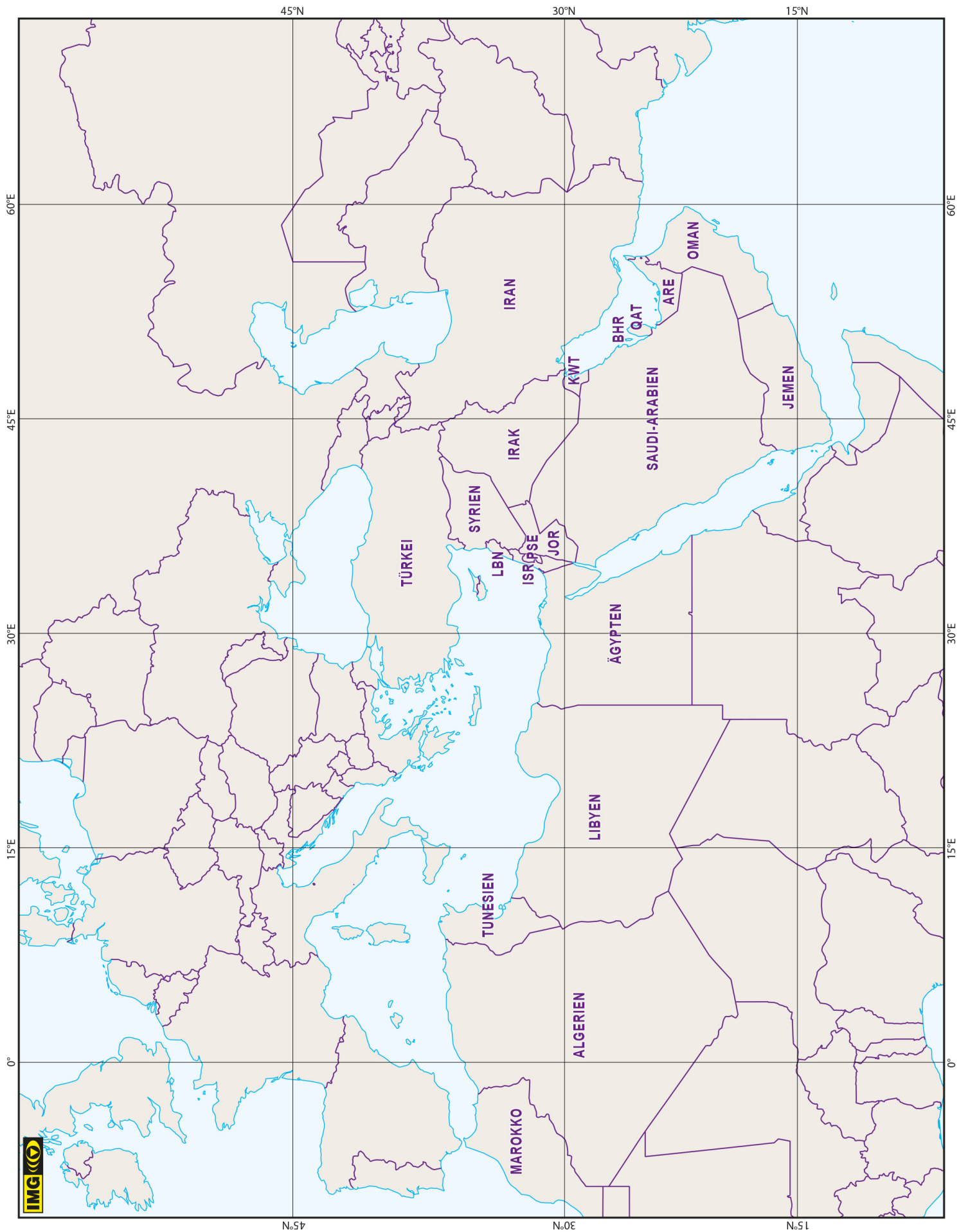
Militärunterstützung gegen Corona

Immer öfter werden in Asien bei nicht-traditionellen Sicherheitsproblemen die Streitkräfte eingesetzt. Bisher unter anderem bei der Katastrophenhilfe und aktuell im Kampf gegen Corona, wie beispielsweise in China,

Indien, Indonesien, Malaysia, Myanmar, den Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand oder Vietnam. Den zivilen Akteuren mangelt es zumeist an Ressourcen und Kapazitäten, um den Bedürfnissen der Bevölkerung rasch, mobil, flexibel und in großem Maßstab nachzukommen. Daher unterstützen die Streitkräfte das Krisenmanagement, das Gesundheitswesen, die humanitäre Hilfe, den Gesetzesvollzug oder die Forschung. Im Bereich der Logistik stellen sie Schwerfahrzeuge, Luft- und Seetransporte zur Verfügung, inklusive kompetentem Betrieb und Wartung. Das Militär hilft bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Speziell in dicht bevölkerten Regionen und bei mangelnder Polizeikapazität sollen die Streitkräfte Ausschreitungen und Gelegenheitsverbrechen, wie z.B. Plünderungen, verhindern sowie Ausgangssperren oder Reiseeinschränkungen durchsetzen, beispielsweise in Indien. In Indonesien stieg die Kriminalitätsrate um 12%, hauptsächlich bei Raub und Diebstahl.

Vorteilhaft sind die effiziente militärische Organisation und Führungsstruktur, die auch eine (Neu-) Formung von operativen Einheiten ermöglicht. Die Streitkräfte sind autark und helfen mit Personal, technischen und anderen Dienstleistungen, Know-How, Gerät und Infrastruktur. In Südkorea und Myanmar beispielsweise desinfiziert die ABC-Abwehr die Straßen, in China helfen hauptsächlich Militärärzte. Singapur setzt seine Soldaten im Rahmen der vollumfänglichen Sicherheitspolitik der „Total Defence“ zur psychologischen Abwehr ein und öffnete die Militärunterkünfte für die von Corona heftig betroffenen Arbeitsmigranten. Vietnam nutzt mobile Krankenhäuser. Die Indian Air Force brachte Inder und andere Staatsangehörige unter anderem aus China und dem Iran nach Hause. In Taiwan und Südkorea unterstützen Soldaten die medizinische Produktion, z.B. von Masken. Als nachteilig gilt die Sichtbarkeit des Militärs, das vor allem als Machtprojektion der Regierung wahrgenommen wird oder aber als Militarisierung der Seuchebekämpfung.

Barbara Farkas



Middle East & North Africa (MENA)

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens

Zur strategischen Ausgangslage

In einem seiner selten gewährten Interviews zu aktuellen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten meinte der frühere israelische Direktor des Mossad, Meir Dagan, einmal sinngemäß, dass sich Entwicklungen in der Region „nicht einmal auf fünfzehn Minuten vorhersagen“ lassen könnten. In der Tat ist diese Vorhersagbarkeit von Ereignissen, die grundsätzliche Analyse der Region im Lichte der volatilen globalen Umfeldbedingungen und die darauf abgestimmte Szenarienentwicklung schwieriger – die Briten würden es „sportlicher“ bezeichnen – geworden. Als Ausgangspunkt dieses Beitrages sei es gestattet, den Zeitpunkt des 28. Jänner 2020 heranzuziehen, jenen Tag, an welchem Italien seinen ersten COVID-19 (CoV-19) Fall verzeichnete. In Berlin ging zehn Tage zuvor die Libyen-Konferenz über die Bühne, welche laut internationalen Beobachtern und den offiziellen Presse-Statements einen Durchbruch beim Verhandlungskapitel zu einem Waffenstillstand und damit die Schaffung der wesentlichen Voraussetzung zur Beendigung der ausländischen Einflussnahme auf den Krisenherd erzielte. Zu diesem Zeitpunkt stellte sich die Ausgangslage im Nahen Osten simplifiziert folgendermaßen dar:

Sowohl der nordafrikanische Kontinent, die Staaten der Levante als auch die Staaten der Arabischen Halbinsel waren und sind von Identitätskonflikten, Ressourcenkonflikten sowie dem Kampf um Wasser geprägt. Diese grundsätzliche Fragmentierung der Ordnung führt zu einem Auftreten vielfältiger Faktoren, welchen die jeweiligen Regierungen teils nur ungenügend begegnen. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, im Nahen Osten vor allem auf transnational agierende Terrorgruppen (Islamischer Staat, Palästinensischer Islamischer Jihad, Al-Qaeda, etc.) fokussiert, wird auch mittelfristig in einem Umfeld geführt werden, das von dysfunktionalen Gesellschaftsverträgen, einer Politisierung der religiösen Strömungen im Islam, sowie dem Ringen um Rohstoffe geprägt bleibt.

Die Region sieht sich darüber hinaus mit den wachsenden Ansprüchen einer zunehmend jungen Bevölkerung an Bildung und Arbeitsmarkt konfrontiert, welche die politischen Eliten nur mit bedingt nachhaltigen sozialpolitischen Konzepten bedienen. Es sollte dabei erwähnt werden, dass allein Ägypten jährlich um 1,8 Mio. Menschen wächst. Dieser jährliche Zuwachs „um die Stadt Wien“ führt dazu, dass bei knapp über 100 Mio. Bürgerinnen und Bürgern das Durchschnittsalter der Bevölkerung bei aktuellen 23,8 Jahren [AUT 43,8] liegt.) „Ich kann nicht atmen!“, die letzten Worte des US-Amerikaners Floyd kurz vor seinem Tode im Zuge seiner polizeilichen Festnahme, welche im Juni 2020 zu

landesweiten Protesten in den USA und zu internationalen Solidaritätskundgebungen führte, wird in der arabischen Welt in den sozialen Medien zunehmend als möglicher neuer Revolutionsslogan gehandelt. Die wirtschaftliche Ausrichtung der meisten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bleibt überwiegend rohstofforientiert und wächst nicht mit den sozialen Erfordernissen mit. Innere Konflikte, Aufstände und Proteste führen zu verschiedenen Migrations- und Fluchtphänomenen. Die Golfstaaten sind darüber hinaus mit einer wirtschaftlichen Schwächung durch den Ölpreisverfall konfrontiert. Die Umorientierung der nationalen Arbeitsmärkte (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Katar, Kuwait) hin zur Rekrutierung heimischer Kräfte anstelle von ausländischen Arbeitskräften, trotz deren mehrheitlich ungenügenden Qualifikationen, sowie die weitere Schwächung der Arbeitsmärkte nach CoV-19 stellen zusätzliche Einschränkungen dar. Allein das Golfemirat Katar internierte zu Beginn der CoV-19 Krise mehr als 2 Mio. ausländische Arbeitskräfte, Saudi-Arabien schob in den Monaten März und April 2020 rund 300.000 Afrikaner in ihre Heimatstaaten ab.

Als die generellen Entwicklungslinien lassen sich für Nordafrika Migration, Bevölkerungswachstum und eine allgemeine sozio-ökonomische Schieflage festhalten. Was den Golfraum betrifft, so ist dieser vom Klimawandel, den Auseinandersetzungen mit der Islamischen Republik Iran und bestimmten geopolitischen Verwerfungen geprägt, wobei beispielhaft die vor mehr als einem halben Jahrzehnt initialisierte Hinwendung der USA zu ihrem neuen „Hauptgegner“ China, aber auch eine neue Rolle Russlands und Chinas in der Region anzuführen sind. Generell gilt anzumerken, dass traditionelle Schablonen der politischen und wirtschaftlichen Analyse von Interessenslagen der Globalmächte und der Regionalmächte im Umgang mit dem Nahen Osten aufweichen und in den Hintergrund treten. Wechselnde Allianzen auf lokaler und regionaler Ebene prägen stattdessen das Bild. Der NATO-Staat Türkei agiert in der Syrienpolitik beispielsweise temporär auf Seiten Russlands, in der Libyen-Politik gegen Russland, in der Regionalpolitik teilweise pro- und antiiranisch und im Umgang mit den Gasfeldern im östlichen Mittelmeer anti-europäisch. Ein „wir versus die“ lässt sich daher nicht mehr aufrechterhalten und weicht dem arabischen Grundsatz, wonach der „Feind meines Feindes mein Freund sei.“

Dies lässt zu den Staaten der Levante überleiten, wo neben den fortdauernden Krisen in Syrien und im Irak auch die israelisch-palästinensische Frage ungeklärt bleibt und mit der geplanten vollständigen israelischen Annexion der Westbank das Potenzial für eine regionale Eskalation in sich birgt. Einleitend sind hier auch einzelne Aspekte der CoV-19 Krise zu thematisieren. In der

Levante sind die Auswirkungen breiter als in den Golfstaaten und teilweise in Nordafrika und betreffen neben den Flüchtlingen aus den palästinensischen Autonomiegebieten, Syrien und des Irak in ihren prekären (sanitären) Verhältnissen auch die kleinteilige Wirtschaft und den Sektor der Tagelöhner der eigenen Länder, welche durch die zeitweise zu Beginn verfügbaren Ausgangsbeschränkungen mit einem vollständigen Verdienstaustausch konfrontiert sind. In der Westbank und im Gaza-Streifen hätte ein nachhaltiger und breiterer Ausbruch von CoV-19 jedoch schwerwiegendere Folgen und Auswirkungen, inklusive der Sicherheitslage. Eine Verschärfung der allgemeinen Lage im israelisch-palästinensischen Konflikt ist bei Zunahme der Fallzahlen in den Palästinensergebieten und einer – wie erwähnt – weiteren (wenn auch nur symbolischen) Annexion der Westbank durch israelische Streit- und Sicherheitskräfte zu erwarten.

In Syrien wird es in den umkämpften Gebieten, den Flüchtlingslagern und im türkisch-syrischen Grenzgebiet nicht so sehr zu unmittelbaren, sondern vor allem zu mittelbaren massiven Auswirkungen durch die CoV-19 Problematik auf die Bevölkerung kommen. Mit Konzentration der Sicherheitskräfte auf zivile medizinische Einrichtungen und der damit verbundenen Fokussierung der staatlichen Ordnung auf die Ballungszentren ist eine Bewegungsfreiheit für jihadistische und transnational agierende Terrorgruppen in den Landesteilen erneut gegeben. Dieses Lagebild bezieht auch verschiedene schiitische Milizen mit ein, welche sich in den Jahren des Syrienkonfliktes als effizientes Instrument des Iran zur Durchsetzung seiner Interessen in der Region entwickelt haben. Während die Krise im Libanon zu einem weitestgehenden Rückzug militärischer Kräfte der libanesischen Hisbollah führten, sind Aktivitäten irakischer schiitischer Milizen auf syrischem Territorium evident. Dies wird unter anderem konfliktverschärfend wirken, weil die militärische Auseinandersetzung sich in der Konfliktkonstellation erneut um die sunnitisch-schiitische Komponente erweitert. Das Ausbleiben starker CoV-19 Fallzahlen ist dem Umstand geschuldet, dass keine Testverfahrensdichte analog zu Europa und zu den Industriestaaten Ostasiens vorherrscht, die mittelbaren Auswirkungen jedoch von diesem Umstand entkoppelt zu erkennen sind.

Von den Entwicklungen in Syrien ist auch Jordanien betroffen. Das haschemitische Königreich versuchte in den letzten Jahren religionsbezogene Konflikte weitestgehend fern zu halten. Es unternahm auch große Anstrengungen in der Bekämpfung jihadistischer Strukturen sowie in der Eindämmung des

Schmugglerwesens im syrisch-jordanischen, aber auch im irakisch-jordanischen Grenzgebiet. Jordaniens anhaltend wirtschaftliche Schwäche, die Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen und seine räumliche Nähe zu den Konflikten geben insgesamt zu einem negativen Ausblick Anlass, welcher zunehmend im sicherheitspolitischen Ansatz der Internationalen Gemeinschaft in die Region zu berücksichtigen sein wird. Hierbei gilt es weiters festzuhalten, dass die innenpolitische Situation nur vordergründig stabil ist. Das haschemitische Königshaus unter König Abdullah II. ist bei den Stammesführern der südlichen Stämme aufgrund unpopulärer Entscheidungen der letzten Jahre und dem staatlichen Unvermögen, die wirtschaftliche Situation im Land zu verbessern, nicht mehr so robust verankert wie dies unter dem früheren König Hussein I der Fall gewesen war. Dies ist auch der (wirtschaftlich notwendigen) Kooperation mit dem Staat Israel geschuldet, einem Nachbarn, der aufgrund seiner konfrontativeren Palästinenserpolitik zum Westjordanland auf der „jordanischen Straße“ wenig Popularität und Verständnis genießt. Das extern als pro-westlich attribuierte Königshaus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Jordanien der Grad der Radikalisierung und die Hinwendung breiter Teile der Bevölkerung zu radikalen Ideen und Denkmodellen zu einem insgesamt traditionelleren Weltbild auf den Grundlagen einer strengerer Auslegung des Islams geführt hat. Diese Entwicklung wird im Falle einer israelischen Annexion des Westjordanlandes zunehmen und birgt ebenso innenpolitisches Eskalationspotenzial mit möglichen Protesten und einer daraus ableitbaren nachhaltigen Destabilisierung des Landes.

Was schlussendlich Israel betrifft, so stabilisiert sich vordergründig die politische Lage. Nach mehr als 500 Tagen und drei Wahlgängen wurde der langjährige Ministerpräsident Benjamin Netanyahu Mitte Mai 2020 erneut in dieser Funktion vereidigt. Er koalierte mit seinem stärksten Konkurrenten Benny Gantz, dem die Übernahme des Ministerpräsidentenamtes nach Ablauf von 18 Monaten innerhalb der Legislaturperiode im Zuge der Verhandlungen zugesagt worden war. Ob Netanyahu diesen „geplanten fliegenden Wechsel“ Ende 2021 vollziehen wird, bleibt ebenso abzuwarten, wie die Frage nach der dann vorherrschenden politischen Lage und der damit verbundenen Notwendigkeit. Netanyahu konnte relativ geschickt die CoV-19 Krise auf die politische Ebene transponieren und sich dadurch besser auf den seine Person betreffenden bevorstehenden Korruptionsprozess vorbereiten und das politische Umfeld dementsprechend präparieren. Einen Immunitätsantrag hat er Anfang Jänner 2020 dennoch zurückgezogen und einen ebensolchen aktuell auch nicht erneut eingebracht. Er kalkuliert letztendlich bei Fortdauer der CoV-19 Krise und ihren wirtschaftlichen Folgen mit einer Popularitätssteigerung. Eine

Weiterführung der restriktiven Palästinenserpolitik wurde zwar angekündigt, jedoch wäre die damit verbundene Vollziehung des Einmarsches und der „Annexion“ des Westjordanlandes mit einem auf internationaler Ebene sehr hohen politischen Preis verbunden. Darüber hinaus sind die Auswirkungen dieser militärischen Initiativen in Abhängigkeit zur Positionierung der Administration Trump zu kalkulieren, welche zunehmend von einer offensiven Unterstützung Israels in der Palästinenserfrage (dezent) abrückt. Dies erscheint insofern bemerkenswert, weil die Neuordnung des Rechtsstatus des Westjordanlandes im Westbank-Kapitel ein wesentlicher Teil des Nahost-Friedensplanes der Administration Trump und seines damit konzeptiv beauftragten Beraters Jared Kushner darstellt. Der Friedensplan berührt nämlich die heikle Frage, wie denn der völkerrechtliche Status des Westjordanlandes eigentlich zu definieren sei. Aus israelischer Sicht handelte es sich beim Westjordanland um kein souveränes Staatsgebiet, ein aus europäischer Sicht mit der Begrifflichkeit der „Annexion“ bezeichnetes Vorgehen stellt sich aus israelischer Sicht und auch in Interpretation des Kushner-Planes lediglich als „Ausweitung der eigenen Souveränität“ dar. Diese Auffassungsunterschiede werden auch zukünftig das diplomatische Verhältnis zwischen Israel und der internationalen Gemeinschaft beeinflussen und haben ab Juli 2020, dem derzeit geplantem Umsetzungsdatum, Potenzial zur Eskalation. Die erneute politische Konsolidierung Netanyahus lässt jedenfalls ein härteres Vorgehen in der Palästinenserfrage erwarten.



Ministerpräsident Benjamin Netanyahu

Libyen; Die Fortsetzung der Berlin Konferenz mit anderen Mitteln

Libyen ist Teil der „Gegenküste“ zu den Staaten der EU und damit von besonderer Relevanz. Die Staaten Nordafrikas sind generell in einem nicht abgeschlossenen

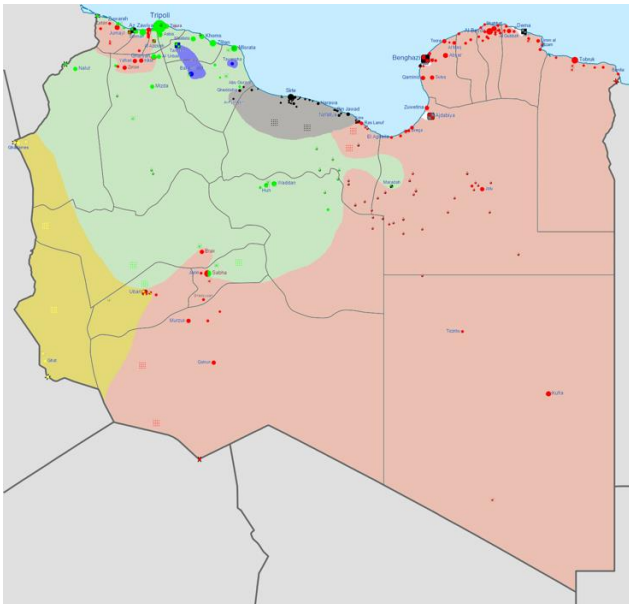
„Post-Arabischer-Frühling-Prozess“ verhaftet. Ausbleibende ökonomische Stabilisierung, anhaltende terroristische Aktivitäten, die ungewollte Rolle als Transitraum für Migration und Fluchtbewegungen sowie ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum machen sie besonders anfällig für sozio-ökonomisch basierte Krisen und Konflikte. Die bereits angeführten fehlenden Perspektiven, insbesondere der Jugend, können weitere Aufstände auslösen, migrationstreibend wirken (Nordafrika ist nicht nur Transit- sondern auch Ursprungsregion von Migration) und die Rekrutierung radikaler Gruppen begünstigen. Autoritär agierende Herrschaftssysteme begünstigen zudem ganz generell die politische Unzufriedenheit in den Staaten Nordafrikas. In Libyen bildeten sich nach Beginn des Bürgerkriegs 2011 zwei politisch-militärische Einflusszonen heraus, die von verschiedenen ausländischen Mächten unterstützt werden und auch Teile der Europäischen Union in (mehr oder weniger) zwei Unterstützungslager spaltet. Der Osten, unter Kontrolle des Militärmachthabers Khalifa Haftar, befindet sich weiterhin in bewaffneter Opposition zur eingesetzten Übergangsregierung unter Fayiz Al-Sarraj. Dieser amtiert in Tripolis und kann mit wechselndem Erfolg die Kontrolle über den westlibyschen Raum ausüben. Nach mehreren brüchigen Waffenstillstandsvereinbarungen bemühte sich der VN-Sondergesandte Ghassem Sallamé im Rahmen der im Februar 2020 initialisierten Genf-Gespräche (5+5 Militärkommission) um eine nachhaltige Friedenslösung. Mit der in Berlin abgehaltenen Konferenz unter Ägide der deutschen Bundeskanzlerin und des VN-Generalsekretärs sowie den danach erfolgten Initiativen bei der Münchner Sicherheitskonferenz rückte Libyen abseits der Migrationsthematik erneut in den Fokus internationaler Bemühungen.

Eine kurzfristige Deeskalation der Lage und eine Stabilisierung des Konfliktes bleiben zwar wenig wahrscheinlich, die jüngsten militärischen und politischen Entwicklungen lassen jedoch den Libyenkonflikt erneut in den Fokus des Interesses der EU und der internationalen Gemeinschaft rücken.

Seit Anfang Juni 2020 dynamisiert sich das Konfliktgeschehen nicht zuletzt aufgrund gesteigerter Krisendiplomatie zwischen Ankara, Berlin und Moskau. Die grundsätzliche militärische Ausgangslage ist dabei mehr oder weniger gleichgeblieben. Die u.a. von der EU anerkannte Übergangsregierung unter Übergangspräsident Al-Sarraj kontrolliert zwar militärisch weiterhin nur rund 20% des Landes sowie die Hauptstadt selbst, die Truppen Khalifa Haftars, welche rund 80 % des Landes unter ihrer Kontrolle halten, darunter die ölreichen Regionen in der Cyrenaica und Teile des Fezzan, mussten jedoch Rückschläge hinnehmen. Obwohl die militärischen Initiativen zuvor überwiegend von Haftar ausgingen, konnten durch ihn nicht die militärischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Al-Sarraj in

Tripolis festzusetzen. Aufgrund des Aufbrechens der politischen Pattstellung auf internationaler Ebene entwickelte sich eben jene neue Dynamik, welche zum Rückzug russischer paramilitärischer Kräfte führte und damit die Position Haftars nachhaltig schwächte. Diese dem Rückzug vorausgehenden Verhandlungen waren immer drängender geworden nachdem einzelne Initiativen ausgewählter Staaten die einzelnen Akteure mit Teils divergierenden Zielsetzungen adressierten und es seit dem Februar 2019 zu keinen nachhaltigen politischen Veränderungen trotz zunehmenden humanitären und sozio-ökonomischen Problemstellungen kam. Vor allem die Initiativen der Türkei dynamisierten zuletzt jedoch das politische Geschehen.

Mit begleitender parlamentarischer Entschließung im Jänner 2020 entschied Ankara Einheiten der türkischen Streitkräfte auf „Einladung der Übergangsregierung Al-Sarraji“ nach Libyen zu entsenden. Ihre Hauptaufgabe soll, laut Weisung aus Ankara, in der Linderung der humanitären Krise und in einer flankierenden Stabilisierung der Sicherheitslage im Sinne der Bemühungen der Übergangsregierung liegen. Dem türkischen militärischen Engagement ging bereits damals ein mit Russland akkordierter Aufruf zum Waffenstillstand voraus, welcher auch als ein Teil des diplomatischen Austausches zwischen Ankara und Moskau gesehen werden kann. Die jüngsten militärischen Entwicklungen brachten Haftar in die Defensive. Er ließ am 08. Juni 2020 ein Angebot zum Waffenstillstand und zur Aufnahme von Verhandlungen verlautbaren.



Lage in Libyen: Grün: GNA, Rot: LNA, Gelb: Touarek-Gebiet

Eskalation 2019

Das verstärkte Engagement der internationalen Gemeinschaft war bereits 2019 im Zuge der letzten großen Eskalation der Lage notwendig geworden. Anfang Februar 2019 besetzte die Libysche Nationale Armee

(LNA) Khalifa Haftars in einer Großoffensive durch den libyschen Zentralraum die wirtschaftlich-relevanten Ölfelder rund 1.000 km südlich von Tripolis. Acht Wochen später gab Haftar öffentlich die unmittelbar bevorstehende Offensive auf die Hauptstadt Tripolis bekannt. Nach einer kampflosen Räumung taktisch vorgeschobener Verteidigungsstellungen seitens der Streitkräfte der Nationalen Übergangsregierung (GNA) unter Al-Sarraji bezog die LNA 27 km südlich der Hauptstadt ihre Verfügungsräume. Dem Angriff selbst ging eine massive logistische Unterstützung seitens eines Logistikdienstleisters aus den Vereinigten Arabischen Emiraten voraus. So wurden die Voraussetzungen für den breiten Ansatz der LNA-Kräfte geschaffen, welcher am 07. April 2019 erfolgte. Die ursprünglichen Planungen sahen eine quasi „handstreichartige“ Übernahme der Hauptstadt vor, welche die militärischen Voraussetzungen hätte schaffen sollen, der Übergangsregierung Al-Sarraji die realpolitische Machtausübung und damit ihre Legitimität zu nehmen. Ab dem 19. Mai eskalierte die Lage dergestalt, dass Milizen unklarer Zuordnung auf beiden Seiten für jeweilige Partikularinteressen in das Gefechtsgeschehen eintraten. Die militärische Eskalation führte vom 19. - 21. Mai zur Unterbrechung der Wasserversorgung im Großraum Tripolis und zu einer Befassung des VN-Sicherheitsrates mit den möglichen Auswirkungen der drohenden humanitären Katastrophe und Strategien zu ihrer Vermeidung.

Massive Kämpfe mit großen Auswirkungen auf die humanitäre und sozio-ökonomische Gesamtlage hielten bis zum 28. Mai 2019 an. Bodengestützte Kampfhandlungen wurden dabei durch massive Einsätze von Drohnen und Kampfflugzeugen begleitet und erhöhten überproportional die Verluste auf beiden Seiten. Wesentliches Element der Konfliktkonstellation liegt daher in den internationalen Unterstützungsleistungen für die jeweiligen Akteure. Während die GNA auf die Unterstützung der USA und der Türkei zählen kann, wird die LNA von Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland unterstützt. Die seitens der Europäischen Union von Beginn an artikulierte Unterstützung für die Übergangsregierung unter Al-Sarraji wird von der Uneinigkeit der beiden wichtigen Mittelmeeranrainerstaaten Italien und Frankreich geschwächt. Trotz der offiziellen Anerkennung der GNA durch die EU zählt Italien bilateral als Unterstützer Al-Sarajis, während Frankreich für Haftar Partei ergreift.

Der Berliner Prozess

Aspekte zur Migrationsdebatte

In Fragen der Migration, des Waffen- und Menschen schmuggels, sowie Aspekten des transnationalen Terrorismus nimmt Libyen eine herausragende Stellung ein. Nach Schätzungen des VN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen liegt die Zahl der Migrationswilligen aus dem zentralafrikanischen

Raum in Libyen bei ca. 800.000 Personen. Die aktuelle Todesrate in der Sahara – Zone soll dabei internationalen Schätzungen zur Folge doppelt so hoch wie bei der Mittelmeer-Überfahrt sein. Der Kulminationspunkt der Schlepperroute liegt in der Stadt Bani Walid; 120 km südlich von Tripolis dient sie als Migrantenumschlagplatz und stellt damit die Infrastruktur zur Haupteinnahmequelle für den ansässigen ehemaligen „Pro-Gadhafi“-Stamm der Warfalla.

Migranten aus dem zentralafrikanischen Raum werden durch Berber- und Araberstämme gesellschaftlich geächtet. Diese Migranten werden festgesetzt, Angehörige in den Heimatstaaten zu Geldzahlungen erpresst und der Aufenthalt damit „lukrativer“ gestaltet. Aufgrund mehrerer Abkommen der EU mit der Übergangsregierung Al-Sarraj wurden durch die Küstenwache beispielsweise im Jahr 2019 insgesamt rund 9.000 Personen in den Hoheitsgewässern aufgebracht und an die Küste rückgeführt.

Diese Aspekte wurden u.a. bei der 56. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020 angesprochen. Dabei konkretisierte der Europäische Auswärtige Dienst seine Unterstützungsabsichten für sechs Teilkapitel auf Grundlage der Beschlüsse des Berliner Prozesses. Konkret erfolgten seitens des HR/VP Borell bilaterale Gespräche mit den Außenministern Kuwaits, Saudi-Arabiens, Omans, Iraks, Russlands, Chinas und der Türkei. Kernpunkte der Bemühungen waren auch hier die Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage in Libyen (strukturierter Ölexport), die Eindämmung der ausländischen Einflussnahme und eine Entwicklung von Lösungsansätzen zu den drängenden technischen Fragen zur Migrationsprävention.

Der Ansatz Sallamés

Neun Jahre nach Beginn des Bürgerkrieges in Libyen sowie ein Jahr nach einem erneuten Aufflammen der Kämpfe zwischen den beiden daraus resultierenden Hauptfraktionen wurde auf Drängen Deutschlands am 19. Jänner 2020 die erwähnte Libyen – Konferenz in Berlin abgehalten. Nach zuvor gesetzten politischen Initiativen seitens Italiens und Frankreichs stellte die Konferenz der Deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres den insgesamt dritten und erstmals breiteren internationalen diplomatischen Versuch zur dauerhaften Friedensschaffung in jüngster Zeit dar. Der Einladung Deutschlands folgten neben hochrangigen Vertretern auch der russische Präsident Vladimir Putin sowie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, weiters waren der britische Premierminister Boris Johnson und US-Außenminister Mike Pompeo anwesend. Insgesamt waren die Vertreter von zwölf Staaten sowie Delegationen der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga zur Konferenz geladen.

Die unter dem Titel „Berliner Prozess“ veröffentlichten Schlussfolgerungen umfassen insgesamt 55 Artikel. Diese werden einzeln unter den Verhandlungskapiteln „Waffenstillstand“, „Waffenembargo“, „Rückkehr zum politischen Prozess“, „Sicherheitssektorreform“, „Wirtschafts- und Finanzreformen“ und „Achtung des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte“ angeführt. Trotz des Fernbleibens der beiden Hauptakteure Al-Sarraj und Haftar, hätte der „Berliner Prozess“ den Grundstein für die Weiterentwicklung eines Fahrplanes zur politischen Lösung legen sollen. Die Initiative selbst setzte ursprünglich der damals amtierende VN-Sondergesandte für Libyen, Ghassem Sallamé. Für ihn war die ausländische Einflussnahme im Libyenkonflikt das zentrale Element der Problemstellung, welches es auch aktuell noch ist.

Militärkomitee und Friedensplan

Ein wesentlicher Aspekt des „Berliner Prozesses“ war die Schaffung einer „5 + 5 Militärkommission“. In diesem Gremium hätten jeweils fünf militärische Vertreter der beiden großen Konfliktparteien unter der Leitung des VN-Sondergesandten in Genf einen „Fahrplan zum dauerhaften Waffenstillstand“ als einen Ausgangspfad für den daran anzuknüpfenden politischen Prozess verhandeln sollen.

Die Beibehaltung des zuvor informell verhandelten Waffenstillstandes war ebenso ein zentrales Element der Bemühungen wie die Unterbindung des Zuflusses von Waffen in das Bürgerkriegsland, welche analog dazu als notwendige und vorrangige Maßnahme gesehen wurde. Monatliche Folgetreffen auf unterschiedlichen politischen Ebenen sollten konkrete Zwischenergebnisse bringen und die Ergebnisse hätten danach in einen neu zu bildenden „Internationalen Ausschuss für Folgemaßnahmen“ fließen sollen.

Im sozio-ökonomischen Bereich nahm die Abschlusserklärung des „Berliner Prozesses“ auf die beiden VN-SR Resolutionen 2259 (2015), sowie 2441 (2018) Bezug. Darin wird die staatlich-libysche Ölgesellschaft NOC als „einziges rechtmäßiges Handelsunternehmen“ für libysches Rohöl genannt. Dies zielte natürlich auf „unrechtmäßige“ Ölexporte durch die einzelnen Konfliktparteien ab, welche als relevante Einnahmequelle ebenso zur Fortdauer des Konfliktes beitrugen und noch beitragen.

Im Bereich der ausländischen Einflussnahme und dem Zufluss von Waffen, Munition und sonstigen Rüstungsgütern knüpfen die Beschlüsse des „Berliner Prozesses“ an die VN-SR Resolution 1970 (2011) an. Entgegen früherer Verstöße artikulierten die involvierten Akteure, diese nun auch einhalten zu wollen. Die positive internationale Erwartungshaltung wurde jedoch dadurch getrübt, dass eine „Sachverständigengruppe“ auf Ebene VN dies bereits seit Beginn des Bürgerkrieges nach dem Sturz Gaddafis im Jahr 2011 [VN-SR Resolution 1973

(2011)] eingemahnt hatte. Trotzdem kam und kommt es immer wieder zu Verstößen und zu einer Fortsetzung der Einflussnahme.

Die EU sieht sich ebenso grundsätzlich nicht in der Lage, das VN-Waffenembargo in Libyen durchzusetzen. Mit dem Auslaufen der Operation SOPHIA und der Implementierung der Operation IRINI bleibt die Frage der küstennahen Mittelmeerkontrolle weiterhin in Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Der Zulauf an Rüstungsgütern erfolgt jedoch überwiegend auf dem Luftweg, zu einem geringen Prozentsatz auch auf dem Landweg - vor allem über Ägypten - und wird daher durch eine Mittelmeermission nicht lückenlos erfasst. Neben diesem zentralen Problem der Unterbindung der Proliferation war es auch die vermeintlich unklare Trennung in der Zielsetzung Migration und allgemeiner Befriedung des Landes. Malta verzögerte daher die Implementierung der Mission, verwies auf die Rolle der Türkei im seegestützten Zulauf hochwertiger Waffensysteme und verknüpfte die Forderung nach einer diesbezüglichen Gesamtstrategie mit der Sorge um ein erneutes Ansteigen der Migrationszahlen. Die Initiativen Moskaus und Ankaras enthüllen daher erneut die Auffassungsunterschiede der Mitgliedsstaaten der EU.

Fazit

Libyen ist ein de facto fragmentierter Staat. Im Osten die Cyrenaica unter Khalifa Haftar, im Westen Tripolitania unter der mehr oder weniger vorhandenen Verwaltung der GNA von Fayiz Al-Sarraj. Darüber hinaus spielen die Stämme des Fezzan im Süden mit seinen Touareg, Berbern, Tebu und weiteren Entitäten eine wichtige Rolle bei Haftars Intentionen.

Eine politische Lösung muss daher vielschichtig sein und benötigt die Einbindung aller Akteure und ihrer jeweiligen (ausländischen) Unterstützer. Die dauerhafte Spaltung Libyens bleibt nicht unwahrscheinlich. Eine Schwäche des „Berliner Prozesses“ lag in der Abwesenheit der beiden Hauptprotagonisten Al-Sarraj und Haftar. Die negativen Aspekte dieses Umstandes versuchte man durch erweiterbare bilaterale Initiativen seitens der EU im Zuge der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 zu „entschärfen“. Mit konkreten Fahrplänen sollte die ausländische Einflussnahme in Libyen reduziert werden. Die im Vorfeld des „Berliner Prozesses“ stattgefundenen Konferenz in Moskau, die „5+5 Gespräche“ in Genf, wie auch die Aktivitäten im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 waren grundsätzlich positive politische Entwicklungen und zielten auf die Grundprobleme in Libyen ab. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Parteien zur Teilnahme an einem politischen Prozess stellte einen positiven Schritt dar. Es blieb jedoch völlig offen, mit welchen Zugeständnissen und gegebenenfalls Druckmitteln die vorherrschende ausländische Unterstützung und die darauf abzielende Vorteilmahme unterbunden werden kann. Eine

militärische Durchsetzung durch Kräfte der EU und/oder der VN war zu jedem Zeitpunkt nahezu auszuschließen. Darüber hinaus zeigt auch die Uneinigkeit Italiens und Frankreichs, dass die EU für einen geschlossenen Ansatz Konsolidierungsbedarf hat. Abseits politischer Willensbekundungen ist eine ausländische Einflussnahme und Unterstützung auf die unterschiedlichen Akteure nicht nur weiterhin erkennbar, sondern wurde durch den Zulauf ausländischer Söldner und hochwertiger Waffensysteme auch äußerst robust unterlegt.

Eine kurzfristige Verbesserung der Gesamtsituation ist auszuschließen, ebenso darf Haftars Bitte um einen Waffenstillstand Ende Juni 2020 und das vermeintliche Abrücken Frankreichs von seiner Position Anfang Juli 2020 nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische Zukunft Libyens einmal mehr in ausländischen Staatskanzleien entschieden werden wird und der Grad an militärischen Aktivitäten fernab jeglicher Deeskalation auf hohem Niveau verbleibt.

Im Zuge der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik Deutschland ab Juli 2020 darf daher mit einer erneuten diplomatischen Initiative gerechnet werden.

Saudi-Arabien und die Golfregion; Depression im Marmorsalon

Rebalancing vom Rebalancing

Ist die sicherheitspolitische Konstante des Golfraumes seit Jahrzehnten mit der Achse Riad – Washington D.C. umrissen, konnte man in der zweiten Hälfte der Amtszeit unter dem 44. US-Präsidenten Barack Obama bereits den Versuch einer Neuorientierung dieser Politik und damit eine mögliche Neupositionierung der USA erkennen. Unter dem Schlagwort „it’s the middle class not the Middle East“ wurde dieses Vorhaben in den Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) mit zunehmender Nervosität, das beginnende „Desinteresse“ für die sunnitisch-arabischen Sicherheitsbelange sogar als stabilitätsgefährdend diagnostiziert. Die zweite Revolution in Ägypten im Jahr 2013, das Ausverhandeln des Joint Comprehensive Plans of Action (JCPOA) mit der Islamischen Republik Iran im Jahr 2015, die Fortdauer des Krieges in Syrien, sowie die notwendig gewordene Neuauflage des Global War on Terrorism mit seinem Kampf gegen den „Islamischen Staat“ ab dem Jahr 2014 zeigten der US-Administration, dass eine Beendigung ihres überproportionalen Engagements abseits der ohnehin hohen militärischen Präsenz im Raum nicht einmal ansatzweise zu realisieren war.

Für die aktuellen Sicherheitsbelange am Golf sind daher zwei Ereignisse von Relevanz, welche massive Auswirkungen auf die strategische Ausgangslage in der Region besitzen. Zum einen ist dies die Inthronisation von Mohammed Bin Salman als Kronprinz von Saudi-

Arabien im Juni 2017 und zum anderen ist es die Inauguration von Donald J. Trump zum 45. US-Präsidenten fünf Monate zuvor. Politik ist in den Golfstaaten im Allgemeinen und in Saudi-Arabien im Besonderen nicht an Institutionen gebunden, sondern stark von Personen abhängig. Um im Königreich Saudi-Arabien Thronwürde zu erlangen, benötigen potenzielle Anwärter die positiven Ergebnisse mehrerer zu absolvierender Schritte: Diese umfassen neben der Akzeptanz des amtierenden Königs die Freigabe durch das Board of Princess, eine positive Stellungnahme des wahhabitischen religiösen Establishments, das Einholen der Zustimmung der Stammeskonföderationen der Regionen Hijaz und des Najd sowie den jahrelangen Aufbau eines mehr als wohlwollenden Standings auf dem politischen Parkett „inside the beltway“ in Washington D.C. Das Königreich, neben dem Fürstentum Lichtenstein der einzige völkerrechtlich anerkannte Staat der Erde, der nach seiner Herrscherfamilie benannt ist, stützt sich dabei auf jahrzehntelang-etablierte Netzwerke und Seilschaften ab, um diesbezüglich international agieren zu können. Einer der dabei wichtigsten Vertrauten des saudischen Kronprinzen ist der Kronprinz von Abu Dhabi und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate, Mohammed Bin Zayed Al-Nahyan. Aus dieser Seilschaft - der 59-jährige Al-Nahyan gilt als Mentor des 35-jährigen saudischen Kronprinzen - ergaben sich mehrere sicherheitspolitische und regionalpolitische relevante Initiativen.



US-Präsident Donald J. Trump und der Kronprinz von Abu Dhabi Mohammed B. Zaid Al-Nahyan

Für US-Präsident Trump bedeutete die Positionierung Salmans als Kronprinz vor allem eine berechenbarere und stärker mit US-Zielen synchronisierte Außenpolitik des Königreiches. Mit dem Mentoring durch Abu Dhabis Emir Al-Nahyan wurde ein langjähriger Geschäftspartner Trumps und auch ein Investitionspartner Jared Kushners Teil der neuen politischen Seilschaften der Administration Trump. Mit seinem Besuch in Riad im Mai 2017 knüpfte US-Präsident Trump daher relativ rasch an die traditionell engen Beziehungen republikanischer US-Präsidenten mit dem Königshaus an. Zu diesem Zeitpunkt prägten die

jungen Staaten der Arabischen Halbinsel, welche insgesamt alle Staateingebilde des 20. Jahrhunderts darstellen (Saudi-Arabiens Staatsgründung erfolgte beispielsweise im Jahre 1932, die der Vereinigten Arabischen Emirate im Jahre 1971), mehrere auch auf internationaler Ebene thematisierte Konflikte.

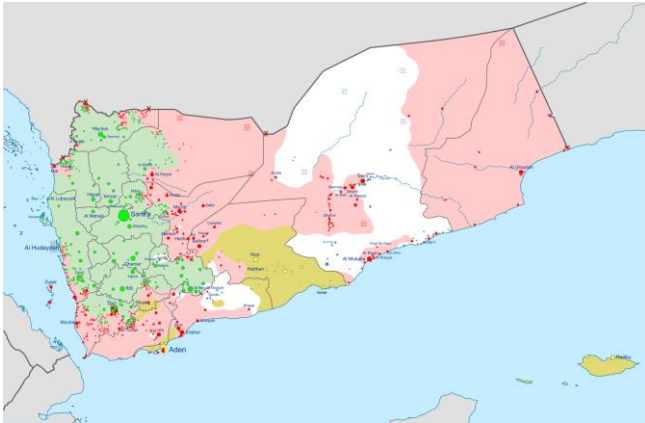


US-Präsident Donald J. Trump und der Kronprinz von Saudi-Arabien Mohammed Bin Salman Al-Saud

Regionale Konflikte

Der sicherlich folgenschwerste Konflikt, welcher mit seinen massiven humanitären Auswirkungen mehrmals den VN-Sicherheitsrat beschäftigte und auch weiterhin beschäftigen wird, ist der Konflikt im Jemen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate bildeten im Jahre 2015 eine militärische Allianz unter Beiziehung weiterer arabischer Staaten. Ziel lag in der Schaffung der militärischen Voraussetzung, um die damals legitime jemenitische Übergangsregierung unter dem provisorischen Staatspräsidenten Hadi die Ausübung der Amtsgeschäfte zu ermöglichen. Diese Militärintervention war zu Beginn durchaus VN-mandatiert gewesen. Aufgrund innerjemenitischer Auseinandersetzungen in den Jahrzehnten zuvor wurde ein politischer Fahrplan entwickelt, der langjährige Spitzenpolitiker und Berufsmilitär Hadi galt als konziliant gegenüber dem Königshaus in Riad und aufgrund seiner südjemenitischen Abstammung auch als eine mögliche einigende Figur im gespaltenen Land. Die fünferschütische Houthi-Entität, welche vor mehr als 900 Jahren den Norden des Jemen besiedelte und diesen Nordteil bis 1962 regierte, sah ihre wirtschaftliche Basis durch die politischen Aktivitäten Hadis gefährdet und nahm im Frühjahr 2015 die jemenitische Hauptstadt Sanaa militärisch ein. Übergangspräsident Hadi verlegte die Amtsgeschäfte und die jemenitische Zentralbank nach Aden und begab sich mit seinem politischen Stab ins Exil nach Saudi-Arabien. Aus dieser saudisch-geführten und zu Beginn wie erwähnt VN-legitimierten Intervention erwuchs in den folgenden Jahren eine massive militärische Auseinandersetzung mit der Grundgrammatik der sunnitisch-schiitischen regionalen Konfrontation. Aktuell stellt sich die humanitäre und sozio-ökonomische

Gesamtlage des Jemen – auch aus Sicht der VN – als eine der größten Katastrophen im 21. Jahrhundert dar. Sie wuchs sich zu einem regionalen Konflikt aus, welcher die Staaten der afrikanischen Gegenküste ebenso berührte, wie die Islamische Republik Iran, die ihr Engagement zunehmend steigerte. Teheran agiert mit Unterstützungsleistungen auf Seiten der Houthis vor allem gegen Saudi-Arabien. Mit der Meerenge des Bab al-Mandab, dem Einfahrtstor zum Roten Meer und damit zum Suez-Kanal ist der Jemen aktuell weit mehr als ein Kriegsschauplatz im „Hinterhof“ Saudi-Arabiens geworden. Die Vereinigten Arabischen Emirate nutzten ihre Stützpunkte in Aden als „Sprungbrett“ für die Ausweitung ihrer Basen an die afrikanische Gegenküste und in den Golf von Oman. Auch sie zielen analog zu Riad und Teheran auf eine robustere Durchsetzung ihrer Regionalpolitiken ab. Die vordergründige teilweise Konkurrenz der Emirate mit Saudi-Arabien wird in ihren Zielsetzungen jedoch hinter den Kulissen mit der Seilschaft Bin Salmans zu Al-Nahyan moderiert.



Der Konflikt im Jemen: Grün: Al-Houthi - Gebiet, Rot: Übergangsregierung, Beige: Verbliebene Verwaltung durch die VAE mit geringen Truppenteilen, daher mit oppositionellen Widerstandsgruppierungen durchsetzt.

Ein weiterer Aspekt, welcher die sunnitischen Erbmonarchien aktuell berührt, ist die interne Uneinigkeit in der Frage des Umganges mit dem Nachbarn Iran. Diese Thematik ist aus Sicht der Golfstaaten breiter zu fassen und berührt grundsätzlich die Frage einer Strategie einschließlich jener für Syrien und für den Irak. Darüber hinaus wird auch die Notwendigkeit der Neubewertung des Verhältnisses zum Staat Israel drängender. Gerade Letzteres berührt neben einer Positionierung der Golfstaaten zu Kushners Nahostfriedensplan die Positionierung zum iranischen Nuklearprogramm und zu einer möglichen militärischen Konfrontation im Persischen Golf. Israel unter Netanyahu ist einer der verbliebenen Staaten, welcher keinerlei Neuregelung des seitens der USA aufgekündigten JCPOA zum iranischen Nuklearprogramm wünscht und an einer konfrontativen Außenpolitik mit harten wirtschaftlichen Sanktionsmechanismen festhält. Der Gleichklang in der strategischen Bewertung Irans führte schon vor mehr als

einem Jahrzehnt zu einer gesteigerten Hinterhofdiplomatie zwischen Saudi-Arabien und dem Staat Israel. All diese regionalen Aspekte traten ab Februar 2020 analog zu den weltweiten Entwicklungen aufgrund der CoV-19 Pandemie in den Hintergrund. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Saudi-Arabien gerade in einem „Ölkrieg“ mit Russland. Wirtschaftlich begann sich in der ersten Hälfte 2020 die Lage in den Golfstaaten merklich einzutrüben.

Wirtschaftliche Problemstellungen

Die Staaten des GCC sind trotz der unbestreitbaren Bemühungen um Diversifizierung aktuell noch immer überwiegend von Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport, die Vereinigten Arabischen Emirate und auch das Sultanat Oman darüber hinaus vom Tourismus und der Bauwirtschaft abhängig. Im Hinblick auf eine Budgeterstellung, die den – wie eingangs erwähnten – wachsenden Ansprüchen einer überwiegend jugendlichen Bevölkerung begegnen kann, lassen sich folgende Kennzahlen festmachen:

Bei einem Rohölpreis in einem Preisband von rund 50 – 60 US-\$ pro Barrel Rohöl auf den internationalen Märkten sind die Grundaussgaben der einzelnen Staaten bedeckbar. Liegt das Preisband bei rund 70-90 US-\$ pro Barrel können darüber hinaus Verbesserungen in die Infrastruktur getätigt werden und strategische Investments mit Nachhaltigkeit realisiert werden. Bei einem Preisband zwischen 90 und 110 US-\$ pro Barrel lassen sich zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor finanzieren und mit Zahlungen an die Bevölkerung (analog zu einem quasi „bedingungslosen Grundeinkommen“) stabilitätsgefährdende Begehrlichkeiten hintanhalten. Stabilität in den Golfstaaten erfolgt nach dem reziproken Prinzip des US-amerikanischen Gründungsnarrativs „no representation without taxation“. Der Rentierstaat ermöglicht wirtschaftliches Auskommen und generiert daher nicht den Wunsch nach politischer Veränderung auf Seiten der genuinen Bevölkerung. Dabei sind jedoch als große Ausnahme die schiitischen Bevölkerungsteile in Saudi-Arabien in ihren angestammten Wohngebieten in der Ostprovinz zu nennen, welche seit jeher nicht in den Genuss dieses Rentiersystems fallen. (Dies betrifft auch die schiitische Bevölkerung im Königreich Bahrain, welche dort sogar die Mehrheit stellt.)

Mit Beginn des Ölpreisverfalls im Jahre 2014, welcher seine Ursache sowohl im nachlassenden Wirtschaftswachstum der Schwellenländer als auch im Unvermögen der OPEC, situationsangepasste Förderquoten festzulegen, hatte, begann sich Saudi-Arabien zunehmend von der abgestimmten Förder- und Preispolitik zu entkoppeln. Es betrachtete die aufkommende Förderung aus Schiefersanden seitens der USA ebenso mit Sorge, wie auch den steigenden Export russischer Öl- und Gasvorkommen, welcher im Ölbereich

auch mit einem geringeren Barrelpreis das Auslangen fand. Diese Entwicklung erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt Ende 2019, als sich Russland und Saudi-Arabien einen Schlagabtausch um unilateral festgelegte Erhöhungen der Förderquoten lieferten. Dieser „Ölkrieg“ fiel mit dem Zeitpunkt des Einbruches der Weltwirtschaft aufgrund CoV-19 zusammen. Zuvor wurde international mit Klimaschutz-demonstrationen und Weltklimakonferenzen der Verbrauch von hydrokarbonbasierten Energieträgern seitens der Zivilgesellschaften zunehmend hinterfragt. In den Golfstaaten blieb es nicht unbemerkt, dass sich das Wirtschaftswachstum der Staaten der Europäischen Union zunehmend vom Rohölverbrauch zu entkoppeln begann und sich darüber hinaus politische Forderungen nach einem „New Green Deal“ der nationalen Parlamente an die Spitzen der EU mit dem EU-Kommissionswechsel verstärkten. Obwohl der „Ölkrieg“ mit Russland nicht zuletzt dank der US-Intervention und dem Einlenken Russlands nach diplomatischen Initiativen der OPEC-Mitgliedsstaaten im April 2020 für beendet erklärt wurde, ist die aktuelle wirtschaftliche Lage in den Golfstaaten kritisch. Eine diesbezügliche Erholung mit nachhaltigen Lenkungseffekten für die nationalen Ökonomien ist aktuell nicht absehbar und bleibt mittelfristig wenig erwartbar. Dies wird auch Auswirkungen auf die nationalen Reform- und Diversifikationsprogramme haben. Prominentestes Beispiel dafür ist die Vision 2030, welche von Mohammed Bin Salman bereits 2013 verkündet worden war. Ihre Umsetzung wird im Lichte der aktuellen Krisenentwicklungen nicht planmäßig zu realisieren sein. Dies wird ebenso die analogen Wirtschaftsprogramme in den Vereinigten Arabischen Emiraten, im Sultanat Oman und im Emirat Katar betreffen.

Fazit

Die sunnitischen Erbmonarchien am Persischen Golf galten lange Zeit als wirtschaftlich prosperierende Volkswirtschaften und als Gegenpol zu den krisengeschüttelten Staaten Nordafrikas und der Levante. Kriegerische Auseinandersetzungen fanden und finden mehr oder weniger auf dem Staatsgebiet des Jemen oder im direkten Grenzgebiet statt und betreffen gegebenenfalls die abgeriegelten Gebiete der Ostprovinz in Saudi-Arabien oder die schiitischen Wohngebiete in Bahrain. Mit CoV-19 und dem „Ölkrieg“ mit Russland wurden jedoch jahrelange Versäumnisse der wirtschaftlichen Diversifizierung schonungslos offengelegt. Das robustere Auftreten Irans bei gleichzeitiger Abwendung der US-Administration verstärkte das Unbehagen. Der Ausblick ist daher insgesamt als negativ zu bewerten. Selbst für die Tourismusindustrie und die Bauwirtschaft ist ein Ausbleiben der Umsätze in den nächsten Monaten bereits erkennbar und hat bereits Auswirkungen auf die

nationalen Arbeitsmärkte. Die Golfstaaten kompensieren dies mit einer drastischen Reduktion der ausländischen Arbeitskräfte und dem Zurückfahren staatlicher Investitionen. Aufgrund ausbleibender Investments und Austeritätsprogramme können die Volkswirtschaften nicht stabilisiert werden. Die wirtschaftlichen Entwicklungen geben daher mittelfristig Anlass zur Sorge. Dabei sollte sich auch immer vor Augen geführt werden, dass sich der Wirtschaftsraum des GCC seit 2002 in einem quasi „Freihandelsabkommen“ mit der EU befindet und das Handelsvolumen mit Waren und Dienstleistungen mit den Staaten der EU alleine im Jahr 2016 insgesamt 155 Mrd. € umfasste. Diese Eckdaten stellten einen Anstieg um 55% seit dem Jahr 2010 dar. Entwicklungen im Nahen Osten werden daher auch weiterhin grundsätzliche Auswirkungen auf Europa haben. Es sei daher abschließend auf Goethes West-Östlichen Divan verwiesen: *Wer sich selbst und andere kennt, Wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen!*

Stephan Reiner



Afrika

Herausforderungen durch COVID-19 in Afrika

Die COVID-19 Krise hat auch die afrikanischen Staaten erreicht. Allerdings fielen die Reaktionen in den 55 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (AU) höchst unterschiedlich aus. Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens haben aber in fast allen Staaten gravierende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen nach sich gezogen.

Klar ist bereits jetzt, dass Nachwirkungen der Pandemie in Afrika über einen längeren Zeitraum zu spüren sein werden und beinahe alle Bereiche des Lebens betreffen dürften.

Datenlage

Die Daten von Staaten, die sich in einer Krisen- oder Konfliktsituation befinden, müssen jedoch mit besonderer Vorsicht betrachtet werden. Einer Studie der Nachrichtenagentur Reuters zufolge wurden bis Anfang Mai 2020 46% aller Tests in nur zwei Staaten, Südafrika und Ghana, durchgeführt. Der Direktor des Africa Center for Disease Control and Prevention bemängelte, dass die geringen Fallzahlen auch damit zusammenhängen, dass nur wenig getestet wurde. In der Zentralafrikanischen Republik erfuhr der Gesundheitsminister von Hilfsorganisationen, dass drei Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen. Der Staat hatte keine Daten darüber.

Die dürftige Datenlage zeigt die Schwäche der Institutionen in manchen Staaten auf. In Konfliktregionen ist es zudem die fehlende Kontrolle über Teile des Staatsgebietes, die das Erheben von Daten unmöglich macht.

Maßnahmen der Staaten

Jene Länder, die bereits Erfahrungen im Umgang mit Epidemien (z.B. Ebola) hatten, haben relativ rasch Maßnahmen zur Eindämmung (Ausgangsbeschränkungen, Testungen, Informationskampagnen) gesetzt. Außerdem wurden Grenzen geschlossen, internationale Flüge eingestellt sowie Beschränkungen für Ein- und Ausreise erlassen. Zwischen den Gesundheitssystemen der einzelnen Staaten wurden große Unterschiede sichtbar. Manche Staaten verfügen kaum über funktionierende Beatmungsgeräte, während andere, wie z.B. Ruanda, für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum Drohnen und in Spitälern sogar mit Robotern zu arbeiten begonnen hat. In den ärmeren Gebieten des Kontinents haben aber weite Teile der Bevölkerung keinen oder sehr eingeschränkten Zugang zu medizinischen Einrichtungen. Ländliche Regionen sind davon besonders betroffen. Und selbst wenn Informationskampagnen Erfolg haben, ist es für viele Menschen schwierig, den Empfehlungen zu folgen. Einfache Verhaltensregeln wie Händewaschen

können aufgrund eines beschränkten Zugangs zu Wasser und Reinigungsmitteln eine Herausforderung werden. Darüber hinaus verschärfen Mangelerkrankungen (z.B. in Mali bei Kindern bei 14%) oder Grunderkrankungen wie HIV/AIDS, Tuberkulose oder Malaria die Situation zusätzlich. Daneben können Ernteausschläge wie durch die Heuschrecken am Horn von Afrika die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung drastisch verschlechtern.

In einzelnen Staaten wurden zudem institutionelle Schwächen deutlich sichtbar. So wurden in Nigeria die Verantwortlichkeiten zwischen Zentralregierung und Provinzen hin und her geschoben. Auch in Südafrika hat der Shutdown Schwächen des Systems offenbart. Präsident Cyril Ramaphosa musste sich öffentlich für die Gewalt durch Sicherheitskräfte entschuldigen.

Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen

COVID-19 hat einmal mehr die Abhängigkeit von Rohstoffexporten und den Einnahmen aus dem Tourismus gezeigt. Staaten wie Nigeria, Angola oder Algerien leiden zudem unter dem niedrigen Ölpreis und werden entweder ihre Budgets radikal kürzen, sich verschulden müssen oder auf externe Unterstützung, z.B. von internationalen Finanzinstitutionen, hoffen müssen. Der Schuldendienst wird für einige Länder außerdem nur sehr schwer zu bedienen sein.

Mehrere Länder haben bereits wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, die allerdings nur den formellen Sektor der Wirtschaft betreffen. Ein sehr hoher Prozentsatz der Bevölkerungen ist allerdings noch immer im informellen Sektor tätig und/oder betreibt Subsistenzwirtschaft. Diese Gruppen dürften von staatlichen Förderungen weitgehend ausgeschlossen bleiben. Die Menschen sind aber dann abhängig, jeden Tag Einkommen zum Überleben zu generieren. Die Eindämmung physischer Kontakte durch das Schließen von Geschäften oder Ausgangsbeschränkungen wird in diesen Bevölkerungsgruppen daher nur schwer umzusetzen sein. Besonders ist das in jenen Krisen- und Konfliktgebieten der Fall, in welchen die staatliche Autorität nicht über das gesamte Staatsgebiet ausgeübt werden kann. Staatlicher Zwang zur Durchsetzung verordneter Maßnahmen könnte zudem das Vertrauen in die Sicherheitsapparate weiter verschlechtern.

Die Folgen des Lock/Shutdown zeigen sich bereits in mehreren Staaten. Vulnerable Gruppen, besonders sozio-ökonomisch benachteiligte, leiden unter den Folgen der Schließungen und Ausgangsverbote mehr als unter dem Virus selbst. Viele Kinder bekommen beispielsweise die einzige Mahlzeit des Tages in der Schule, d.h. keine Schule, kein Essen. Manche Staaten haben daher bereits sehr früh Lockerungen beschlossen, um insbesondere

Tagelöhnern und Straßenverkäufern wieder ein Einkommen zu ermöglichen.

Die sozialen Sicherheitsnetze werden in vielen Staaten durch die Familie oder religiöse Gruppen gestellt. Staatliche Institutionen spielen nur eine sehr marginale Rolle. Eine verordnete Einschränkung dieser sozialen Kontakte führt nicht nur zu einer weiteren Verschärfung der Lage, sondern ist oft schlichtweg unmöglich. Auch in Camps für Flüchtlinge und Intern-Vertriebene (IDP) ist eine Verschärfung der Lage erkennbar, da die Versorgung durch NGOs deutlich schwieriger geworden ist.

Es ist denkbar, dass in weiterer Folge ethnische und andere Minderheiten oder soziale Randgruppen für die Situation verantwortlich gemacht werden und sich entlang innengesellschaftlicher Bruchlinien Konflikte gewaltsam entladen.

Politische Auswirkungen

Die Maßnahmen gegen COVID-19 dürften auch langfristige Auswirkungen auf politische Prozesse haben. Protestbewegungen wie in Algerien konnten durch die Ausgangssperre nicht weiter gegen die Regierung demonstrieren und es bleibt fraglich, ob die Intensität nach der Krise wieder ansteigen wird. Abhängig von der Situation im jeweiligen Land wird die Coronakrise damit zur Festigung der Macht genutzt. Allerdings ist auch eine umgekehrte Entwicklung möglich. Regierungen, die bereits bisher unter Druck waren, könnten als Folge der Krise ihre Macht verlieren.

Die Krise hat gravierende negative Auswirkungen auf viele afrikanische Volkswirtschaften. Niedrige Öl- und Rohstoffpreise, viel weniger "Remittances" (Rücküberweisungen aus dem Ausland) sowie der Einbruch der Reise- und Tourismusindustrie dürften die schlimmste Rezession der letzten 30 Jahre bedeuten.

Algerien hat beispielsweise für das Jahr 2020 das Budget auf einem durchschnittlichen Preis von \$ 60 pro Barrel erstellt (Stand 15.06.2020 nach wie vor unter \$ 40). Fragen der Umverteilung könnten langfristig in manchen Staaten zu politischen Umsturzversuchen führen.

Auswirkungen auf die Sicherheit

Der französische Erfolg gegen Jihadisten im Sahel, im Besonderen die Tötung des AQMI (Al-Qaeda im Islamischen Maghreb)-Anführers Abdelmalek Droukdal, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Regierungen gezwungen sind und sein werden, zumindest Teile der Budgetposten, die für die Sicherheitsapparate vorgesehen waren, in den Gesundheitssektor umzulenken. Es besteht sogar die Befürchtung, dass Gruppen wie Boko Haram, die in den letzten Jahren aufgrund der Anstrengungen mehrerer Staaten zurückgedrängt worden waren, aufgrund der geringeren

Aufmerksamkeit staatlicher Sicherheitsakteure wieder Boden gut machen könnten. Die Boko Haram-Abspaltung ISWAP (Islamic State West Africa Province) geht sogar davon aus, dass die Pandemie eine Möglichkeit ist, die eigenen Anstrengungen zu erhöhen und die Aktivitäten auszudehnen. Die Gruppe geht davon aus, dass das Virus und die mit den Maßnahmen zusammenhängende wirtschaftliche Schwächung die Aufmerksamkeit der Regierungen ablenken werden, die Kapazitäten geschwächt und die Fragilität erhöht wird. Dadurch sollten sich für ISWAP mehr Möglichkeiten ergeben. Aus internationaler Sicht sollte die Unterstützung für die Region nicht zurückgenommen, sondern verstärkt werden, um ein langfristiges (Wieder-)Erstarken der Jihadisten zu unterbinden.

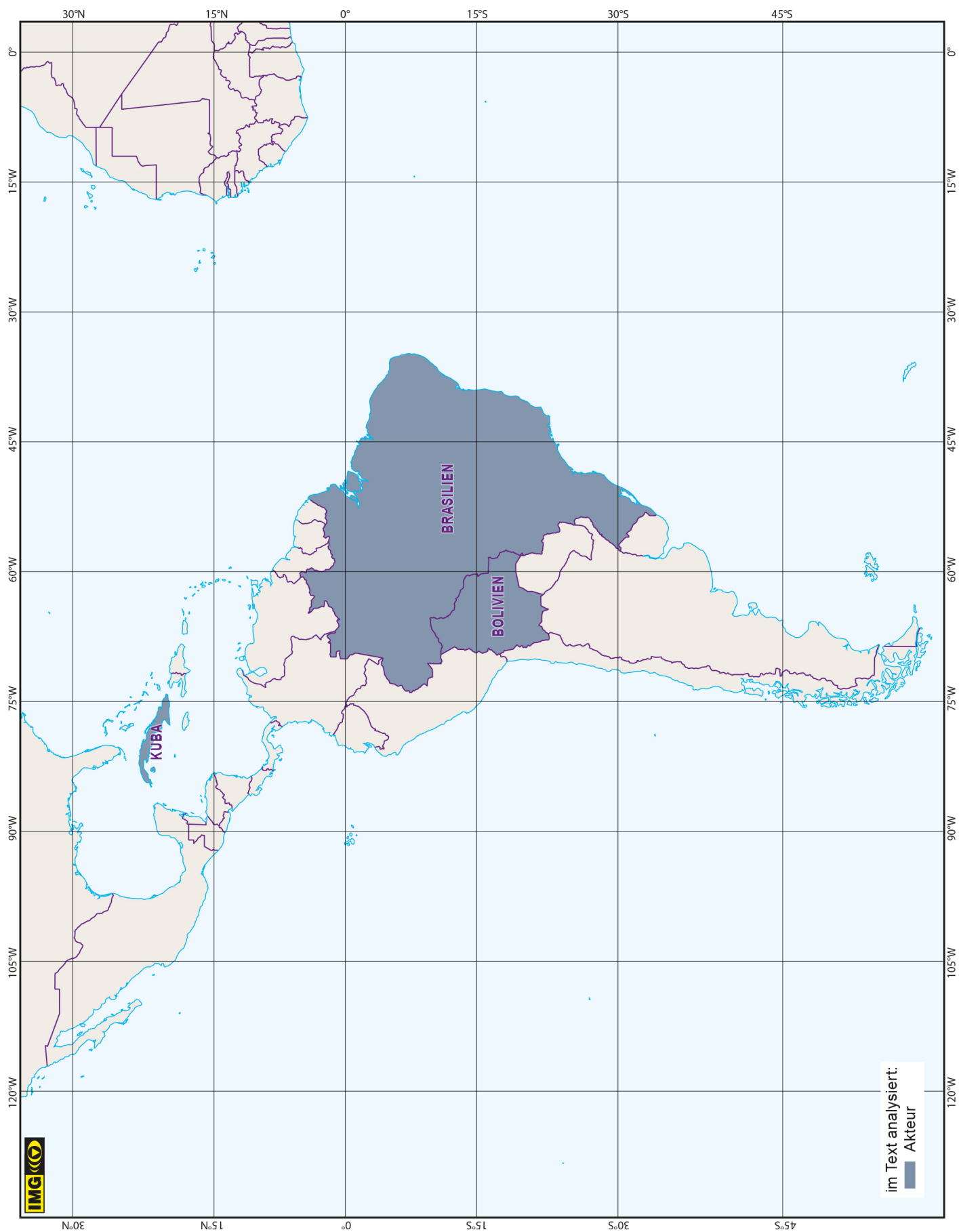
Langfristige Auswirkungen

Es stellt sich die Frage, ob die gesetzten Maßnahmen tatsächlich in der durchgeführten Form für alle Staaten passend waren. Aktuelle Daten lassen befürchten, dass sich die Lage in der zweiten Jahreshälfte 2020 verschlechtern wird.

Manchen Regierungen wird vorgeworfen, die Pandemie als Vorwand zu nehmen, um Kritik zu erschweren. Unter anderem soll die Verbreitung gefälschter Nachrichten kriminalisiert werden, um damit den Druck auf kritischen Journalismus zu erhöhen.

Die im Zuge der Coronakrise erfolgte Diskriminierung afrikanischer Staatsbürger auf chinesischem Staatsgebiet könnte langfristig einen Imageverlust für China bedeuten. Auch in Schuldenfragen zeigt sich China unflexibel, während die G20 das Aussetzen, jedoch nicht den Erlass der Schuldendienstzahlungen für afrikanische Staaten mit niedrigem Einkommen bis Ende 2020 beschlossen haben. Die USA sind mit dem eigenen Krisenmanagement beschäftigt und wirken derzeit dem steigenden Einfluss Chinas in Afrika nicht entgegen.

Gerald Hainzl und Nicole Gruber



Lateinamerika

Gegen Ende November 2019, als in Wuhan (China) erstmals Warnungen vor der Entwicklung einer neuen Krankheit ausgesprochen wurden, gab es in Teilen Lateinamerikas - konkret in Chile, Ecuador, Argentinien, Puerto Rico und Bolivien - große soziale Proteste. Diese sozialen Bewegungen wurden insbesondere von jungen Menschen angeführt, die einerseits gegen das korrupte neoliberale Wirtschaftssystem protestierten, als auch Forderungen im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit und der ethnischen Vielfalt des Kontinents stellten. Es waren Proteste und Aufstände gegen neoliberale Strukturreformen (mit Privatisierungen im Gesundheits-, Bildungs- und Infrastruktursektor), welche in den meisten lateinamerikanischen Ländern seit dem Ende des „linken Jahrzehnts zu Beginn des Jahrhunderts“ stattgefunden hatten. Mit den verhängten Ausgangssperren ab März flachten diese Proteste ab und die COVID-19 Pandemie wurde – wie praktisch überall auf globaler Ebene - zum alles beherrschenden Thema.

Brasilien – das Land mit den weltweit zweitmeisten COVID-19 Toten

Der erste COVID-19 Tote Lateinamerikas wurde am 26. Februar in Sao Paulo, Brasilien registriert: Ein 61-jähriger Mann, der kürzlich von einer Geschäftsreise aus Italien nach São Paulo zurückgekehrt war. Mitte Juni hatte sich das Land zu einem der weltweiten Hotspots der Pandemie mit dem meisten Toten in absoluten Zahlen nach den USA und noch vor Großbritannien entwickelt. Der rechtsgerichtete Präsident Jair Bolsonaro hatte die Krankheit lange Zeit als „kleine Grippe“ bezeichnet und Ausgangsbeschränkungen – die teilweise von den Gouverneuren erlassen wurden – kritisiert. In Brasilien zeigt sich in dieser Gesundheitskrise die Ungleichheit auch in zwei seit Jahrhunderten marginalisierten Bevölkerungsgruppen: der schwarzen und indigenen Bevölkerungsgruppe. Unter der schwarzen Bevölkerung gibt es einen Todesfall pro drei Fällen, die aufgrund des Coronavirus ins Krankenhaus eingeliefert wurden, unter der weißen Bevölkerung sind es ein Todesfall pro 4,4 im Krankenhaus registrierten Fällen. So leben nach offiziellen Angaben in den zehn Stadtteilen mit den höchsten absoluten der durch das Coronavirus verursachten Todeszahlen mehr schwarze Bürger als im Durchschnitt von São Paulo. Auch die indigene Bevölkerung (insbesondere im Amazonasgebiet) wird von der Pandemie überdurchschnittlich betroffen. Insbesondere in der Amazonasmetropole Manaus, wo der Aushub von Massengräbern die internationalen Medien erreichte und das Gesundheitssystem chronisch unterfinanziert ist. Das Gesundheitssystem Brasiliens wurde noch vor der Pandemie geschwächt, als der Präsident kurz nach Amtsantritt im November 2018 über

achttausend kubanische Ärzte, die eine der linksgerichteten Vorgängerregierungen unter Staatspräsidentin Dilma Rousseff im Rahmen des bilateralen Programmes „Mais Medicos“ („Mehr Ärzte“) 2013 ins Land geholt hatte, nach Hause schickte. Diese waren insbesondere in ländlichen Gebieten und dem Amazonasgebiet eingesetzt, Regionen, für die es sehr schwer ist, brasilianisches Gesundheitspersonal zu finden. Die Gesundheitskrise hat auch eine Regierungskrise ausgelöst: So hat Brasilien bereits den dritten Gesundheitsminister mitten in der Coronavirus-Pandemie. Am 16. April wurde Luiz Henrique Mandetta wegen seiner Kritik an den laxen Maßnahmen von Jair Bolsonaro entlassen. Der neue Gesundheitsminister, der Arzt Nelson Teich, gab nach nur einem Monat auf – ebenfalls wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten über die Bewältigung der Gesundheitskrise. Der aktuelle Gesundheitsminister ist der General Eduardo Pazuello. Mit ihm sind nunmehr acht ehemalige bzw. aktive Militärs in wichtigen Positionen - fast ein Drittel der insgesamt 22 Kabinettsmitglieder der Regierung des ehemaligen Fallschirmjägers Bolsonaro.

Bolivien – Wahlbetrug, der vielleicht keiner war

Bereits im November 2019 war der frühere bolivianische Präsident Evo Morales durch einen „zivilen“ Staatsstreich¹ gestürzt worden, nachdem die Organisation für amerikanische Staaten (OAS) Wahlbetrug behauptet hatte. Eine im Februar 2020 veröffentlichte Studie des renommierten US-amerikanischen MIT (Massachusetts Institute of Technology) zu den Präsidentschaftswahlen am 20. Oktober, stützt die Schlussfolgerungen der OAS nicht und kommt – nach Analyse der Wahlunterlagen - zum Schluss, dass Morales die Wahlen mit "hoher Wahrscheinlichkeit" ohne Wahlbetrug gewonnen habe. Die veröffentlichte Studie löste innerhalb Boliviens eine kontroverielle Diskussion über die Rolle der OAS aus. Die für Mai 2020 vorgesehen Präsidentschaftswahlen (an denen sich Evo Morales nicht beteiligen darf) wurden wegen der COVID-19 Pandemie auf den 6. September 2020 verschoben.

Hilfe aus dem Süden für den Norden

Diese Krise hat auch eine schon vorher sichtbare Verschiebung der internationalen Beziehungen offenbart: Das sukzessive Entstehen einer multipolaren Weltordnung, in der insbesondere auch Länder des Globalen Südens als Akteure auftreten. Die gegenwärtige Gesundheitskrise hat auch neue Impulse für die „medizinische Diplomatie“ (von den Kubanern „diplomacia medica“ bezeichnet) gebracht. So wurde 2005 das *Henry Reeve International Contingent of Doctors* vom

¹ Siehe ISS-Aktuell vom Jänner 2020

kubanischen Staatspräsidenten Fidel Castro gegründet und hat beispielsweise beim Ebola-Ausbruch in westafrikanischen Ländern in den Jahren 2014 und 2015 mitgewirkt. Diese kubanische medizinische Brigade mit 37 Medizinerinnen und 15 Pflegefachleuten traf am 22. März 2020 in der norditalienischen Stadt Crema ein, um im Kampf gegen die Pandemie in einem Feldlazarett zu helfen, das zu Beginn der Krise in der Gemeinde eingerichtet worden war. Der Einsatz dauerte bis zum 23. Mai 2020. Ein zweites kubanisches Gesundheitsteam, bestehend aus 21 kubanischen Ärzten und 16 Pflegefachkräften sowie einem Logistik-Koordinator, traf am 13. April in Turin ein, um bei der Bekämpfung der COVID-19 Pandemie zu helfen.

Der zweite wichtige Partner Lateinamerikas ist die Volksrepublik China mit ihrer „Maskendiplomatie“ (*diplomacia de las mascarillas*). Eines der ersten Länder, das Hilfe vom chinesischen Partner erhielt, war Venezuela. Mitte März wurden rund 4.000 COVID-19-Test-Kits geliefert, kurz nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) der Maduro Regierung einen 5 - Milliarden US-Dollar-Kredit zur Bekämpfung der Pandemie verweigert hatte. Pekings Unterstützung wurde auch von Ländern wie Ecuador, Bolivien, Argentinien und Chile, das Experten zu Studienzwecken nach China entsandte, mit Begeisterung und breiter Anerkennung aufgenommen. Es wurden nicht nur Spenden in Anspruch genommen, sondern auch Käufe getätigt. So meldete Mexiko den Kauf von medizinischen Gütern im Wert von ca. 55 Millionen US\$ (einschließlich über elf Millionen medizinischer Masken).

Mit seiner „Maskendiplomatie“ in Lateinamerika, anderen Regionen des Globalen Südens, aber auch in Europa insbesondere am Balkan und in Italien versucht China zweierlei zu erreichen. Einerseits nicht als Ursprung des Virus angesehen zu werden und andererseits um zu demonstrieren, dass China tatsächlich eine wichtige Rolle in globalen Angelegenheiten spielen kann. Zwar konnten sich chinesische Unternehmen für Medizinprodukte am Weltmarkt positionieren, allerdings gab es auf diesem Gebiet auch Rückschläge: So gab das argentinische Gesundheitsministerium bekannt, dass die von China erhaltene medizinische Ausrüstung von schlechter Qualität sei – eine Beschwerde, die auch aus europäischen Ländern kam.

Die Konsequenzen der Pandemie

Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, wird voraussichtlich nach Angaben der Weltbank um über 5 Prozent und Mexiko um über 6 Prozent schrumpfen. Die Überweisungen aus den USA (*remittances*), die normalerweise die Öleinnahmen in Mexiko übersteigen und das Lebenselixier mehrerer zentralamerikanischer Staaten sind, werden voraussichtlich um fast 20 Prozent

sinken. In der möglicherweise beginnenden Finanzkrise hat Ecuador kürzlich die Zinszahlungen für seine Auslandskredite verzögert. Argentinien hat versucht, seine Staatsverschuldung umzustrukturieren, und eine Ratingagentur hat das Land auf „selektiven Zahlungsausfall“ herabgestuft.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, CEPAL) geht davon aus, dass die COVID-19 Pandemie zur tiefsten Rezession in der Geschichte des Kontinents führen wird. Für dieses Jahr erwartet die CEPAL einen Anstieg der Armut in Lateinamerika und der Karibik um 4,4 Prozent von 30,3% auf 34,7% - dies bedeutet fast 30 Millionen neue Arme. Die Wirtschaftskommission geht auch davon aus, dass die sozialen Unruhen und Proteste, die letztes Jahr in zahlreichen lateinamerikanischen und karibischen Staaten stattgefunden haben, sich nach dem Abflauen der Pandemie wieder verstärken werden.

IBSAMAR – gemeinsame Manöver trotz Pandemie

IBSAMAR² ist eine Reihe von gemeinsamen Übungen zwischen den Marinen Indiens, Brasiliens und Südafrikas, die seit 2008 alle zwei Jahre stattfindet. Trotz der COVID-19 Pandemie soll die siebte gemeinsame Übung vom 25. September bis 2. Oktober stattfinden. Die führende Nation („lead nation“) wird diesmal Südafrika sein. Simon's Town, in dem sich die Flotte der SA Navy befindet, und die Cape West Coast werden von den teilnehmenden Marinen während der Übung genutzt. Diese regelmäßig stattfindenden Manöver finden im Rahmen des IBSA-Dialogforums, eines Koordinierungsmechanismus der drei besagten Länder statt, dessen politische Bedeutung durch die internen politischen Krisen abgenommen hat. Diese militärische Zusammenarbeit hat sich nur wegen der gemeinsamen Interessen im Südatlantik und dem Arabischen Meer vis a vis Chinas gehalten.

Johannes Maerk

² India-Brazil-South Africa Maritime.

Aktuelle Cyberlage

Massive Angriffe gegen österreichische strategische Infrastrukturen

Das erste Halbjahr 2020 war aus österreichischer Sicht von zwei schwerwiegenden Angriffen auf kritische Infrastrukturen gekennzeichnet. Bereits 2019 beginnend wurde das Netz des größten österreichischen Telekommunikationskonzerns und etwa gleichzeitig das Netz des Außenministeriums attackiert. Aufgrund der Professionalität und der Größe der Attacken muss von staatlichen oder staatlich gesponserten Akteuren ausgegangen werden. In beiden Fällen müssen politische Motive vermutet werden. Beide Vorfälle zeigen auch, dass bestimmte Organisationen keine Hemmungen haben, rechtliche Grauzonen sowie die Anonymität bzw. die Tarnmöglichkeiten des Internets für Cyberangriffe nahe der Souveränitätsgefährdung zu nutzen. Dies bestätigt einerseits die Überlegungen zu Hybrid-Warfare-Szenarien nachdrücklich. Andererseits sind alle Staaten, auch Österreich, gefordert, ihre Cyberstrategien zu evaluieren, die Umsetzung der Gesetze zum Schutz der strategischen IKT-Infrastruktur voranzutreiben und ausreichend Ressourcen für Prävention, Lagebild, Reaktion und Wiederherstellung der vitalen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Cyberangriff auf A1 Telekom Austria

Vermutlich über gestohlene Zugangsdaten drangen Hacker bereits im November 2019 in das Netz des größten österreichischen Telekommunikationskonzerns ein. Kurz vor Weihnachten entdeckte das Computer Emergency Response Team (CERT) der A1 auf einigen Office-Systemen Schadprogramme (Malware), sogenannte Backdoors, die den Fernzugriff zum Computer unter Umgehung der Zugriffssicherung ermöglichen. Der weitere Angriff erfolgte nach dem Prinzip der Cyber Kill Chain (beschreibt den Ablauf eines mehrstufigen, immer tiefer vordringenden Cyberangriffes). Über lediglich normale Zugangsrechte auf einem Arbeitsplatz-PC wurden auf einem nicht ausreichend abgesicherten Server zunächst lokale und in der Folge Administratorenrechte für das komplette Windows-Netz erlangt.

Anders als bei typischen Cybercrime-Attacken wurde kein Schadprogramm (Ransomware) zur Verschlüsselung der Daten ausgerollt. Vermutlich handelt es sich daher um einen Advanced Persistent Threat (APT), wie er typischerweise von staatlich gelenkten, geheimdienstnahen Gruppen durchgeführt werden. APT („fortgeschrittene andauernde Bedrohung“) steht für einen komplexen, zielgerichteten und effektiven Angriff auf kritische IT-Infrastrukturen und vertrauliche Daten von Behörden, Groß- und Mittelstandsunternehmen aller Branchen, die aufgrund ihres Technologievorsprungs potenzielle Opfer darstellen oder als Sprungbrett auf

solche Opfer dienen können. Allerdings kann der Angriff bisher keiner der bekannten APT-Gruppen zugeordnet werden, unter anderem, weil keine speziellen Vorgehensweisen oder Tools zum Einsatz kamen. Die Angreifer hatten etwa ein halbes Jahr Zugriff auf zentrale Systeme der A1. Durch umfangreiches Monitoring und Analyse der Tätigkeiten des Angreifers konnte der Abfluss sensibler Kundendaten aber verhindert werden.

Durch die mit Corona verbundenen Quarantäne-Auflagen konnten die Angreifer erst am 22. Mai mit einer konzertierten Aktion ausgesperrt und gleichzeitig die Sicherheitsmaßnahmen optimiert werden. Unter anderem wurden flächendeckend alle Zugänge mit Zweifaktor-Authentifizierung abgesichert.

Cyberangriff auf das österreichische Außenministerium

Das österreichische Außenministerium war ebenfalls Ziel eines schwerwiegenden Cyberangriffs. Aufgrund der Professionalität und der Größe der Attacke wird vermutet, dass dafür ein staatlicher Akteur verantwortlich ist. Der Angriff wurde im Dezember 2019 frühzeitig erkannt und führte zur Aktivierung der österreichischen Cyberkriseninstrumentarien auf strategischer und operativer Ebene. Mit einer konzertierten Aktion konnten im Februar die Angreifer ausgesperrt und gleichzeitig die Schutzmaßnahmen optimiert werden. Als Folge des Angriffes waren einige Dienstleistungen, wie etwa Reisehinweise, auf der Website des Ministeriums nur eingeschränkt verfügbar. Die Angreifer waren vermutlich besonders an EU-Dokumenten zu den Positionen der EU-Kommission, von einzelnen EU-Mitgliedsstaaten oder dem EU-Parlament zu bestimmten Themen und zur Positionierung Österreichs gegenüber anderen Staaten interessiert.

Möglicherweise steht die Russland-nahe "Turla Group" (Turla, auch Snake oder Uroburos genannt, ist ein 2008 erkanntes Schadprogramm, sowie die Bezeichnung für eine Spionagegruppe) hinter den Attacken. Der Turla Group werden weltweit rund 35 Attacken auf Regierungseinrichtungen, darunter auch Institutionen in anderen EU-Ländern, zugeschrieben. Zum Beispiel war Anfang 2018 in Deutschland bekannt geworden, dass das Regierungsnetz des Bundes Ziel eines Hackerangriffs gewesen war. Hacker hatten monatelang das interne Netz der Verfassungsorgane und oberen Bundesbehörden infiltriert.

Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen - international

International besonders auffällig waren Attacken gegen tschechische Gesundheitseinrichtungen, gegen israelische Wassersysteme sowie gegen einen iranischen Hafen.

Tschechische Gesundheitseinrichtungen attackiert

Im März und April 2020 waren mehrere tschechische Krankenhäuser, der Flughafen Prag sowie das Innen- sowie Gesundheitsministerium Ziele von Hackerattacken. Ua. fielen die Webseite der Universitätsklinik BRÜNN infolge des Angriffs mit einer Ransomware und alle Computersysteme aus. Die Angreifer hatten keinen Zugriff auf Krankenakten, Testergebnisse (die Universitätsklinik verfügt über eines der größten Labore für die Durchführung von COVID-19-Tests) und andere Daten. Dennoch warnte die tschechische Nationale Cyber- und Informationssicherheitsagentur NUKIB am 16. April eindringlich vor weiteren Attacken. Der US-Außenminister drückte seine Besorgnis über die Bedrohung des tschechischen Gesundheitssektors durch Cyberangriffe aus und fügte hinzu, dass, wer immer sich an derartigen Aktivitäten beteiligen würde, zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Ohne einen Verdächtigen zu nennen, forderte Pompeo den Urheber des Angriffes auf, von Cyberangriffen gegen das tschechische Gesundheitssystem oder das anderer Länder Abstand zu nehmen. Die USA hätten seinen Aussagen zufolge Null-Toleranz in Bezug auf Cyberaktivitäten, die gegen die Bemühungen zur Bekämpfung von COVID-19 durch die USA oder deren internationale Partner gerichtet sind.

Laut dem Direktor der in der Slowakei ansässigen Internet-Sicherheitsfirma ESET sei es zwar unmöglich, die Urheberschaft zweifelsfrei zu beweisen. Das verwendete Schadprogramm „MBR Locker“ sei jedoch in russischer Sprache programmiert und auch die Anleitungen dazu. Zudem kursiere MBR Locker in Foren russischer Hacker.

Israel vereitelte Cyberangriff auf Wassersysteme

Laut Angaben des Generaldirektors der Nationalen Cyberdirektion hat Israel im April 2020 einen größeren Cyberangriff auf seine Wassersysteme verhindert. In Israel geht man davon aus, dass der Angriff „das Werk seines Erzfeindes Iran war“. Der versuchte Angriff zielte auf die Kommando- und Kontrollsysteme der Kläranlagen der Wasserbehörde, der Pumpstationen und der Abwasserinfrastruktur ab. Wenn der Angriff nicht entdeckt worden wäre, hätten Chemikalien in die Wasserquellen des Landes eingemischt werden können, was zu einem „schädlichen und katastrophalen“ Ergebnis geführt hätte.

Dieser Angriffsversuch macht deutlich, dass die Wasserinfrastruktur sowohl für gezielte als auch für nicht

gezielte Cyberangriffe anfällig ist und ihr daher eine hohe Priorität in der Cybersicherheit zukommen muss.

Israelischer Vergeltungsschlag gegen einen iranischen Hafen

Laut einem Bericht der Washington Post (WP) soll Israel Anfang Mai einen Cybervergeltungsschlag für den vermeintlichen iranischen Hackerangriff auf die israelische Wasserversorgung durchgeführt haben. Ziel war der iranischen Hafen Shahid Rajae. Der Cyberangriff führte zu einem mehrtägigen Ausfall der Computer für die Steuerung des Verkehrs von Schiffen, Lastwägen und Gütern. Der Iran bestätigte den Cyberangriff, sprach aber von nur unbedeutenden Schäden an einigen PC.

Laut einem früheren Chef des israelischen Militärgeheimdienstes zeige der Angriff, dass Israels Cyberfähigkeiten der einer Weltmacht entsprechen und sollte eine klare israelische Botschaft an den Iran übermitteln. Die israelische Regierung kommentierte den Angriff offiziell nicht, soll aber den Cyberangriff auf die zivile Wasserinfrastruktur im März und April als bedeutende Eskalation und Überschreitung einer roten Linie durch den Iran gewertet haben.

Informationsoperationen - Desinformation und Propaganda

Ereignisse, die sich großer Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Öffentlichkeit erfreuen, werden seit jeher für die Durchführung von Cyberangriffen genutzt. So auch die nunmehr über Monate die Medien beherrschende COVID-Pandemie. Unter der Vorspiegelung wichtige vertrauliche Informationen zur Pandemie zu übermitteln, werden Schadprogramme in E-Mailanhängen mit dem Ziel verteilt, Verunsicherung und Angst zu verbreiten, und in schlecht abgesicherten Webseiten für kriminelle Zwecke lanciert. Andererseits werden Fake News aus anarchistischen Gründen verbreitet und als Desinformation und Propaganda im politischen Kampf genutzt. Insbesondere lassen sich gezielte Aktivitäten russischer staatsnaher Medien feststellen, die bereits in der Vergangenheit durch ihre Berichterstattung im Interesse des Kremls Einfluss genommen haben. Die Vorgehensweise dem Kreml nahestehender Medien deckt sich mit den Informationen, die über anzuwendende Verfahren der Informationskriegsführung der Russischen Föderation bekannt sind. Der oftmals synonym verwendete bzw. einen Teilaspekt beschreibende Begriff PSYOPS (Psychologische Operationen), der von russischer Seite u.a. in Maßnahmen zur Unterwanderung der Moral der gegnerischen Bevölkerung und Streitkräfte gesehen wird, trifft bei den beschriebenen Vorkommnissen zumindest teilweise zu.

Mit diesen Informationsoperationen soll v.a. auch die öffentliche Meinung in den eigenen Ländern im Sinne der

Regierungen beeinflusst und jegliche Verantwortung für die Krise und deren Auswirkungen externalisiert werden. Ein besonderes Gefahrenpotential liegt aktuell darin, dass links-, rechts- sowie islamistisch-terroristische Akteure und Gruppierungen staatliche Propaganda, wie jene der Russischen Föderation, aufgreifen und verstärken bzw. als Beleg oder Beweis für die eigenen Argumentationslinien verwenden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden diese Möglichkeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf Grund des geringen Aufwandes weiterhin und zunehmend genutzt werden.

Nutzung der COVID Pandemie für Cyberattacken

Unmittelbar nach dem ersten Bekanntwerden von COVID-Krankheitsfällen im Jänner wurden auch schon die ersten Falschmeldungen verbreitet. Seither ist ein massiver Anstieg an solchen Meldungen zur Desinformation und Meinungsbeeinflussung zu verzeichnen. Die Verbreitung erfolgt vor allem über Social-Media-Kanäle und unseriöse Nachrichtenmedien, manchmal auch über E-Mail. Inhaltlich werden die Auswirkungen der Krankheit bzw. der behördlichen Maßnahmen einerseits verharmlost, andererseits übertrieben dargestellt. Verschwörungstheorien (COVID-19 wäre eine biologische Waffe, eine Erfindung der Pharma-Industrie) sowie die Prophezeiung eines Zusammenbruches der Gesellschaft bis hin zur Apokalypse werden bemüht. Zu beobachten ist, dass russische regierungsfreundliche Medien und Persönlichkeiten sehr offensiv fragwürdige bzw. widersprüchliche und oft auch falsche Informationen zu COVID-19 veröffentlichen. Die zentralen Botschaften russischer Desinformationskampagnen zielen einerseits auf die USA („*Schöpfer des Virus*“, die EU („*Versagt in der Krise*“) und die Ukraine („*Unfähig, die Krise zu meistern*“). Andererseits erfolgt eine Solidarisierung mit China, gegen dessen Wirtschaft und Politik das Virus als Waffe genutzt würde. Weiters wäre die Herbeiführung der Corona-Krise ein Geheimplan einer globalen Elite.

EU und NATO bezichtigten Russland und China der Desinformation

Die EU berichtete am 25.03.2020 von einer anhaltenden Desinformationskampagne, die als pro-Kreml eingestuft wird. In dieser Desinformationskampagne wird umfassend über einen bevorstehenden Kollaps der EU spekuliert. Hierbei handelt es sich um ein immer wiederkehrendes Narrativ. Weiters wird verbreitet, dass es für Deutschland keinen Sinn mache, in der EU zu verbleiben, wenn Italien hohe Unterstützungszahlungen erhalten würde.

Der NATO-Generalsekretär stellte in einem Interview fest, dass in den Augen der NATO China und Russland gezielt Desinformation v.a. darüber verbreiten, wie die NATO auf die Pandemie reagiert. Dabei versuchten die beiden Staaten, die NATO-Verbündeten so darzustellen,

als könnten diese nicht zusammenarbeiten und u.a. ihre älteren Menschen nicht schützen.

US-Studie über Twitter-Botaktivitäten bei Desinformationskampagnen

Unter einem Bot versteht man ein Computerprogramm, das weitgehend automatisch sich wiederholende Aufgaben abarbeitet, ohne dabei auf eine Interaktion mit einem menschlichen Benutzer angewiesen zu sein. Die Carnegie Mellon University veröffentlichte Erkenntnisse aus einer Studie über Botaktivitäten auf Twitter in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sowie den Online-Diskussionen „*Stay-at-home*“ und „*Reopening America*“. Insgesamt habe die Universität seit Jänner 2020 mehr als 200 Mio. Social Media-Einträge in Verbindung mit der Pandemie analysiert. Die Analysen ergaben, dass zirka die Hälfte der Einträge und Konten durch Bot-Programme erstellt wurden. Rund um die COVID-19-Pandemie habe es im Zeitraum von 29.01 bis 04.03.2020 eine Anzahl von insgesamt 67 Mio. Einträgen ergeben. 45,5% der „*Personen*“, die über die COVID-19-Pandemie twitterten, seien Bots. Von den 50 einflussreichsten „*Retweatern*“ wären 82% Bots, bei den Top-1.000 liege die Anzahl bei 62%. Nahezu 50% der Konten, die an der Social Media-Diskussion beteiligt sind, sind automatisierte Systeme (Bots). Die Bots wären glaubhaft gestaltet und schwer erkennbar.

Nach Angaben der Forscher ist nicht feststellbar, wer diese Bot-Kampagnen konkret steuert. Einige Bots wiesen mit ihrem Profil auf staatlich geführte Bots hin, eine definitive Zuordnung des Ursprungs sei nach Angaben des Forschungsteams nicht möglich.

Deutsche Behörden verdächtigen einen russischen Sender und registrieren eine intensivere chinesische Corona-Desinformation

Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und andere deutsche Behörden haben wegen gezielt gestreuter Falschinformationen zur Corona-Krise den staatlichen russischen Internetsender „*RT Deutsch*“ im Verdacht. Hintergrund ist die seit Wochen relativierende und instrumentalisierende Berichterstattung des Senders „*RT Deutsch*“ zum Thema Corona. Die Maßnahmen der Bundesregierung würden als „*Panikmache*“ kritisiert und als Versuch, „*mehr Kontrolle über die Gesellschaft zu erlangen*“. Vorsichtsmaßnahmen würde in Teilen der Nutzen abgesprochen und die Epidemie als Ganzes infrage gestellt. Durch „*gezielte Falschinformationen*“ könne „*die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht sein*“, sagte ein Sprecher des Ministeriums in Berlin.

Weiters hat der deutsche Verfassungsschutz eine intensivere „*Informations- und Propagandapolitik*“ Chinas registriert. Peking versuche, die Rolle Chinas als Ursprungsland des Virus in Zweifel zu ziehen und sich als verlässlicher Partner und Krisenbewältiger darzustellen.

Dazu sollen chinesische Diplomaten auch Twitter-Konten verwenden. Allein 2019 sollen mehr als 30 chinesische Diplomaten, Botschaften und Konsulate Twitter-Konten eröffnet haben.

Rechtsextreme Desinformation zu COVID-19 Krise in den USA

Laut verschiedenen Beobachtern rechtsextremer Gruppen in den USA konnte seit Beginn der COVID-19 Krise ein Anstieg rechtsextremer Aktivitäten im Internet beobachtet werden. So sollen sogenannte "*Beschleuniger*"-Gruppen Chaos säen wollen, um den Zusammenbruch der US-Gesellschaft voran zu treiben, um an ihrer Stelle eine „*Herrschaft der weißen Rasse*“ zu etablieren. Über verschlüsselte Messenger-Dienste, wie z.B. Telegram, rufen Neonazi-Gruppen in den USA dazu auf, Gewaltakte durchzuführen. In unterschiedlichen Online-Einträgen haben Neonazi-Gruppen die Pandemie als Bedrohung für die liberale Demokratie bekräftigt und begrüßt. Die Krise wird als Gelegenheit gesehen, die rechtsextremen Agenden voranzutreiben und diese Ziele mit Gewalttaten zu verwirklichen. Bereits im März 2020 warnte das FBI, dass rechtsextremistische Gruppierungen ihre Mitglieder aufrufen, Personen jüdischen Glaubens und Polizisten absichtlich mit COVID-19 zu infizieren. Ein Mitglied einer rechtsradikalen Gruppierung veröffentlichte einen Acht-Punkte-Plan für „*The Boog*“ - ein Begriff für einen drohenden Bürgerkrieg. Dieser Plan ruft Gleichgesinnte auf, Terror- und Sabotageakte durchzuführen und gleichzeitig die lokale Bevölkerung zu ermutigen, sich der Sache anzuschließen, wenn nötig mit Gewalt. Zudem wird aufgerufen, wichtige US-Bundesbehörden sowie NATO- und US-Militäreinrichtungen anzugreifen. All diese Aktivitäten werden durch die gezielte Verbreitung von Desinformationen unterstützt. So wird u.a. darüber berichtet, dass weiße Menschen weniger anfällig für COVID-19 seien und Verschwörungstheorien über die Herkunft des Virus verbreitet.

Facebook identifiziert vier voneinander unabhängige Desinformationskampagnen mit staatlichem Hintergrund

Facebook (FB) gab die Identifikation und Stilllegung von hunderten Accounts (FB und Instagram) bekannt, die durch sogenanntes „*koordiniertes unechtes Verhalten*“ im Auftrag einer Regierung oder auswärtigen Akteurs über Fake-Accounts, -Seiten und -Gruppen mit Fokus auf User in der Golfregion, den USA, Großbritannien und Kanada, zweitens auf User in der Middle East North Africa (MENA) -Region und drittens auf User in den USA aufgefallen waren. In allen drei Fällen kamen professionelle Marketingfirmen, die höchstwahrscheinlich im Auftrag von Regierungen handelten, zum Einsatz. In einem Fall gibt es laut FB Verbindungen zur Internet

Research Agency (IRA; stellt mutmaßlich zivile PSYOPS-Fähigkeiten für die Russische Föderation bereit).

Weiters gab FB die Entdeckung und Löschung von 500 zur Beeinflussung des Referendums über die Unabhängigkeit Schottlands 2014 genutzten Facebook-Konten, -Gruppen und -Seiten bekannt. Die Cyberkampagne zur Unterstützung der Austrittsbewegung soll von der staatlichen iranischen Nachrichtenagentur IRIB ausgegangen sein, aber keinen bedeutenden Einfluss ausgeübt haben. Bemerkenswert ist, dass das iranische Facebook-Netzwerk seit zumindest 2012 und auch im Zuge der republikanischen Vorwahlen in den USA aktiv war.

Weitere Desinformationskampagnen

In weiteren Desinformationskampagnen wurden Falschinformationen über die polnischen Streitkräfte und über Polizeigewalt in Taiwan verbreitet.

Am 29.05.2020, wenige Tage vor der Fortsetzung einer Teilübung im Rahmen der multinationalen Übung „*Defender Europe 2020*“ in Polen, wurde bekannt, dass mehrere polnische nationale und regionale Webseiten gehackt worden sein sollen, um Desinformationen über die polnischen Streitkräfte zu platzieren. Die Hacker sollen mit verfälschten Artikeln die Einsatzbereitschaft der Soldaten und Qualität der Ausrüstung in Frage gestellt haben. In einer Erklärung eines Regierungssprechers hieß es, dass die Desinformationen den russischen Narrativen entsprechen.

In Taiwan ermitteln Strafverfolgungsbehörden derzeit gegen sechs pro-chinesische Facebook-Konten wegen Verbreitung von Falschnachrichten über angeblich taiwanische Polizeigewalt. Sprachausdrücke und Schriftzeichen weisen auf Täter aus Hong Kong oder China hin. Die gefälschte Nachricht, die in verschiedenen Facebook-Gruppen geteilt wurde, soll die Leser gegen die taiwanische Polizei aufbringen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die taiwanische Regierung untergraben und das Ansehen Taiwans im Ausland schädigen. Die taiwanischen Behörden vermuten einen Zusammenhang mit einem tödlichen Fall von Polizeigewalt in den USA.

Cyberspionage

Die COVID-19-Pandemie schränkt durch die weltweite Reduktion des Individualreiseverkehrs auch die Operationsfähigkeit von Nachrichtendiensten ein. Ausgangsbeschränkungen oder Verordnungen betreffend den Aufenthalt im öffentlichen Raum wie in Österreich verändern die Situation in den Großstädten maßgeblich. Gleichzeitig wurden Betriebe ruhend gestellt und viele Aktivitäten des täglichen Lebens in die Online-Sphäre verlagert. Durch die eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten internationaler Nachrichtendienste

zu menschlichen Quellen ist anzunehmen, dass eine Informationsbeschaffung über das Internet (Cyber-Spionage) verstärkt betrieben wird.

Trotz der pandemiebedingten Einschränkungen zeigt die nachfolgende Auswahl an Beispielen die dynamische Entwicklung der Cyberspionage. Mit Schwergewicht werden politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und Corona-bezogene Informationen ausgespäht. Ein Schwerpunkt ist immer auch die massenhafte Ausspähung von Personen, einerseits zur Überwachung, andererseits zur Gewinnung von Ansatzpunkten für nachfolgende Angriffe.

NSA veröffentlicht Warnung vor anhaltenden russischen Cyberangriffen

Das US National Security Agency Central Security Service (NSA CSS) hat am 28.05.2020 eine Cybersicherheitswarnung vor der Ausnutzung einer Sicherheitslücke im E-Mailprogramm Exim durch den russischen Akteur „*Sandworm-Team*“ herausgegeben. Mittels einer als legitim getarnten E-Mail wird ein Schadprogramm ausgeführt, das in der Lage ist, grundlegende Rechte am Computer des Opfers auszuführen und ein Schadprogramm zu installieren. Das Sandworm-Team soll eine Hackergruppe des russischen militärischen Nachrichtendienstes (GRU) sein.

Daten über die japanischen SDF von Telekombetreiber gestohlen

Bereits im Dezember 2019 sollen Informationen über das Kommunikationsnetzwerk der japanischen Selbstverteidigungskräfte (SDF) von einem Server des japanischen Telekombetreibers NTT Communications gestohlen worden sein. Der Server beinhaltete u.a. Informationen über Kommunikationsausrüstung der japanischen Marinebasis südlich von Tokio in Yokosuka und weiteren SDF Einrichtungen. Das japanische Verteidigungsministerium untersucht derzeit, ob der Datenverlust die Einsatzbereitschaft der SDF-Kommunikationssysteme beeinflusst.

APT Dragonfly attackiert US-Flughafen

Am 14.04.2020 berichtete die IT-Sicherheitsfirma ESET von einem Cyberangriff gegen die Webseiten des Flughafens von San Francisco. Absicht der Angreifer sei das Hacken von ausgewählten Benutzerdaten gewesen. Der Cyberangriff wird durch ESET aufgrund der Methodik der seit dem Jahr 2011 aktiv mutmaßlich russischen Cyberspionagegruppe APT Dragonfly (auch Energetic Bear genannt) zugeordnet. APT Dragonfly werden Cyberspionageangriffe gegen Rüstungs-, Luftfahrt- und Energieunternehmen sowie Regierungsbehörden zugeordnet.

Die US Defense Counterintelligence and Security Agency (DCSA) warnt zivile Vertragspartner vor chinesischer Spionage

Am 15.04.2020 warnte die u.a. für industrielle Sicherheit zuständige DCSA 38 Vertragspartner, darunter auch auf Medizintechnologie spezialisierte Unternehmen, über einen Cyberspionage-Vorfall, der mit hoher Wahrscheinlichkeit der chinesischen, staatlichen Cyberspionagegruppe „*Electric Panda*“ zugerechnet werden kann. „*Electric Panda*“ ist zumindest seit 2016 aktiv und soll seit 01.02.2020 verstärkt Vertragsfirmen des US-Verteidigungsministeriums angegriffen haben, die in den Bereichen Medizintechnik, Risikoanalyse, Raum-, Luft- und Seefahrt, Cybersicherheit und IKT-Technologie tätig sind.

Systematische Wirtschaftsspionage durch China

Die Firma BlackBerry deckt in einem neuen Bericht die Spionageaktivitäten von fünf APT-Gruppen auf, die mutmaßlich im Interesse der chinesischen Regierung arbeiten. Die im Bericht als Winnty Group, PassCV, BRONZE UNION (APT-27 bzw. Emissary Panda), CASPER und WLNXSPLINTER identifizierten Gruppen greifen seit fast einem Jahrzehnt systematisch Linux-Server, Windows-Systeme und mobile Geräte an. Es handelt sich wahrscheinlich um zivile Auftragnehmer, die im Interesse der chinesischen Regierung arbeiten und Tools, Techniken, Infrastruktur und zielgerichtete Informationen untereinander sowie mit Regierungsvertretern austauschen.

Anstieg von Cyberangriffen durch APT-41

Gemäß einem Bericht der US-amerikanischen Cybersicherheitsfirma FireEye wurden durch die mutmaßlich chinesische Cyberspionagegruppe APT-41 zwischen 20.01.2020 und 11.03.2020 mehr als 70 Organisationen weltweit Ziel von Cyberangriffen, u.a. in Australien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Malaysia, Mexiko, Philippinen, Polen, Katar, Saudi-Arabien, Singapur, Schweden, Schweiz, Vereinigten Arabische Emirate, dem Vereinigten Königreich und den USA. Unter den Zielen befanden sich u.a. Firmen im Bank-/Finanzwesen, Baugewerbe, Verteidigungsindustrie, Regierungen, Gesundheitseinrichtungen, Hochtechnologie, Medien, gemeinnützige Organisationen, Öl- und Gasindustrie, Petrochemie, Pharmazie, Immobilienbranche, Telekommunikation und im Transportwesen. APT-41 ist seit mindestens 2012 aktiv. Die Aktivitäten von APT-41 scheinen im Einklang mit Chinas Fünfjahresplan für wirtschaftliche Entwicklungen zu stehen. Dabei werden ausländische Firmen/Branchen als Ziele definiert, um diesen Fünfjahresplan mit Cyberaktivitäten zu unterstützen. Neben der Sammlung von strategischen Informationen wurden auch finanziell motivierte Angriffe auf die Online-Gaming-Branche der APT-41 zugerechnet.

Chinesische Spionageoperationen im asiatisch-pazifischen Raum

Am 07.05.2020 veröffentlichte die israelische Cybersicherheitsfirma Checkpoint einen Bericht über eine laufende Cyberspionageoperation gegen verschiedene Regierungseinrichtungen im asiatisch-pazifischen Raum. Bei dem Angreifer soll es sich um eine als APT „Naikon“ (APT-30) bekannte, vermutlich chinesische Hackergruppe handeln, die bereits 2015 versuchte, Regierungseinrichtungen in Australien, den Philippinen, Vietnam, Thailand, Myanmar und Brunei auszuspionieren. Unter den betroffenen Regierungseinrichtungen befanden sich Außenministerien, Wissenschaftsministerien, aber auch Staatsbetriebe.

Cyberangriff gegen chinesische Regierungseinrichtungen im In- und Ausland

Beginnend im März 2020 bis April 2020 waren chinesische Regierungsbehörden in Peking und Shanghai sowie diplomatische Vertretungen im Ausland Ziel einer Cyberspionagekampagne. Dabei wurden nach Angaben der chinesischen IT-Sicherheitsfirma Qihoo 360 rund 200 VPN-Server des chinesischen VPN-Anbieters Sangfor u.a. in Europa, Asien und Afrika kompromittiert. Der Cyberangriff wird der APT „DarkHotel“ (APT-C-06) zugeordnet, die seit 2007 von der koreanischen Halbinsel ausgehend aktiv ist. Ein Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie wird aufgrund der Ausspähungsziele (Transportwege, Maßnahmen zur Eindämmung, wirtschaftspolitische Beziehungen zwischen China und anderen Ländern) angenommen. Bereits am 23.03.2020 meldete die

Nachrichtenagentur Reuters einen „DarkHotel“-Cyberspionageangriff gegen die Weltgesundheitsorganisation WHO. Im Fokus von DarkHotel standen bisher Cyberspionagekampagnen gegen Regierungsbehörden und führende Unternehmen, z.B. im Bereich Technologie- und Rüstungsindustrie.

Britische Universitäten und Forschungseinrichtungen ausspioniert

Ab 01.05.2020 wurde in britischen Medien berichtet, dass Russland und der Iran wahrscheinlich hinter aktuellen Cyberspionageangriffen gegen britische Universitäten und Forschungseinrichtungen stehen. Ziel der Angreifer sollen dabei Forschungen in Zusammenhang mit COVID-19, wie etwa Impfstoffentwicklung oder Bewältigungsstrategien, gewesen sein. Das nationale Cybersicherheitszentrum (NCSC) stellte fest, dass sich der Anteil der Cyberspionageversuche mit Verbindung zu COVID-19 erhöht habe, wobei die Gesamtzahl der Angriffe, die staatlichen Akteuren zugerechnet werden, gleichgeblieben ist. Neben Russland und dem Iran sollen auch chinesische Akteure aktiv sein.

Langjährige Spionage-Operation gegen syrische Regimegegner aufgedeckt

Die auf mobile Anwendungen spezialisierte IT-Sicherheitsfirma Lookout deckten eine seit zumindest bis Jänner 2018 laufende Cyberspionageoperation gegen Regimegegner in Syrien und benachbarten Ländern auf. Bei der Untersuchung des Vorfalls wurden Hinweise auf die Verwendung syrischer Kommunikationsinfrastruktur und die regierungstreue syrische Hacker-Gruppe „Syrian Electronic Army“ (SEA) gefunden. Die SEA soll ihre Opfer mittels Schadsoftware mit Bezeichnungen wie „Telegram Covid_19“, „Android Telegram“, „Threma Arabi“ infiziert haben. Die SEA bekannte sich erst Anfang April letztmalig zu Cyberangriffen (Defacement) auf Webseiten der US-Firmen PayPal und Ebay.

Iranischer Messenger-App zur Überwachung genutzt

Ein ukrainischer Sicherheitsforscher fand auf einem schlecht geschützten Server Informationen von 42 Millionen Konten eines Messenger-Dienstes. Nahezu alle Konten stammten aus dem Iran und sind mit dem Messenger-Dienst Telegram verbunden. Telegram stellte aber in einer offiziellen E-Mail fest, dass die Daten von einer inoffiziellen Version der Anwendung stammen sollen. Auf dem Server fanden sich Daten mit Nutzernamen, Telefonnummern, Nutzer-Biografien und mit den Konten verbundene Hash-Werte. Der Server enthielt zudem ein Logo mit einem weißen Adler und der Nachricht „Willkommen im Verfolgungssystem“ in Farsi. Nachdem der Sicherheitsforscher die Iranische Cybersicherheitsbehörde verständigt hatte, wurde der Server jedoch vom Netz genommen. Einige der inoffiziellen Anwendungen, die denselben Quellcode wie Telegram nutzen, wurden bereits zuvor mit Spionage-Versuchen der iranischen Regierung in Verbindung gebracht. Weitere Nachforschungen ergaben, dass der betroffene Server in Teheran und mit einer E-Mailadresse registriert wurde, die zuvor bereits von der staatlichen iranischen Hackergruppe mit der Bezeichnung „Charming Kitten“ verwendet wurde. „Charming Kitten“ hat bereits in der Vergangenheit Webseiten aufgesetzt, welche die Anmeldeseite von Telegram imitierten, um an Nutzerdaten zu gelangen.

Chat-App ToTok - ein Spionagetool der VAE

Da in den Vereinigten Arabischen Emiraten populäre Messenger Applikationen wie WhatsApp, Apple Face Time oder SKYPE nur eingeschränkt bzw. gar nicht funktionieren, ist die kostenlose Applikation ToTok sehr populär und allein aus dem Google Play Store mehr als 10 Millionen Mal von Usern aus den VAE, dem Nahen/Mittleren Osten, Europa, Asien, Afrika und Nordamerika heruntergeladen und installiert worden. ToTok ist eine adaptierte englisch- und arabischsprachige Variante der chinesischen Video-Anrufapplikation

YeeCall und greift u.a. auf Kamera, Speicher, Lokation, Mikrofon, Telefon, Kalender, Kontakte, WIFI, Fotos, Device ID & Call Information, Identität und Kontakte zu. Mutmaßlich ist die möglichst umfassende Überwachung (jede Unterhaltung, Bewegung, Verbindung, Verabredung, Ton- und Bilddateien) von Personen beabsichtigt. Die Breej Holding, von der die App stammt, ist vermutlich ein Tarnunternehmen für Dark Matter, eine IT-Firma aus Abu Dhabi, bei der Wissenschaftler aus Europa, Asien, den VAE aber auch ehemalige NSA-Mitarbeiter und frühere Mitarbeiter des israelischen Militärgeheimdienstes arbeiten sollen. Wegen möglicher Verstrickungen in kriminelle Aktivitäten im Internet soll das FBI gegen Dark Matter ermitteln. Apple und Google haben mittlerweile ToTok aus ihren App-Stores entfernt, während sie in den Stores von Huawei, Samsung, Xiaomi und Oppo immer noch herunterladbar ist.

Cyberkriminalität

Die Cyberkriminalität steigt weltweit und auch in Österreich nach wie vor massiv an. Laut neuester polizeilicher Kriminalstatistik wurden 2019 in Österreich 28.439 (nach 19.600 im Jahr 2018) Kriminalfälle im Internet angezeigt. Zumeist Unternehmen, jedoch immer häufiger werden auch Behörden attackiert, mit der Zielrichtung, Geld zu erpressen. Auch können Versuche, von durch Regierungen bereitgestellte Finanzhilfen Geld abzuzweigen, beobachtet werden. Mehrere wichtige Malware-Familien wurden bereits in den frühen Phasen des COVID-19 eingesetzt und werden weiterhin von Cyberkriminellen eingesetzt, manchmal mit verbesserten Techniken. Es ist zu beachten, dass die Verwendung von COVID-19 als Lockmittel für die Verbreitung von Malware opportunistisch ist; dieselben Cyberkriminellen hätten ihre Angriffe wahrscheinlich ohnehin durchgeführt.

Europol warnt vor Zunahme der Cyberkriminalität

Europol warnte am 03.04.2020 in Den Haag vor einer massiven Zunahme der Cyberkriminalität in der Corona-Krise. Den Angaben der Behörde nach ergeben sich angesichts einer Rekordzahl potenzieller Opfer in der EU, die wegen der Pandemie zu Hause bleiben und dort Online-Dienste nutzen, viele Möglichkeiten für Cyberkriminelle, Schwachstellen auszunutzen.

Die Polizeibehörde warnt darin unter anderem vor dem sogenannten Phishing. Dabei versuchen Täter etwa mit Hilfe gefälschter Websites, E-Mails oder SMS, an persönliche Daten von Internetnutzern zu kommen, um deren Konten zu plündern. Zudem gebe es Anzeichen für eine Zunahme von Ransomware-Attacken, wobei ganze Computersysteme gestört oder lahmgelegt werden, um Lösegeld zu erpressen.

Nordkoreanische Hacker versuchen vermehrt, Kryptowährungen zu stehlen

Berichten der Cybersicherheitsfirma ESET zufolge haben Hackergruppen mit Verbindung zu Nordkorea (v.a. die Lazarus-Gruppe) ihre Aktivitäten seit der Verschärfung der COVID-19 Krise intensiviert. Ziel der Cyberangriffe ist neben Cyberspionage das Stehlen von digitalem Geld (Kryptowährung) wie z.B. Bitcoins. Die Schließung der Grenze zwischen Nordkorea und China hat die bereits aufgrund der internationalen Sanktionen angeschlagene wirtschaftliche Lage des Landes noch einmal verschärft. Die Cyberkampagnen dienen daher mutmaßlich der Aufstockung der nordkoreanischen Staatskassa.

Maze Ransomware trifft einen US-Technologiegiganten

Das international operierende IT-Unternehmen Cognizant Technology Solutions (CTS) mit mehr als 290.000 Angestellten ist u.a. IT-Backbone für mehrere am Weltmarkt führende Unternehmen. Letzteres wurde am 18.04.2020 mit der Maze-Ransomware attackiert. Im Gegensatz zu anderen Erpressungstrojanern hat es Maze nicht nur auf Lösegeld durch die Verschlüsselung von Daten abgesehen, sondern stiehlt auch Informationen und droht den Opfern mit Bloßstellung durch Veröffentlichung firmeninterner Daten im Internet.

Cyberangriff auf das deutsche Gesundheitsunternehmen Fresenius-Group

Fresenius ist einer der größten privaten Krankenhausbetreiber Europas sowie im Pharma- und Gesundheitsdienstleistungsbereich mit mehr als 290.000 Mitarbeitern weltweit tätig. Die Produktion von Pharmazeutika von Fresenius Kabi wurde durch einen Cyberangriff mit Erpressungssoftware auf ein IT-System der Fresenius Group beeinträchtigt. Fresenius Kabi produziert u.a. Infusionstherapien und Schmerzmittel, die während der COVID-19 Pandemie sehr gefragt sind. Die privat geführten Krankenhäuser von Fresenius waren von dem Vorfall nicht betroffen.

Neue Trickbot-Variante attackiert Telekommunikationseinrichtungen

Unbekannte Akteure führen zumindest seit dem 30.01.2020 Cyberangriffe mit einer neuen Variante des Trickbot-Trojaners gegen Ziele in den USA und Hongkong durch. Trickbot ist ein erstmals 2016 erkannter Trojaner, der zum Abgreifen von Geld über Online-Bank- und PayPal-Konten programmiert wurde. Hauptsächlich sind Telekommunikationsdienstleister, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Finanzdienstleister, Banken und Universitäten betroffen. Neu an dieser Trickbot-Variante ist das Brute-Force-Plugin, der modulare Aufbau und die Nutzung des Eternalromance-Exploits wie beim WannaCry. Trickbot sammelt Browserinformationen, Passwörter und

Benutzernamen, Finanzinformationen und Details über verschiedene Verzeichnisse. Außerdem werden im kompromittierten Computersystem wiederholt Brute-Force-Angriffe durchgeführt, um weitere Anmeldeinformationen zu stehlen. Die Angriffsinfrastruktur umfasst mehr als 2.900 Server, von denen die meisten in Russland lokalisiert wurden. Pro Monat werden mehr als 100 neue IP-Adressen für C2-Server hinzugefügt. Eine IP-Adresse wird durchschnittlich für 16 Tage verwendet. Des Weiteren haben die Akteure um diesen Trojaner ein sogenanntes Malware-as-a-Service-Modell (MaaS) aufgebaut. Laut den Informationen wird dieser Service an andere von Nationalstaaten unterstützte Cyber Crime-Gruppierungen und Hacker vermietet.

Der modulare Aufbau des Trojaners ermöglicht den Akteuren eine individuelle Anpassung an ihre Anforderungen. Es ist davon auszugehen, dass die einzelnen Cyberangriffe von Akteuren mit unterschiedlichen Absichten durchgeführt wurden. Angriffe gegen Universitäten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Telekommunikationsdienstleister dienen höchstwahrscheinlich der Ausspähung von sensiblen Forschungsergebnissen oder personenbezogenen Daten (Cyberspionage) und sind daher der Cyberspionage zuzuordnen. Cyberangriffe gegen Finanzdienstleister und Banken dienen der Beschaffung von finanziellen Mitteln und fallen somit in den Bereich der Cyberkriminalität.

Gegenmaßnahmen

Im ersten Halbjahr 2020 wurden langfristig geplante Schutzmaßnahmen weiterentwickelt bzw. fertiggestellt aber auch aus aktuellem Anlass Maßnahmen verfügt. Zu erwähnen ist die neue NATO-Doktrin für Cyber-Operations sowie diverse US-amerikanische Erlässe. Auf operativer Ebene wurden verschiedene Maßnahmen von Strafverfolgungsbehörden, Nachrichtendiensten aber auch zivilen Firmen erfolgreich gesetzt bzw. intensiviert. Australien hat sogar offensive Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationskampagnen angekündigt.

Zukünftig werden nationale Instrumente zur strategischen Kommunikation dauerhaft einzurichten sein. Deren Aufgaben werden die Beobachtung und Analyse des Nachrichtenmarktes, die Erkennung von Desinformationskampagnen, die Beratung der strategischen Ebene, die Durchführung von Gegenmaßnahmen, die Information der Öffentlichkeit sowie die nationale und internationale Zusammenarbeit sein. Mit einem solchen Instrument könnte die Frühwarnung und rasche Bekämpfung von Informationsoperationen im Rahmen von hybriden Szenarien sichergestellt werden.

NATO – neue Doktrin für Cyberspace Operationen

Für gemeinsame Operationen der NATO wurde eine neue Doktrin zur Planung, Durchführung und Beurteilung von Cyberspace-Operationen (Allied Joint Doctrine for Cyberspace Operations (CO)) erarbeitet. Die Doktrin konzentriert sich auf die Grundsätze der gemeinsamen CO, dient als Leitfaden für Kommandeure, Stäbe und Streitkräfte der NATO und stellt auch eine Referenz für zivile und nicht der NATO angehörende zivile Akteure der NATO dar. Die Durchführung von Operationen und Missionen des Bündnisses richtet sich auch in Zukunft nach dem Völkerrecht und dem innerstaatlichen Recht der beteiligten Staaten. In diesem Rahmen spielen rechtliche Erwägungen im Entscheidungsprozess und während einer Operation eine Schlüsselrolle.

US-Präsident reguliert Soziale-Medien- Plattformen und verfügt ein Kaufverbot für Energiesektor-Ausrüstung von „gegnerischen“ Staaten

Die vom US-Präsidenten am 28.05.2020 unterzeichnete Verordnung räumt den US-Regulierungsbehörden die Befugnis ein, Unternehmen wie Facebook und Twitter Vorgaben zur Prüfung der Inhalte auf ihren Plattformen zu machen. Die Verordnung soll den Communications Decency Act novellieren, gemäß dem die sozialen Netzwerke im Allgemeinen nicht für Inhalte verantwortlich sind, die von ihren Benutzern gepostet werden, sondern bei Bedarf z.B. obszöne, belästigende oder gewalttätige Inhalte entfernen können. In der neuen Verordnung wird darauf hingewiesen, dass diese Immunität nicht gilt, wenn ein soziales Netzwerk die von seinen Nutzern veröffentlichten Inhalte bearbeitet und fordert vom Kongress, das Gesetz zu ändern.

Schon am 01.05.2020 erließ der US-Präsident eine Präsidentenverordnung zum Schutz des US-Energiesystems, die den Erwerb von elektronischer Ausrüstung beschränken soll. Der Energieminister wurde angewiesen, Regeln zu erlassen, die es US-Firmen untersagen, Ausrüstung zu erwerben, die das nationale Energiesystem verwundbar für Cyberangriffe machen könnte.

US-Behörden setzen eine Belohnung für Hinweise auf nordkoreanische Hacker aus

Am 15.04.2020 wurde durch US-Behörden eine Belohnung von bis zu 5 Mio. Dollar für Informationen über eine Cyberbedrohung aus Nordkorea gegen die USA und die Internationale Gemeinschaft ausgelobt. Besondere Besorgnis riefen die cyberkriminellen Machenschaften Nordkoreas zur Umgehung der von den USA und den VN verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit dessen Programm zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen hervor. Im Speziellen zeigen sich die US-Behörden über

die als „*Hidden Cobra*“ und u.a. auch „*Lazarus-Gruppe*“ bezeichnete nordkoreanische Hackergruppe tief besorgt. Den Angaben zufolge soll Nordkorea bereits die Fähigkeit besitzen, US-Infrastrukturen mit Cybermitteln zu stören und zu zerstören. Derzeit nutzt Nordkorea laut US-CERT die Cyberfähigkeiten auch, um Geld von Finanzinstituten zu stehlen, Unternehmen zu erpressen oder fremde Computersysteme auszunutzen, um Erlöse aus digitalen Währungen für Nordkorea zu generieren.

Einsatz von KI und Netzwerkanalysen in Medienarbeit

Mit einem neuen „Politischen Aktionskomitee“ (PAC) und der Gruppe „*Defeat Disinfo*“ will die Demokratische Partei der USA „*Online-Desinformationen und -kampagnen von US-Präsident Trump bzw. der Republikanischen Partei in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie*“ aufdecken und entgegenwirken. Beraten wird das Komitee von General i.R. McChrystal, u.a. ehemaliger Kommandant der US-Streitkräfte in Afghanistan. Er erklärte sein Interesse an PAC mit der Gewährleistung von wahren Informationen im Vorfeld der Wahl. Die Leitung über „*Defeat Disinfo*“ hat C. Hougland, Gründer des Technologie-Start-ups „*Main Street One*“. „*Main Street One*“ ist Anbieter von zielgerichteten Mikrokampagnen, unter Abstützung auf Online-Diskurse (bezahlter) Verbreitung durch Einflussagenten (Influencer). Main Street One soll in Osteuropa aktiv gewesen sein, um russischer Propaganda entgegenzuwirken, aber auch bereits in Wahlkämpfen die Demokraten unterstützt haben. Gemäß Medienberichten ist geplant, dass „*Defeat Disinfo*“ eine Open-Source-Technologie verwenden soll, die im Jahr 2015 mit finanzieller Unterstützung der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) des Pentagon zur Bekämpfung des Extremismus im Ausland entwickelt bzw. eingesetzt wurde. Dabei werden Künstliche Intelligenz und Netzwerkanalysen eingesetzt. Die erklärte Absicht von „*Defeat Disinfo*“ ist es, Behauptungen von US-Präsident Trump in Sozialen Medien zu erfassen und Gegen-Narrative über durch ein teils bezahltes Netzwerk von 3,4 Mio. „*Influencern*“ zu verbreiten. Die automatisierte Verbreitung von Inhalten (Ausnutzung von Bots) sei nicht vorgesehen.

Anklage gegen vier mutmaßliche chinesische Hacker

Das US-Justizministerium gab am 10.02.2020 bekannt, dass nach einem Hacker-Großangriff auf den US-Finanzdienstleister Equifax insgesamt vier chinesische Militärangehörige angeklagt wurden. Die vier Angehörigen der chinesischen Volksbefreiungsarmee sollen 2017 in die Computersysteme von Equifax eingebrochen sein und Daten von rund 145 Millionen US-Bürgern, fast jedem zweiten US-Bürger, gestohlen haben. Die vier angeklagten Chinesen arbeiteten demnach für ein Forschungsinstitut, das zu den chinesischen

Streitkräften gehört. Die US-Justiz legt ihnen unter anderem Online-Betrug und Wirtschaftsspionage zur Last.

Ukrainische Sperre russischer Internetdienste soll verlängert werden

Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine hat am 24.04.2020 einen Entwurf über eine Verlängerung der Sperre russischer Internetdienste für die nächsten drei Jahre vorbereitet. Dieser sieht Sanktionen gegen mehr als 400 juristische und natürliche Personen vor, u.a. gegen die sozialen Netzwerke „*Vkontakte*“ und „*Odnoklassnik*“, die Suchmaschine „*Yandex*“ und den E-Mail-Anbieter „*Mail.ru*“ sowie die Internetdienste „*Doktor Web*“, „*Kaspersky Lab*“, „*1C*“ und „*Parus*“.

Fünfehn „Anbieter“ von DDoS-Attacken ausgeforscht

In Zusammenarbeit mit Europol, Interpol und FBI haben niederländische Behörden 15 „Anbieter“ von DDoS-Angriffen ausgeforscht. Weiters wurde bekanntgegeben, dass in Zusammenhang mit dem DDoS-Angriff gegen niederländische Regierungswebseiten im März 2020 eine verdächtige Person festgenommen werden konnte. Betroffen waren zwei Webseiten der Regierung, wobei durch den Angriff vorübergehend keine digitalen Behördenangelegenheiten möglich waren.

Russland: Ausbau der Kontrolle über die Internetnutzung

Die russische Regierung will ihre Kontrolle über die Internetnutzung im eigenen Land weiter ausbauen: Ein am 20.04.2020 bekanntgewordener neuer Gesetzesentwurf sieht ein striktes Vorgehen gegen Tools vor, die zur Piraterie genutzt werden könnten. Konkret sieht die Erweiterung des russischen Copyright-Gesetzes vor, dass die Telekombehörde Roskomnadzor künftig App- oder Webseitenbetreiber kontaktiert und zur Entfernung ihrer Tools auffordert – so die Behörden dieses als problematisch identifizieren. Die Entwickler müssen dann innerhalb eines Tages reagieren oder mit einer Blockade ihres Angebots rechnen. Sollte diese Blockade nicht greifen, sieht das Gesetz Maßnahmen gegenüber der nächsthöheren Instanz vor. Bei Webseiten wäre das also dann der jeweilige Provider, der mit einer Blockade bedroht wird. Und im Smartphone-App-Modell entspräche dies den App Stores von Apple und Google – oder auch anderen Plattformen.

Türkischer Gesetzesentwurf mit Vorgaben für Social-Media-Anbieter

Im April wurde ein türkischer Gesetzesentwurf mit u.a. auch Vorgaben für Anbieter von Social-Media-Plattformen mit täglich mehr als 1 Mio. Nutzern in der Türkei bekannt. Wenn diesen Vorgaben nicht nachgekommen werde, müsste man mit einem

Gerichtsbeschluss rechnen, in dem die Übertragungsbandbreite bis zur Hälfte und nach weiteren 30 Tagen um 95% reduziert wird. Weiters sei geplant, dass Nutzerdaten verpflichtend in der Türkei gespeichert werden müssen und Anbieter für Inhalte verantwortlich sind. Auf Behördenanfragen müsse innerhalb von 72 Stunden unter Androhung von Geldstrafen reagiert werden. Regierungskritische Medien sehen in dem Gesetz den Versuch, neben Personendaten auch Kontrolle und Zensurmöglichkeiten über Online-Inhalte zu erlangen.

Australien bekämpft Cyberkriminelle auch im Ausland offensiv

Aufgrund der stark gestiegenen Cyberkriminalität in Australien in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sollen nun offensive Cybermittel gegen Cyberkriminelle im Ausland zum Einsatz kommen. Dazu erfolgte eine Mobilisierung des „*Australian Signals Directorate*“ (ASD, Fernmeldeaufklärung). Außerdem arbeitet das australische Cyber Security Center (ACSC) mit Google und Microsoft zusammen, um Webseiten mit falschen bzw. irreführenden Inhalten für Nutzer zu kennzeichnen.

Cybersicherheitsbündnis Charter of Trust (CoT)

Dem CoT gehören mittlerweile u.a. Konzerne wie Siemens, Allianz, Deutsche Telekom, Airbus, IBM Infineon, NTT und das Hasso-Plattner-Institut an. Das Ziel der derzeit 17 Partner sei es, die Cybersicherheit zu verbessern und dafür ihre Produkte von der nächsten Generation an ab Werk bereits sicherer zu machen. CoT gab an, die Cybersicherheit durch Mindestanforderungen an ihre Lieferanten verstärken zu wollen. Demnach seien bis zu 60% der Cyberattacken im Ursprung auf Lücken in der Lieferkette zurückzuführen. CoT gab an, v.a. kleine Zulieferer auch bei der internen Aus-, Fort und Weiterbildung unterstützen zu wollen.

Facebook – und Twitter bekämpfen Falschmeldungen

Facebook kündigte zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung von Falschmeldungen mit Bezug zu COVID-19 an. So sollen mittlerweile mehr als 2 Milliarden Anfragen über das FB-eigene COVID-19 Informationszentrum zu offiziellen Informationen umgeleitet worden sein. FB arbeitet nun mit mehr als 60 Organisationen zusammen, die Fakten und Inhalte in 50 Sprachen prüfen. Wenn eine Information schädliche Falschinformationen enthält, die gesundheitlichen Schaden verursachen könnte, wird diese gelöscht. Die übrigen Falschmeldungen werden, wenn sie von Faktenprüfern als falsch beurteilt wurden, in ihrer Verbreitung eingeschränkt und mit Warnhinweisen versehen sowie Duplikate der Falschmeldung aufgespürt. Allein im März 2020 wurden 40 Millionen Beiträge basierend auf 4.000 Artikeln mit Bezug zu COVID-19

von unabhängigen Faktenprüfern überprüft. Neu ist, dass zukünftig auch Nutzer verständigt werden, die in der Vergangenheit Informationen zu COVID-19 konsumiert haben, die mittlerweile als falsch eingestuft und entfernt wurden. Gleichzeitig sollen diese Nutzer mittels der neuen Funktion „*Get The Facts*“ zu korrekter Information weitergeleitet werden.

Haftbefehl gegen vermeintlichen russischen Hacker Dimitri Badin

Mitte Mai wurde durch die deutsche Generalstaatsanwaltschaft ein internationaler Haftbefehl gegen den mutmaßlichen russischen Hacker Dimitri Badin (29) erwirkt. Badin wird vorgeworfen, eine wesentliche Rolle bei dem Cyberangriff auf das deutsche Bundestagsnetz im Jahr 2015 gespielt zu haben. In wenigen Wochen wäre die Tat verjährt gewesen. Bei dem Cyberangriff wurden mehrere Gigabyte sensibler Daten gestohlen, darunter auch die E-Mail-Kommunikationen von zahlreichen Abgeordneten. Badin soll der Hackergruppe APT-28 („*Fancy Bear*“), die dem russischen militärischen Geheimdienst GRU zugerechnet wird, angehören. Bundeskanzlerin Merkel hat nach Erlassung des Haftbefehls den Vorfall als „*ungeheuerlich*“ bezeichnet und Russland Konsequenzen angedroht.

Badin ist zudem eine von zwölf Personen, gegen die in den USA im Juli 2018 Anklage wegen Einmischung in die US-Präsidentschaftswahlen 2016 erhoben wurde. In dem Fall wird ihm das Eindringen in die Computersysteme der Demokratischen Partei sowie das Stehlen und Veröffentlichen von dabei gewonnenen Daten vorgeworfen. Von einer Auslieferung des mutmaßlichen Täters, ob an die USA oder an Deutschland, kann nicht ausgegangen werden. Von offizieller Seite hat Russland jegliche Beteiligung an den Hackerangriffen zurückgewiesen.

Walter J. Unger

Die Corona-Krise als wirtschaftliche Herausforderung

Die kommende Krise

Für eine realistische Prognose der ökonomischen Auswirkungen von COVID-19 eignen sich derzeit drei traditionelle Anschauungsmodelle: Glaskugel, Kaffeesud und Vogelflug. In einer derart interdependenten Welt ist niemand mehr in der Lage, eine wirtschaftliche Entwicklung exakt voraussagen zu können. Die Einschätzungen der weltweit renommiertesten Ökonomen differieren daher auch von der Rezession bis zur Depression und von der Hyperinflation bis zur Deflation. Mit anderen Worten: Alles ist möglich - Nix ist fix. Eines ist bisher unbestritten: Positiv werden die Auswirkungen für die breite Masse der Bevölkerung nicht sein.

Vorweg ein kurzer Blick auf die COVID-Faktenlage: Dem Virus „SARS-2“ ist tatsächlich die Infektion und Verbreitung in 7,25 Millionen Homo Sapiens³ gelungen. Bei einer Weltbevölkerung von ca. 7,8 Milliarden Menschen entspricht dies einem Anteil von 0,09 %. Ein weitaus wichtigerer Indikator ist jedoch die Mortalität. Diese liegt derzeit (10.06.2020) bei ca. 412.000 weltweit und entspricht einem Prozentsatz von 0,005 % der Weltbevölkerung. Auch hier gibt es Unschärfen in Bezug auf die Zählweise. Verkürzt ausgedrückt: Es spießt sich an der Frage, ob eine Person „an“ oder schlicht „mit“ dem Corona-Virus verstorben ist. Nur zur Erinnerung, die Spanische Grippe hat von 1918 bis 1920 bei einer Weltbevölkerung von 1,8 Milliarden ca. 20 bis 50 Millionen Opfer gefordert (= 1,1 bis 2,8 % der Bevölkerung). Nur um nicht den Fokus zu verlieren und von vorneherein keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Das Menschenleben ist das höchste und schützenswerteste Gut unserer Spezies. Daher sind alle sinnvollen Maßnahmen zum Schutz und zur Gesundheitsprävention gut und richtig. Wobei „sinnvolle“ Maßnahmen durch die ökonomischen Ressourcen begrenzt und an den Auswirkungen zu messen sind. Wir leben nicht einem transzendenten Utopia, sondern in einer Welt, die geprägt ist durch Wettbewerb und Ressourcenknappheit.

Mit Beginn des Jahres stellt COVID-19 eine ernstzunehmende Gesundheitskrise dar. Überlastete Spitäler, Engpässe bei der medizinischen Versorgung und mehrere tausend Tote seien zu erwarten, so Gesundheitsexperten. Ausgangssperren und das Herunterfahren von Teilen der Wirtschaft sei daher das Gebot der Stunde, um weitere Infektionen zu verhindern. Immer häufiger tritt aber bereits eine weitere Tatsache in den Vordergrund: Die Maßnahmen, die zur Eindämmung

von COVID-19 beschlossen wurden, verursachen mittelfristig eine veritable globale Wirtschaftskrise. Mit 1. April 2020 waren laut AMS in Österreich rund 562.000 Personen arbeitslos. Das ist der historische Höchststand seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Chef der amerikanischen Notenbank Federal Reserve hält einen Einbruch des amerikanischen BIPs um bis zu 30% für möglich.

Als **Rezession** beschreibt man eine Phase im Konjunkturzyklus, bei der sich die Wirtschaftsaktivität abschwächt und daher das Brutto-Inlands-Produkt (BIP) schrumpft. Wenn eine Rezession über längere Zeiträume auftritt, wird sie als Depression bezeichnet.

Die Gesundheitskrise scheint mit fortschreitendem Zeitverlauf immer mehr in den Hintergrund zu treten - die sich anbahnende Wirtschaftskrise nimmt immer mehr Platz in der Lebensrealität vieler Menschen ein. Mit teilweisen radikalen wirtschaftlichen Begleitmaßnahmen versuchen Staaten die prognostizierte Rezession bereits abzufedern. Rohstoff- und Aktienmärkte scheinen teilweise verrückt zu spielen. Der folgende Artikel soll einen Überblick über die bemerkenswertesten wirtschaftspolitischen Ereignisse im Rahmen der Coronakrise geben und mögliche Auswirkungen genauer darstellen.

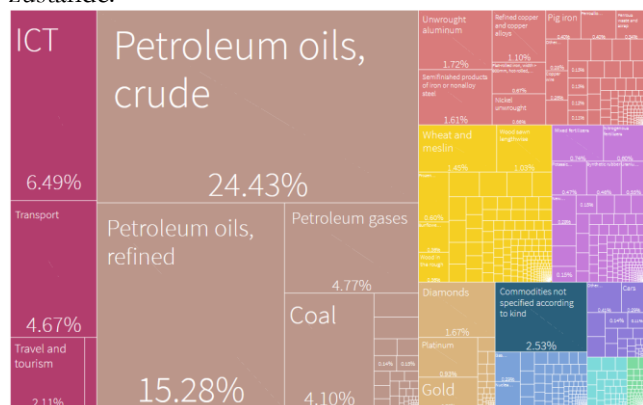
Der negative Ölpreis

Öl stellt die wichtigste Ressource unserer modernen Zivilisation dar. Es gibt keinen Produktionszweig, der direkt oder indirekt ohne Öl und seine Folgeprodukte auskommen könnte. Sei es der Transport von Gütern, oder die Verwendung von rohölbasierten Werkstoffen: Erdöl ist überall. Aufgrund dieser zentralen Funktion ist besonders der Ölpreis ein wichtiger wirtschaftlicher Indikator. Zusätzlich hat der Erdölpreis natürlich auch geopolitisch bedeutende Implikationen - einige geopolitisch-bedeutende Staaten wie Russland oder Saudi-Arabien sind zu einem großen Teil von einem hohen Ölpreis abhängig, da Erdöl ein bedeutendes Exportgut und daher eine wichtige staatliche Finanzierungsquelle darstellt.

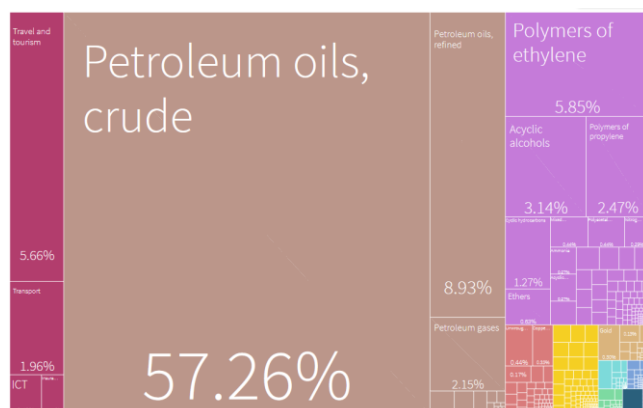
Steigt der Ölpreis, steigen zeitverzögert die Kosten für Treibstoffe und erdölbasierte Produkte. Sinkt die globale Konjunktur, sinkt auch die globale Nachfrage nach Erdöl und der Preis sinkt. Es sollte daher keine Überraschung sein, wenn aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs in der Folge von Lockdowns auch der Ölpreis signifikant zurückgeht. Der Ölpreis (konkret der West Texas Intermediate) fiel (wenn auch nur sehr kurzzeitig) auf minus 55 US-Dollar pro Fass. Ein Öilverkäufer zahlte also

³ Stand Mitte Juni 2020

tatsächlich Geld, wenn ihm jemand sein Öl abnahm. Die berechnete Frage, die sich dazu stellt: Wie kann das sein? Wie kann Öl, eine der wichtigsten Ressourcen unserer modernen Zivilisation einen negativen Wert bekommen? Bereits vor der Corona-Krise wurde zu viel Öl produziert, was den Erdölpreis deutlich gedrückt hat und Lagerkapazitäten dadurch bereits gut gefüllt waren. Auch kam eine mögliche Einigung auf eine Kürzung der Produktionsmengen, um den Ölpreis wieder nach oben zu drücken, zwischen Saudi-Arabien und Russland nicht zustande.



Übersicht russischer Exporte



Übersicht saudi-arabischer Exporte

Als entscheidender Stoß für den Ölpreis erwiesen sich aber die globalen Reiseeinschränkungen, die im Verlauf der Pandemie von immer mehr Ländern erlassen wurden. Besonders Fluglinien mussten ihren Betrieb kurzfristig einstellen und stellten logischerweise ihre Nachfrage nach Treibstoffen für ihre Flieger weitgehend ein. Fluglinien können ihren Verbrauch an Treibstoff unter normalen Bedingungen sehr gut in die Zukunft planen. Sie kaufen daher, wenn sie sich gegen Preissteigerungen am Öl-Markt absichern wollen, sogenannte „Futures“ an der Börse. Der Inhaber eines Future - Vertrags verpflichtet sich, zu einem festgelegten Zeitpunkt in der Zukunft einen vereinbarten Rohstoff zu einem gewissen Preis zu kaufen.

Plötzlich benötigten Fluglinien und andere Unternehmen aber die bereits gekauften Rohstoffe nicht mehr - auch waren Lagerkapazitäten ausgeschöpft. Die Preise für

solche Futures fielen daher immer weiter - bis zu einem Punkt, an dem dafür gezahlt werden musste, dass trotz eines entsprechenden Kontraktes kein Öl geliefert wird, da für diese keine Lagermöglichkeit bestand.

Futures sind standardisierte, an der Börse gehandelte Verträge. Sie ermöglichen den Kauf von Rohstoffen in der Zukunft zu einem festgesetzten Preis. Sie schützen daher vor starken Preissteigerungen und erleichtern es Unternehmen, ihre zukünftigen Kosten zu planen.

Von dieser kurzfristigen Entwicklung konnte sich der Ölpreis mittlerweile wieder leicht erholen. Dennoch befindet er sich auf einem außergewöhnlich niedrigen Stand. Für die Gesamtwirtschaft und die Erholung der Konjunktur ist dies insgesamt als positiv zu beurteilen - niedrige Erdölpreise senken auch die Kosten von Energie, Transport und daher Konsum im Allgemeinen - für die hoffentlich bald wieder anspringende Konjunktur ist das von entscheidender Bedeutung.

Achterbahnfahrt auf den Aktienmärkten

Die internationalen Börsen, insbesondere die US-amerikanischen, befanden sich seit längerer Zeit im Höhenflug. Der 19. Februar sollte schließlich den historischen Höchstpunkt der Aktienmärkte markieren.



Highest Stock Market In History, By Far!

4:42 nachm. · 19. Feb. 2020 · Twitter for iPhone

19.985 Retweets 106.726 „Gefällt mir“-Angaben

Tweet von Präsident Trump am 19. Februar 2020

Am 27. Februar, als direkte Folge der Verunsicherung durch das Coronavirus, brach nämlich der Dow-Jones innerhalb eines Tages um fast 1.200 Punkte ein. Zum damaligen Zeitpunkt stellte dies den größten Tagesverlust (gemessen in absoluten Zahlen) in der Geschichte des Dow-Jones dar. Am 15. März stellte sich aber bereits ein neuer Rekord ein: Der Dow verlor innerhalb eines Tages rund 3.000 Punkte. Die Verunsicherung der Anleger und die damit einhergehenden Börsenverluste schienen kein Ende zu nehmen. Soweit war die Reaktion auf den Aktienbörsen aber nachvollziehbar: Ein weitgehender Shutdown der amerikanischen Wirtschaft würde dieser nachhaltig schaden und Investoren versuchten daher, ihre Beteiligungen abzustoßen. Für Beobachter viel verblüffender war aber die rasante Erholung der

Aktienmärkte. Währenddessen die Todeszahlen aufgrund der Corona-Pandemie stiegen, die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten Rekordhöhen erreichte und die Industrieproduktion einbrach, stiegen die Aktienkurse in rasantem Tempo. Am 24. März brach der Dow-Jones abermals einen Rekord: Er verzeichnete den größten Tagesgewinn seit 1933 und stieg um mehr als 2.000 Punkte. Als Grund dafür wird die Ankündigung der Federal Reserve vermutet, ihr ursprünglich befristetes Anleihen - Kaufprogramm auf unbefristete Zeit zu verlängern. Ob die bis derzeit andauernden Kurssteigerungen nur einen „Dead-Cat-Bounce“ (eine Anspielung darauf, dass auch eine tote Katze zumindest einmal nach oben springt, sofern die Fallhöhe hoch genug ist) darstellen, oder ob die Einbrüche im März wirklich bereits den ganzen Verlust der Coronakrise darstellen, bleibt unklar.

Auch wenn sämtliche Prognosen für die Weltwirtschaft im Allgemeinen und die US-Wirtschaft im speziellen von einer negativen Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Monaten ausgehen, scheint dies nicht auf die Aktienmärkte umlegbar zu sein. Einen Ausblick auf das Verhalten der Aktienkurse zu geben scheint aufgrund dieser Entwicklungen beinahe unmöglich. Nur eines hat sich bereits jetzt gezeigt: Keine Infektionskrankheit in der Vergangenheit hat die Aktienmärkte so stark beeinflusst, wie COVID-19 bisher.

Reaktion der amerikanischen Zentralbank FED

In wirtschaftlich turbulenten Zeiten hat es sich mittlerweile eingebürgert, dass Zentralbanken drastische wirtschaftspolitische Maßnahmen treffen, um negative Auswirkungen auf entscheidende Indikatoren wie Arbeitslosigkeit oder Geldwertstabilität zu verhindern.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen aufgrund des Coronavirus stellen hier keine Ausnahme dar. Im Folgenden sollen die Maßnahmen der auch für Europa wichtigen Zentralbank, der US-Amerikanischen Federal Reserve (FED), genauer dargestellt werden.

Doch zuerst die Frage: Was können Zentralbanken eigentlich tun? Welche Mittel haben sie zur Verfügung, um wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen? Das wichtigste Werkzeug, das Zentralbanken zur Verfügung steht, ist die Festsetzung des sogenannten „Leitzinses“. Der Leitzins beeinflusst, vereinfacht gesprochen, andere Zinssätze - eine Senkung des Leitzinses macht es daher günstiger, Kredite zu nehmen und soll daher für den Konsum einen positiven Effekt haben. Zusätzlich wird dadurch auch die Geldmenge gesteuert - ein niedriger Leitzins hat sehr oft das Ziel, die Geldmenge zu erhöhen und damit die Inflation zu erhöhen. Abgesehen von der Festsetzung des Leitzinses führt die FED Kaufprogramme am offenen Markt für beispielsweise Staatsanleihen durch. Das Ziel hinter diesen Programmen ist es, unter anderem, den Markt in Zeiten von Unsicherheit zu stützen und anderen

potentiellen Käufern zu signalisieren, dass es sich um sichere Anlagen handelt. Auch wird durch diese Programme wieder „frisches Geld“ auf den Markt gebracht - die Zentralbank erhöht damit wiederum die verfügbare Geldmenge. Diese Ankaufprogramme sind nicht nur in Europa, wo immer wieder öffentliche Diskussionen um die Anleihenkaufprogramme der EZB geführt werden, umstritten. Welche Maßnahmen mit welchem Ziel hat die FED nun aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 getroffen? Zum einen wurde der Leitzins des US-Dollars, immerhin eine der wichtigsten Weltwährungen, auf praktisch null Prozent (0 Prozent und 0,25 Prozent) gesenkt. Zusätzlich verkündete sie, dass der Leitzins so lange so niedrig bleiben würde, bis sie zuversichtlich sein würde, dass die Wirtschaft die kürzlichen Ereignisse verarbeitet hätte und wieder auf dem Weg sein würde, ihr Maximum an Beschäftigung und Preisstabilität zu erreichen. Vereinfacht gesprochen: Die FED würde den Leitzins in der Zukunft weiterhin auf diesem niedrigen Niveau belassen, bis die Wirtschaft wieder auf einem Niveau wie jenem vor der Coronakrise angekommen sei.

Zusätzlich wurde angekündigt, dass die FED US-Staatsanleihen und sogenannte hypothekenbesicherte Wertpapiere („Mortgage-backed securities“) in einem Gesamtumfang von mehr als 700 Milliarden Dollar in den nächsten Monaten aufkaufen würde. Dieser Schritt wurde durch die FED damit begründet, dass diese Märkte für diese beiden bedeutenden Finanzprodukte im Zuge der Unsicherheit auf den Finanzmärkten dysfunktional wurden. Es wurde aber schnell sichtbar, dass 700 Milliarden Dollar nicht ausreichen würden - am 23. März wurde daher beschlossen, die Einkäufe unbeschränkt weiterzuführen - insgesamt wurden mit Ende des Monats **2 Billionen US-Dollar** ausgegeben. Der Markt für US-Staatsanleihen stabilisierte sich in den Folgemonaten, sodass am 10. Juni eine Reduktion der Einkaufsprogramme verkündet wurde. Es würden für die absehbare Zukunft pro Monat *nur* mehr 80 Milliarden Dollar an Staatsanleihen und 40 Milliarden Dollar an hypothekenbesicherte Wertpapiere gekauft werden.

Abgesehen von diesen beiden doch sehr weitreichenden Schritten setzte die US-amerikanische Notenbank noch weitere Schritte, um die Liquidität von Banken sicherzustellen und es ihnen zu erleichtern, Kredite zu vergeben.

Insgesamt setzte die FED, eine der weltweit bedeutendsten Notenbanken, weitreichende Maßnahmen, um eine Rezession in den USA zu verhindern. Besonders das gewaltige Ankaufprogramm wäre aber in seiner Gesamtgröße so nicht prognostiziert worden. Wichtig bleibt es, sich immer in Erinnerung zu rufen, dass sämtliche Gelder, die von der FED eingesetzt wurden, durch diese selbst *gedruckt* wurden. Das heißt, es wurde neues Geld geschaffen.

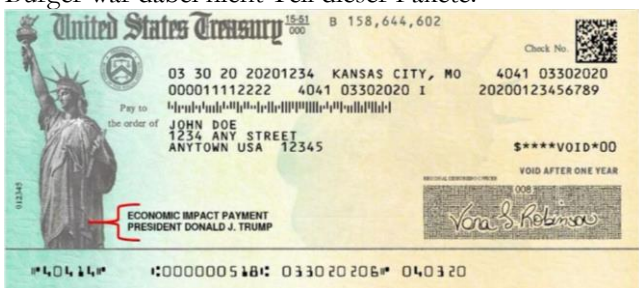
Die Auswirkungen dieser quantitativ beinahe beispiellosen Verwendung der Notenpresse werden mit höchster Wahrscheinlichkeit in der Zukunft anhand der Stabilität des US-Dollars als Währung und der langfristigen Stabilität der Finanzmärkte zu sehen sein.

Helikoptergeld in den USA

In der wirtschaftspolitischen Diskussion, wie man in Zeiten von hoher wirtschaftlicher Unsicherheit und Arbeitslosigkeit den Konsum wieder erhöhen kann, wird immer wieder der Begriff des sogenannten Helikoptergeldes ins Feld geführt.

Der Begriff **Helikoptergeld** geht auf ein Gedankenexperiment des Ökonomen und Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman zurück. In der Überlegung Friedmans würde ein Helikopter über ein Dorf einmalig gleichmäßig Geld abwerfen. Die Bewohner des Dorfes würden nun kurzfristig mehr Geld für ihren Konsum aufwenden und es würde sehr schnell zu einer Inflation kommen, weil die Geldmenge durch das neue Geld erhöht wurde, die Gütermenge aber gleichgeblieben ist.

In den meisten Fällen ist damit die Möglichkeit eines direkten staatlichen finanziellen Zuschusses für alle Bürger gemeint, damit diese einen kurzfristigen positiven Impuls für den Konsum in einer Volkswirtschaft liefern würden. Tatsächlich blieb diese Idee bisher hauptsächlich eine theoretische. In vergangenen Krisen schnürten Regierungen eher Konjunkturpakete, die öffentliche Investitionen oder große Bail-Outs für Unternehmen beinhalteten. Eine direkte Auszahlung von Geldern an Bürger war dabei nicht Teil dieser Pakete.



Muster eines Economic Impact Payment- Schecks.

Es ist daher bemerkenswert, dass die USA im Zuge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise zu einer Maßnahme, die dem theoretischen Ideal des Helikoptergeldes nahekommt, durchgeführt hat. Im Rahmen des *Economic Impact Payment* wurden sämtlichen amerikanischen Staatsbürgern und dauerhaft ansässigen Personen eine einmalige Zahlung von 1.200 US-Dollar zugestanden. Wesentlich eingeschränkt wurde diese Maßnahme nur für Personen, die bereits ein hohes

Jahreseinkommen - für unverheiratete Personen von mehr als 75.000 Dollar pro Jahr - hatten. Für alle Personen, die unter dieser Grenze lagen, überwies das Finanzamt nach Möglichkeit einfach 1.200 Dollar oder verschickte einen Scheck per Post.

Natürlich geschah diese Maßnahme nicht völlig ohne politischen Hintergedanken im Hinblick auf die kommende Präsidentschaftswahl - auf sämtlichen Economic Impact Payment Schecks wurde der Name des Präsidenten Trump aufgedruckt (was für einen Scheck des US-Finanzamtes außergewöhnlich ist). Damit wurde - obwohl es sich bei den Auszahlungen um einen parteiübergreifenden Beschluss handelte - eine klare Urheberschaft des Geldregens kenntlich gemacht.

Für die nahe Zukunft werden Untersuchungen über die ökonomischen Auswirkungen dieser Form des Helikoptergeldes besonders interessant zu beobachten sein. Wie haben Leute ihr kostenloses Geld ausgegeben? Welche Auswirkungen hatte es auf die Inflation und auf die Konjunktur im Allgemeinen? Auf jeden Fall stellte es ein spannendes wirtschaftspolitisches Experiment dar, das - wenn es sich als erfolgreich herausstellen sollte - auch in anderen Ländern in zukünftigen Wirtschaftskrisen Schule machen könnte.

Ausblick

Die Auswirkungen der Coronakrise werden uns zweifellos noch längere Zeit begleiten. Wie an den oben dargestellten Beispielen klar sichtbar wurde, ist der wirtschaftliche Schaden, der besonders durch die verhängten Lock-Downs und Reisebeschränkungen ausgelöst wurde, außergewöhnlich groß. Genauso außergewöhnlich waren bis jetzt die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die zur Verhinderung einer Rezession getroffen wurden. Wie oben an einigen Beispielen dargestellt, wurden Maßnahmen gesetzt, die nur wenige Beobachter in ihrem Umfang prognostiziert hatten. Gewaltige Geldsummen wurden dabei in Bewegung gesetzt. Anomalien wie ein negativer Ölpreis drohen dabei beinahe in der medialen Berichterstattung unterzugehen.

Ob die bisher gesetzten Maßnahmen gereicht haben, um eine handfeste Wirtschaftskrise abzuwenden, ist seriös nicht zu beantworten. Auch ein Blick zurück in die Geschichte scheint im konkreten Fall nicht hilfreich - zu außergewöhnlich sind die Maßnahmen, die getroffen wurden und zu unklar scheint der verursachte ökonomische Schaden.

Bernhard Dohr

Bildnachweis

S. 9: Foto: photobost agency of Russian President's website; A Chinese parade formation at the military parade to mark the 75th anniversary of Victory in the Great Patriotic War. The 75th anniversary of Victory in the Great Patriotic War of 1941–1945, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International, URL: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/63560/photos/64086>, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 10: Foto: Hungryogrephotos; 5/29/20-5/30/20-Minneapolis, licensed under the Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20200529-DSC8322-\(49950975626\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20200529-DSC8322-(49950975626).jpg), zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 10: Screenshot; Fridays For Future Weimar, Tweet vom 30.06.2020, 12:03

S. 10: Foto: Herwig Jedlaucnik; Ernst-Kirchweiger-Haus

S. 16: Foto: Fibonacci Blue; On May 26, 2020, people protested against police violence after the death of George Floyd. Large crowd, licensed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Protest_against_police_violence_-_Justice_for_George_Floyd,_May_26,_2020_11.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 16: Foto: Lorie Shaul; A man stands on a burned out car on Thursday morning as fires burn behind him in the Lake St area of Minneapolis, Minnesota, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_man_stands_on_a_burned_out_car_on_Thursday_morning_as_fires_burn_behind_him_in_the_Lake_St_area_of_Minneapolis,_Minnesota_\(49945886467\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_man_stands_on_a_burned_out_car_on_Thursday_morning_as_fires_burn_behind_him_in_the_Lake_St_area_of_Minneapolis,_Minnesota_(49945886467).jpg), zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 16: Foto: Manfred Werner (Tsui), Demonstration Black Lives Matter Vienna (siehe auch Proteste in der Folge des Todes von George Floyd) in Wien, Österreich, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Black_Lives_Matter_Vienna_2020-06-04_41.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 17: Graphik: David Wagner, Barack Obama 52 - United States President Barack Obama, licensed under CC0 Public Domain, URL: <https://www.publicdomainpictures.net/en/view-image.php?image=11942&picture=barack-obama-52>, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 18: Foto: Shealah Craighead (Official White House Photo), President Donald Trump poses for his official portrait at The White House, in Washington, D.C., on Friday, October 6, 2017, Public domain, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Donald_Trump_official_portrait.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 19: Graphik: RCraig09, Graph of quotes by Donald Trump in early stages of 2020 Coronavirus pandemic, juxtaposed with U.S. coronavirus cases at the time of each quote, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20200401_Trump_coronavirus_quote_timelines_-_Washington_Post.svg

S. 20: Foto: NLAID, Anthony S. Fauci, M.D., Director of NLAID, licensed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anthony_S._Fauci,_M.D.,_NLAID_Director_\(26759498706\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anthony_S._Fauci,_M.D.,_NLAID_Director_(26759498706).jpg), zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 21: Foto: Official White House Photo, President Donald Trump received a briefing on COVID-19 in the White House, Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Donald_Trump_Coronavirus_briefing.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 23: Foto: Michael Vadon, Donald Trump at the New Hampshire Town Hall at Pinkerton Academy, August 19th, 2015, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Donald_Trump_August_19,_2015_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Donald_Trump_August_19,_2015_(cropped).jpg), zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 25: Foto: Александр Мажун, «Russian Knights» lifting, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:%C2%ABRussian_Knights%C2%BB_lifting_\(7182085480\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:%C2%ABRussian_Knights%C2%BB_lifting_(7182085480).jpg), zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 36: Foto: NATO, Ceremony marking the accession to NATO of the Republic of North Macedonia, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_174645.htm, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 37: Foto: NATO, Coronavirus response: Second Dutch flight transports additional medical aid to Montenegro in response to COVID-19, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_175872.htm, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 57: Graphik: Farkas, Barbara, Mortalität (Stand 8.6.2020), Daten: Johns Hopkins University, Mortality Analyses, <https://coronavirus.jhu.edu/data/mortality>

S. 58: Graphik: Farkas, Barbara, Infektionsfälle pro 1 Mio. Einwohner (Stand 8.6.2020), Daten: Ritchie, Hannah et al., Coronavirus Disease (COVID-19) - Statistics and Research, in: Our World in Data, <https://ourworldindata.org/grapher/full-list-daily-covid-19-tests-per-thousand?time=2020-04-09..&country=BGD~IND~MMR~NPL~PAK~Thailand%2C%20people%20tested>

S. 58: Graphik: Farkas, Barbara, Kumulierte Tests pro 1 Mio. Einwohner (Stand 8.6.2020), Daten: Ritchie, Hannah et al., Coronavirus Disease (COVID-19) - Statistics and Research, in: Our World in Data, <https://ourworldindata.org/grapher/full-list-daily-covid-19-tests-per-thousand?time=2020-04-09..&country=BGD~IND~MMR~NPL~PAK~Thailand%2C%20people%20tested>

S. 59: Graphik: Farkas, Barbara, Länderspezifische Schwerpunkte der Corona-Strategien

S. 60: Graphik: Farkas, Barbara, Tägliche Corona-Tests pro 1.000 Einwohner, Länder mit größerer Testanzahl, Daten: Ritchie, Hannah et al., Coronavirus Disease (COVID-19) - Statistics and Research, in: Our World in Data, <https://ourworldindata.org/grapher/full-list-daily-covid-19-tests-per-thousand?time=2020-04-09..&country=BGD~IND~MMR~NPL~PAK~Thailand%2C%20people%20tested>

S. 60: Graphik: Farkas, Barbara, Tägliche Corona-Tests pro 1.000 Einwohner, Länder mit geringerer Testanzahl, Daten: Ritchie, Hannah et al., Coronavirus Disease (COVID-19) - Statistics and Research, in: Our World in Data, <https://ourworldindata.org/grapher/full-list-daily-covid-19-tests-per-thousand?time=2020-04-09..&country=BGD~IND~MMR~NPL~PAK~Thailand%2C%20people%20tested>

S. 60: Graphik: Farkas, Barbara, Länderspezifische Schwerpunkte der Corona-Strategien

S. 61: Graphik: Farkas, Barbara, Länderspezifische Schwerpunkte der Corona-Strategien

S. 65: Foto: US State Dept., Benjamin Netanyahu, Israeli politician, Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Benjamin_Netanyahu_portrait.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 66: Graphik: Alhanuty & NordNordWest, Libyan Civil War, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Unported license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Libyan_Civil_War.png, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 69: Foto: Shealah Craighead (Official White House Photo), President Donald Trump meet with His Highness Sheikh Mohamed bin Zayed Al Nahyan, Crown Prince of Abu Dhabi, in the Roosevelt Room of the White House, Monday, May 15, 2017, in Washington, D.C., Public domain, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:President_Donald_Trump_meet_with_His_Highness_Sheikh_Mohamed_bin_Zayed_Al_Nahyan,_Crown_Prince_of_Abu_Dhabi,_in_the_Oval_Office_of_the_White_House,_Monday,_May_15,_2017_\(02\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:President_Donald_Trump_meet_with_His_Highness_Sheikh_Mohamed_bin_Zayed_Al_Nahyan,_Crown_Prince_of_Abu_Dhabi,_in_the_Oval_Office_of_the_White_House,_Monday,_May_15,_2017_(02).jpg), zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 69: Foto: Shealah Craighead (Official White House Photo), President Donald Trump walks with the Saudi Arabia's Deputy Crown Prince Mohammed bin Salman bin Abdulaziz Al Saud, Tuesday, March 14, 2017, along the Colonnade outside the Oval Office of the White House in Washington, D.C., Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:President_Donald_Trump_%26_Deputy_Crown_Prince_Mohammed_bin_Salman_bin_Abdulaziz_Al_Saud,_March_14,_2017_cropped.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 70: Graphik: Ali Zifan, Yemeni Civil War, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Yemeni_Civil_War.svg, zuletzt eingesehen am 30.06.2020

S. 91: Graphik: What did Russia export? In: The Atlas of Economic Complexity, free, public resource, The Growth Lab at Harvard University. The Atlas of Economic Complexity, URL: <http://www.atlas.cid.harvard.edu>, zuletzt eingesehen am 27.05.2020

S. 91: Graphik: What did Saudi Arabia export? In: The Atlas of Economic Complexity, free, public resource, The Growth Lab at Harvard University. The Atlas of Economic Complexity, URL: <http://www.atlas.cid.harvard.edu>, zuletzt eingesehen am 27.05.2020

S. 91: Screenshot; Präsident Trump, Tweet vom 19.02.2020, 16:42

S. 93: Foto: Musterbeispiel eines Economic Impact Payment- Schecks, Public domain, URL: <https://www.secretservice.gov/data/press/releases/2020/20-APR/Check-Security-Features-for-Economic-Impact-Payments.pdf>, zuletzt eingesehen am 11. Juni 2020

Kartenmaterial

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Vereinigte Staaten von Amerika.....	Seite 14
Open Skies-Teilnahmestaaten.....	Seite 24
Europa.....	Seite 26
North Atlantic Treaty Organization (NATO)	Seite 34
Postsowjetischer Raum.....	Seite 40
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 52
Middle East & North Africa (MENA).....	Seite 62
Afrika.....	Seite 72
Lateinamerika.....	Seite 76

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Russland und der postsowjetische Raum
Bernhard DOHR, BA BA	Die Corona-Krise als wirtschaftliche Herausforderung
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL Mag. Nicole GRUBER	Herausforderungen durch COVID-19 in Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Oberst Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Äußere und innere Herausforderungen der westlichen Welt
Dr. Johannes MAERK	Lateinamerika
Oberst Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Oberst Stephan REINER, BA MA	Die Region des Nahen und Mittleren Ostens
Dr. Felix SCHNEIDER	USA - „Crying from heaven“ Open skies
Oberst Mag. Walter J. UNGER	Aktuelle Cyberlage

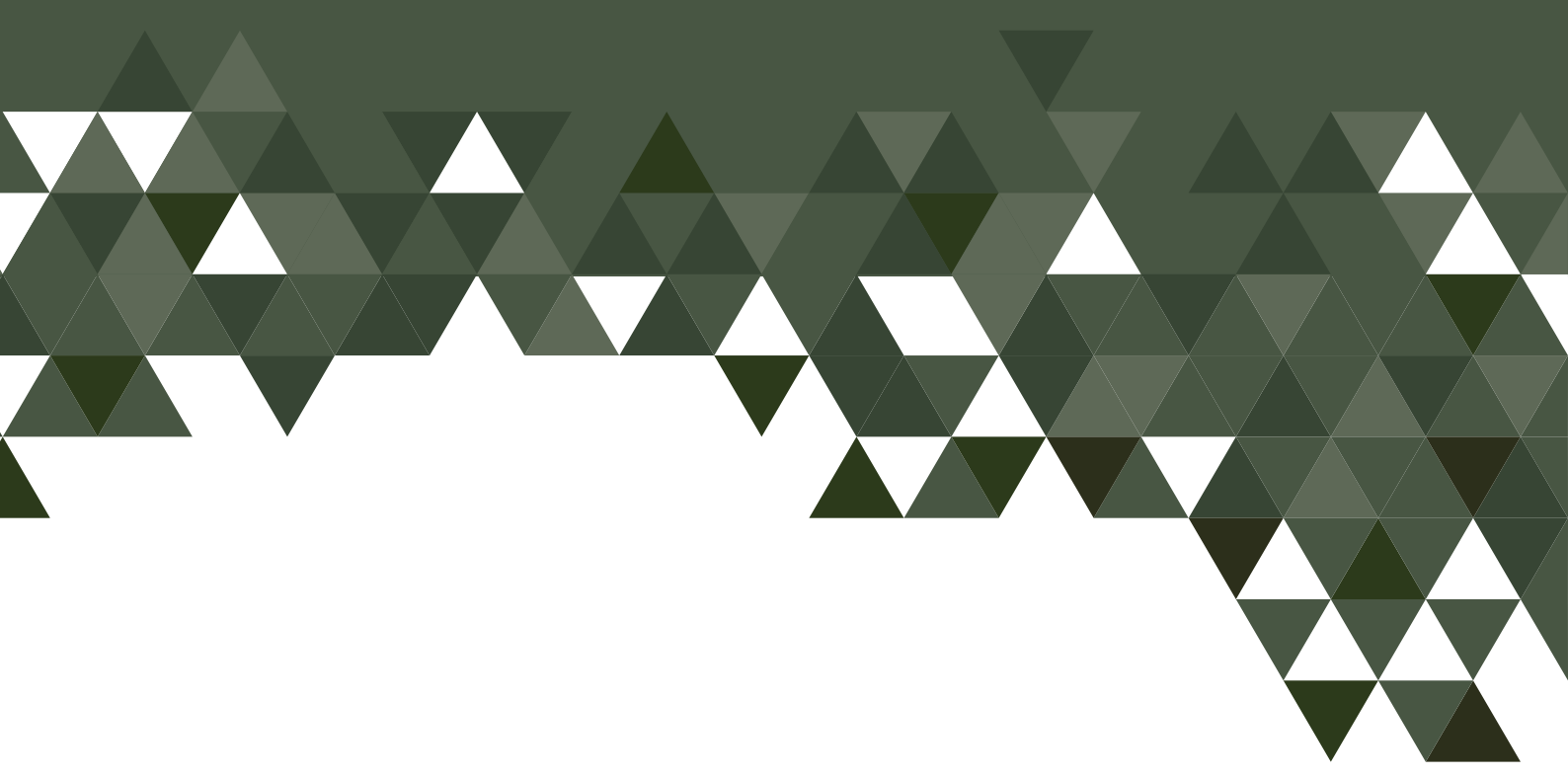
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903121-92-8